



48. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 21. Dezember 2006

Mitteilungen der Präsidentin5387

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/2300, 14/2850, 14/2884,
14/2990

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 14/3000 bis 14/3006, 14/3008,
14/3010 bis 14/3015, 14/3020

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2302

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/3017

Sowie:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2303

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/3021

zweite Lesung 5387

Einzelplan 06:

Ministerium für Innovation, Wissenschaft,
Forschung und Technologie 5387

Karl Schultheis (SPD) 5387
Dr. Michael Brinkmeier (CDU) 5390
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) 5393
Christian Lindner (FDP) 5395
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart .. 5398
Anke Brunn (SPD) 5402
Bodo Löttgen (CDU) 5402
Ewald Groth (GRÜNE) 5404

Ergebnis..... 5405

Einzelplan 10:

Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz ... 5405

Svenja Schulze (SPD) 5406
5422
Marie-Luise Fasse (CDU) 5407
Johannes Remmel (GRÜNE) 5410
5421
Holger Ellerbrock (FDP) 5412
5419
Minister Eckhard Uhlenberg 5414
5422
Annette Watermann-Krass (SPD) 5417
Friedhelm Orgies (CDU) 5418

Ergebnis..... 5441

Einzelplan 12 - Einzelplan 20:

Finanzministerium
Allgemeine Finanzverwaltung 5424

Hans-Theodor Peschkes (SPD).....	5424
Volkmar Klein (CDU).....	5426
Rüdiger Sagel (GRÜNE).....	5429
	5439
Dr. Robert Orth (FDP).....	5432
Ministerin Christa Thoben.....	5435
	5440
Harald Schartau (SPD).....	5437
Lutz Lienenkämper (CDU).....	5438

Ergebnis.....5440

Einzelplan 03:

Innenministerium.....5442

Teilbereich „Innen und Verwaltungsstrukturreform“.....5442

Dr. Karsten Rudolph (SPD).....	5442
Theo Kruse (CDU).....	5444
Monika Düker (GRÜNE).....	5446
Horst Engel (FDP).....	5447
Minister Dr. Ingo Wolf.....	5450
Hans-Willi Körfges (SPD).....	5452
Horst Becker (GRÜNE).....	5453

Teilbereich „Sport“.....5454

Hans-Theodor Peschkes (SPD).....	5454
Holger Müller (CDU).....	5455
	5460
Ewald Groth (GRÜNE).....	5456
Christof Rasche (FDP).....	5458
Minister Dr. Ingo Wolf.....	5459

Ergebnis.....5460

Einzelplan 08:

Ministerium für Wirtschaft,
Mittelstand und Energie.....5461

Teilbereich „Wirtschaft und Mittelstand“.....5461

Thomas Eiskirch (SPD).....	5461
Lutz Lienenkämper (CDU).....	5464
Reiner Priggen (GRÜNE).....	5465
Dietmar Brockes (FDP).....	5468
Ministerin Christa Thoben.....	5470

Teilbereich „Energie“.....5473

Norbert Römer (SPD).....	5473
Christian Weisbrich (CDU).....	5476
Reiner Priggen (GRÜNE).....	5478
Dietmar Brockes (FDP).....	5481
Ministerin Christa Thoben.....	5483

Teilbereich „Landesplanung“..... 5485

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD).....	5485
Hubert Schulte (CDU).....	5487
Reiner Priggen (GRÜNE).....	5488
Holger Ellerbrock (FDP).....	5488
Ministerin Christa Thoben.....	5490

Ergebnis..... 5490

Außerhalb der Tagesordnung..... 5491

Präsidentin Regina van Dinther..... 5491

Einzelplan 14:

Ministerium für Bauen und Verkehr..... 5491

Teilbereich „Städtebau und Wohnen“..... 5491

Monika Ruff-Händelkes (SPD).....	5491
Heinz Sahnen (CDU).....	5492
Horst Becker (GRÜNE).....	5494
Christof Rasche (FDP).....	5496
Minister Oliver Wittke.....	5496

Teilbereich „Verkehr“..... 5499

Reinhard Jung (SPD).....	5499
Bernd Schulte (CDU).....	5501
Horst Becker (GRÜNE).....	5502
Christof Rasche (FDP).....	5504
Minister Oliver Wittke.....	5506

Ergebnis..... 5507

Nächste Sitzung..... 5508

Entschuldigt waren:

Minister Dr. Helmut Linssen

Bernd Krüchel (CDU)
Norbert Post (CDU)
Elke Rühl (CDU)
Josef Wirtz (CDU)

Helga Gießelmann (SPD)
(bis 13:00 Uhr)
Annegret Krauskopf (SPD)
Stefanie Wiegand (SPD)
(ab 16:00 Uhr)

Angela Freimuth (FDP)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 48. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich neun Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten in die Beratung der **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/2300, 14/2850, 14/2884,
14/2990

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 14/3000 bis 14/3006, 14/3008,
14/3010 bis 14/3015, 14/3020

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2302

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/3017

Sowie:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2303

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/3021

zweite Lesung

Wir **setzen** die gestern unterbrochenen **Haushaltsberatungen fort**.

Ich verweise auf die Tischvorlage mit insgesamt 45 Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über den jeweiligen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt.

Über die Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz stimmen wir vor der Gesamtabstimmung ab. Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2007 in zweiter Lesung erfolgt mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr keine Abstimmungen stattfinden.

Ich rufe den **Einzelplan 06** auf:

Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zu diesem Einzelplan als Drucksache 14/3006 vorliegen und die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter den laufenden Nummern 46 bis 48 der Tischvorlage zu finden sind.

Als erster Redner spricht für die SPD Herr Schultheis. Bitte schön.

(Christian Lindner [FDP]: Sie sind der Weltenbrecher, der Erste!)

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute sind wir alle Aachen – darauf darf ich hinweisen –; das ist ein gutes Gefühl.

(Beifall von CDU, SPD und GRÜNEN)

Wir freuen uns über gute Ergebnisse. Es zeigt, dass nicht nur Eindruckmachen gilt, sondern Ergebnisse, Herr Minister.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Jawohl, die kommen heute unter anderem aus Aachen. – Ich freue mich ganz besonders, dass Kollege Priggen heute die positive Variante von Schwarz-Gelb trägt.

(Reiner Priggen [GRÜNE] trägt einen schwarz-gelben Schal von Alemannia Aachen. – Heiterkeit)

Da sollten wir weiter machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich meinen Redebeitrag zum Einzelplan 06 mit einem Zitat beginnen, das die Situation recht genau beschreibt, wie sich die Hochschulen zu dem Eindruck verhalten, den das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie und die das Ministerium tragende Mehrheit im Landtag hinterlassen. Die „Aachener Nachrichten“ vom 14. Dezember 2006 schreiben anlässlich der Unterzeichnung der Zielvereinbarung zwischen Ministerium und RWTH Aachen:

„Das wär was gewesen. Als Andreas Pinkwart gestern Abend dem kleinen Senatssitzungssaal im Hauptgebäude der RWTH entschwebte, hinterließ der Innovationsminister reihenweise ungläubig-strahlende Gesichter der Hochschulverwaltung. ‚75 Millionen Euro und mehr‘, hatte man gerade gehört, könnte die TH in den nächsten vier Jahren zusätzlich einnehmen. Pro Jahr, wohlgemerkt. Leider ergab schon eine erste Nachrechnung, dass da im Eifer des Gefechts wohl ein paar Bezüge durcheinander geraten waren.“

Das beschreibt die Situation sehr genau, nämlich dass hier in der Tat Eindrücke erweckt werden, was alles an den Hochschulen geschehen wird und geschehen soll. Die Taten sind andere. Das bestätigen auch viele Telefonate gerade von Professorinnen und Professoren, die zwar nicht unbedingt der SPD, wohl aber ihrer Sache nahe stehen und die sich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt fühlen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Minister Pinkwart und auch Ministerpräsident Rüttgers wiederholen öffentlich immer wieder gern ihr Credo, NRW werde bis 2015 Innovationsland Nr. 1 sein.

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

Wir fragen: Wann beginnen Sie? – Dieses Ziel ist natürlich richtig. Es spiegelt sich aber weder im Regierungshandeln noch im Haushalt wider, und auch im Jahr 2007 werden die Ausgaben des Einzelplans 06 – Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie – nur um 0,2 % steigen, während der Gesamthaushalt – ich wiederhole dies, ich habe das auch schon im Ausschuss gesagt – um 2,2 % wächst. Prioritätensetzung sieht anders aus.

(Beifall von der SPD)

Dabei ist generell anzumerken, dass sich diese unterdurchschnittliche Steigerung, die unter dem Strich sogar ein Weniger bedeutet, nicht durchgängig vollzieht. Es gibt auch hier Gewinner und Verlierer. Das Weniger finden Sie im Ergebnis des Berichterstattergesprächs im Haushalts- und Finanzausschuss bestätigt, in dem nämlich klar wird, dass den Hochschulen im nächsten Jahr – wenn man Bilanz zieht – 24,7 Millionen € weniger zur Verfügung stehen werden, selbst wenn man den mit 9,2 Millionen € ausgestatteten Qualitäts-pakt berücksichtigt.

In der Forschung steigen die Ausgaben insgesamt um 5,5 % an. Allerdings basiert diese Steigerung auf einer starken Zunahme der überregionalen Forschungsfinanzierung von Bund-Länder-Programmen und von diesen gemeinsam getragenen Forschungseinrichtungen. Dieser Gemeinschaftsanteil wächst um 7,7 %, während die eigenständige Finanzierung von Landesprogrammen und Landeseinrichtungen auch im Jahr 2007 weiter sinken wird, nämlich um 2,6 %.

So ist darauf hinzuweisen, dass die Operation der Integration der Landeseinrichtungen in die Hochschulen aggressiv fortgesetzt wird. Die Verlagerung von 200 Stellen – die in diesem Haus zunächst einmal bestritten worden ist – aus den Landeseinrichtungen an die Hochschulen taucht in einem Haushaltsvermerk erstmals auf. Durch eine neue Minderausgabe von rund 1,9 Millionen € wird täglich ein gewaltiger Druck ausgeübt, denn damit wird jeder kw-Vermerk sofort etatisiert und sofort wirksam, selbst wenn sich die Person nicht bewegen wird. Das Geld ist weg.

Damit setzt sich der Trend des Jahres 2006 fort, dass Landesminister Pinkwart die eigenständige Gestaltungskraft des Landes – darum geht es im Landtag – bei der Forschung schwächt, was sich folglich auch auf die Innovationskraft auswirkt.

(Beifall von der SPD)

Eine eigenständige Innovationspolitik des Landes, um den Standort NRW entscheidend nach vorne

zu bringen, wird so zunehmend unmöglich. Viele Beispiele und viele Kontakte in die Wissenschaftslandschaft Nordrhein-Westfalens hinein zeigen, dass dies der Fall ist.

Wenn dies so ist, müssen wir uns schließlich und endlich die Frage stellen: Wozu brauchen wir überhaupt einen Landesinnovations- und -forschungsminister, wenn das Land seine eigenständige Gestaltungskraft aufgibt und sich dies nicht selbst zur Aufgabe macht? Diese Frage müssen wir ernsthaft stellen. Wir werden dies nicht nur in den nächsten Monaten, sondern für die ganze Dauer der Wahlperiode thematisieren.

(Beifall von der SPD)

Der Etat der Hochschulkliniken wächst mit 0,3 % leicht an. Eine Kompensation der durch den Streik bedingten Einnahmeausfälle erfolgt nicht, obwohl die Mitglieder der Landesregierung – und hier namentlich Herr Finanzminister Linssen – persönliche Verantwortung dafür tragen. Finanzminister Linssen hat nämlich ganz wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Tarifparteien nicht geeinigt haben. Insofern ist er mit an den finanziellen Ausfällen schuld.

Die Ausgaben für die Hochschulen selbst sinken über den Qualitätspakt hinaus um 0,3 %. Dies hat seine Ursache vor allem darin, dass die Stellen nicht mehr voll ausfinanziert werden. Aber es gibt auch andere Gründe, die ich noch benennen werde. Unter dem Strich sind es 24,7 Millionen € weniger.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass im Zuge der Föderalismusreform die Mittel für den Hochschulbau stabil bleiben. Diese Mittel werden entsprechend dem neuen Artikel 91a Grundgesetz voll an die Hochschulen und die Kliniken weitergeleitet. Die Gefahr droht erst ab 2008. Aber das Jahr 2008 ist schnell da, und wir fragen die Landesregierung: Welche Vorsorge wird hier getroffen, um die Bauplanungen und die Investitionsplanungen zu sichern?

Meine Damen und Herren, wir haben die Auswirkungen Ihres sogenannten Hochschulfreiheitsgesetzes hier diskutiert. Bei der Anhörung am 24. August zu diesem Gesetzentwurf wurden von den offiziellen Hochschulvertretern unbekannte finanzielle Restrisiken und zunehmende Bürokratiekosten durch das Gesetz beklagt. Dem hat die Landesregierung wiederholt offen widersprochen und behauptet, dass alle diese Fragen geklärt seien. Das ist nachweislich falsch.

Der Kritik an den finanziellen und strukturellen Auswirkungen auf die Hochschulen begegnet sie

mit dem Argument, dass der Zukunftspakt mit den Hochschulen diesen bis 2010 finanzielle Sicherheit insofern gibt, dass die Zuschüsse bis dahin auf dem laufenden Niveau eingefroren sind.

Fakt ist aber: Die Hochschulen brauchen mehr als den Zukunftspakt, denn die Umwandlung zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes wird wegen der zunehmenden internen Bürokratie Geld kosten. Es muss alles daran gesetzt werden, dass die Studierendenzahlen in den nächsten Jahren ansteigen und sich die Tendenz des Jahres 2006 mit minus 10 % nicht fortsetzt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

In den Haushalten sind keine Tarifsteigerungen berücksichtigt. Der Zukunftspakt sieht sogar einen Eigenanteil der Hochschulen in Höhe von 0,8 % an diesen vor. Mit der Umsetzung des Tarifvertrages der Länder werden aber Steigerungen auf die Hochschulen zukommen. Diese sind ohne Stellenabbau – das muss man realistisch sehen – von vielen Hochschulen aus den eigenen Budgets kaum zu finanzieren.

Eine Reihe von zusätzlichen Kosten ist noch gar nicht erfasst. Ein Beispiel ist die Vergütung für die zusätzlichen, nicht verwaltungsbezogenen Ausbildungsstellen an den Hochschulen. In den einzelnen Hochschulkapiteln finden sich die Stellen der Auszubildenden durchaus wieder. Wir haben darüber diskutiert. Aber die entsprechenden Zuschüsse steigen nicht an.

Zusätzliche Kosten, insbesondere die steigenden Energiekosten, über die allenthalben, auch hier im Hause diskutiert wird, und die GEZ-Kosten finden keine Berücksichtigung und werden wohl aus den Budgets finanziert werden müssen.

(Christian Lindner [FDP]: Stimmt gar nicht!)

Den Hochschulen wird nichts anderes übrig bleiben, als die Einnahmen aus den Studiengebühren zur Kompensation dieser Kostensteigerungen zu verwenden, wenn dies auch immer wieder negiert wird.

Bei den Studierenden wird im Endeffekt kein Cent ankommen, der die Lehre wirklich verbessern wird. Dies beweist den Zynismus der Hochschulpolitik dieser Landesregierung und der Mehrheitsfraktionen hier im Hause.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, man hätte erwarten können, dass die Ergänzungsvorlage zu all diesen Fragen, die ich hier kurz anreißer, Abhilfe schafft. Aber nein, mit der Ergänzungsvorlage werden die

haushalterischen Konsequenzen aus dem Hochschulfreiheitsgesetz nicht nachvollzogen, weil sie bisher niemand kennt oder nicht kennen will und sie erst in einem organisatorischen Blindflug im nächsten Jahr ermittelt werden. Beispielhaft sei hier auch die geteilte Verantwortung für die Pensionslasten zu nennen.

Viele Konsequenzen sind aber auch aus dem Haushaltsentwurf nicht ablesbar, wie etwa die Tatsache, dass alle Einnahmen aus Drittmitteln jetzt am Haushalt vorbeifließen. Das betrifft nicht nur die Studiengebühren, sondern auch die DFG-Mittel.

Wir müssen Ihre Aussagen und Plenarreden, Herr Minister Pinkwart, kritisieren. Die angekündigten Steigerungen – wir sehen ja, wie die Presse darauf reagiert; da muss man ja vorher einen entsprechenden Eindruck hinterlassen haben – finden nicht statt. Beispielhaft sind das Verschieben von Summen aus der Exzellenzinitiative und die Finanzierung des Hochschulpakts zu nennen.

Dieser Ansatz wird im Gegensatz zu dem Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion um 10 Millionen € reduziert. Davon werden dann 7,7 Millionen € in den Hochschulpakt 2020 umgewidmet. Hier muss man fragen: Wie setzt sich die Summe von einer halben Milliarde € zusammen, von der Sie in Ihrer Pressemeldung am 2. November 2006 gesprochen haben? Hat die Landesregierung kein Vertrauen in den Erfolg der Hochschulen in der zweiten Runde des Exzellenzwettbewerbs, wenn sie diese Streichungen vornimmt? Was geschieht mit der Finanzierung, wenn sich in der zweiten Runde die Erfolge – wir gehen davon aus, dass dies so sein wird – doch einstellen werden?

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Lesen Sie die Verpflichtungsermächtigung, Herr Schultheis!)

Mogelpackungen gibt es an vielen Stellen, Herr Minister. So werden die Beiträge der Hochschulen zur Landesunfallkasse durch Einsparungen bei den Unikliniken gedeckt. Mit weniger Versicherungsschutz bei den Kliniken wird der Rest an Versicherungsschutz an den Hochschulen finanziert. Auch hier kann man Fragen stellen: Werden aus diesem Titel auch Beiträge finanziert, die diesen Betrag überschreiten? Ist es nicht eine Bestrafung der autonomen Körperschaft, die Sie ja in den Mittelpunkt Ihres politischen Tuns stellen, wenn Einspareffekte bei Kliniken auf die autonomen Körperschaften der Hochschulen übertragen werden? Ist das freiheits-, ist das autonomiefördernd? Das ist linke Tasche/rechte Tasche, meine Damen und Herren. Das ist Ihre Politik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Lassen sie mich drei Punkte resümieren, die Ihre Politik kennzeichnen. In der Tat: Rechte Tasche/linke Tasche sieht man am Haushalt 2007. Hier werden die Mittel verschoben. Es gibt nicht mehr. In der Presse werden mehr Mittel angekündigt, als in diesem Haushalt realistisch wiedergegeben wird.

Das Zweite: Sie richten den Schwerpunkt auf Bund-Länder-Finanzierungen, auf EU-Förderungen aus, ohne eigene Anstrengungen zu unternehmen, die erforderlich sind, damit diese Mittel überhaupt gewonnen werden können.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Lesen Sie den Haushalt!)

– Ich habe den Haushalt sehr gut gelesen, Herr Minister, sonst würde ich das hier so nicht vortragen.

(Beifall von der SPD)

Und die Fachleute in den Hochschulen sehen das auch so: Sie sind nur zu vornehm, um Ihnen ...

(Heiterkeit bei der CDU)

– Oh, ja, das ist in der Wissenschaft so; es dauert eine gewisse Zeit, bis sie Ihnen auf der Matte stehen. Aber die Zeit wird sehr kurz sein, denn es brennt an unseren Hochschulen und in unseren Forschungseinrichtungen.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion kann diesem Haushalt, auch diesem Einzelhaushalt, nicht zustimmen. Die Voraussetzungen hierfür fehlen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Schultheis. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Dr. Brinkmeier.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch der Entwurf des Haushaltsplans 2007 und der Nachtragshaushalt 2006 zeigen, wie ernst und wie solide die Regierungskoalition es meint, indem sie auf Dauer den Hochschulen, den Forschungsinstituten im Lande eine gesicherte Zukunft gibt. Denn das ist der große Unterschied zu Ihnen:

(Frank Sichau [SPD]: Es ist doch gar nicht wahr, was Sie da sagen!)

Alles, was wir mit diesem Einzelplan beschließen, und auch schon unsere Verpflichtung für die gesamte Wahlperiode, dass wir den Hochschulbe-

reich konstant fahren werden, das hätten Sie nie hinbekommen,

(Beifall von der CDU – Frank Sichau [SPD]:
Das kann doch nicht wahr sein, was Sie hier sagen!)

Weil Sie schlichtweg – wir kennen das – nicht mit Geld umgehen können. Das haben wir in den letzten Jahren hinreichend erlebt. Sie hätten doch hier noch über Kürzungen gesprochen, worunter, wenn Sie jetzt regieren würden, die Hochschulen wirklich gelitten hätten.

Herr Schultheis, wenn Sie mit einigen Tricks aus der Kiste kommen, dann sage ich Ihnen Folgendes:

(Karl Schultheis [SPD]: Das sind keine Tricks!)

Die vielen Falschaussagen, die Sie eben hineingeflochten haben, können wir gerne im Ausschuss im Detail noch einmal durchgehen. Wir wollen versuchen, das auseinanderzupflücken.

Ein Beispiel: Wir haben jetzt Erhöhungen von 25 Millionen € im Vergleich zu 2006 für Energie inklusive Mehrwertsteuererhöhung vorgenommen. Wir haben den Landesanteil an der gemeinsamen Exzellenzinitiative für Bund und Länder um 20 Millionen € erhöht. Darüber beschwerten Sie sich in Ihrer Rede vorhin sogar noch. Wie kann das sein? Freuen Sie sich doch, dass wir dazu Geld bereitstellen!

(Beifall von der CDU – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Freuen Sie sich doch, dass wir zusammen mit dem Bund versuchen, hier noch etwas zu erhöhen! Sie hätten es nicht gemacht.

Sie können hier zum Einzelplan 06 sprechen, wie wir das auch tun. Aber bedenken Sie eines, Herr Schultheis: Dadurch, dass wir in unserem Haushalt für unseren Einzelplan konstant fahren, muten wir den anderen Einzelplänen in der Sache auch Kürzungen zu.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Darüber reden Sie nicht. Wer setzt denn die Prioritäten in Bildung, Schule und Hochschule? Das sind die Prioritäten, die wir setzen. Bei dem Thema sehen Sie sehr schwach aus. Das haben Sie nie geschafft. Wir schaffen es, und wir sichern dadurch auch die Existenz unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Schade nur, dass das keiner merkt!)

Übrigens geben wir auch noch 6 Millionen € zusätzlich für das Max-Planck-Institut in Köln für die „Biologie des Alterns“ aus. Und wir geben Geld für das Rückholprogramm für junge Spitzenwissenschaftlerinnen und Spitzenwissenschaftler aus.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

In der Ergänzungsvorlage – das hat Herr Schultheis schon erwähnt – haben wir natürlich auch für den Hochschulpakt 2020 Geld bereitgestellt. Ich verwahre mich dagegen, dass Sie mit „linke Tasche, rechte Tasche“ kommen. Sie können sich sicher sein, dass wir für alle die Dinge, wo Hochschulen unseres Landes etwas Preiswürdiges erhalten – Stichwort: Exzellenzinitiative, wozu wir unseren Anteil beisteuern –, für die Finanzierung sorgen werden. Da brauchen Sie keine Angst zu haben.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Noch ein Beispiel für einen Ihrer rhetorischen Tricks, Herr Kollege Schultheis. Sie sagten, der Haushalt würde in unserem Einzelplan nur um 0,2 % erhöht, wenngleich sich der Gesamthaushalt um 2,2 % erhöht. Sie wissen genauso gut wie jeder und jede andere hier im Parlament, dass die Erhöhung des Gesamthaushaltes darauf beruht, dass wir im Bereich der Gemeindefinanzierung das Geld, was Sie vor der Landtagswahl den Gemeinden ausgeliehen haben – darüber haben wir gestern diskutiert –, jetzt den Gemeinden zurückgeben. Das macht den Nenner in dem Bruch dann höher. Versuchen Sie ruhig, auf Dummheit zu zielen!

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Wir setzten die Prioritäten auf Bildung, auf Forschung und Wissenschaft und Schule. Sie haben es nicht gemacht. Sie haben versagt. Wir sind besser.

(Beifall von CDU und FDP)

Vergessen Sie auch nicht die Ausgangslage, als wir die Regierung übernommen haben. Denken Sie allein an die Universitätsgebäude. Zum Beispiel Bochum: Der Zustand vor Ort ist baulich allein katastrophal. Warum? Weil Sie in den letzten Jahren nicht genügend investiert und finanziert haben. Sie haben Ihr Geld anderswo ausgegeben oder riesige Schulden im Land gemacht.

Der Investitionsstau – da sind wir einer Meinung – ist im Milliardenbereich zu beziffern. Es wird also ewig dauern – wirklich ewig für demokratische

Verhältnisse –, bis wir das alles abarbeiten können.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie werden aber nicht ewig dran sein!)

Wir müssen aber daran gehen. Wir haben jetzt mit Hilfe der Föderalismusreform versucht, unseren Beitrag zu leisten. Leider haben Sie das in Ihrer Regierungszeit nicht getan. Sie haben mit gescheiterten Modellen und planwirtschaftlichen Programmen – das ist das Problem – unsere Hochschulen zugeschüttet.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist doch wirklich Klamotte!)

Sie haben auf der Kapazitätsverordnung beharrt und damit Mengen und nicht Qualität gefördert.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben auf Überregulierung und Detailsteuerung gesetzt. Sie haben auch versucht, es hier und da zurückzunehmen – gesichtswahrend, bloß nicht zu viel, es könnten ja sozialdemokratische Prinzipien über Bord geworfen werden, und das soll ja keiner merken. Das hat nichts getaugt. Wir wagen den richtigen Schritt, den großen Schritt. Wir geben den Hochschulen die Freiheit, und wir geben ihnen auch das Geld dazu. Dann kann man auch mit ihnen verfahren. Das ist die bessere Politik.

(Beifall von der CDU)

Ihre Wissenschaftspolitik wurde mit Scheuklappen betrieben. Sie haben das, was wir eingeführt haben, die Studienbeiträge, ideologisch abgelehnt. Sie haben die Verantwortung dafür, dass von ganz Deutschland in NRW die wenigsten Arbeiterkinder studieren. Das liegt in Ihrer Verantwortung.

(Heike Gebhard [SPD]: Das verbessert sich jetzt!?)

– Ja, vor allem erfolgreich studieren. – Und gucken Sie mal, was in den Schulen ist!

(Hannelore Kraft [SPD]: Sehen Sie sich mal die Zahlen an!)

– Liebe Frau Kraft, wir haben gestern für den Schulbereich eindeutig festgestellt – da sprechen die Zahlen wirklich für sich –, dass diejenigen, die aus Arbeiterfamilien kommen, anteilmäßig die geringsten Chancen auf Bildungserfolg haben. Ihre Politik, Ihre Verantwortung! Wir machen es besser. Das wirkt sich dann auch auf Hochschulpolitik aus.

(Beifall von der CDU)

Auch die Zielvereinbarungen, die Sie mit den Hochschulen getroffen haben, waren keine echten Vereinbarungen, sondern immer das, was Sie als Diktat vorgegeben haben. Das war eben sozialdemokratische Manier.

Ein Letztes: Das Ergebnis für die nordrhein-westfälischen Hochschulen in der ersten Runde der Exzellenzinitiative ist die Bilanz Ihrer Hochschulpolitik über die letzten Jahrzehnte. Trotz der dichtesten Hochschullandschaft in Europa sind die nordrhein-westfälischen Hochschulen bis auf wenige Ausnahmen im bundesweiten Vergleich bestenfalls Mittelmaß. Das ist aber nicht die Schuld der Hochschulen. Das ist Ausdruck jahrzehntelanger verfehlter Hochschulpolitik.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen konnten ihr Potenzial nicht voll ausschöpfen. Das können sie jetzt mit dem Hochschulfreiheitsgesetz. Ab dem 1. Januar haben die Hochschulen wirklich die Freiheit, selbstständig, eigenständig darüber zu bestimmen. Wir bestimmen nicht mehr über die Fachpolitik, was an den Hochschulen gemacht wird. Wir machen keine Fachaufsicht mehr, nur Rechtsaufsicht. Die einzige Kopplung zum Steuerzahlergeld, wofür wir als Parlament die Verantwortung haben, geht über die Zielvereinbarungen. Das ist auch der richtige Weg und wird vor allem dazu führen, dass sich die Hochschulen profilieren können.

Letztendlich hat das nicht nur Auswirkungen im Bildungssektor als solchem, sondern natürlich auch in gesellschaftlichen Bereichen. Wir müssen zusehen – das ist wichtig –, dass wir innovationsfähig werden. Das sichert und fördert neue Arbeitskräfte. Das müssen wir auf jeden Fall beachten. Wir treten deswegen für eine stärkere Verzahnung von universitärer und außeruniversitärer Forschung ein. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Fachhochschulen.

Die Koalition wird mit ihrer staatlichen Forschungsförderung vor allem die Grundlagenforschung stärken. Es müssen und es werden Rahmenbedingungen geschaffen werden, die einen Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt von 3 % – das kennen wir – in Zukunft ermöglichen.

(Karl Schultheis [SPD]: Wie viel haben Sie denn an zusätzlichen F+E-Mitteln der Wirtschaft mobilisiert?)

Hochschulen bekommen mehr Freiheiten und mehr Autonomie. Sie werden vom Charakter der

staatlichen Einrichtung befreit. Das tut Ihnen weh, weil Sie dann nicht mehr „hineinregieren“ können.

(Beifall von der CDU)

Wir freuen uns darüber, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Hochschulen werden jetzt ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts sein. Damit hat der Staat, wie ich eben gesagt habe, nur noch die Rechtsaufsicht und nicht mehr die Fachaufsicht. Herr Schultheis, Sie werden sicherlich immer Zeugen finden, die unglücklich sind, dass sie ihre Datscha nicht mehr so pflegen können.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Das können Sie gern weitergeben, Herr Schultheis. Gehen Sie einmal davon aus, dass wir in den Gesprächen, die wir führen, alle Vor- und Nachteile auch eingehend diskutieren. Wenn wir Menschen, Einrichtungen, Institutionen Freiheit geben, dann ist das auch Verantwortung. Sie haben die Freiheit nicht gegeben, weil Sie glaubten, dass die Menschen keine Verantwortung übernehmen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir glauben daran, dass die Menschen Verantwortung übernehmen können. Das ist der grundsätzliche Unterschied zwischen linker Bildungspolitik und bürgerlicher Bildungspolitik. Wir ziehen jetzt unsere Politik durch, die besser wird als Ihre. Wir werden das sehen, nicht nur an den Zahlen, sondern auch an der Einstellung der Menschen. Wir sind dankbar, dass wir das machen können und so viel Unterstützung von den Hochschulen bekommen. Wir werden auf diesem Weg weitergehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Dr. Brinkmeier. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden hier heute über den Haushalt eines Ministers, der sich Innovationsminister nennt.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr gut!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden hier leider nicht über einen Innovationshaushalt. Denn Innovation hieße Planungssicherheit. Innovation hieße Kreativität. Innovation hieße auch nachhaltige Haushaltspolitik.

(Christian Lindner [FDP]: Meine Güte!)

Wenn Sie uns hier ansprechen, Herr Brinkmeier, wir würden in diesem Haushalt – Sie sagen das ja so prophetisch –, wenn Rot-Grün noch an der Regierung wäre, nicht genug investieren, sondern kürzen, dann frage ich Sie: Wer hat denn in den vergangenen Jahren den Qualitätspakt bei den Hochschulen implementiert?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wer hat ihn verlängert? Sie haben hier unser Erbe der Haushaltssicherung für die Hochschulen übernommen.

Wenn Sie jetzt einmal nicht rückwärts, sondern vorwärts in die Zukunft schauen würden, wäre Ihnen klar, mit welcher Realität Sie sich heute auseinandersetzen müssen. Denn schon heute fehlen 3.000 Ingenieure und Ingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen. Auch in anderen Berufen steigt im Zuge des Strukturwandels die Nachfrage nach gut ausgebildeten Menschen. Deshalb müssen wir nach vorne blicken und in die Zukunft planen. Wir brauchen ohne Zweifel mehr Hochschulabsolventinnen und -absolventen als heute.

Deshalb ist die in den kommenden Jahren drastisch ansteigende Zahl der Studienberechtigten eine Chance und zugleich auch eine riesige Herausforderung. So werden wir in den Jahren 2008 bis 2012 etwa 15.000 mehr Studienberechtigte haben als heute, und zwar nicht insgesamt, sondern jährlich. 15.000 Hochschulzugangsberechtigte mehr in jedem Jahr! Das sind 15.000 neue Chancen für Innovationen in diesem Land, aber das ist auch eine große Herausforderung für uns alle. Wenn wir es nicht schaffen, diesen jungen Menschen ein Angebot für einen Studienplatz zu machen, wird dies dramatische Folgen haben, sowohl für den Arbeits- als auch für den Ausbildungsmarkt in Nordrhein-Westfalen, das heißt für die Zukunft des Standorts Nordrhein-Westfalen insgesamt.

Vor diesem Hintergrund, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, frage ich Sie: Halten Sie dieses Zukunftspäckchen, das Ihr Minister in Berlin mit ausgehandelt hat, tatsächlich für ausreichend, um die Herausforderungen für die Zukunft zu meistern? – Nein, Herr Pinkwart, das, was Sie jetzt in diesem Jahr und auch für die kommenden Jahre als Verpflichtungsermächtigungen für neue Studienplätze in diesem Haushalt festgeschrieben haben, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Allein für die Jahre bis 2010 errechnet nämlich die Hochschulrektorenkonferenz ein Defizit von

1 Milliarde € für Nordrhein-Westfalen. Die durchschnittlichen Kosten eines Studienplatzes liegen um 1.900 € pro Jahr höher als im Pakt veranschlagt, sagt die HRK. Darin sind keine Investitionen für Hörsaalgebäude, Labore und Seminarräume enthalten. Der Pakt enthält – das ist auch aus unserer Sicht das größte Defizit – außerdem keinerlei Mittel für den Mehrbedarf durch die Bologna-Reform und für die Studienreform in den Bachelor- und Masterstudiengängen.

Deshalb sagen wir: Dieser Pakt ist kein Zukunftspakt, sondern ein Dumpingpakt, Herr Minister Pinkwart.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eines muss man Ihnen vor allem vorwerfen: Sie haben in Berlin schlecht verhandelt. Wieder einmal werden wirtschaftsstarke, aber ausbildungsfaule Länder wie Baden-Württemberg für die Revision ihres Studienplatzabbaus durch die Verteilung der Mittel über den sogenannten Königsteiner Schlüssel sogar noch besonders belohnt.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Dasselbe Spiel hatten wir ja auch schon bei der Exzellenzinitiative. Das ist ja nur die Fortsetzung. Auch hier waren Sie ja offensichtlich kein Schwergewicht am Verhandlungstisch der Länder, Herr Pinkwart.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Sie haben zehn Jahre Politik gemacht in Nordrhein-Westfalen!)

Gute Qualität in der Lehre war mitnichten ein Wettbewerbskriterium für Exzellenz. Belohnt wurden ausschließlich Baden-Württemberg und Bayern, die bisherigen Ausbildungsmuffel unter den Ländern. Da kann ich Sie nur auffordern: Setzen Sie sich ein für unser Land, Herr Minister Pinkwart!

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Genau das tun wir!)

Der entscheidende Knackpunkt am Hochschulpaket und an der entsprechenden Verpflichtungsermächtigung im Haushalt aber ist, dass die anvisierte Förderung der Lehre nur bis 2010 reicht. Dabei wird die Zahl der Studienberechtigten nach 2010 noch erheblich steigen. Warum heißt denn dieser Zukunftspakt eigentlich Zukunftspakt 2020, wenn er doch nur bis 2010 geht?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Hochschulen brauchen Planungssicherheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sie rechtzeitig eine ausreichende Zahl von qualifizierten

Lehrenden über das Jahr 2010 hinaus einstellen können. Diese Planungssicherheit vermissen wir in Ihrem sogenannten Zukunftspakt, Herr Pinkwart.

Darüber hinaus fehlt ein Konzept. Es fehlt ein Konzept, das schlüssig darstellt, wie die zu erwartenden Bundesmittel bis 2010 verteilt werden sollen.

Aber nicht nur der sogenannte Zukunftspakt der schwarz-gelben Landesregierung ist eine Mogelpackung, sondern beispielsweise auch das, was Sie als Frauenförderung im Haushalt verkaufen. Zunächst einmal kürzen Sie ganz eindeutig 3,4 Millionen € bei der Frauenförderung. Wenn die Landesregierung aber den Anteil von Frauen in Spitzenpositionen an Hochschulen erheblich steigern will, dann müssen die von Rot-Grün eingeleiteten Best-Practice-Maßnahmen und auch die Weiterführung der zentralen Steuerungselemente im Rahmen der Chancengleichheit fortgeführt werden.

Es ist in der Tat Etikettenschwindel, wenn jetzt 15 % der Mittel aus dem Innovationsfonds für die Berufung von Wissenschaftlerinnen auf Professuren vergeben werden. Was soll denn das für eine Innovation sein, Herr Pinkwart, wenn Sie den Frauen hieran einen Anteil von gerade einmal 15 % zutrauen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sind sicher, dass hier kein zusätzlicher Euro mehr fließt als bisher, wenn man bedenkt, dass der Professorinnenanteil in Nordrhein-Westfalen etwa genau dieser Zielgröße entspricht.

Aber an entscheidenden Steuerungsmöglichkeiten wie zum Beispiel bei der leistungsorientierten Mittelvergabe – an einer so entscheidenden Stelle – fällt der Parameter Gleichstellung bei den Professorinnen weg. Hier scheint der von Ihnen so hoch gepriesene Wettbewerb offensichtlich nicht angesagt. Bei jeder Gelegenheit philosophieren Sie über einen Wechsel von der Input- zur Output-Steuerung. Aber hier, wo wir schon eine lupenreine Output-Steuerung hatten, da wollen Sie plötzlich nichts mehr davon wissen. Hier, wo es – wenn Sie bei der Frauenförderung weiter schlafen – den Hochschulen tatsächlich wehtun könnte, knicken Sie vor den Old-Boys-Networks ein.

Was die Arbeit der Koordinierungsstellen, der LaKoF und des Netzwerks Frauenforschung angeht, machen Sie lieber überhaupt keine Angaben mehr. Es bleibt im Dunkeln, wie viel Mittel aus der Titelgruppe 64 zukünftig für die entsprechende Arbeit fließen sollen. Dabei wäre es so einfach

gewesen: Wir hatten einen Antrag zur Ergänzung der Haushaltserläuterung gestellt, der nicht einen Cent zusätzliches Geld gekostet, aber viel Planungssicherheit gebracht hätte. Doch selbst diesen Antrag, Herr Brinkmeier und Herr Lindner, haben Sie abgelehnt. Also hören Sie doch bitte auf, von Planungs- und Zukunftssicherheit zu reden! Hier hätten Sie die Chance gehabt, doch hier haben Sie gezeigt, dass Sie genau das nicht wollen. Sie wollen eben keine Planungssicherheit bei der Frauenförderung. Wenn man es auf den Punkt bringen will, muss man leider sagen: Sie wollen eigentlich keine vom Land verantwortete Frauenförderung mehr an unseren Hochschulen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Innovativ, lieber Herr Pinkwart, ist das nicht.

Aber auch im sozialen Bereich – das ist mein dritter Punkt –, wenn es um die Studentenwerke geht, ziehen Sie die Daumenschrauben enger. Im letzten Haushalt haben Sie in diesem Bereich noch massiv die Zuschüsse gekürzt – mit dem Ergebnis, dass der mühsam in Gang gekommene Prozess zur Erschließung neuer Geschäftsfelder und wirtschaftlicher Eigenständigkeit ins Stocken geraten ist. In diesem Haushalt bleiben nun nicht nur die Zuschüsse auf diesem niedrigen Niveau, nein, Sie stellen auch die Zuschüsse für die Studentenwohnraumförderung auf Darlehen um und kürzen sie in diesem Zusammenhang um fast die Hälfte. Damit erschweren Sie ganz eindeutig weiter die Bemühungen der Studentenwerke, nach der Novellierung des Studentenwerksgesetzes mehr wirtschaftliche Eigenverantwortung zu übernehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch insofern bleibt für mich die Frage: Was soll dieser Widerspruch? Man muss ja fast den Eindruck haben, dass Sie selbst Reformprozesse, die von ihrer Natur her eigentlich in Ihre Welt hineinpassen würden, abwürgen, nur weil sie von der rot-grünen Vorgängerregierung angestoßen wurden. Innovativ ist das, Herr Pinkwart, beileibe auch nicht.

Deshalb sagen wir: Ihre Haushaltspolitik ist nicht innovativ. Sie nicht innovativ, weil sie nicht zukunftsfähig ist, weil Sie nicht genügend Studienplätze schaffen und weil die Hochschulen jetzt schon voll sind. Sie ist nicht innovativ, weil sie unsozial ist, weil Studiengebühren junge Menschen vom Studium abhalten und weil der Unterhalt künftig noch teurer wird. Und sie ist nicht innovativ, weil sie frauenfeindlich ist, weil Sie die Programme zur Chancengleichheit komplett zurück-

fahren und weil Sie die Arbeit der Koordinierungsstellen einschränken.

Unsere Haushaltsanträge für eine Studienplatzoffensive und eine gute Frauenförderpolitik liegen Ihnen vor. Es wäre gut für unsere Hochschulpolitik, wenn Sie diesen zustimmen würden, damit aus diesem Wissenschaftsverwaltungshaushalt dann doch noch so etwas wie ein Innovationshaushalt wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Dr. Seidl. – Für die FDP spricht nun der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Herr Schultheis, Sie haben hier noch Material liegen lassen; ich bringe es Ihnen gleich.

(Karl Schultheis [SPD]: Schenke ich Ihnen!)

– Ich darf das behalten?

(Zuruf von der SPD: Es ist ja bald Weihnachten!)

Okay, dann nehme ich das und auch ihre persönlichen Anmerkungen gerne zu den Akten.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Vorlesen! Dann bekommen Sie auch Beifall von uns!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man in einem Lexikon schaut und unter „parlamentarische Opposition“ nachschlägt, wird man darüber belehrt, dass die Opposition die Regierung zu kontrollieren habe,

(Karl Schultheis [SPD]: Das sollte das Parlament machen, Herr Lindner, nicht nur die Opposition! Komisches parlamentarisches Verständnis haben Sie!)

und dass sie sich auch in Details des Regierungshandelns einbringen soll. Im Übrigen findet man in der Lehrbuchdefinition den Hinweis darauf, dass die Opposition eine Alternativfunktion hat.

(Karl Schultheis [SPD]: Ich weiß nicht, in welchem Duden Sie das nachgeschaut haben!)

All das sind Sie heute hier schuldig geblieben.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von der SPD: Das sagen Sie!)

Sie haben sich weder redlich um die Fakten bemüht, noch haben Sie eine realistische Alternative vorgelegt – weder Frau Seidl noch Herr Schultheis. Im Gegenteil: Es gibt kaum ein Politikfeld im Land-

tag, auf dem gerade die SPD in einer solch polemisch und unsachlichen Weise argumentiert, wie im Bereich der Innovationspolitik. Das machen Sie nicht nur in diesem Hohen Hause, sondern insbesondere draußen im Land. Ich will das einmal anhand nur einer Impression schildern: Da ist Herr Schultheis doch tatsächlich in der Lage zu behaupten, es habe nie zuvor so viele Massenentlassungen im öffentlichen Dienst gegeben wie beim Übergang des Personal aus den Hochschulen in Verantwortung des Landes in verselbständigte Körperschaften.

(Karl Schultheis [SPD]: Auf dem Landesniveau!)

Und da erwecken Sie den Eindruck, als wäre da jetzt plötzlich eine Hire-and-Fire-Mentalität an den Hochschulen möglich geworden,

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

und unterschlagen, dass diejenigen, die jetzt an den verselbständigten Hochschulen tätig sind, sogar noch bessere rechtliche Arbeitsbedingungen haben als vorher. Das unterschlagen Sie.

(Beifall von der CDU)

Wissen Sie, Herr Schultheis: Würden Sie damit uns hier nur ein bisschen kitzeln wollen, dann würden wir darüber genau so freundlich lächeln, wie Sie das überwiegend machen. Aber schlimm daran ist doch, dass Sie Unsicherheit unter den Menschen schüren und dass Sie Ängste schüren, die in der Sache nicht begründet sind.

(Karl Schultheis [SPD]: Ihre Politik schürt die Ängste!)

Damit, Herr Schultheis, werden Sie Ihrer Verantwortung als Parlamentarier nicht gerecht.

(Beifall von der CDU)

Das muss hier einmal gesagt werden.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

– Lieber Herr Euman, ich verstehe ja Ihre Aufregung.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist keine Aufregung!)

Sie wollen hier morgens einmal ein bisschen den Blutdruck erhöhen. Sie sind eingeladen, Zwischenfragen zu stellen, wenn Sie einen Fachbeitrag leisten wollen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Mache ich sehr gerne!)

Herr Schultheis, wenn Sie uns vorwerfen, wir gingen unredlich mit Zahlen um, wenn Frau Schultheis von einem „Hochschulpäktchen“ oder gar von einem „Dumpingpakt“ spricht,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das war nicht „Frau Schultheis“! Herr Lindner, Sie sind verwirrt!)

wenn kritisiert wird, dass ein Zukunftspakt zwischen Landesregierung und Hochschule – bestätigt vom Landtag –

(Zurufe von der CDU: Eben!)

geschlossen worden ist, dann müssen wir uns doch einmal in Erinnerung rufen, wie Sie das mit dem Qualitätspakt damals eigentlich gehalten haben. Gab es denn einen Landtagsbeschluss zu diesem Qualitätspakt? Ist der denn hier im Landtag bestätigt worden? Ich erinnere mich nicht daran. Ist denn der Qualitätspakt von der Vorgängerregierung wirklich eingehalten worden? Ich behaupte: Nein. Denn die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst ist den Hochschulen voll auf die Butterseite geschlagen. Einzelne Hochschulstandorte mussten Stellen in zweistelliger Höhe abbauen, weil Sie eben nicht den Qualitätspakt auf Punkt und Komma einhalten haben. Das gehört auch zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme dazu.

(Karl Schultheis [SPD]: Wollen Sie das denn zurücknehmen?)

– Eine gute Frage, Herr Schultheis, ob wir das zurücknehmen wollen. Wenn man die Menschen fragt, ob sie Butter oder Kanonen wollen, werden sie immer sagen, dass sie Butter wollen. Wir haben hier aber eine Gesamtverantwortung wahrzunehmen.

(Karl Schultheis [SPD]: Ja, ja, ja!)

Herr Schultheis, Sie wollten aus dem Verhältnis des Innovationshaushalts, Einzelplan 06, zum Gesamthaushalt ableiten, dass wir damit unter der Gesamtwachstumsrate des Landeshaushalts bleiben würden. Das Argument wollen wir uns einmal ein bisschen näher ansehen.

Ich habe eben dargelegt, dass Sie den Qualitätspakt gerade nicht exakt eingehalten haben, obwohl sich das Land Nordrhein-Westfalen an anderer Stelle hemmungslos verschuldet hat. Sie haben nicht in die Infrastruktur investiert, obwohl Sie haushalterisch über Jahre hinweg Schulden ohne Ende gemacht haben.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Wir unterscheiden uns von Ihnen, indem wir es schaffen, den Innovationshaushalt zwar nicht so, wie es vielleicht wünschenswert wäre, aber eben doch zu steigern und qualitativ zu konsolidieren und trotzdem die Nettokreditaufnahme des Landes Nordrhein-Westfalen spürbar zu reduzieren. Wir haben für das kommende Jahr einen verfassungskonformen Haushalt im Blick und für das Jahr 2011/2012 sogar einen ausgeglichenen Haushalt.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Das unterscheidet uns von Ihnen. Wir sind in der Lage, einen Innovationshaushalt wie den hier vorgelegten stetig weiterzuentwickeln, und trotzdem den Gesamthaushalt zu konsolidieren, während Sie wichtige Investitionen nicht vorgenommen haben, obwohl Sie Schulden ohne Ende gemacht haben. Das unterscheidet uns von Ihnen. Und das hängt mit einer klaren politischen Prioritätensetzung zusammen.

Jetzt möchte ich noch zu einem weiteren Argument kommen, Herr Schultheis. Sie haben kritisiert, dass die öffentlichen Forschungsausgaben nicht hinreichend steigen würden. – Wir müssen aber einmal analysieren, wo unser eigentliches Problem liegt, wenn wir an das Lissabon-Ziel von 3 % denken.

Unser Problem ist doch nicht – das ist Ihnen im Zuge der Berichterstattung über die Innovationsuntersuchung auch dargelegt worden –, dass wir zu wenig öffentliche Forschungsinvestitionen hätten. Das haben wir Ihnen auch nie vorgeworfen. Auch unter Ihrer Verantwortung – zu soviel Differenzierung bin ich in der Lage – mussten wir da nicht den Vergleich mit Bayern und Baden-Württemberg scheuen.

Unser Problem sind die privaten Forschungsausgaben! Unser Problem ist, dass wir für Nordrhein-Westfalen zu wenig Geld vom Bund und von der Europäischen Union bekommen.

Der Grund ist, dass, wenn es in der Vergangenheit darum ging, Max-Planck-Institute für Nordrhein-Westfalen zu gewinnen, Sie eher schlecht abgeschnitten haben, weil in den entsprechenden Runden gesagt wurde: Ihr buhlt um die Verlängerung der Steinkohlesubventionen. Ihr bekommt das Geld. Aber dann bekommt Ihr obendrauf nicht auch noch MPIs.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Da gibt es doch einen Zusammenhang!

Diesen Zusammenhang gibt es auch bei anderen Beispielen wie dem Hochschulpakt 2020 und jetzt

wieder bei den Entscheidungen zum Thema Hartz, bei denen Herr Beck wieder etwas für sein Land herausholen kann. Nordrhein-Westfalen hat schon seine Gelder bekommen – und zwar für die Steinkohle.

Unser Problem ist, dass wir knappe öffentliche Mittel – auch Mittel vom Bund – über Jahre und Jahrzehnte nicht in Bereichen verwendet haben, die innovativ sind und die Wachstum generieren. Stattdessen haben Sie diese Gelder lieber im Ruhrgebiet verbuddelt, um einen Wirtschaftszweig künstlich zu beatmen, der aus sich heraus nicht selbstständig lebensfähig ist und der keine innovative Wirkung hat. Das ist der Grund.

Andere Länder hatten auch Strukturprobleme. Bayern war ein agrarisch geprägtes Land. Die haben mit den Bundesmitteln aber besser und nachhaltiger gewirtschaftet, als Sie es über Jahre und Jahrzehnte getan haben.

(Heike Gebhard [SPD]: Meine Güte! An Nordrhein-Westfalen hat Bayern sich erholt!)

Herr Schultheis, wenn es darum geht, zu prüfen, wie die Finanzlage der Hochschulen ist, müssen Sie sich noch einen Vorwurf gefallen lassen. Ich will gar nicht auf die Details eingehen. Kollege Brinkmeier hat Ihnen ja dargelegt, wie sich zum Beispiel die Zuschüsse an die Hochschulen errechnen und dass Energiekosten sehr wohl ausgeglichen worden sind. Das steht sogar im Erläuterungsband auf Seite 7. Das können Sie nachschlagen, wenn Sie ihn dabei haben. Dort ist es genau aufgeführt.

(Zuruf von der SPD)

Ich will aber auf einen anderen Punkt hinaus, Herr Schultheis. Sie haben in Ihrem Beitrag mit nicht einem einzigen Wort erwähnt, dass – wenn alle Hochschulen entsprechende Entscheidungen treffen – durch die Studienbeiträge 320 Millionen € zusätzlich zur Verbesserung der Lehre zur Verfügung stehen.

(Karl Schultheis [SPD]: Das wollen wir sehen!)

Das sind 320 Millionen €, die Sie einfach ausblenden!

(Beifall von FDP und CDU)

Wir sehen an manchen Stellen im Land schon, was für positive Effekte möglich sind. Ich möchte einmal über die Universität Bonn, wo ich es selbst beobachten kann, berichten: Im Seminar für Politikwissenschaft und Soziologie kann ich aus der Nähe betrachten, wie Studierende zusammen mit

den Verantwortlichen in der Wissenschaft überlegen, was mit den Geldern für das Seminar konkret geleistet werden kann.

Sie überlegen, wie möglicherweise die Öffnungszeit der Seminarbibliothek verlängert werden kann, ob Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben eingestellt werden können und ob zusätzliche Tutoren eingestellt werden können. Da verbessert sich ganz konkret etwas in der Lehre. Das ist unser Ziel, das Sie aus ideologischen Gründen vollständig ausgeblendet haben.

Nachdem Sie mich eben gefragt haben, was wir von Ihnen zurücknehmen könnten, möchte ich Sie fragen: Können Sie zusagen, im Jahr 200x – wenn Sie hier vielleicht wieder in der Verantwortung sind – in der Lage zu sein, die Studienbeiträge abzuschaffen und den Hochschulen das Geld aus anderen Haushaltsbereichen ohne Verluste bei der Qualität der Lehre zur Verfügung zu stellen? Man kann gespannt sein, ob Sie das Geld wirklich werden bereitstellen können.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Meine Damen und Herren, Frau Seidl hat über den Zukunftspakt gesprochen, den ich auch noch ansprechen möchte. – Frau Seidl, ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass es trotz der Finanzlage – die Argumente will ich nicht noch einmal wiederholen, denn die sind Ihnen bekannt – gelungen ist – und Nordrhein-Westfalen ist neben Baden-Württemberg das erste Land, wo es eine entsprechende Kabinettsentscheidung gab –, 125 Millionen € prospektiv zum Ausbau zur Verfügung zu stellen.

Nun mögen Sie sagen, dass sei zu wenig. Sie nennen es „Dumpingpakt“ und berufen sich auf die HRK. Die HRK ist eine ehrenwerte Institution, aber Sie suchen sich nur die Argumente heraus, die Ihnen passen.

Wenn die HRK sagt, unser Hochschulfreiheitsgesetz sei mustergültig, hat die HRK nicht Recht. Wenn es Kritik am Zukunftspakt gibt, ist die HRK plötzlich wieder ein Ansprechpartner. So können Sie auch nicht agieren.

Wir sehen, dass mit diesem Hochschulpakt 2020 in Nordrhein-Westfalen zusätzliche Studienplätze bedarfsgerecht geschaffen werden. Das steht im Übrigen auch damit im Zusammenhang, dass wir uns durch eine Verbesserung der Lehre bemühen wollen, die durchschnittliche Studiendauer zu reduzieren. Auch das schafft Kapazitäten, die in den Rechnungen noch gar nicht enthalten sind. Deshalb sind wir dezidiert der Auffassung, dass hier trotz der – ich habe es eben bei einem anderen

Aspekt ausgeführt – gewissen Hypotheken, die Nordrhein-Westfalen in den Bund-Länder-Verhandlungen tatsächlich zu gegenwärtigen hatte, gut verhandelt worden ist.

Meine Damen und Herren, abschließend: Nordrhein-Westfalen hat durch die Einführung von Studienbeiträgen und die Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers – insbesondere des Landtags über den Zukunftspakt – eine nachhaltig planbare Finanzierungsgrundlage für die Hochschulen geschaffen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat mit dem Hochschulfreiheitsgesetz – ich verweise noch einmal auf die HRK, Stichwort „mustergültig“ – den Ordnungsrahmen für das Hochschulwesen in einzigartiger Weise modernisiert und den Hochschulen wirklich – das war Ihr Wort, Frau Seidl – Handlungsmöglichkeiten eröffnet, kreativ mit den Stärken umzugehen und die Schwächen zu überarbeiten.

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE]: Ich habe gesagt: „nicht kreativ“!)

Das Land Nordrhein-Westfalen hat also damit begonnen, jetzt überhaupt erst wieder in die Offensive zu finden. Das wird auch daran deutlich, dass wir durch die Finanzierungsfragen und Fragen der Rechtssetzung wieder dabei sind, auch im internationalen Vergleich ein attraktiver Standort zu werden. Deshalb ist es richtig, etwa ein Rückkehrprogramm mit 1,5 Millionen € zu dotieren, um auch im Ausland zu zeigen, dafür zu werben und mit Mitteln für die Hochschulen zu hinterlegen, dass Nordrhein-Westfalen wieder auf dem Weg ist, aus dem Mittelfeld in Deutschland an die Spitze zu kommen, dass Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2015 wieder das Innovationsland Nummer eins wird. Dieser Haushalt 2007 ist ein wichtiger Schritt auf diesem noch langen Weg. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind hier in einer vorweihnachtlichen Stimmung.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nee! – Marc Jan Eumann [SPD]: Das hat man bei Herrn Lindner nicht gehört!)

Deswegen möchte ich erst einmal mit den Gemeinsamkeiten beginnen. In Ihren Ausführungen, Herr Schultheis, habe ich einen Punkt angetroffen, in dem ich Ihnen voll und ganz zustimmen möchte:

(Beifall von CDU und FDP)

Schwarz-Gelb ist eine erfolgreiche Farbkombination, nicht nur im Fußball, sondern auch in der Politik, Herr Schultheis. Das hat mir sehr gut gefallen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall von CDU und FDP – Minister Oliver Wittke: Der meint aber nicht die Dortmunder! Das wollen wir klarstellen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Innovationsbericht 2006, über den wir vor 14 Tagen gesprochen haben, hat noch einmal gezeigt, dass unser Land im Hinblick auf seine technologische Leistungsfähigkeit vor einer riesigen Aufholjagd steht. Wir müssen und wir wollen die Kräfte bündeln, damit wir bis 2015 unser ehrgeiziges Ziel erreichen, in Deutschland Innovationsland Nummer eins zu werden. Dies – das wissen wir – wird nicht von heute auf morgen gelingen, sondern das müssen wir uns in den nächsten Jahren sehr hart erarbeiten.

Der Haushalt 2007 und der Einzelplan 06, über die wir heute reden, sind ein weiterer wichtiger Schritt auf diesem Weg. Der um den GFG-Sondereffekt bereinigte Gesamthaushalt wächst im kommenden Jahr um 1,1 %. Das Budget der Hochschulen und der Kliniken, meine sehr verehrten Damen und Herren, wächst – bereinigt um die von der Vorgängerregierung vorgenommenen Absenkungen – um 2,2 %.

(Beifall von der CDU)

Und die Mittel für die Innovationsförderung wachsen im nächsten Jahr – es geht um die Landesmittel – um 4,7 %. Ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen und beim Landesfinanzminister dafür, dass das möglich geworden ist.

Wir legen Ihnen für das kommende Jahr einen Haushalt vor, der beides zusammenbringt: konsolidieren und investieren – investieren in neue Möglichkeiten für die Menschen in unserem Land. Wir erarbeiten uns damit in doppelter Hinsicht – Herr Lindner hat eben darauf hingewiesen – die Spielräume in den nächsten Jahren, die wir für unsere Aufholjagd brauchen. Indem wir nämlich den Haushalt konsolidieren, wegkommen von verfassungswidrigen Haushalten hin zu verfassungsgemäßen und in der Perspektive ausgeglichenen Haushalten, schaffen wir doch erst die Voraussetzungen dafür, dass wir mehr in Richtung Zukunft

investieren können. Auf dem Weg dahin bauen wir schon den Haushalt so um, dass wir diese Steigerungsraten im nächsten Jahr bereits für Bildung, für Hochschulen und für Innovation vornehmen können, die ich Ihnen hier vorgetragen habe.

Jetzt möchte ich noch einmal an die damalige Regierungskoalition appellieren, vor allem an die SPD, deren früherer Parteivorsitzender vor wenigen Tagen hier in Düsseldorf eine Pressekonferenz abgehalten hat: Es liegt doch an Ihnen, in den nächsten Wochen auch dazu beizutragen, dass Nordrhein-Westfalen nicht länger in die Vergangenheit investieren muss, sondern über 2010 hinaus mehr Mittel zur Verfügung hat, damit bei ausgeglichenen Haushalten noch mehr in Richtung Zukunft investiert werden kann. Überwinden Sie Ihre Vergangenheitsbezogenheit! Kommen Sie in der Wirklichkeit dieses Landes Nordrhein-Westfalen an, meine Damen und Herren!

(Beifall von CDU und FDP)

In Übereinstimmung mit dem Zukunftspakt sichern wir nicht nur die finanzielle Basis für die Hochschulen, sondern sorgen im Rahmen des Hochschulpakts mit dem Bund für zusätzliche Studienplätze. Wir werden die Mittel im zentralen Bereich der Innovationsförderung steigern und einen Schwerpunkt auf die Förderung von Spitzenforschung legen. Meine Damen und Herren, dieser Landtag vertritt nicht nur ein Politikfeld, sondern mehrere Politikfelder. Deshalb ist es mir wichtig hervorzuheben, dass wir auch die strukturellen Weichenstellungen im Haushalt 2007 vornehmen werden, die außerhalb der Schwerpunktsetzung für die Hochschule und Spitzenforschungsförderung einen Beitrag leisten, damit wir insgesamt das Konsolidierungsziel erreichen können. Also auch im Einzelplan 06 leisten wir beides, nämlich investieren und konsolidieren. Mit Blick auf die anderen Politikfelder ist das sehr wichtig.

Das Haushaltsjahr 2007 markiert den Beginn der Ära des Zukunftspaktes, der den Hochschulen eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung bis Ende der Legislaturperiode garantiert. Die Ausnahme von haushaltswirtschaftlichen Eingriffen wie Minderausgaben oder Ausgabensperren wird bis 2010 verlängert. Der Fonds zur Erneuerung der wissenschaftlichen Infrastruktur an den Hochschulen wächst in 2007 auf 33,6 Millionen € an. Für die durch den Zukunftspakt abgesicherten Globalbudgets der Hochschulen inklusive der medizinischen Fakultäten stehen im kommenden Jahr, meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt 3,7 Milliarden € zur Verfügung.

Darüber hinaus hält die Landesregierung ihr Wort, mit zusätzlichem Geld für den Ausbau von Studienplätzen zu sorgen. Sie hat die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, bis 2010 dafür rund 250 Millionen € im Rahmen des Hochschulpaktes von Bund und Ländern bereitzustellen. Hier möchte ich, liebe Frau Seidl, noch einmal an zwei Punkte erinnern, die ich schon im Ausschuss Ihnen darzulegen versucht hatte:

Erstens. Das Land Nordrhein-Westfalen hat, anders als in der Vergangenheit, gut verhandelt, denn – Sie kennen den Königsteiner Schlüssel von 21,6 % – wir bekommen aus dem Hochschulpaket für Bund und Länder zur Schaffung neuer Studienplätze 26 % der Mittel und können damit 26.000 neue Studienplätze bis 2010 schaffen.

(Beifall von CDU und FDP)

Unter Ihrer Verantwortung haben Sie in diesem Jahrzehnt gerade einmal 15,4 % aus den Hochschulbaumitteln herausgeholt, in den 90er-Jahren 12,6 %. Darunter leiden unsere Hochschulen noch heute, weil Sie damals zu wenig investiert und zu wenig Geld beim Bund abgeholt haben. Dieses Geld ist tatsächlich nach Süddeutschland gegangen; das ist richtig. Deswegen sind sie heute besser. Das müssen wir aufholen. Wir haben aber gut verhandelt.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Ich möchte noch ein Zweites hinzufügen, auch, Herr Schultheis, weil Sie mit so vielen aus dem Hochschulbereich reden; ich bin ganz begeistert. Bei der Amtsübergabe des DFG-Präsidenten in Bonn auf der Hochschulrektorenkonferenz Deutschlands hat man mir berichtet, dass sich die Hochschulrektoren in Deutschland zum Thema Hochschulpaket getroffen haben. In Wahrheit hat bis zum heutigen Tage Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland 1:1 zu den in Aussicht gestellten Bundesmitteln eine echte Kofinanzierung im Haushalt.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie sind nicht bereit, dieses anzuerkennen.

Es gibt sieben Länder, zum Teil von der SPD mitregiert, die im Bereich „Pakt für Forschung“ – „3 % Aufwuchs“ – nicht einmal bereit oder in der Lage sind, die Kofinanzierung zu leisten mit der Folge, dass die anderen Länder jetzt auch diese Mittel in Anspruch nehmen. Erkundigen Sie sich doch erst einmal über die Wirklichkeit in diesem Lande, bevor Sie versuchen, Thesen zu verbreiten, die nicht substantiiert sind.

Für mich ist dabei aber ein anderer Punkt noch viel wichtiger. Mit dem Zukunftspakt und dem Hochschulpaket gelingt es, dass wir Wort halten in der zentralen Frage: Wie gehen wir mit den Mitteln um, die von den Studierenden kommen? Wir haben gesagt: nicht kompensatorisch. Das heißt, das Geld geht nicht zum Finanzminister, sondern bleibt an den Hochschulen. Wir haben auch gesagt: Es wirkt nicht kapazitätserhöhend. Genau das stellen wir sicher; denn über den Hochschulpaket bauen wir die Kapazität aus, und über den Zukunftspakt sichern wir, dass es zu keinen kompensatorischen Kürzungen kommt. Deshalb kommen die 320 Millionen € netto auch bei den Hochschulen an.

Hier muss ich Sie, Frau Seidl, aber auch Herrn Schultheis fragen, weil Sie sagten, da würde kompensiert: Was haben Sie mit den Einnahmen aus den Langzeitstudienkonten gemacht? – Am Anfang ist kein Euro bei den Hochschulen angekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Bitte messen Sie doch Ihre Worte an Ihren früheren Taten und der Politik, die wir heute machen.

Ich möchte den zweiten Punkt neben den Hochschulen und der Qualität der Lehre besonders hervorheben, nämlich die Förderung der Spitzenforschung, die uns sehr am Herzen liegt, die auch dringend notwendig ist, wie der Innovationsbericht gezeigt hat. Es geht um den Exzellenzwettbewerb. Hier stellen wir die notwendigen Kofinanzierungsmittel im Haushalt 2007 bereit gemäß der bislang bewilligten Anträge mit Verpflichtungsermächtigungen auch für 2008, die doppelt so hoch liegen, weil wir den Hochschulen ein Feld in Aussicht stellen wollen, das sie nach Kräften im Wettbewerb ausfüllen sollen und können. Hier haben sie alle Möglichkeiten, ihre Qualität im Wettbewerb zu zeigen. Wir werden alles, was gewonnen wird, in vollem Umfang kofinanzieren. Dafür hat der Haushalt Vorsorge getroffen.

Wir haben die Vorkehrungen für die von uns erwartete Ansiedlung des neuen Max-Planck-Instituts für die „Biologie des Alterns“ in Köln getroffen. Für den Bau und die Ersteinrichtung werden im nächsten Jahr 6 Millionen € bereitgestellt, weitere 24 Millionen € sind für die nächsten Jahre etatisiert.

Wir haben ein neues Rückkehrerprogramm für junge Spitzenwissenschaftlerinnen und Spitzenwissenschaftler aufgelegt und im Haushalt bereits etatisiert.

Wir haben als weitere Verbesserung der Spitzenforschung die German Research School for Simulation Science als Kooperation zwischen dem Forschungszentrum Jülich und Aachen in den Haushalt aufgenommen und damit die Chance, zu einer weiteren Qualitätssteigerung im Zusammenwirken von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu kommen.

Und wir tun erheblich mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Frauenförderung, zum einen, weil wir mehr Geld bereitstellen, nicht nur 3,5 Millionen €, sondern 5 Millionen € aufwachsend auf 7 Millionen € im Jahr 2010. Zum anderen, Frau Seidl, nutzen wir andere Instrumente. Wir fördern auch weiter – da können Sie ganz beruhigt sein – die Koordination der Frauenarbeit zwischen Hochschulen und Landesregierung, weil wir Koordination und Information für sinnvoll halten.

Aber es geht nicht nur darum, dass man sich informiert und dass man koordiniert, sondern uns geht es darum, dass wir am Ende tatsächlich mehr Wissenschaftlerinnen in den Hochschulen haben.

(Beifall von der CDU)

Da ist doch Ihre Leistungsbilanz so schlecht. Schauen Sie sich einmal an, welche Wachstumsraten in Niedersachsen erreicht werden konnten in der Zeit, als Sie in den letzten Jahren noch Verantwortung trugen und wie langsam sich das in Nordrhein-Westfalen entwickelt hat.

Wir haben einen Anteil der Professorinnen an dem gesamten Lehrkörper von etwa 13,4 %; in Niedersachsen sind es annähernd 20 %. Das ist doch Ihre Leistungsbilanz. Deswegen nehmen wir das Geld in die Hand, um ergebnisorientierte Anreize zu setzen. Wir geben den Hochschulen dann Geld, wenn sie wirklich Professorinnen unter Vertrag nehmen, um damit die Qualität der Forschung und der Lehre zu verbessern und die Attraktivität unserer Hochschulen auch im internationalen Vergleich zu erhöhen.

Ich hatte bereits erwähnt, dass wir bei der Innovationsförderung mit 508 Millionen € über das Hochschulbudget hinausgehen. Die Ansätze für Innovationsförderung steigen somit im Jahre 2007 um 4,7%. Damit liegen wir weit über dem Wachstumsziel von 3 %. Dies ist auch notwendig, damit wir den Anschluss schaffen können.

Mir ist wichtig, auch auf die strategische Neuorientierung einzugehen. Auch hier sind wir sehr schnell weitergekommen, und zwar zur Zufriedenheit der Beteiligten. Wir haben bereits eine

Zielsetzung der Hochschulen sowie eine Empfehlung des Wissenschaftsrates aufgreifen können, indem wir die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, soweit sie nicht bei den Forschungsgemeinschaften angesiedelt sind und dort ja nach einem gewissen Qualitätsstandard gesteuert und geleitet werden, an die Hochschulen zurückverlagert haben.

Wir haben das Kulturwissenschaftliche Institut an die Universität Duisburg-Essen und die beiden anderen Ruhrgebietshochschulen, die Sozialforschungsstelle Dortmund an die Universität Dortmund, das Institut für Arbeit und Technik an die Universität Duisburg-Essen und die Fachhochschule Gelsenkirchen und schließlich das Landesspracheninstitut an die Universität Bochum verlagert.

Dies haben wir in einer Weise gemacht, die den Hochschulen nicht Mittel für Forschung und Lehre wegnimmt, sondern die den Hochschulen Mittel belässt und dazu beiträgt, dass die Mittel in Zukunft wirksamer eingesetzt werden können, weil wir an starken Hochschulen interessiert sind. Diese Maßnahmen tragen wesentlich dazu bei.

(Karl Schultheis [SPD]: Die 200 Stellen sind weg! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Und dann haben Sie die Stellen reduziert!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Innovationspolitik ist mit dem Dreiklang, beste Bedingungen für qualitätsvolle Lehre an unseren Hochschulen, klare Schwerpunktsetzung auf Spitzenforschung und Fortsetzung eines sehr strategisch angelegten Umbaus der Hochschullandschaft hin zu noch stärkeren und international sichtbaren Hochschulen, eine Innovationspolitik aus einem Guss.

Sie wird durch das Hochschulfreiheitsgesetz unterlegt und ist in Initiativen wie „Zukunft durch Innovation“ und die Einsetzung und Etablierung einer Innovationsallianz eingebettet, die darauf ausgerichtet ist, die bessere Qualität an den Hochschul- und Forschungseinrichtungen zu nutzen, um zusammen mit der Wirtschaft zu besseren Ergebnissen auf dem Gebiet von Technologie und Innovation in unserem Land zu kommen. Der Haushalt bietet dafür ein wichtiges Fundament.

Ich bin zuversichtlich, dass wir, wenn wir so weiter arbeiten, wenn wir uns durch eine kluge Haushaltspolitik weitere Spielräume erarbeiten und wenn wir in unseren Reformbemühungen an anderer Stelle nicht aufgehoben werden, unser Ziel, das wir uns für unser Land vorgenommen haben, nämlich bis 2015 Innovationsland Nummer eins zu werden, erreichen. Ich danke den Koalitions-

fraktionen für die Unterstützung für den Einzelplan 06 und bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht nun die Kollegin Brunn.

Anke Brunn (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Pinkwart, mit schönen Ankündigungen und mit auch pressewirksam verkündeten Worten über einen allgemeinen Mittelzuwachs können Sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass in diesem Haushalt die Mittel für die Hochschulen bestenfalls stagnieren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deshalb sind die Hochschulen ja so enttäuscht, wenn sie von dreistelligen Millionenbeträgen lesen, die sie bekommen sollen. In Wirklichkeit sind es jedoch nicht mehr Mittel, als seinerzeit der Qualitätspakt der alten Landesregierung vorgesehen hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Nein, das ist nur dann so, wenn sie zentrale Mittel zurückrechnen. Tatsächlich ist es weniger. – Das Hochschulfreiheitsgesetz bewirkt vor allem, dass die Personalmitteldynamik zulasten der Hochschulen geht, da sie in Zukunft Stellen nicht mehr besetzen können, die sie dringend brauchen. Das ist das Täuschungsmanöver, das hier stattfindet. Die einzigen echten zusätzlichen Mittel für die Hochschulen kommen von den Studierenden. Lediglich durch die Studiengebühren kommt frisches Geld in die Hochschulen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist eine unglaubliche Ungerechtigkeit gegenüber der nächsten Generation.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist eine Saurei!)

Dies ist die Privatisierung der Hochschulen zulasten der nächsten Generation. Das ist „Privat vor Staat“. Ich finde das hoch ungerecht gegenüber der nächsten Generation. Ich glaube, dass Sie eines Tages so enden werden wie der seinerzeitige Zukunftsminister Rüttgers, der einst ankündigte, sehr viel Geld in die Hochschulen zu bringen, und am Ende stand viel weniger Geld zur Verfügung. Wir werden das genau nachrechnen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Leider habe ich keine Redezeit mehr. Sie können sicher sein, Herr Minister: Wir werden nachhalten, dass Ihren Ankündigungen nichts folgt, sondern lediglich eine Belastung der nächsten Generation stattfindet. Die Studierenden leisten zusammen mit den Kommunen und den Eltern von Kindern in Kindergärten die eigentliche Konsolidierungsarbeit in diesem Lande. Das ist die aktuelle Bilanz, die wir hier leider ziehen müssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Brunn. – Herr Löttgen von der CDU hat nun das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Brunn, lieber Herr Schultheis, wenn ich mir Ihre Beiträge am heutigen Tage anhöre, dann muss ich etwas, das mein Kollege Helmut Stahl gesagt hat, infrage stellen. Er hat davon gesprochen, dass Sie unter Amnesie leiden. Amnesie ist ja das schuldlose Vergessen.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, trifft auf Sie nicht zu. Sie nähern sich mit rasanten Schritten einem Zustand, den man mit Eskapismus beschreibt, und das ist das Verdrängen der Wirklichkeit und das Schaffen eigener kleiner Wirklichkeiten. Das ist genau das, was Sie machen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Sie sollten nicht von sich auf andere schließen! – Ewald Groth [GRÜNE]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben, Herr Kollege?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem vorliegenden Haushalt 2007 halten wir weiter Kurs auf das Ziel, Nordrhein-Westfalen zum Innovationsland Nummer eins zu machen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Es ist gut, dass wir Sie in Nordrhein-Westfalen haben studieren lassen!)

Betrachtet man die Innovationsförderung im engeren Sinne, dann weist der Einzelplan 06 ein Volumen von 517 Millionen € auf und damit eine Steigerung von 7 % gegenüber dem Haushaltsjahr 2006 – 4,6 % davon eigenverantwortet.

Bei der Debatte über den Innovationsbericht, die wir vor zwei Wochen geführt haben, ist noch einmal deutlich geworden, woran es Nordrhein-Westfalen mangelt, wenn wir von Innovationskraft und -dynamik sprechen. Nicht der sogenannte Staatssektor – Herr Lindner hat zu Recht darauf

hingewiesen – ist das Problem, sondern: Die Firmen und Unternehmen haben sich in der Vergangenheit gegen Nordrhein-Westfalen als Standort für Spitzen- und Hochtechnologie entschieden.

(Karl Schultheis [SPD]: Wir haben im letzten Jahr mehr gehabt! Nun sagen Sie doch einmal die Zahl!)

Es muss doch für Sie, Herr Schultheis und die Damen und Herren von der Opposition, niederschmetternd sein, wenn der Innovationsbericht zu diesem Thema bilanziert – ich darf zitieren –:

„NRW liegt damit weit hinter den süddeutschen Bundesländern zurück. An dem bestehenden Abstand hat sich in den letzten zehn Jahren relativ wenig geändert.“

Ausgehend von dieser Lage ist es der Landesregierung – an ihrer Spitze Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers und Innovationsminister Professor Andreas Pinkwart – gelungen, das abgelaufene Jahr zu nutzen, um die Lücke bereits jetzt in beeindruckender Weise zu schließen.

(Beifall von der CDU)

Die Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit erlaubt mir nur einige Beispiele, aber: Eon und RWTH Aachen schließen einen Vertrag über 40 Millionen € in den nächsten zehn Jahren für ein Energieforschungsinstitut in Aachen, 2 Millionen € Förderung der Landesregierung für das Technologiezentrum Dortmund, 24 Millionen € investieren Land und Industrie in den kommenden fünf Jahren für die Gründung eines Forschungsinstitutes zur Entwicklung neuer Werkstoffe; wir wenden 2 Millionen € für ein neues Science-to-Business-Center für weiße Biotechnologie in Marl auf.

Nicht zuletzt, um Ihnen auch einen anderen Beitrag zu präsentieren: In Zusammenarbeit mit dem Minister für Europaangelegenheiten, Michael Breuer,

(Karl Schultheis [SPD]: Wer ist das?)

präsentiert die Landesregierung in Brüssel technologische Zukunftsfelder, in denen Nordrhein-Westfalen herausragende Kompetenz besitzt.

Diese Liste, meine sehr geehrten Damen und Herren, ließe sich weiter fortsetzen. Sie zeigt aber vor allem eines: Wir sind dabei, den Vorsprung unserer süddeutschen Konkurrenten auf dem Weg zur Spitze zu verkürzen. NRW ist wieder attraktiv für Innovationen aus der Wirtschaft im Bereich Forschung und Entwicklung.

Aber hier wird auch etwas anderes deutlich: Der Politikwechsel mit der Anwendung eines neuen Ordnungsrahmens war und ist der richtige Schritt.

Studienbeitragsgesetz, Hochschulfreiheitsgesetz und Zukunftspakt sind substanzielle Bestandteile, die auf der Grundlage einer verlässlichen Finanzierung zu mehr Autonomie und mehr Eigenverantwortung führen. Gemeinsam mit einem vergrößerten Spielraum für die Wirtschaft, mit der eminent wichtigen Umstellung von Input- auf Outputsteuerung schaffen wir die günstigen Bedingungen in Nordrhein-Westfalen, die Innovationen in den entscheidenden Zukunftsfeldern möglich machen.

(Beifall von der CDU)

Mir ist durchaus bewusst, meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, dass Ihr Verständnis für den unbestreitbar positiven Einfluss dieser strukturellen und organisatorischen Änderungen auf das Innovationsklima stark begrenzt ist.

Auch die Feststellung Roman Herzogs in seiner Rede vom 26. April 1997, dass die Innovationsfähigkeit in den Köpfen stattfindet und anfangen müsse,

(Karl Schultheis [SPD]: Dann geben Sie sich mal ein bisschen Mühe!)

macht im Hinblick auf Ihren Kopf, Herr Schultheis, und auf die führenden Köpfe der SPD wenig Hoffnung.

(Beifall von der CDU)

Der Haushalt im Bereich Innovationsförderung zeigt eines: Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen stellen sich der Herausforderung, unser Bundesland in einem globalen Wettbewerb um die Ressource Wissen, um die besten Köpfe, um die großen Projekte und die besten Ergebnisse im Spitzenfeld zu platzieren.

Das Jahr 2006 lässt die Trendwende erkennbar werden: Der Haushalt des Einzelplans 06 gibt gemeinsam mit den angesprochenen Initiativen und Maßnahmen berechtigten Anlass zur Hoffnung, dass wir uns am Ende des Jahres 2007 wiederum auf einen großen Schritt hin zum Innovationsland Nummer eins freuen können.

(Beifall von CDU und FDP – Marc Jan Eumann [SPD]: Gut, dass die Märchenstunde vorbei ist!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Hier ist heute schon eine ganze Menge an Verschleierungsreden gehalten worden.

(Christian Lindner [FDP]: Jetzt kommt noch was von Ihnen dazu!)

Herr Löttgen, deshalb will ich Ihnen heute auch im Klartext sagen: Wir können in diesem Lande allein deswegen keinen Schritt in die richtige Richtung hinsichtlich der Innovationen machen, weil Sie die Weichen in diesem Land falsch stellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dieses Land kann nicht innovativ sein, wenn es unsozial ist, und es ist unsozial bei der Einführung von Studiengebühren und bei dem Abdrängen von potenziellen Studentinnen und Studenten in den Ausbildungsmarkt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von CDU und FDP)

Dort konkurrieren sie dann mit denen, die nicht studieren dürfen. Das ist nicht innovativ; das ist Rückschritt, und das ist gegenüber den jungen Menschen auch in höchstem Maße unfair.

Dieses Land kann nicht innovativer werden und ist nicht innovativ, weil es nicht zukunftsfähig ist. Es ist nicht zukunftsfähig, weil wir 1 Milliarde € für neue Studienplätze brauchen; das ist kein Kleckerbetrag. Herr Minister Pinkwart, wir brauchen jedes Jahr 250 Millionen € und nicht 250 Millionen € innerhalb von vier Jahren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir brauchen innerhalb von vier Jahren 1 Milliarde € für neue Studienplätze in Nordrhein-Westfalen. Das ist so festgeschrieben, weil wir genau wissen, dass wir jedes Jahr 15.000 neue, zusätzliche Studienplätze benötigen. Aber mit diesen Kleckerbeträgen schaffen Sie sie nicht. Ihr Vorgehen ist deshalb nicht innovativ und einfach nicht zukunftsfähig. Auch das ist wiederum unfair gegenüber den jungen Menschen, die jetzt nachwachsen und in den nächsten Jahren ins Studium gehen wollen.

Dass Ihr Hochschulpakt nur bis zum Jahre 2010 reicht, ist auch eher ein Scherz. Wenn Sie die Belastungen zwischen 2006 und 2010 schon nicht schultern können, dann wissen wir, dass Sie den großen Belastungen, die aufgrund der doppelten Jahrgänge im Jahre 2011/2012 kommen werden,

erst recht nicht gewachsen sein werden. Also stellen Sie schon heute die Weichen richtig, damit wir dann tatsächlich einen Fortschritt in Nordrhein-Westfalen konstatieren können. Das tun Sie im Moment nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dieses Land ist auch deshalb nicht innovativ, weil es frauenfeindlich ist.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Auch das ist in höchstem Maße unfair, absolut unfair. Wir haben Ihnen einen Antrag vorgelegt, wie man es anders machen könnte. Das hätte keinen Euro mehr gekostet. Sie sind nicht bereit, die Mittel für die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten und für das Netzwerk Frauenforschung festzuschreiben. Diese Mittel sind weiterhin unsicher.

Es ist doch wohl auch ein Scherz, Herr Minister Pinkwart, dass Sie uns weismachen wollen, ein Anteil von 15 % am Innovationsfonds sei innovativ in der Frauenförderung. Wir haben schon heute, wie Sie selber zugegeben haben, einen Anteil an Professorinnen im Hochschulfeld von 13,4 %. Wie wollen Sie das fördern, wenn Sie lediglich das bedienen, was wir schon haben? Ich will nicht 50 % fordern, aber man hätte eine anständige Schippe drauflegen müssen. Und warum gehen Sie weg vom Parameter Gleichstellung in der Mittelverteilung, wenn Sie schon die Outputsteuerung wollen? Das passt alles nicht zusammen. Das ist nicht innovativ. Das ist unfair – auch den Frauen gegenüber. Deshalb ist es auch nicht zukunftsfähig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Einen Antrag – meine Damen und Herren, lassen Sie mich den Witz der Geschichte in diesen Haushaltsverhandlungen noch einmal vor allen aufrollen – haben wir als Grüne zusammen mit der SPD durchgesetzt. Da ging es darum, dass es nicht nur Spitzenwissenschaftler, sondern auch Spitzenwissenschaftlerinnen gibt. Dieses „innen“ haben Sie uns durch Enthaltung zugestanden. Das ist Innovation in Nordrhein-Westfalen! Das hat es unter Rot-Grün so nicht gegeben!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ihre Zukunftskompetenz, die zeigt sich darin, dass Sie „Atomprofessoren“ berufen für eine Technik, die lebens- und menschenfeindlich ist.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Man könnte meinen, Sie hätten kein Konzept in Nordrhein-Westfalen, das sei ein Kurs, den man

nicht richtig bestimmen könne. Ich werde langsam misstrauisch. Ich glaube, dahinter steckt sehr wohl ein Konzept, nämlich: Schon jetzt sind die Hochschulen dicht. Studieren kann man bereits nicht mehr richtig, weil die Hochschulen überfüllt sind und nicht genügend Studienplätze zur Verfügung stehen. Wir schaffen auch nicht genügend neue. Dann kommen noch die Studiengebühren hinzu, damit die, die es sich nicht leisten können, auch nicht kommen können. Am Ende werden die Hochschulen wieder etwas leerer werden, die Arbeitsatmosphäre wird sich verbessern. Dann sind natürlich wieder die Richtigen an der Hochschule: die Kinder der Besserverdienenden. – Ich glaube, das ist das Ziel dieser Regierung und dieser Koalition.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege Groth, Herr Lindner hat eine Zwischenfrage. Gestatten Sie die?

Ewald Groth (GRÜNE): Ich kann die leider nicht zulassen, Frau Präsidentin. Ich kneife sehr ungern, aber Herr Lindner hatte 15 Minuten Zeit: Er hat hier nicht zur Sache gesprochen, er hat nicht zum Haushalt gesprochen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von der CDU)

Er hat dauernd nur auf andere Punkte Bezug genommen und die Opposition in diesem Hause beleidigt. Er verweigert die Auseinandersetzung um den Haushalt, den wir hier heute beraten wollen. Deshalb will ich ihm kein Podium für eine Zwischenfrage geben.

Der von Ihnen in Auftrag gegebene Innovationsbericht, Herr Minister Pinkwart, hat sehr deutlich gezeigt, dass Sie in Nordrhein-Westfalen eine Forschungs- und Entwicklungslandschaft übernommen haben, die ihresgleichen auch in der Bundesrepublik sucht. Gut: Es gibt Schwächen – aber auf einem sehr hohen Niveau. Ich glaube, dass Sie imstande sind, dieses Kapital, das Sie von Rot-Grün ererbt haben, zu verspielen. Tun Sie das im Sinne des Landes nicht! Kümmern Sie sich vielmehr tatsächlich um Innovationen, und zeigen Sie uns das auch im Sinne des Haushalts mit neuen Haushaltsansätzen!

Nicht nur in Aachen hat gestern Abend eine NRW-Mannschaft eine bayerische besiegt. Wir könnten das auch als Land Nordrhein-Westfalen.

(Lebhafter Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dazu allerdings haben wir hier die falsche Koalition und vielleicht – mir kommt der Verdacht – auch den falschen Minister. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb kommen wir zum Schluss der Beratung und zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 06**.

Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge Nummern 46 bis 48 der Tischvorlage entsprechend der Übersicht ab.

Zunächst ist die Nummer 46, **Änderungsantrag** der Fraktion der Grünen **Drucksache 14/3232**, abzustimmen. Wer dem zustimmen mag, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 47, einem weiteren **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3235**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch das mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nummer 48, ebenfalls ein **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3236**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch das mit Mehrheit **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 06** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3006**. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Einzelplan 06 mit großer Mehrheit **verabschiedet**.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen zum **Einzelplan 10**:

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich gebe den Hinweis, dass es dazu Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt, die Ihnen mit den Nummern 49 bis 62 der Tischvorlage vorliegen.

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort an Frau Schulze von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Svenja Schulze (SPD): Meine Damen und Herren! Der EU-Umweltkommissar Stavros Dimas hat erst vor Kurzem deutlich gemacht, welche Verluste uns im Umweltbereich drohen. In der EU beschleunigt sich der Artenverlust: 42 % der Säugetiere, 43 % der Vögel und 52 % der Fische sind vom Aussterben bedroht. Wir wissen gleichzeitig, welches Bild Kinder und Jugendliche heute von Natur und Umwelt haben. Dazu hat uns der „Jugendreport Natur“ deutliche Hinweise gegeben.

(Unruhe – Glocke)

Wir haben hier im Parlament auch schon öfter über den Klimawandel geredet. Allen ist eigentlich klar: Das ist eine große Herausforderung für die Politik hier in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen hat nächstes Jahr den Vorsitz in der Umweltministerkonferenz. Deutschland wird die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen; dort wird ein Schwerpunkt die Energiepolitik sein. Also riesige Herausforderungen für das Energieland Nummer eins!

Darauf müsste diese Landesregierung auch mit ihrer Haushaltspolitik eine Antwort geben. Aber wie in den anderen Einzelplänen zeigt sich auch hier die Koalition der Täuschung und Enttäuschung.

(Beifall von der SPD)

Diese Regierung hat kein eigenes Klimaschutzkonzept. Diese Regierung hat keine Antworten auf die von Dimas benannten Herausforderungen. Diese Regierung hat keine Antworten auf steigende Energiekosten und keine Antworten auf Naturschutzfragen. Hier wird versucht, Umweltpolitik im Dialog mit Wirtschaft und Umwelt wegzumoderieren. So geht das aber nicht. Dialog von Umwelt und Wirtschaft kann nicht bedeuten, dass Umwelt- und Naturschutzverbände gar nicht erst eingeladen werden, um miteinander zu reden.

Das Verständnis dieser Regierung von Umweltpolitik beschränkt sich darauf, möglichst wenige Regelungen für die Landwirte zu beschließen. Was Sie in diesem Haushalt machen, ist ein Kahlschlag in der Naturschutz- und Umweltpolitik. Das ist die Fortsetzung des letzten Haushalts. Dieser Haushalt ist eine einzige Enttäuschung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich will das nur an wenigen Punkten deutlich machen. Sie streichen Mittel für das nachhaltige Wirtschaften. Davon ist zum Beispiel die Effizienzagentur betroffen. Sie hat sehr viele Projekte im Bereich der Umwelttechnologie gefördert.

Die CDU führt einen großen Parteitag zum Thema Umwelt durch. Ausgerechnet an den Stellen, an denen es konkret wird und um konkrete Hilfe für innovative Unternehmen geht, wird das Geld gestrichen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie sagen also wieder einmal das eine und tun das andere. Sie enttäuschen damit die fortschrittlich denkenden Unternehmerinnen und Unternehmer in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Sie streichen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Sie streichen die Titelgruppe so weit zusammen, dass kaum noch etwas übrig bleibt.

Herr Minister, erklären Sie uns doch einmal, was alles konkret wegfällt. Was ist mit der Umweltbildung, die gerade aus diesem Topf finanziert worden ist? Was ist mit den ganzen Projekten zur lokalen Agenda, die wir auf der kommunalen Ebene haben? Was passiert damit? Sollen das jetzt alles die Kommunen bezahlen, wie es bei vielen anderen Punkten im Haushalt der Fall ist? Sie können den Kommunen nicht alle Lasten aufbürden. So geht das nicht. So kann man nicht mit Umweltpolitik umgehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie streichen wieder einmal bei der Verbraucherzentrale. Der Ministerpräsident sagt, Nordrhein-Westfalen solle das Verbraucherschutzland Nummer eins bleiben. Wenn es dann konkret wird, streichen Sie. Im Vergleich zur SPD-geführten Regierung muss die Verbraucherzentrale mit 3 Millionen € weniger auskommen.

(Zuruf von der SPD: Das ist ja ein Ding!)

Sie halten Sonntagsreden. Wenn es aber konkret wird, streichen Sie die Mittel. Sie versuchen, die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu täuschen. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen werden merken, dass sich Ihr Verbraucherschutz auf Sonntagsreden beschränkt. Das werden sie Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der SPD)

Sie wissen um das veränderte Naturverständnis von Jugendlichen. Dann müsste man mehr für die Umweltbildung tun. Sie machen genau das Gegenteil. Sie streichen bei den biologischen Stationen und damit ausgerechnet bei denjenigen, die praktischen Umweltschutz vor Ort betreiben. Noch vor Kurzem wurde die Arbeit der biologischen Stationen gelobt. Nach einer Umfrage sind alle sehr zufrieden damit. Sie kürzen genau an der Stelle,

an der sich Ehrenamt und Naturschutz ganz hervorragend verbinden.

(Beifall von der SPD)

Sie schließen die Stiftung für Umwelt und Entwicklung praktisch. Genau diese Stiftung hat sehr wichtige Projekte gefördert. Sie hat viele Anstöße auf kommunaler Ebene geben können. Ich frage Sie auch in diesem Fall, wer diese Aufgabe übernehmen soll. Das können weder die Kommunen noch irgendwelche Privaten. Sie schieben Lasten und Verantwortung ab. So kann man Umweltpolitik nicht machen.

Sie von der CDU haben einen großen Parteitag durchgeführt. Es gab viel Brimborium. Wenn es allerdings um das konkrete Handeln geht, machen Sie das genaue Gegenteil. Sie schwächen diejenigen, die bei Ihnen keine Lobby haben. Sie schwächen Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie schwächen den Umweltschutz. Sie schwächen auch kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe. Sprechen Sie einmal mit den Milchbauern und fragen Sie sie, was die von Ihrer Politik halten. Sie schwächen innovative Firmen, die auf Nachhaltigkeit und Effizienz setzen.

Es ist interessant, zu sehen, an welchen Stellen Sie Geld ausgeben. Es gibt eine Organisation, die von einer CDU-Abgeordneten geführt wird. Diese Organisation ist von Kürzungen ausgenommen. Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, deren Vorsitzende Marie-Luise Fasse ist, kann ihre Förderung innerhalb von zwei Jahren um fast 50 % erhöhen. Ich möchte nicht bewerten, was diese Stiftung tut. Das ist sicherlich eine sinnvolle und gute Arbeit. Es wird aber überall gekürzt. Und ausgerechnet bei den Organisationen, bei denen Ihre Leute den Vorsitz innehaben, sind Sie so schamlos und bedienen diese einfach. Ich finde, das ist schon ein starkes Stück.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit Ihrer Kürzungspolitik im Einzelplan 10 schaden Sie den vielen Ehrenamtlichen, die im Umweltschutz und im Naturschutz arbeiten. Sie schaden denjenigen, die bei der Lokalen Agenda 21 aktiv sind. Sie arbeiten damit komplett an den Menschen in Nordrhein-Westfalen vorbei. Sie kennen die Umfragen. Es gab erst vor Kurzem eine aktuelle Umfrage, nach der 93 % der Menschen Umweltschutz für wichtig halten. Und die schwarz-gelbe Regierung hat nichts Besseres zu tun, als ausgerechnet beim ehrenamtlichen Engagement zu kürzen und das Engagement dort zu behindern. Das ist eine herbe Enttäuschung für alle, die dort aktiv sind. Das sind viele Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Zwei Drittel der Bevölkerung sehen in einer konsequenten Umweltpolitik keine nachteiligen Effekte für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind damit mehrheitlich deutlich klüger, als die Landesregierung uns mit ihrer Marktgläubigkeit zu erklären versucht.

Allen ist klar: Der Staat muss als Pionier vorangehen. Er muss den Weg für Innovationen ebnen. Bundesumweltminister Gabriel hat Recht, wenn er angesichts der Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, jetzt eine ökologische Industriepolitik verlangt.

Nordrhein-Westfalen hätte sehr gute Startchancen. Wir haben unter der SPD-geführten Regierung eine ganze Menge Profil gewonnen. Viele Unternehmen sind auf dem Sektor der Umwelttechnologie äußerst profiliert. Was Sie von Schwarz-Gelb jetzt machen, ist der Versuch, Wirtschaft und Umwelt gegeneinander auszuspielen.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Das ist nicht die Herausforderung dieser Zeit. Sie sind damit eine herbe Enttäuschung für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Sie sind eine herbe Enttäuschung für alle, die im Ehrenamt, im Naturschutz tätig sind. Sie sind eine herbe Enttäuschung für die Milchbauern.

Sie enttäuschen mit den Streichorgien im Einzelplan 10 die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Einem solchen Haushalt können wir nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Schulze. – Frau Fasse hat nun das Wort für die CDU.

Marie-Luise Fasse (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch bei der Aufstellung des Einzelplans 10 über die Ausgaben im Bereich des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Haushalt 2007 wurden alle Anstrengungen unternommen, um das Ziel der mittelfristigen Finanzplanung des Landes zu erreichen. Die in dieser mittelfristigen Planung für 2007 veranschlagten Ausgaben in Höhe von 917,3 Millionen € wurden sogar um 53,5 Millionen € unterschritten.

Der Einzelplan 10 des MUNLV ist wie bereits im Jahr 2006 maßgeblich von einer umsichtigen verantwortungsvollen Sparpolitik gekennzeichnet. Bei allem Sparwillen sollen den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes Lebensqualität und Grund-

lagen für ein gesundes Leben erhalten und, wenn irgend möglich, verbessert werden. Dazu gehören intakte Landschaften, reine Luft und saubere Gewässer. Auch für die kommenden Generationen dürfen diese Grundlagen nicht auf neuen Schulden aufgebaut sein.

Unter dieser Prämisse hat das MUNLV den Einzelplan 10 mit Umsicht zukunftsweisend aufgestellt. Dass es dabei wegen der erforderlichen Haushaltskonsolidierung teilweise zu erheblichen Einschnitten kommen musste, ist eine Selbstverständlichkeit; denn sparen heißt ganz einfach: weniger ausgeben.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Die vorgenommenen Einsparungen führen jedoch in keinem Falle dazu, dass in den die Zukunft betreffenden Schwerpunkten wie Verbraucherschutz, Umsetzung der EU-Richtlinien für Luftqualität und Umgebungslärm oder Hochwasserschutz die zu Recht hohen Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr erfüllt werden können. Hier bleiben die bestehenden Strukturen erhalten und werden gestärkt. Auch im Jahr 2007 stehen ausreichende Mittel zur Verfügung, um Bundes- und EU-Mittel einzufordern und bedarfsgerecht mitzufinanzieren.

Auch Verwaltungskostenerstattungen für Aufgaben des Landes, die von dritter Seite erfüllt werden, wie zum Beispiel von der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und dem Landesbetrieb Wald und Holz, sind in erforderlicher Höhe im Haushaltsentwurf vorgesehen.

Unter Berücksichtigung dieser Fakten und des weiteren Umstandes, dass die aus Einnahmen finanzierten zweckgebundenen Ausgaben angestiegen sind, ist es dennoch gelungen, für 2007 eine Entlastung von 5 % gegenüber dem Haushalt 2006 zu erreichen. Die Einsparbemühungen im Haushaltsentwurf finden jedoch überall dort ihre Grenze, wo es um vitale Interessen der Menschen in Nordrhein-Westfalen geht.

Für Lebensqualität ist eine intakte Umwelt unerlässlich. Sie ist nachhaltig zu erhalten und zu verbessern und deshalb vorrangiges Ziel unserer Politik. In der Vergangenheit mussten sich die Menschen über den Zustand der Gewässer oft sorgen. Fischsterben und PFT-Belastung waren Gründe für Beunruhigung. Deshalb ist der Gewässerschutz im Umweltbereich von besonderer Bedeutung. Zunächst ist der Gewässerzustand entsprechend der EU-Wasserrahmenrichtlinie festzustellen. Für Monitoring und Planungsaufgaben werden deshalb im Haushalt 2007 zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Auf der Grundlage so zu gewinnender Erkenntnisse bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sollen weitere Maßnahmen zur ökologischen Verbesserung der Gewässer ergriffen werden. Die Einnahmen aus der Abwasserabgabe werden dabei zielgerecht in einem entsprechenden Aktionsprogramm und in einem Investitionsprogramm eingesetzt. Der Emscherumbau und das Ökologieprogramm Emscher-Lippe sind herausragende Beispiele einer zukunftsorientierten Gewässerpolitik.

Dem Schutz vor Hochwasser mit möglichen Großschäden für Menschen, Umwelt und Industrie dient das bis 2015 reichende Hochwasserschutzkonzept. Der Haushalt 2007 sieht dafür aus EU-Mitteln, Landesmitteln und Mitteln der Abwasserabgabe eine Summe von 68,5 Millionen € vor. Das sind 4 Millionen € mehr als im laufenden Haushalt.

Feinstaubbelastungen über den EU-Richtlinienwerten beunruhigen regelmäßig die Bürgerinnen und Bürger in den Ballungsgebieten. Auch Lärm über EU-Werten verschlechtert die Lebensqualität. Zur Minderung dieser Belastungen werden effiziente Konzepte auf der Grundlage von Forschungen entwickelt. Forschungsmittel sind deshalb im Haushalt 2007 vorgesehen.

Auch der im Sommer dieses Jahres vereinbarte Dialog Wirtschaft und Umwelt dient dem gleichen Ziel, Frau Schulze. Er stärkt die Eigenverantwortung, fördert die Akzeptanz von Umweltschutz und macht diesen transparenter. Ein freiwilliges betriebliches Umweltmanagement führt zu weniger Bürokratie und weniger Kosten. Es ist ein Markenzeichen für eine moderne Betriebsführung. Durch umweltbewusstes Wirtschaften werden Image und Marktwert jedes Unternehmens gesteigert. Freiwilliges Umweltmanagement macht staatliche Verordnungen und zum Teil aufwendige Kontrollen überflüssig.

Der Förderung des Umweltschutzes dient auch der Stiftung Umwelt und Entwicklung. Hier sollen unter anderem Projekte der Umweltbildung, des Umweltschutzes und der Ressourcenschonung finanziell unterstützt werden. In diesem Zusammenhang ist im Haushalt 2007 besonders auf die Effizienz der eingesetzten Mittel für den beabsichtigten Zweck geachtet worden.

Die für den Naturschutz vorgesehenen Mittel sind gegenüber dem Haushalt 2006 um 1,2 Millionen € erhöht worden, da Naturschutzmaßnahmen in die neue ELER-Verordnung aufgenommen werden konnten. Durch den Vertragsnaturschutz stehen für das Programm „Ländlicher Raum“ 18 Millio-

nen € aus EU-Mitteln zur Verfügung. 850.000 € sind im Haushalt 2007 für die Verlängerung auslaufender Bewilligungen und für neue Flächen vorgesehen.

Trotz in Zukunft unzureichender EU-Mittel wird die heutige FFH-Ausgleichszahlung für Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen bei vermindertem Prämiensatz fortgesetzt. Dafür sieht der Haushalt 2007 Landesmittel in Höhe von 1,7 Millionen € vor.

Zwischen den Landesgartenschauen in Rietberg 2008 und der Regionale 2010 könnte mit den Haushaltsansätzen mit Verpflichtungsermächtigungen im Jahre 2009 eine Naturparkschau stattfinden. Dadurch würde die Bedeutung der Naturparke für die regionale Lebensqualität unterstrichen.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Sehr gut!)

Die Vermarktung regionaler Produkte und der Tourismus würden dadurch ebenfalls gestärkt.

In den Biologischen Stationen wird seit Jahren in freier Trägerschaft für den Naturschutz und in der Umweltbildung bewusst und gut gearbeitet. Das Netzwerk dieser Stationen wird bei Akzeptanz ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit bestehen bleiben. Im Haushalt 2007 sind Mittel in Höhe von 5,75 Millionen € vorgesehen. Der Haushaltsansatz stellt damit auch in Zukunft eine verlässliche Plattform für die Stationen dar.

Zum Schluss soll beim Naturschutz die Initiative „100 Alleen“ nicht unerwähnt bleiben. Hier wird die Neuanlage und Ergänzung von Alleen gefördert. Das Programm erfreut sich inzwischen breiter Unterstützung durch ehrenamtlichen Naturschutz, Landwirte, Grundbesitzer und Gemeinden. Bereits Anfang nächsten Jahres werden etwa 25 neu gepflanzte Alleen in unserem Land einen Beitrag zur Umwelt und zum Naturschutz leisten.

Ich komme zum Verbraucherschutz. Fleisch, mit dem nicht gehandelt werden kann, Zimtsterne und Räucherlachs – um nur einige Komplexe stichwortartig zu nennen – haben das Bewusstsein unserer Bürgerinnen und Bürger für einen starken Verbraucherschutz und ihre Forderung nach sicheren Lebensmitteln gestärkt. Diesen Ansprüchen wird der Haushalt 2007 durch Mittel für eine effiziente Lebensmittelkontrolle und eine intensive Lebensmittelüberwachung Rechnung tragen. Die Kontrolldichte muss nämlich gerade bei Lebensmitteln den möglichen Risiken folgen. So sind zum Beispiel Fleischprodukte, insbesondere Tiefkühlprodukte, häufiger zu kontrollieren als etwa Gemüsekonserven.

Die Einrichtung des neuen Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz stärkt den Verbraucherschutz. In Zukunft werden dort 130 Beschäftigte tätig sein, um Lebens- und Futtermittel zu überwachen. Das neue Landesamt übt die Fachaufsicht über Kreise und kreisfreie Städte aus. Moderne EDV-Technik sichert einen schnellen, landesweiten Datenaustausch. So werden in Zukunft Überprüfungen bei Verdachtsfällen zielgerecht und ohne Zeitverzug garantiert.

Gebündeltes Expertenwissen wird die Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit so steigern, dass der letzte Platz, den unser Land auf der Rangliste des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen im Jahr 2004 einnahm, endgültig der Vergangenheit angehört. Wir hoffen, dass wir dort in Zukunft einen Spitzenplatz einnehmen können.

Diesem Ziel kommt das Land durch Konzentration und Kooperation der Untersuchungsämter entsprechend dem erfolgreichen Pilotprojekt in Ostwestfalen-Lippe näher. Einrichtungen dieser Art mit modernster technischer Ausstattung und gebündelter Fachkompetenz sollen flächendeckend errichtet werden.

Die Zahl der Lebensmittelkontrolleure wird bis 2010 um 300 auf 600 erhöht. Eine Fachausbildung zum Lebensmittelkontrolleur wird durch einen neuen Ausbildungsgang gesichert. Im Haushalt 2007 sind 250.000 € für Umschulungsmaßnahmen eingestellt.

Begleitend soll zum Zwecke des Verbraucherschutzes durch die Novellierung des Informationsfreiheitsgesetzes in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit geschaffen werden, Verbrauchertäuschern in Zukunft durch Namensnennung schnell das Handwerk zu legen. Auch die finanzielle Unterstützung des Landes für das vom Handwerk neu eingerichtete Hygienezentrum in Münster dient der Sicherheit der Verbraucher.

Uns ist bewusst, dass wir bei den dargestellten Verbesserungen im Verbraucherschutz auf keinen Fall auf die erfolgreiche, kompetente Arbeit der Verbraucherzentrale verzichten können. Deshalb soll die institutionelle Förderung im Jahr 2007 auf dem bisherigen Niveau bleiben. Für die finanzielle Planungssicherheit der Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen sollen mit dem Ministerium Vereinbarungen getroffen werden.

Die Verbraucherinformation ist, wie gesagt, ein wesentliches Element des Verbraucherschutzes. Der vom Umweltministerium vorgelegte Verbraucherschutzbericht 2005/2006 kommt dem Informationsbedürfnis nach. Durch den Bericht werden die Entscheidungskompetenz und die Entschei-

dungssicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt. Der Bericht steht den Interessierten kostenlos zur Verfügung.

Sie sehen an diesen Beispielen, dass Verbraucherpolitik, Umweltpolitik und Naturschutz bei uns in den besten Händen sind. Alle Bereiche werden finanziell durch die entsprechenden Etatposten im Haushalt 2007 in bestmöglicher Weise gefördert. Wir setzen den klaren Kurs unserer bisherigen Politik fort. Diese Politik der Nachhaltigkeit – eben auch der finanziellen Nachhaltigkeit – verpflichtet. In unserem Land wird auf diesen Feldern für die Menschen und mit ihnen zukunftssträchtige Politik gemacht. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Fasse. – Für die Grünen spricht nun Herr Kollege Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Vorbereitung auf die heutige Plenardebatte habe ich mich gefragt: Was machen wir hier eigentlich? Genauer: Was machen Sie hier eigentlich? – Es ist Legende, dass die Debatten zur zweiten Lesung nicht gerade sprühend sind. Auch die mediale Aufmerksamkeit geht gegen null. In der Vergangenheit hat es den einen oder anderen Versuch gegeben, das zu straffen und zu ändern.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Aber darum geht es mir gar nicht, Herr Weisbrich. Mir geht es vielmehr um ein stilbildendes Verfahren, das die Koalitionsfraktionen hier eingeführt haben: Sie entziehen sich der fachlichen Debatte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben die Diskussion in den Fachausschüssen ganz bewusst entwertet, indem Sie Ihre Änderungsanträge dort nicht zur Diskussion gestellt haben. Sie ordnen sich bewusst dem Diktat der Finanzpolitik unter, indem Sie fachliche Aspekte nicht zulassen, und Sie wollen damit die inhaltlichen und politischen Schwächen Ihrer Änderungsanträge kaschieren,

(Zuruf von der CDU)

wobei ich sagen muss, dass das Veränderungsvolumen bei Regierungsfractionen sowieso äußerst begrenzt ist. Aber Sie wollen über die inhaltlichen und politischen Schwächen Ihrer Anträge offensichtlich nicht diskutieren. Dann muss man eben dieses Forum nutzen, um offenzulegen,

welche Schwächen und politischen Verwerfungen es an dieser Stelle gibt.

Dabei sind die Veränderungen im Einzelplan 10 zu nennen, die eindeutig die Handschrift der FDP tragen. Es ist nicht so, dass der Haushalt des Ministers bisher ein Glanzstück wäre. Aber die FDP hat – und das kann ich nicht verstehen – mit Unterstützung der großen Regierungsfraction zusätzlich daran herumgefummelt, was verheerende Auswirkungen hatte. Es werden zusätzliche Unsicherheiten und Verwerfungen geschaffen. Das muss hier thematisiert werden.

Ich will das an drei Punkten benennen. Verunsicherung bei den Mitarbeitern der Biologischen Stationen: Herr Ellerbrock ist mit der Absicht angetreten – das muss jeder wissen; das erklärt er auch freimütig –, nicht um 10 %, sondern auf 10 % zu kürzen. Wo soll das denn enden? Er hat einen weiteren Schritt in diese Richtung getan, indem er bei den Biologischen Stationen 250.000 € weggenommen hat, obwohl der Minister versprochen hatte, dass in diesen Haushalt 6 Millionen € für die Biologischen Stationen eingestellt werden. Also wurden der Herr Minister und die große Regierungsfraction in den Senkel gestellt. Vor allem aber wurden die Mitarbeiter der Biologischen Stationen verunsichert, und das müssen wir hier zurückweisen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber auch bei der Feinstaubbekämpfung haben Sie herumgefummelt. Wir haben schon über das Gutachten diskutiert, das gemacht werden soll. Ich bin mir ziemlich sicher, dass, wenn wir demnächst über Umweltzonen im Ruhrgebiet reden, die Bedenken der FDP aufkommen werden: Wir haben ja dieses Gutachten; die allgemeinen Hintergründe der Feinstaubproblematik müssen geklärt werden, bevor wir handeln. – Das ist die Absicht, die da drüben in den Haushalt hineingefummelt worden ist und die Ihnen in Bezug auf den Feinstaub das Leben schwer machen wird. Auch das muss zurückgewiesen werden.

Besonders ist zu geißeln, wie Sie mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung umgehen – wenn denn die Anträge, die Sie gestellt haben, Wirklichkeit werden sollten. Dass die FDP an dieser Stelle den Problemen, die damit verbunden sind, nicht gewachsen ist, dass sie nahezu in der Art von Kleinkindern „Pinkelförmchen-Politik“ betreibt, ist klar. Das unterstreicht noch einmal, dass Sie den Problemen des Landes, was die Größe, die Statur und die Weitsicht angeht, nicht gewachsen sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was mich wütend macht, ist die Tatsache, wie Sie mit dem Ehrenamt in der Umweltbildung, der Naturbildung, der Eine-Welt- und Entwicklungspolitik umgehen. Wenn ich die Menschen sehe, die in den Eine-Welt-Läden stehen und sich für Projekte einsetzen, die dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche ein Gespür für Umwelt und Natur bekommen – das ist der Schwerpunkt dieser Stiftung –, wenn ich das alles vor Augen habe, dann komme ich zu dem Schluss, dass Ihr Vorgehen dieses Ehrenamt in den Dreck zieht. Das muss an dieser Stelle deutlich gesagt werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dass Sie dieses Ehrenamt im Vergleich zu anderen Ehrenämtern, die Sie im Bereich Kultur oder Sport fördern, an der zweiten und dritten Stelle platzieren, muss politisch gegeißelt werden. Dem muss dieses Haus, meine Damen und Herren, widersprechen.

Aber nicht nur, dass sie das Ehrenamt in den Senkel stellen, muss thematisiert werden; sie stellen den Ministerpräsidenten als Vorsitzenden des Stiftungsrates, den stellvertretenden Vorsitzenden, Minister Uhlenberg, und Minister Laschet in den Senkel. Und das wissen Sie, Herr Ellerbrock.

Wir haben neulich – und damit wird es auch haushaltsrechtlich problematisch – in der Stiftungsrats-sitzung den Wirtschaftsplan geändert. Die Einnahmen sind deutlich rückläufig. Nicht mehr das, was mit 4 Millionen im Haushalt steht, ist zu erwarten, sondern nur noch 1,5 Millionen €. Mit den Stimmen des Ministerpräsidenten und der beiden Minister ist der Wirtschaftsplan für 2006 und 2007 angepasst worden. Und Sie stellen Haushaltsanträge auf der Basis von 4 Millionen €. Das ist unredlich, und das ist haushaltsrechtlich nicht in Ordnung. Spätestens an dieser Stelle hätte Ihnen der Finanzminister sagen müssen: Das geht so nicht!

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn es der Finanzminister nicht tut, muss es heute dieses Haus tun, meine Damen und Herren.

Nun, wie sieht die Politik generell im Haushalt bei Umwelt, Naturschutz und Verbraucherschutz aus? Was ist das herausragende Kennzeichen, wenn wir eine Generalbetrachtung anstellen? Wir müssen feststellen: Umweltschutzpolitik, Naturschutzpolitik, Verbraucherschutzpolitik werden in diesem Land nicht selbstbewusst, selbstbestimmt vertreten. Die Grundtendenz lautet vielmehr: Diese Politik wird in diesem Lande fremdbestimmt abgewickelt, meine Damen und Herren.

Herr Minister, persönlich werden Sie als höflich, bescheiden, menschlich, nett beschrieben; aber politisch – es tut mir leid, ich muss das an dieser Stelle sagen – haben Sie in Sachen Umwelt und Verbraucherschutz die Hosen einfach nicht an. Sie müssen das erfüllen, was andere wollen. Deshalb ist Ihre Politik an dieser Stelle fremdbestimmt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein paar Beispiele habe ich eben genannt. Die FDP bestimmt, was bei den Biologischen Stationen passiert. Die FDP bestimmt, was im Bereich Agenda 21 passiert, die FDP bestimmt, was mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung passiert.

Aber es geht noch weiter: In puncto Verwaltungsreform – da wurde Ihnen die halbe Zuständigkeit weggenommen; es gibt faktisch im untergeordneten Bereich kein Umweltministerium mehr – bestimmt Herr Palmen und nicht Sie die Politik dieses Landes.

Oder wenn es um die Frage der Lebensmittelkontrolle geht: 300 neue Kontrolleure sollen kommen. Das hat Herr Rüttgers Ihnen ins Stammbuch geschrieben. Sie müssen es umsetzen. Weil Sie auf Ihrem Parteitag keine Botschaft hatten, hat Herr Rüttgers gesagt: Okay, dann stellen wir 300 zusätzliche Kontrolleure ein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sind ja schon bei dem Versuch, das auf der Bundesebene über Gebühren zu finanzieren, auf den Bauch gefallen. Und im Haushalt steht kein Konzept, wie Sie diese 300 Kontrolleure tatsächlich für zusätzliche Kontrollen einsetzen, wie sie für mehr Kontrollen sorgen sollen.

Es geht weiter: Beim Thema Ekelfleisch bestimmt die Fleischwirtschaft. Beim Thema Zimtsterne werden Ihnen die Grenzwerte, die Sie dann entsprechend festgesetzt haben, von der Süßwaren-wirtschaft diktiert, und Sie verkünden sie dann.

Beim Dialog „Umwelt und Entwicklung“ führt Ihnen der VCI die Feder. Bei der sogenannten Forstreform haben Sie sich von den Ideen der Beamten Ihres Hauses offensichtlich einwickeln lassen. Sie agieren auch da nicht selbstbestimmt, sondern fremdbestimmt.

Meine Damen und Herren, diese Liste ließe sich fortsetzen, zum Beispiel mit der konkreten Übertragung der Tierseuchenkasse, die maßgeblich von der Kammer und den Landwirtschaftsverbänden betrieben worden ist. Immerhin handelt es sich um einen Haushaltsabsatz von 20 Millio-

nen € Auch da wurde Ihnen von außen diktiert, was Sie letztlich umsetzen.

Meine Damen und Herren, ich komme auf die Frage vom Anfang zurück: Was sollten wir heute tun? Wir sollten heute dem Minister an dieser Stelle vielleicht helfen. Wir sollten den Einzelplan 10 ablehnen und zurücküberweisen, damit er neu geschrieben wird, damit es eine bessere Politik für die Umwelt, für den Verbraucherschutz und den Naturschutz gibt. Dazu bitte ich um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Remmel. – Für die FDP spricht nun Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man die Debatte verfolgt, macht man folgende Beobachtung:

Die Kollegin aus der CDU, Frau Fasse, hat aufgezeigt, wie mit dem Haushalt umgegangen wird, wie sich die einzelnen Positionen verteilen.

Die Kollegin von der SPD, Frau Schulze, spricht von Horrorszenarien: Wir geben viel zu wenig Geld aus. Wir müssen da und dort mehr ausgeben.

Dem schließt sich von der Struktur her letztendlich in großen Teilen – in anderen Teilen nicht; darauf komme ich gleich – der Kollege Remmel von den Grünen an.

Meine Damen und Herren, haben Sie eigentlich vergessen, was Sie hinterlassen haben? 113 Milliarden € Schulden!

(Beifall von FDP und CDU – Lachen und Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Dass wir täglich 13 Millionen € Schulden zurückzahlen müssen, das ist für Sie witzig, darüber können Sie lachen. Das sind die Rahmenbedingungen. Das ist die Finanzschuttdeponie eines finanziellen Bankrotteurs von SPD und Grünen, die uns das hinterlassen haben.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Das mag Ihnen nicht passen, da mögen Sie brüllen. Das sind aber die Tatsachen, und das wissen die Bürger: Sie sind die Bankrotteure, die dieses Land überschuldet hinterlassen haben.

(Beifall von der FDP)

Sie haben jegliches Recht auf Kritik an finanziellen Einsparungen verwirkt, weil Sie über Jahre – allein die letzten fünf Jahre mehr als 30 Milliarden € – zusätzliche Schulden zur Klientelbefriedigung gemacht haben, meine Damen und Herren. Das ist eigentlich die Bankrotterklärung, die Sie weiterführen.

(Beifall von der FDP)

Der nächste Punkt: Sie bemängeln derzeit unter anderem, dass es den Dialog Wirtschaft und Umwelt gibt, ohne sofort die für Sie so maßgeblichen Umweltverbände einzubeziehen. Ja, die Umweltverbände sind für uns auch wichtige Gesprächspartner. Aufgrund der eben dargestellten finanziellen Überschuldung des Landes, die Sie, und zwar sehenden Auges, hinterlassen haben, ist es notwendig, dass man sich in Erinnerung ruft: Bevor ich etwas ausbebe, muss ich einen Umsatz haben; ich muss einen Verdienst haben; ich muss Steuern zahlen können. Und dann kann ich als Staat Geld ausgeben.

Es ist eine wichtige Aufgabe, zu der die FDP zusammen mit der CDU eindeutig steht, gerade im Dialog Umwelt und Wirtschaft erst einmal das Vertrauen aufzubauen, das Sie über Jahre sträflich vernachlässigt, ja sogar zerstört haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist der Grund, warum unsere Politik davon ausgeht zu sagen: Keinen nordrhein-westfälischen Sonderweg der wirtschaftlichen Belastungen mehr! Die Vorgaben aus Berlin und Brüssel werden eins zu eins umgesetzt. Wir wollen nicht die Belastbarkeit der Wirtschaft auf den Prüfstand stellen. Das hat der „rote Jochen“ in Schleswig-Holstein schon einmal versucht und ist jämmerlich gescheitert. Deswegen hat er ja seinen Lebensabend auch in Österreich verbracht.

(Zuruf von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

Der nächste Punkt: Verbraucherschutz, Verbraucherzentrale. Ja, auch die Verbraucherzentrale muss wie alle anderen Bereiche Einsparungen hinnehmen. Wir wollen eine flächendeckende Verbraucherberatung haben, aber nicht an jedem Ort zu jeder Zeit. Da wird es Einschränkungen geben müssen. Die Verbraucherzentrale ist gerade dabei, ihr System aufzubauen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Jetzt kommt wieder die Mär über die Biologischen Stationen. Ja, die Biologischen Stationen werden dieses Jahr wahrscheinlich 300.000 € weniger bekommen. Das ist richtig. Dazu stehen wir auch. Das, was wir hier einsparen wollen, wollen wir in

anderen Bereichen zusätzlich ausgeben, zum Beispiel in dem vom Kollegen Remmel ange-mahnten Bereich der Untersuchung der Feinstaubproblematik. Da unterscheiden wir beide uns, Herr Kollege Remmel. Wir sagen: Solche Probleme bedürfen einer vernünftigen, fundierten Beurteilung, um dann handeln zu können. Das ist anders als „Management by Hektik“ oder „Management by Announcement“. Sie kündigen aus dem Bauch heraus große Maßnahmen wie zum Beispiel Fahrverbote an; das Handeln sieht gegebenenfalls anders aus.

Herr Kollege Remmel hat das Mikrofon schon gerichtet und möchte gerne eine Frage stellen.

Vizepräsident Edgar Moron: Ich frage ihn gerne. Ich hatte nicht den Eindruck, dass Sie so ganz begeistert sind.

Holger Ellerbrock (FDP): Doch.

Vizepräsident Edgar Moron: Sie müssen das wissen.

Holger Ellerbrock (FDP): Kollege Remmel hat doch eben eindeutig gesagt, wir würden uns der Diskussion entziehen. Wir diskutieren gern!

Vizepräsident Edgar Moron: Jetzt wollen wir beide nicht diskutieren. Geben wir Herrn Remmel die Gelegenheit, eine Frage an Sie zu stellen. – Bitte schön.

Johannes Remmel (GRÜNE): Schönen Dank. Ich glaube, was die gegenseitige Freundlichkeit bei Fragen angeht, tun wir uns nichts.

Ich würde gerne fragen wollen, wenn Sie schon so forsch bei der Feinstaubproblematik vorangehen wollen, ob Sie den Minister unterstützen, wenn im nächsten Jahr die Einrichtung von Umweltzonen im Raum Rhein-Ruhr ansteht. Das müsste dann die Folge Ihres Engagements sein, wie Sie gerade versucht haben, uns näherzubringen.

Holger Ellerbrock (FDP): Da Sie ja Schriftsteller, Herr Remmel: Sie haben gesagt, Sie würden fragen. Fragen Sie nun oder fragen Sie nicht? – Ich nehme das erstens einmal als konkrete Frage auf.

Zweitens. Wir unterstützen selbstverständlich den Minister in einer klugen, nachvollziehbaren und zielorientierten Umweltpolitik. Ob das jetzt sofort mit Umweltzonen und Fahrverboten zu regeln sein wird, ist zu fragen. Deswegen werden wir erst einmal diese Untersuchungen machen, Herr Kol-

lege. Ja, genau das: Wir denken zuerst und handeln dann, statt erst zu handeln und dann zu denken.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist der Unterschied. Das muss doch einmal deutlich werden, Herr Kollege.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Deswegen freue ich mich doch immer über die Fragen, denn da können wir gut miteinander umgehen.

Zurück zu den Biologischen Stationen, die weniger Geld bekommen werden! Das Konzept der Biologischen Stationen mag richtig sein; es fußt auf einem Konzept mit 20 Biologischen Stationen im Land. Derzeit haben wir 42 Biologische Stationen. In den letzten Jahren, mit der verschleierte Finanzierung 2005 für bestimmte Projekte, haben die Biologischen Stationen noch gar keinen Sparbeitrag geleistet. Das kommt jetzt.

Natürlich werden wir jetzt darüber diskutieren – die ersten Ansätze zu einer neuen Strukturierung tauchen am Horizont auf – und müssen uns mit der Funktion der Biologischen Stationen auseinandersetzen. Für mich ist völlig klar, dass wir die Aufgaben definieren müssen. Welches erhebliche Landesinteresse kann durch Biologische Stationen befriedigt werden? Welche Aufgaben sind zwingend, sind notwendig, sind wünschenswert usw.? Dann müssen wir die Leistungen definieren, und dann müssen wir, wie das üblich ist, die entsprechenden Leistungen natürlich ausschreiben.

Da haben die Biologischen Stationen, gerade wenn sie erfolgreich vor Ort Identifikationen erreicht haben, erhebliche Führungsvorteile. Dann können die Biologischen Stationen natürlich auch zum Zuge kommen. Dabei müssen wir allerdings aufpassen, dass die Biologischen Stationen denjenigen die Arbeit nicht wegnehmen, die Steuern zahlen, die sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in ihren Reihen ausbilden und beschäftigen.

Und Ihre Argumentation zum Ehrenamt, Herr Kollege Remmel: Ehrenamt heißt für mich, um der Sache willen und nicht um des Geldes willen tätig zu sein. Das ist etwas völlig anderes.

(Svenja Schulze [SPD]: Das sind doch auch Pflichtaufgaben!)

Sie setzen natürlich in Ihrem Denkgebäude, das Sie die letzten Jahre verwirklicht haben, Ehrenamt mit staatlichem Alimentationsanspruch gleich; ich glaube, dass das bei Ihnen so ist. Aber das trifft

auf CDU und FDP nicht zu. Das muss man deutlich sagen.

(Zuruf von Svenja Schulze [SPD])

Dann kommt wieder die Argumentation: Landwirtschaftskammern. Ich glaube, Frau Schulze, Sie waren es. – Ja, auch wir als FDP stehen zu den Landwirtschaftskammern als eigenverantwortliche Selbstverwaltung.

(Svenja Schulze [SPD]: Dazu habe ich kein einziges Wort gesagt!)

– Dann war es Herr Kollege Remmel.

Vizepräsident Edgar Moron: Kollege Ellerbrock, Ihr Partner Remmel hat schon wieder eine Frage. Gestatten wir sie ihm?

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Remmel, gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Dann setzen wir mal den Dialog fort.

Holger Ellerbrock (FDP): Indikativ oder Konjunktiv?

Johannes Remmel (GRÜNE): Diesmal bleibe ich beim Indikativ. Wären Sie so freundlich,

(Heiterkeit – Holger Ellerbrock [FDP]: Handeln und reden ist ein Unterschied!)

dem Hohen Hause zu erklären, wie – im Indikativ, tatsäch – die konkreten Mittel der Zuweisung für das Ehrenamt im Bereich des Sports, der Kultur und der Wohlfahrt aussehen?

Holger Ellerbrock (FDP): Ich will jetzt nicht auf die Diskussion der Oddset-Wetten eingehen. Auf Ihre grundsätzliche Frage gehe ich natürlich gerne ein. Aber wir wollen auch auf die Stiftung Umwelt und Entwicklung kommen. Ich sage eindeutig: Nach dem, was Sie in den letzten Jahren in der Stiftung Umwelt und Entwicklung beschlossen haben, deren Ansehen Sie in der Öffentlichkeit heruntergefahren haben, ist jeder Euro in der Stiftung Wohlfahrtspflege zugunsten alter oder behinderter Menschen und benachteiligter Jugendlicher besser aufgehoben als in dieser Stiftung. Das muss man ganz deutlich sagen.

(Beifall von der FDP)

Herr Kollege Remmel, ich dachte mir ja schon, dass so etwas kommt. Ich will nur aus dem Jahre 2005 krude Projekte, die Sie mit Ihren Stimmen und den Stimmen der SPD durchgesetzt haben,

nennen: zum Beispiel die Sichtung des Archivs der Antipartheidbewegung und Erstellung einer Ausstellung, Gesamtkosten 280.000 € Dazu muss man einmal sagen: Mit dem Projekt soll die Geschichte der deutschen Antipartheidbewegung – nicht der in Südafrika; der deutschen! – archiviert und aufgearbeitet werden. Da hat sich nämlich noch keine Sau drum gekümmert, weder eine Universität hat ein Interesse daran gehabt noch irgendein Geschichtsverein. Aber daran haben ein paar Leute ein Interesse, und die sollen jetzt mit dieser Stiftung finanziert werden. Das soll gemacht werden. – Und die graue Literatur, die überhaupt niemanden interessiert, wird mit 288.000 € gefördert.

Meine Damen und Herren, meine Redezeit reicht dafür nicht aus, aber ich würde gern eine Plenardebatte darüber führen. Ich würde auch gern aus den Jahren 2003, 2004 und 2005 die Projekte nennen. Also Vorsicht an der Bahnsteigkante! Jeder Euro für solche Projekte ist bei der Stiftung Wohlfahrtspflege wesentlich besser aufgehoben. Das muss man einmal festhalten.

(Beifall von der FDP)

Da ich weiß, dass die Kollegen ja auch noch reden, will ich mir für die zweite Runde noch ein bisschen Redezeit aufheben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und werde gleich den Dialog gerne fortsetzen. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Wir setzen die Debatte fort. Herr Minister Uhlenberg hat das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die früheren Regierungsfractionen haben immer sehr viel von Nachhaltigkeit gesprochen. Nur, in der Finanzpolitik hat diese Nachhaltigkeit nicht stattgefunden. Das hat ja in den vergangenen Jahren, im vergangenen Jahrzehnt, auch dazu geführt, dass sie Nordrhein-Westfalen vor die Wand gefahren haben, dass nichts mehr lief, dass dieses Land hoch verschuldet ist und dass es die Aufgabe der neuen Landesregierung ist, eine neue Politik zu machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dafür hat diese Koalition bei der Landtagswahl am 22. Mai 2005 über 50 % der Stimmen bekommen. Das ist auch einer der maßgeblichen

Gründe, weshalb Sie abgewählt worden sind, nämlich weil die Menschen in Nordrhein-Westfalen es spürten, dass es mit diesem schönen und wichtigen Land Nordrhein-Westfalen so nicht weitergeht.

Jetzt haben wir uns in Nordrhein-Westfalen an die Arbeit gemacht: in allen Bereichen, auch im Einzelplan 10. Jetzt gibt es gestern und heute hier das Ritual, dass alle Einsparungen beklagt werden.

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir nicht sparen würden, dann hätte Nordrhein-Westfalen keine Perspektive. In jedem Einzelplan wird gespart, bei dem einen mehr und bei dem anderen weniger, das gebe ich gerne zu. Ich sage auch, dass die 50 Millionen €, die im Einzelplan 10 gespart werden, schon eine besondere Kraftanstrengung für das Umweltministerium bedeuten. Aber wir sind das Ministerium für Nachhaltigkeit im Bereich der Umwelt- und der Naturschutzpolitik, und wir tragen auch durch unsere Finanzpolitik dazu bei, dass eine nachhaltige Finanzpolitik insgesamt in Nordrhein-Westfalen möglich ist.

Deswegen hat das natürlich Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche des Einzelplans 10. Das gebe ich gerne zu; wir wollen auch gar nicht drum herum reden. Es ist in der Tat so, dass die Schwerpunkte auch anders gesetzt werden, als es früher der Fall war. Auch das haben wir vor der Landtagswahl angekündigt, und das setzen wir jetzt konsequent um.

Aber, meine Damen und Herren, zur Wahrheit gehört auch, dass es bei uns trotz notwendiger Einsparungen in keinem Bereich zu Zusammenbrüchen gekommen ist und auch nicht dazu, dass dort, wo es notwendig ist und sinnvoll ist, insbesondere bei einer aktiven Umweltpolitik, bei einer aktiven Naturschutzpolitik und bei einer aktiven Verbraucherschutzpolitik, in unserem Bundesland notwendige Aufgaben nicht mehr finanziert werden könnten.

Bei den Reden der Oppositionsfraktionen, von der Frau Abgeordneten Schulze und vom Abgeordneten Rimmel, habe ich gerade auch – ich habe gut zugehört – nicht gehört, dass über diese allgemeine Entrüstung über die so schlimmen Kürzungen hinaus an irgendeiner Stelle gesagt worden ist: Hier bricht jetzt irgendetwas zusammen, und hier läuft nichts mehr.

Ich will das doch noch einmal an den Biologischen Stationen deutlich machen. Sie haben zu Ihrer Regierungszeit dort gekürzt. Rot-Grün hat bei den Biologischen Stationen gekürzt. Jawohl, wir haben auch gekürzt. Aber es kann doch nicht sein, dass

Sie das heute kritisieren und die damaligen Kürzungen bei den Biologischen Stationen als etwas Normales angesehen werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Das kann doch nicht sein, und das trägt doch auch nicht.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie kürzen die Substanz weg!)

Die ganze Alternativlosigkeit zur Politik dieser Landesregierung in diesem großen Bereich der Umwelt-, Naturschutz- und Verbraucherschutzpolitik wird doch auch daran deutlich, dass die Sozialdemokraten nicht einen einzigen Antrag gestellt haben. Meine Damen und Herren, wenn es brennen würde und wenn man die Alternativen in diesem großen Umwelt- und Verbraucherschutzministerium beim Einzelplan 10, wo in der Tat auch bei der einen oder anderen Position gespart wird, deutlich machen würde, sähe das anders aus.

Ich war ja selber 20 Jahre lang Oppositionsabgeordneter und kenne auch alle Höhen und Tiefen und die Überlegungen, wie man sich gerade bei Haushaltsplanberatungen verhalten soll: Stellt man Anträge? Stellt man keine Anträge? Das ist immer ein großes Thema, weil natürlich diese Anträge von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werden. Aber wie will man denn in den einzelnen Bereichen Alternativen entwickeln, wenn man bei den Haushaltsplanberatungen noch nicht einmal Anträge stellt? Das ist in der Tat ein großes Problem.

Bei aller Bedeutung der Beiträge glaube ich, dass man wirklich unter dem Strich sagen kann: Diese Landesregierung und diese beiden Koalitionsfraktionen sind in den wichtigen Themen des Umweltschutzes, des Verbraucherschutzes, der Naturschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen auch im Jahre 2007 auf einem guten Weg. Das gilt auch für den Hochwasserschutz und für den Deichbau.

Ich will einmal die Palette der Bereiche nennen, für die wir genügend Geld zur Verfügung stellen, auch wenn wir natürlich noch mehr gebrauchen könnten. Ich nenne den Hochwasserschutz, die Altlastensanierung und die Überwachung von 16.000 immissionsschutzpflichtigen Betrieben. In das Thema Feinstaubbekämpfung kommt doch jetzt auch im Ruhrgebiet richtig Dynamik hinein. Wir stellen mehr Geld für die Feinstaubbekämpfung zur Verfügung, als das in früheren Jahren der Fall war.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie ist Sache der Kommunen, aber wir unterstützen sie dabei, dass sie dieses wichtige Umweltthema in die Hand nehmen. Wir sind für Augenmaß und Fortschritt bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und bei der Förderung der ländlichen Räume. Natürlich gibt es, weil wir weniger Geld von der Europäischen Union bekommen, in den Grünlandregionen bei einem Förderprogramm weniger Geld. Aber insgesamt fließt in den nächsten Jahren mehr Geld in die Grünlandregionen, weil es zu Umschichtungen kommt.

Der Aufbau von starken Clustern der Ernährungswirtschaft und der Forst- und Holzwirtschaft ist wichtig. Alleine von der Ernährungswirtschaft hängen in Nordrhein-Westfalen 400.000 Arbeitsplätze ab. Dieses Cluster ist wichtig; wir bringen es voran.

Im Bereich der Holzwirtschaft gibt es 270.000 Arbeitsplätze. Wir führen die Forstreform durch. Ich weiß nicht, ob der Abgeordnete Rudolph hier im Saal ist. Heute steht in einer Zeitung, dem „Patriot“, dass alle Forstämter in Nordrhein-Westfalen geschlossen würden. Diese Zeitung wird auch in meiner Heimatregion Rütthen verkauft. Meine Damen und Herren, das Forstamt Rütthen bleibt. Sie sind in dieser Frage so weit von der Rolle, dass Sie einfach Presseerklärungen produzieren und über das Land streuen, die mit den Fakten überhaupt nichts zu tun haben. Sie erklären den Menschen, die Forstämter würden geschlossen, obwohl sie erhalten bleiben. So alternativlos und so wenig inhaltsreich ist die Position der Opposition in dieser Frage.

(Zuruf von der FDP: Typisch!)

Zu den Verbraucherzentralen! Akzeptieren Sie es doch einmal, meine Damen und Herren: Wenn die Verbraucherzentralen im Jahre 2007 für die Förderung der Verbraucherberatung vor Ort den gleichen Betrag bekommen wie im Vorjahr, wir im Einzelplan 10 insgesamt aber 50 Millionen € streichen, dann können Sie doch nicht davon sprechen, dass die Verbraucherschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen auf der Strecke bleiben würde.

Die Frage der Umwelt- und der Naturschutzmaßnahmen hat einen hohen Stellenwert. Auch in diesem Bereich wird im nächsten Jahr mehr Geld ausgegeben; es wird nicht gekürzt. Wir haben sehr schnell gehandelt, als es in den letzten Monaten um PFT ging. Wir haben sofort 700.000 € bis zu 1 Million € zur Verfügung gestellt, um diese – wenn ich das einmal so sagen darf – Umweltsauerei in den Griff zu bekommen. Und wir haben sie in den Griff bekommen.

(Beifall von der CDU)

Kommen wir zur Landesgartenschau. Es ist doch eine tolle Sache, dass im Jahre 2008 in Rietberg eine Landesgartenschau stattfinden wird,

(Beifall von CDU und FDP)

die jetzt, im Jahr 2007, anfinanziert wird. Ich habe heute Morgen auf dem Weg nach Düsseldorf im Radio gehört, dass sich bis jetzt schon 10.000 Menschen gemeldet haben, die eine Dauerkarte für diese Landesgartenschau haben wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das hat es noch nie gegeben. Herr Abgeordneter Remmel, ich kann mich noch gut daran erinnern, dass die Grünen gegen diese Landesgartenschau gestimmt haben. Sie sollten noch einmal in sich gehen und sich fragen, ob das wirklich das ist, was die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen.

Wir tun mehr für neue Chancen aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel aus Biomasse, im Bereich der Landwirtschaft.

(Zuruf von der SPD: Zählen Sie einmal die Veranstaltung dazu: Eine!)

Wir tun auch mehr im Bereich der Umweltbildung. Wir geben 300.000 € mehr für die Feinstaubproblematik aus; das will ich noch einmal deutlich sagen, weil das eben etwas untergegangen ist. Wir erhöhen die Ausgaben für Naturparke. Die Naturparke machen ungefähr 30 % der Landesfläche in Nordrhein-Westfalen aus; wir wollen sie stärker fördern, indem sie 1 Million € mehr bekommen.

Wir werden für die Lebensmittelkontrolle zusätzliche 350.000 € ausgeben. Und wir stellen 250.000 € für die Ausbildung von Lebensmittelkontrolleuren zur Verfügung, um das große Ziel der Landesregierung zu erreichen, bis zum Jahre 2010 die Zahl der Lebensmittelkontrolleure zu verdoppeln.

Herr Abgeordneter Sendker, ich möchte mich bei Ihnen sehr herzlich für Ihren Einsatz für die Kleingärtner in Nordrhein-Westfalen bedanken.

(Beifall von der CDU)

Auch für die Kleingärtner werden 250.000 € zur Verfügung gestellt.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie streichen und tun wieder etwas drauf! Das ist doch echt unverschämt!)

In all diesen Bereichen hat es keine Anträge der Opposition gegeben – auch nicht bei den Kleingärtnern. Deswegen ist es gut, dass die alten An-

sätze in etwa erhalten geblieben sind und dass das Gutachten auf den Weg gebracht werden kann, wie die Kleingartenanlagen in Nordrhein-Westfalen in Zukunft ausgerichtet sein sollen. Das ist dann auch die Grundlage für eine neue Förderung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich etwas zur Stiftung Umwelt und Entwicklung sagen. Gestern und heute ist über dieses Thema schon viel diskutiert worden. Ich teile die Kritik an manchen Projekten der Vergangenheit. Ich halte diese Stiftung aber weiter für wichtig und hilfreich, um künftig Umweltbildung und Umweltschutz, die in der Mitte der Gesellschaft verankert sind, zu fördern.

Was die Unterstützung für diese Stiftung angeht, unterscheiden wir uns sicherlich von der einen oder anderen Aktion der vergangenen Jahre. Ich bin fest davon überzeugt, dass mit Karl Lamers und dem neuen Vorstand die Gewähr für vernünftige Projekte gegeben ist. Die neue Stiftungsleitung verdient unser Vertrauen. Ich muss die Entscheidung des Parlaments für das Jahr 2007 respektieren. Die neue Leitung dieser Stiftung handelt. Die Personalkosten werden vermindert.

(Svenja Schulze [SPD]: Die Stiftung hat schon niedrige Kosten!)

Das setzt, wie ich denke, nicht nur für die Stiftung Umwelt und Entwicklung, sondern auch für andere Landesstiftungen in Nordrhein-Westfalen Maßstäbe. Neue Finanzquellen müssen erschlossen werden. Das ist richtig und verdient auch meine Unterstützung. Ich halte aber auch künftig ein deutliches Engagement des Landes bei dieser Stiftung für unerlässlich. Das macht den Bürgern und Unternehmen, die sich hier verstärkt einsetzen wollen, deutlich, dass auch uns diese Arbeit wichtig ist.

Ich vertraue auf die Zusagen der Koalition, dass wir im Zusammenhang mit der Neuausrichtung aller Stiftungen in Nordrhein-Westfalen – vom Rückgang der Oddset-Wette ist eben nicht nur die Stiftung Umwelt und Entwicklung betroffen, sondern auch die NRW-Stiftung und andere – die Zeit Anfang des Jahres 2007 nutzen, um ein Gesamtkonzept für die Stiftungen in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln, damit sie gerade vor dem Hintergrund des für die Stiftungen geschaffenen Fundamentes eine gute Arbeit im Interesse der Menschen unseres Bundeslandes Nordrhein-Westfalen leisten können. – Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Watermann-Krass das Wort.

Annette Watermann-Krass^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zu meinen Vorrednern. Herr Ellerbrock, Sie geben hier ja immer die Haltungsnoten ab. Ich würde sagen: Jetzt haben unsere Bürgermeister und Landräte, die sich bei uns über die Kürzungen bei den Biologischen Stationen in massiver Form beschwerten, endlich eine Adresse, an die sie sich wenden können, wenn sie ihre Sorgen in dieser Sache loswerden wollen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Gerne!)

Herr Uhlenberg, zu unseren fehlenden Anträgen ist eigentlich nur zu sagen: Das ist mit ein paar Anträgen gar nicht zu machen. Sie können uns bei diesem Haushalt, der an vielen Ecken, auch in Ihrem Bereich, nicht erkennen lässt, in welche Richtung das gehen soll – ich denke da vor allen Dingen an die Reformen im Verwaltungsbereich und an die Forstreform –, nicht abverlangen, dass wir mit Anträgen kommen; denn das ist von der Grundaussrichtung her schon nicht richtig.

Ich möchte darauf kommen, wie Sie reden, wie Sie handeln, wie Sie täuschen und wie Sie auch enttäuschen. Ich möchte Sie mit Ihren eigenen Worten aus dem Fachausschuss vom 20. September 2006 zitieren:

Mein Leitbild ist das vitale Nordrhein-Westfalen. Ich setze auf ein gesundes, umweltbewusstes Nordrhein-Westfalen mit einer starken, nachhaltigen Wirtschaft.

(Beifall von CDU und FDP)

Das hört sich zunächst gut und richtig an. Aber Frau Schulze und Herr Rimmel haben bereits darauf hingewiesen, dass die politische Umsetzung dieser Aussagen anders aussieht.

Sie haben kein Konzept beim Klimaschutz. Sie haben keine Antwort auf die steigenden Energiekosten. Sie gewährleisten keinen ausreichenden Verbraucherschutz. Sie kürzen bei den Biobauern und bei den Milchbauern. Sie streichen wichtige Förderbausteine bei Agrarumweltmaßnahmen wie bei der Festmistwirtschaft oder der Weidehaltung von Milchvieh. Das tun Sie, obwohl jetzt mehr Geld als angedacht da ist, um dies zu unterstützen.

Sie schichten um und nutzen diese Steuergelder, um in die Massentierhaltung zu investieren, statt

damit Arbeitsplätze und Wertschöpfung im ländlichen Raum zu erhalten.

Die Kürzungen bei den Mitteln zur nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der Agenda-21-Prozesse und – das haben wir eben schon erwähnt – bei den Biologischen Stationen treffen vor allem Menschen im Lande, die sich – insbesondere im Ehrenamt – für ein gesundes und nachhaltiges Land Nordrhein-Westfalen einsetzen.

Durch die 41 Naturschutzstationen werden 100.000 ha Naturschutzgebietsfläche – das entspricht zwei Dritteln der Gesamtfläche – betreut. Herr Uhlenberg, die Naturschutzstationen übernehmen doch Aufgaben, zu denen das Land nach EU-Richtlinien verpflichtet ist. Sollen diese Dinge denn demnächst auch nur ehrenamtlich gemacht werden?

Besonders bitter ist auch die im Land Nordrhein-Westfalen begonnene Forstreform.

(Beifall von der SPD)

Abgesehen von den vielen handwerklichen Fehlern, wie zum Beispiel dem nicht mehr einzuhaltenden Zeitrahmen, haben Sie bei dieser Reform nur die Kostenersparnis, also den Personalabbau beim Landesbetrieb Wald und Holz, vor Augen. Wir haben das bei der Anhörung von der Firma Pollmeier vernommen:

Durch den Abbau von 148 Stellen kann die Menge des benötigten Rohstoffes Holz nicht in dem Umfang aus den Kleinstwäldern

– und das ist der Großteil unserer Wälder – mobilisiert werden.

Die Holzindustrie rechnet Ihnen also vor, dass Sie, wenn Sie den geplanten Personalabbau umsetzen, zwar in vier Jahren 100 Millionen € sparen, dem Land Nordrhein-Westfalen durch die geringere Holzmobilisierung aber ein wirtschaftlicher Schaden von bis zu 150 Millionen € jährlich droht. Das können Sie nachlesen.

Herr Uhlenberg, im Hinblick auf Ihren Eingangssatz „Ich setze mich für eine starke, nachhaltige Wirtschaft ein“, sage ich Ihnen: Stoppen Sie die Umsetzung der Forstreform! Geben Sie dem Landesbetrieb Wald und Holz die Chance, diese Potenziale zu realisieren. Jedes erfolgreich handelnde privatwirtschaftliche Unternehmen würde angesichts dieser Marktsituation nicht über Kosteneinsparungen nachdenken, sondern in zusätzliches Personal investieren, um diese Wirtschaftskraft für unser Land zu nutzen.

Mit dem gleichen einfalllosen Kostenkonzept gehen Sie an die Zusammenlegung der Umweltäm-

ter. Dazu möchte ich eine Aussage des Experten Prof. Bogumil von der Universität Bochum aus der Anhörung zitieren:

Die Reform ist nicht sachlich angegangen worden, sondern rein politisch. Die Regierung will sich vor allem von den Ideen der Vorgänger abheben und hört nicht auf uns Fachleute aus ganz unterschiedlichen Bereichen. Wir sind fast alle gegen den eingeschlagenen Weg.

An anderer Stelle heißt es:

Die geplante neue Behördenstruktur entlastet erst einmal den Landeshaushalt nicht. Das liegt vor allen Dingen an den teuren und aufwändigen Zwischenlösungen.

(Beifall von der SPD)

Unser Fazit lautet daher: Das ist keine nachhaltige und an den Zukunftsfragen ausgerichtete Umweltpolitik. Ein vitales Land Nordrhein-Westfalen sieht anders aus. Deswegen lehnen wir den Haushalt und den Einzelplan 10 ab. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Orgies das Wort.

Friedhelm Orgies (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der mir verbleibenden Zeit möchte ich auf einige von meinen Vorrednern erwähnte Punkte, die mir im Gedächtnis geblieben sind, eingehen.

Meine Kollegin Marie-Luise Fasse hat zum Haushalt sehr detailliert ausgeführt, wo wir im Jahr 2007 hinwollen. Bei den Reden von Rot und Grün ist mir heute aufgefallen, dass sie ein gewisses Feindbild zu haben scheinen. Dieses Feindbild wird geprägt durch die Landwirte im Allgemeinen und die der Landwirtschaft nahestehenden Organisationen, wie zum Beispiel die Kammer, im Besonderen. Das wundert mich.

Bei Ihren Kürzungsvorschlägen überbieten Sie sich geradezu mit Kürzungen bei der Kammer, die Sie nicht sehr lieben. Gleichzeitig beklagen Sie relativ moderate Kürzungen bei Ihren Lieblingskindern wie der Verbraucherzentrale, der Umweltstiftung und den Biologischen Stationen.

Fazit ist: Ohne einen Regierungswechsel gäbe es schlichtweg die Kammer nicht mehr. Sie wollten

diese Kammer austrocknen, zerschlagen und in einen Landesbetrieb umwandeln.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist Gott sei Dank verhindert worden. Wir werden die Landwirtschaftskammer bei ihrem mehrere Jahre dauernden Sparprogramm unterstützen. Es gibt neue Strukturen. Die Kammer wird bis 2012 jedes Jahr 20 Millionen € sparen. Das werden wir aktiv unterstützen. Und wir werden auch von den Beschäftigten einiges verlangen.

Eines überrascht mich mit Blick auf die Diskussion der vergangenen Monate: Sie haben es im Bezug auf die Verwaltungsstrukturreform immer wieder geschafft, die Beschäftigten auf die Barrikaden zu bringen;

(Zuruf von der SPD: Das haben wir!)

sie haben hier demonstriert. Sie kritisieren unser Vorhaben in all Ihren Reden, zum Beispiel bei der Forstreform. Die Landwirtschaftskammer hat bis jetzt 237 Stellen abgebaut. Sie wird in den nächsten Jahren 280 weitere Stellen abbauen. Dazu höre ich kein einziges Wort der Anerkennung von dieser Seite des Hauses. Wie kommt das? Sind die in Ihren Augen nicht so viel wert? Ich verstehe das nicht.

Meine Damen und Herren, ein Wort zur Stiftung für Umwelt und Entwicklung, die Sie in den vergangenen Minuten mehrfach angesprochen haben: Wir werden diese Stiftung neu aufstellen und versuchen, das Bild in der Öffentlichkeit wieder klarer zu machen. Dass die Stiftung zurzeit derart in der Diskussion steht, liegt auch daran – Herr Kollege Ellerbrock, Sie sind darauf eingegangen –, dass in der Vergangenheit so manches Projekt gefördert wurde, das gelinde gesagt „diskussionswürdig“ war. Ich möchte das nicht alles wiederholen.

Zu den biologischen Stationen! Wir stehen zum Erhalt der biologischen Stationen. Sie leisten eine gute Arbeit. Sie leisten ehrenamtliche Arbeit im Naturschutz und der Umweltbildung. Allerdings werden wir auch die biologischen Stationen nicht von Haushaltskürzungen freistellen können. Gerade im Jahr 2007 fallen die Kürzungen mit 4 % sehr moderat aus, wie Sie das in den vergangenen Beiträgen hören konnten.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie streichen die so weit, dass die wegfallen! Das ist kein Erhalt!)

Meine Damen und Herren, wir wollen eine zukunftsorientierte Politik für den Umwelt- und Agrarbereich, die vor allen Dingen die landwirtschaftlich aktiven Betriebe in Nordrhein-Westfalen im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Haus-

haltsmittel unterstützt. Wir möchten, dass die Landwirte in diesem Land ohne unsinnige Sonderauflagen wirtschaften können im Vergleich zu ihren Kollegen in den anderen Bundesländern und in Europa. Denn wir sind nach Bayern und Niedersachsen der drittstärkste Agrarstandort. Das wollen wir bleiben.

Das neuaufgelegte Programm für den ländlichen Raum zeigt, dass wir dort Unterstützung leisten, wo es nötig ist: in Grünlandgebieten, in benachteiligten Gebieten, überall dort, wo das Land brach fallen würde, gäbe es keine staatliche Unterstützung. Dort werden wir weiter etwas tun. Das spiegelt sich auch in den Haushaltsdaten wider.

Wir wenden uns – anders als Rot-Grün das immer getan hat – gegen ein Übermaß an staatlicher Verwaltung und machen den Weg für einen schlanken Staat frei. Sie werden es auch weiterhin nicht schaffen, diesen praktikablen Weg zu zerreden. Pflegen Sie weiter Ihre Feindbilder! Hätscheln Sie Ihre Lieblingskinder! Wir werden unseren praktikablen Weg konsequent weitergehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ortgies. – Für die FDP-Fraktion hat noch einmal Herr Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch in den Ausführungen von Frau Watermann-Krass ist der Minister noch einmal deutlich angegangen und in Frage gestellt worden. Eine Wortwahl wie „Täuschen“ finde ich nicht gut. Würden wir diese Wortwahl, die mit Inhalt gefüllt ist, auf die Regierungszeit von Rot-Grün anwenden, fände ich noch ganz andere Vokabeln. Derer habe ich mich auch in der letzten Legislaturperiode befleißigt, sie nicht zu verwenden. Das muss man hier noch einmal ganz deutlich sagen.

(Svenja Schulze [SPD]: Aha!)

Fantasie ist etwas, was sich manche gar nicht vorstellen können. So kann sich zum Beispiel Rot-Grün nicht vorstellen, dass auch der Umweltminister – wie andere Ministerien auch – in einer gesamtstaatlichen Verantwortung steht und deshalb im Umweltbereich wirkliche Einsparungen vorgenommen werden müssen. Als Umweltpolitiker beißt mich das auch. Das sage ich ganz klar. Aber in der gesamtstaatlichen Verantwortung, die dieses Haus zu tragen hat, ist das richtig. Das müssen wir machen.

Wenn wir es jetzt nicht schaffen, wieder zu einem geordneten Haushalt zu kommen, wann denn dann? Wollen wir denn weiterhin mit der Gelddruckmaschine arbeiten? Zum Glück ist inzwischen die Europäische Zentralbank davor. Das können wir nicht mehr machen. Ihr Weg, durch Schuldenmachen aktuell Probleme zu lösen und sie der nachfolgenden Generation aufzubürden, entspricht einem anderen Verständnis von Politik, Verantwortung und auch Nachhaltigkeit als meinem.

(Beifall von Reinhold Sendker [CDU])

Deutlich wurde eben – von Ihnen, Frau Watermann-Krass, glaube ich – kritisiert, dass die Biobauern jetzt weniger Geld bekommen. Das, was jetzt gemacht wird, ist richtig: Biobauern haben eine Nischenfunktion. Sie werden „gleichberechtigt“ behandelt. Das ist etwas ganz anderes. Das ist einfach vernünftig. Dazu stehen wir auch. An der Stelle unterscheiden wir uns auch. Das müssen wir den Zuschauerinnen und Zuschauern deutlich machen: Für uns ist der ländliche Raum nicht irgendwie eine Ökospielwiese, ein Restraum für die Verdichtungsgebiete. Nein, für uns ist – der Ausdruck kam auch schon einmal aus dem Wirtschaftsministerium von Frau Thoben – der ländliche Raum ein „Kulturlandschaftsraum“, ein eigenständiger Lebens-, Entwicklungs- und Wirtschaftsraum. Das unterscheidet uns grundsätzlich. Daran sind Folgerungen zu ziehen.

Deswegen müssen wir erkennen, dass die Kulturlandschaftspflege durch den wirtschaftenden Menschen bei uns einen ganz anderen Stellenwert hat. Dabei geht es nicht um eine zwingende, ungeliebte Notwendigkeit, nein, dazu stehen wir, dazu sagen wir ja: Der ländliche Raum ist für Schwarz-Gelb ein eigenständiger Lebens-, Entwicklungs- und Wirtschaftsraum, das ist unser Kulturlandschaftsraum. Dazu stehen wir. Das muss man einmal ganz klar sagen.

(Beifall von FDP und CDU)

Frau Watermann-Krass ist noch einmal auf die Mobilisierung des Holzes eingegangen, die mit Schwierigkeiten verbunden sei. Ja, es gibt derzeit Schwierigkeiten. Wir könnten sinnvollerweise vielleicht mehr Holz aus dem Wald herausholen. Ich glaube aber nicht, dass das durch die Forstreform wesentlich beeinträchtigt wird. Auch dazu gibt es unterschiedliche Stellungnahmen in der Anhörung. Sie haben eine Stellungnahme genannt, ich kann eine andere nennen. Lassen wir das einmal beiseite.

Wir müssen einmal ein ganz anderes Problem angehen: Wenn das Cluster Holz ein so wichtiger

Wirtschaftszweig ist, wie wir ihn wohl gemeinsam auffassen, wir es aber auf absehbare Zeit nicht hinbekommen, aus wirtschaftlichen und auch ökologischen Gründen eine zusätzliche Holzmobilisierung gerade bei den Kleinstparzellen durchzuführen, müssen wir uns überlegen, ob wir nicht irgendwann einmal den mutigen Schritt hin zu einer Flurbereinigung im Wald gehen. Ich will das momentan nicht, aber wir müssen uns das überlegen. Auch das ist eine Alternative.

(Svenja Schulze [SPD]: Ach Gott!)

Das war im Bereich der Landwirtschaft völlig selbstverständlich. Warum scheuen wir uns davor, das in der Forstwirtschaft völlig außen vor zu lassen? Das sind Denktabus, die Sie haben. Diese Denktabus reißen wir ein. Das tut Ihnen weh. Das ist völlig klar.

Noch einmal zur Stiftung für Umwelt und Entwicklung. Der Minister hat deutlich gesagt: Das wird auch Auswirkungen auf andere Stiftungen haben. Wir müssen uns nach einer Konsolidierung der Stiftung für Umwelt und Entwicklung, einer Neuaufstellung, einer anderen Zielrichtung, überlegen, wie wir dort weitermachen.

Der Entwicklungshilfeaspekt wird zum Beispiel durch eine zweite nordrhein-westfälische Stiftung – Entwicklung und Politik – gefördert. Wir fördern den gleichen Sachverhalt mit unterschiedlichen Stiftungen. Teile im Bereich der Stiftung für Umwelt und Entwicklung werden bereits von der NRW-Stiftung übernommen. Auch das muss man überlegen. Macht das Sinn? Wo kann das andernorts erledigt werden? Mir ist der Mantel, unter dem die Aufgabenerfüllung erfolgt, relativ egal. Wenn die Aufgabenerfüllung akzeptiert ist und wir sie für sinnvoll erachten, müssen wir das machen. Ob das nun „Nordrhein-Westfalen-Stiftung“, „Stiftung Entwicklung und Politik“ oder „Stiftung Umwelt und Entwicklung“ heißt, ist völlig egal, darüber lässt sich immer sprechen. Das muss man ganz deutlich sagen.

Noch einmal: Beim Ehrenamt sind wir dabei und wollen es akzeptieren und fördern. Nur muss man auch sehen, was in den Jahren von Rot-Grün – vor allen Dingen durch Grün, die Kollegen von Rot haben das in der Stiftung zähneknirschend und mit geballter Faust in der Tasche ertragen – alles finanziert worden ist.

Herr Rimmel, ich rufe das noch einmal in Erinnerung – es ist eine andere Sache, aber das fiel mir gerade ein –: „Transfair“ – das ist der Kaffee, der fair gehandelt wird – hat in 2005 von der Stiftung für Umwelt und Entwicklung eine Absatzförderung in Höhe von 332.000 € bekommen. Damit wird un-

tersucht, recherchiert, ob es Regionen oder Branchen gibt, in deren Kantinen häufiger als anderswo fair gehandelter Kaffee angeboten wird. Das Ziel ist eine Volksbeglückungsaktion. Man will den Kantinenbesuchern deutlich machen, dass man nur in diesen Kantinen richtigen Kaffee trinkt. Das ist eine Absatzförderung und nichts anderes.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Ellerbrock, in der Zwischenzeit sind Wortmeldungen von Herrn Sagel und Herrn Priggen aufgelaufen. Wenn ich sie beide zulasse, verlängern wir die Redezeit beachtlich. Wollen Sie beide zulassen?

(Heiterkeit von CDU und FDP)

Holger Ellerbrock (FDP): Jetzt bin ich in einer schwierigen Situation, Herr Präsident. Ihrem augenzwinkernden Charme kann ich eigentlich nicht erliegen, denn ich unterhalte mich mit den Kollegen immer diskussionsfreudig, werde das aber nun außerhalb erledigen und sage: Ich beende die Rede. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: Unglaublich! Eine Beschwerde gegen diesen Präsidenten!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Jetzt hat für die Grünen Herr Remmel das Wort. Bitte schön.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Beeinflussung der Debatte muss an anderer Stelle vielleicht noch einmal thematisiert werden. Das würde ich gerne zurückweisen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sind hier zum Debattieren. Die Debatte sollte im Mittelpunkt stehen und entsprechend befördert und zugelassen werden. – Das an dieser Stelle als allgemeine Anmerkung.

(Christian Lindner [FDP]: Sie haben doch auch gleich eine Weihnachtsfeier!)

Mich haben Äußerungen sowohl von Herrn Minister als auch von dem Kollegen Ellerbrock zur Klarstellung gereizt:

Erstens. Sie hören auch im zweiten Jahr nach dem Gewinn der Landtagswahl nicht auf – ja, Sie haben sie gewonnen –, ihn wie ein Mantra vor sich herzutragen. Es wird suggeriert, wir dürften keine Stellung zur Haushaltspolitik nehmen, weil wir in der Vergangenheit möglicherweise an der ein oder anderen Stelle eine falsche Haushaltspolitik betrieben haben. Wollen Sie uns verbieten,

uns in der Sache einzubringen? Wollen Sie uns verbieten, uns zu Sachen zu äußern und auch für Sachen zu kämpfen? Das ist unsere Aufgabe, und das werden wir uns von Ihnen nicht verbieten lassen.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Ansonsten müssen Sie uns einmal erklären, wann unsere Bußzeit endlich abgelaufen ist. Das gehört dann auch zur Redlichkeit der Debatte.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie müssen sich doch auch selber der Kritik stellen!)

Setzen Sie sich doch bitte in der Sache mit uns auseinander. Wenn Sie das tun, dann müssen Sie auch zur konkreten Unterfinanzierung der Stiftung Stellung nehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ellerbrock, Sie haben von der Stiftungsfrage schlicht und einfach keine Ahnung. Ihre Haltung und die Haltung der übrigen FDP-Fraktion ist in dieser Frage bewusst böseartig,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

weil Sie den nicht fachkundigen Kolleginnen und Kollegen erklären, dass es noch eine andere Stiftung gäbe.

(Dietmar Brockes [FDP]: Zwei!)

Ja, es gibt noch eine Stiftung für Frieden und Entwicklung, die aber einzig den Auftrag hat, Vorträge zu organisieren.

(Dietmar Brockes [FDP]: Stimmt doch nicht!)

Setzen Sie sich doch damit auseinander. Sie verbreiten bewusst die falschen Dinge in diesem Haus. – Erstens.

Zweitens. Die Stiftung ist nicht konsolidiert. Sie haben doch selbst den Wirtschaftsplan beschlossen. Es gibt über 3 Millionen € Verpflichtungen aus dem vergangenen Jahr, sie ist unterfinanziert. Sagen Sie das doch! Sie weiß nicht, wie sie dieses Wirtschaftsjahr bestreiten soll. Wenn Sie sie kaputtmachen wollen, dann sagen Sie das deutlich.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genauso ist es!)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein, das trage ich jetzt im Zusammenhang vor.

Im Übrigen ist es so, dass Sie seit Mitte 2005 die volle Federführung in dieser Stiftung haben. Wenn

Sie eine andere inhaltliche Ausrichtung wollen, hätten Sie Ihre Politik dort längst durchsetzen können. Es ist im Großen und Ganzen unredlich, was Sie in diesem Zusammenhang vortragen.

Drittens. Im Zusammenhang mit der Forstreform haben Sie die Katze aus dem Sack gelassen. Ich habe immer darauf hingewiesen, dass Sie eigentlich eine Privatisierung des Staatsforstes anstreben. Das wird jetzt verbrämt unter dem Stichwort Flurbereinigung. Damit ist verbunden, kleine und Kleinstwaldbesitzer herauszudrängen, damit sie kein Interesse mehr an ihrem Waldbesitz haben.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Quatsch!)

– Das haben Sie doch selber formuliert. Sie müssen sich mit den kleinen Waldbauern auseinandersetzen. Wenn Sie die Förderung entsprechend umstellen, wenn Sie die Forstreform so umsetzen, wie sie in der Diskussion ist, dann müssen Sie sich auch mit den Argumenten auseinandersetzen, die die Fachleute einbringen.

Das schlagendste Argument oder Bild will ich gerne noch einmal wiederholen: Sie haben politisch beschlossen, ein kleineres Auto mit einem kleineren Motor fahren zu lassen. Wenn dieses Auto aber schneller fahren soll, so wie Sie es wollen, also mehr produzieren soll, dann haben Sie vergessen, den Turbolader einzubauen. Das war das Bild, mit dem Sie sich auseinandersetzen müssen, dass Sie eben nicht investieren. Wenn man im Bereich Wald und Holz mehr will, dann muss man auch investieren. Das war die Botschaft von den Fachleuten aus der Wirtschaft und der Industrie.

Dazu gibt es bis heute kein einziges Wort. Sie haben die Forstreform auf tönernen Füßen gebaut. Ich bin mir sicher, sie wird Ihnen vor die Füße fallen, wenn Sie sie nicht ändern. Dazu fordere ich Sie auf. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion noch einmal Frau Kollegin Schulze das Wort.

Svenja Schulze (SPD): Herr Ellerbrock, Sie haben mich zu einer Entgegnung gereizt. Sie haben bei der letzten Landtagswahl 6,4 % erreicht. Mit diesen 6,4 % setzen Sie nun durch, dass Biologische Stationen und Strukturen kaputt gemacht werden. Sie stoßen Ehrenamtler vor den Kopf, indem Sie ihnen die Möglichkeit nehmen, in dem Bereich aktiv zu werden. Machen Sie ruhig so weiter!

Wenn sich die CDU auf das Niveau der FDP begeben und den knapp über 6 % annähern möchte, dann gerne. Wir haben nichts dagegen. Sie müssen nur wissen, was Sie tun.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin Schulze, möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock zulassen?

Svenja Schulze (SPD): Nein.

Vizepräsident Edgar Moron: Jetzt hat Herr Minister Uhlenberg das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht doch gar nicht um die Abgeordneten, sondern es geht für mich um die Damen und Herren Zuschauer auf der Tribüne. Wir haben den Haushaltsplan im Ausschuss intensiv diskutiert und alle sind entsprechend informiert.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Es ist doch völlig klar, Herr Abgeordneter Rimmel – deswegen sind Sie auch so nervös –, dass Sie offenbar möchten, dass in Nordrhein-Westfalen im Bereich Naturschutz das ein oder andere zusammenbricht. Aber wie wollen Sie den Menschen nach dieser Debatte erklären, dass nach Ihrer Ansicht in Nordrhein-Westfalen der Naturschutz zusammenbricht, wenn wir zwar die Zuschüsse für die biologischen Stationen von 6,1 Millionen € auf 5,75 Millionen € kürzen, aber gleichzeitig im Jahr 2007 für den Naturschutz in anderen Bereichen mehr Geld zur Verfügung stellen, als es im Jahr 2006 der Fall war? Das ist doch eine Phantomdiskussion.

(Beifall von CDU und FDP)

Hier wird im Bereich der Naturschutzpolitik ein Popanz aufgebaut. Es werden Zahlen in die Welt gesetzt, die mit der Realität überhaupt nichts zu tun haben. Das gilt erstens für die Naturschutzpolitik und zweitens für die Forstreform in Nordrhein-Westfalen.

Diese Forstreform ist dringend notwendig, weil es in der Vergangenheit nicht gelungen ist, den 140.000 Waldbesitzern in Nordrhein-Westfalen – davon haben 100.000 Kleinstprivatwaldflächen – eine entsprechende Forstorganisation an die Hand zu geben, die dafür Sorge trägt, dass der Zuwachs an Holz in Nordrhein-Westfalen aus dem Wald herausgeholt wird. Wir haben in Nordrhein-Westfalen jährlich einen Zuwachs von 9 Millionen

Kubikmeter. In den vergangenen Jahren ist nur die Hälfte aus dem Wald herausgeholt worden. Das ändert sich jetzt, weil es eine große Nachfrage nach Holz gibt.

Zwar reduzieren wir die Anzahl der Forstämter in Nordrhein-Westfalen, aber dafür bleiben wir doch mit den Forstrevieren in der Fläche. Das ist für die Waldbauern der entsprechende Ansprechpartner vor Ort. Sorgen wir dafür, dass wir mit diesem Landesbetrieb und der Einheitsforstverwaltung eine schlagkräftige Forstverwaltung in Nordrhein-Westfalen behalten.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stinka?

Minister Uhlenberg: Gerne, wenn es mir nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

Vizepräsident Edgar Moron: Nein, wir rechnen die Antwort nicht auf die Redezeit an. Das verlängert nur die Gesamtredezeit. – Bitte schön, Herr Stinka.

André Stinka (SPD): Herr Minister, teilen Sie mit mir die Auffassung, dass die Landräte des Münsterlandes nicht den Eindruck erwecken, dass sie Popanze aufbauen, wenn sie über politische Fragen diskutieren? Sie haben ja ganz massiv Kritik in Bezug auf die biologischen Stationen erfahren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Das ist doch völlig klar, wenn wir die Mittel von 6,1 Millionen € auf 5,75 Millionen € kürzen. Wir machen Ihre Verschuldungspolitik nicht weiter, Herr Abgeordneter Stinka.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Land Nordrhein-Westfalen soll eine Perspektive haben. Dass die Landräte, die Bürgermeister, jeder Verein an die Landesregierung schreibt, dass sie mehr Geld haben müssen, ist doch in Ordnung. Aber man sollte es nicht zu ernst nehmen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Die Verbände sagen mir, dass die Politik der Landesregierung richtig ist, natürlich müssten Kürzungen vorgenommen werden.

Ich komme nun zu meinem letzten Thema, Herr Abgeordneter Rimmel. Sie haben sich darüber

beschwert, dass wir immer von der Verschuldungspolitik der alten Landesregierung reden.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Sie haben sich bei der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen für Ihre Finanzpolitik bis zur Stunde nicht entschuldigt. Sie haben sich bei den Kindern nicht entschuldigt,

(Beifall von CDU und FDP)

dass Sie ein Land mit 114 Milliarden € Schulden bei einem Etat von 48 Milliarden € hinterlassen haben. Täglich müssen in Nordrhein-Westfalen 13 Millionen € allein an Zinsen gezahlt werden.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Der Haushalt ist verfassungswidrig!)

Jetzt hat sich Landesregierung auf den Weg gemacht, um bald einen verfassungsgemäßen Haushaltsplan vorzulegen. Das ist eine große Leistung.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist eine Politik der Nachhaltigkeit. Das hat auch etwas mit sinnvoller Umwelt- und Naturschutzpolitik zu tun. Sinnvolle Politik der Nachhaltigkeit ist eine Politik für die künftigen Generationen. Dazu leistet das Umweltministerium seinen Beitrag. Ich bin stolz auf diese Politik und darauf, dass wir trotz der Einsparungen, die wir im Bereich der Verbraucherschutzpolitik und im Bereich der Umweltschutzpolitik vornehmen müssen, neue, sinnvolle Akzente setzen können.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen für die politische Unterstützung.

Das Jahr 2007 wird im Bereich der Umweltschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen ein wichtiges Jahr werden, insbesondere weil der Umweltminister von Nordrhein-Westfalen den Vorsitz in der Umweltministerkonferenz innehaben wird.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Wir werden im Landtag eine große Veranstaltung zum Thema Nachhaltigkeit durchführen. Nordrhein-Westfalen ist gut aufgestellt. Diese Anliegen sind bei dieser Landesregierung in den besten Händen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Zur Abstimmung kommen wir gemäß der gemeinsamen Verabredung erst später.

Ich rufe den **Einzelplan 12** in Verbindung mit **Einzelplan 20** auf.

Finanzministerium Allgemeine Finanzverwaltung

Das Haushaltsgesetz und Haushaltsbegleitgesetz werden hier mitbehandelt.

Ich weise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 14/3012 zum Einzelplan 12, 14/3020 zum Haushaltsgesetz sowie 14/3021 zum Haushaltsbegleitgesetz hin. Es gibt eine Reihe von Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Nummer 63 zum Einzelplan 12 finden Sie in der Tischvorlage und die Nummern 64 bis 68 a zum Einzelplan 20 ebenfalls in der Tischvorlage und in der Ergänzung zum Einzelplan 20.

Die Beratung wird eröffnet durch den Kollegen Peschkes von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Hans-Theodor Peschkes^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich hätte ich gerne bei dem Punkt „Allgemeine Finanzverwaltung“ den Finanzminister gesehen. Der Finanzminister ist jedoch krank. Ich wünsche ihm auf diesem Wege gute Besserung. Ich bin sicher, Frau Thoben, Sie werden ihn gut vertreten.

(Beifall von der SPD)

Der Finanzminister hat in der jüngsten Vergangenheit öfter wieder auf die sprudelnden Steuereinnahmen hingewiesen und hat in dem Zusammenhang erklärt – das will ich auch anerkennen –, dass es nicht unbedingt sein Verdienst war, sondern dass es sich um eine gute Portion Glück handelt, weil die Konjunktur einfach günstig ist. Das wiederhole ich für das Protokoll natürlich gerne.

Aber auch wenn die Einnahmen sprudeln, muss es Leute geben, die diese Einnahmen festsetzen, betreiben und verwalten. Das ist die Finanzverwaltung mit ihren Beschäftigten, und um diese Finanzverwaltung sieht es objektiv betrachtet im Moment nicht sehr gut aus. Bei den Beschäftigten macht sich Unmut und Frust breit, weil sich diese Beschäftigten mit all ihren Problemen vom Finanzminister allein gelassen fühlen und sich einer ständig wachsenden Arbeitsflut gegenübersehen, ohne dass Besserung in Sicht ist.

Der Minister hat mit Datum vom 19. September ein Schreiben der rheinischen Finanzamtsvorsteher erhalten, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Dieses Schreiben ist ein Hilferuf an den obersten Dienstherren der Finanzverwaltung, ein Hilferuf, der auf die mehr als prekäre Personal- und Arbeitslage in den Finanzämtern hinweist, ein Hilferuf, der auf die immer komplexere Steuergesetzgebung hinweist und nach Steuervereinfachung verlangt, und ein Hilferuf, der auf die unzureichende IT-Unterstützung in der Finanzverwaltung hinweist.

Meine Damen und Herren, ich habe dieser Steuerverwaltung nicht 39 Jahre – das ist ja Ihre Lieblingszahl –, sondern 40 Jahre angehört. In diesen 40 Jahren ist mir kein einziger Fall bekannt geworden, in dem sich eine Gruppierung von Führungskräften in einer solch massiven Form an den Dienstherren gewandt hat. Wenn das in dieser Form passiert, dann muss Holland in Not sein. Ich sage Ihnen: Holland ist in Not.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: NRW ist in Not!)

– Da haben Sie eigentlich Recht, Herr Kollege.

Nun hatten wir erwartet, dass dem Absender erklärt wird, wie es wirklich in der Finanzverwaltung weitergeht. Aber im Finanzausschuss kommen auf Fragen von uns in dieser Beziehung lediglich Allgemeinplätze wie: Die Finanzverwaltung ist eine leistungsstarke Verwaltung – das stimmt, da kann man gar nicht widersprechen. Die Personalsituation ist relativ günstig – das stimmt überhaupt nicht. Die Finanzverwaltung hat Schwierigkeiten in der Vergangenheit bewältigt, und das wird auch in Zukunft so sein – na ja, das ist ein Orakel.

All das sind aber Aussagen, die der Finanzverwaltung in der jetzigen Situation überhaupt nicht helfen. Das sind Aussagen – das muss ich so sagen –, die allgemeiner und platter nicht sein können. Im Übrigen – auch das muss man erwähnen – warten die Verfasser des Briefes auch heute noch auf eine schriftliche Antwort des Ministers.

Ich will Ihnen erläutern, wie die Situation in den Finanzverwaltungen tatsächlich aussieht. Von der Einkommensentwicklung sind die Angehörigen der Verwaltung – insbesondere die Beamten – schon seit Jahren abgekoppelt. Die letzte tarifliche Erhöhung hat im Jahre 2004 stattgefunden, und das mit einem mickrigen Einkommenszuwachs von einem Prozent.

Obwohl die Steuereinnahmen in Milliardenhöhe steigen, gibt es jetzt lediglich eine Einmalzahlung für die Beamten, die nicht der Rede wert ist, nämlich zwischen 100 und 200 € für 2006 und 350 €

für 2007. Das sind Einmalzahlungen, mit denen die Beschäftigten nicht einmal den Zucker für den Kaffee finanzieren können. Das perfide ist: Sie sind nicht einmal ruhegehaltstfähig, weil es sich um Einmalzahlungen handelt.

Die vom Minister gemachte Bemerkung, das sei eine angemessene Verbesserung der Bezüge, bezeichnet der Beamtenbund – der wirklich nicht revolutionär ist – als puren Zynismus. Dafür habe ich sogar Verständnis.

Es gibt zwar den Auftrag, einen verfassungsmäßigen Haushalt vorzulegen, aber es gibt auch den Verfassungsauftrag, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angemessen zu alimentieren. Davon ist diese Koalition meilenweit entfernt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Kürzung bei den Beihilfen, Streichung des Urlaubsgeldes, Fast-Streichung des Weihnachtsgeldes, Abkopplung von den allgemeinen Tarifentwicklungen, all das führt dazu, dass die Beamten im öffentlichen Dienst Jahr für Jahr weniger im Portemonnaie haben als in den Jahren zuvor.

Und, meine nur spärlich anwesenden Damen und Herren von der Koalition, ich kann es Ihnen nicht ersparen,

(Christian Lindner [FDP]: Wir haben doch nicht weniger hier als Sie!)

auf die Großdemonstration 2003 vor diesem Hause hinzuweisen. Die Vorgängerregierung hatte seinerzeit das Weihnachtsgeld auf 50 % gekürzt – das war schmerzlich; das will ich nicht verhehlen –, aber eine soziale Staffelung eingebracht. Sie hat immer erklärt, dass diese Kürzung zeitlich begrenzt sei und man sich die Entwicklung der Steuereinnahmen ansehen wolle, um diese Streichung gegebenenfalls zurückzunehmen.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau! Genauso!)

Bei der damaligen Demonstration lief in der ersten Reihe der seinerzeitige Oppositionsführer Rüttgers.

(Gisela Walsken [SPD]: Ganz vorne!)

Er verlangte lautstark eine Rücknahme der Kürzung und erklärte vollmundig, dass er dies im Falle einer Regierungsübernahme selber machen wolle. Was ist passiert?

(Gisela Walsken [SPD]: Versprochen – gebrochen!)

Herr Rüttgers ist Ministerpräsident dieses Landes geworden, aber er hat die Kürzung nicht zurück-

genommen; er hat sie sogar verschärft. Das ist Rosstäuscherei.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist auch keine Koalition der Erneuerung; das ist eine Koalition der gebrochenen Versprechen; das ist eine Koalition der Täuschung und Enttäuschung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Lage der Finanzverwaltung ist dramatisch.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Das Personal überaltert zusehends. Jetzt wollen Sie auch noch mit PEM – Personaleinsatzmanagement – die jungen und leistungsstarken Beschäftigten aus der Verwaltung abziehen. Das bedeutet, dass sich die Altersstruktur des Personalkegels verschärft, dass sich die Beförderungsmöglichkeiten, die es seit Jahren nur noch dezimiert gibt, noch mehr verschlechtern, dass die Demotivation der Leute zunimmt und immer mehr in die innere Emigration am Arbeitsplatz flüchten. Das ist Gift für eine Verwaltung, die von dem Einsatz und dem hohen Fachwissen der Beschäftigten lebt.

Um PEM durchzusetzen, plant diese Landesregierung zu guter Letzt auch noch einen Anschlag auf das Landespersonalvertretungsgesetz.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Sie wollen angesichts der Einführung des Personalmanagement den einfachen Weg gehen und schränken die Beteiligungsrechte der Personalvertretung ein.

(Zuruf von der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Das wird nicht laufen, meine Damen und Herren. Sie werden noch rechtzeitig erkennen, dass Sie nicht gegen, sondern nur mit den Beschäftigten der Verwaltung weiterhin auf hohem Niveau arbeiten können.

Wenn ich dann noch einen Rat geben darf ...

(Rudolf Henke [CDU]: Das ist bekannt! Das bedarf keiner Erkenntnis! – Gegenruf von Gisela Walsken [SPD]: Warum handeln Sie dann nicht?)

– Ganz genau! Herr Henke, dann handeln Sie! Schönfärberei, wie sie von Ihnen betrieben wird, hilft den Leuten in der Finanzverwaltung überhaupt nicht weiter. Sie hilft auch diesem Land nicht weiter.

Ich hätte es Herrn Linssen gerne selbst gesagt, er ist aber nicht hier. Doch ich sehe Frau Marienfeld und Herrn Berg, die ihm sicherlich berichten werden.

(Gisela Walsken [SPD]: Das macht die Frau Wirtschaftsministerin!)

Herr Minister, hören Sie doch einmal, wenn es um die Finanzverwaltung geht, weniger auf externe Unternehmensberater! Die kosten nicht nur Geld, die erzählen Ihnen auch nichts Neues. Was die erzählen, das wissen die Leute in der Finanzverwaltung schon seit Jahren, weil die dort den geballten Sachverstand haben. Und den sollten Sie nutzen!

Dann gibt es in der Finanzverwaltung noch das Zauberwort „Zielvereinbarung“, das aus den Untersuchungen der externen Unternehmensberatungen herrührt und in der Finanzverwaltung mittlerweile zum Unwort der letzten Jahre geworden ist.

Frau Thoben, Sie sind bekennende Anhängerin einer freien Marktwirtschaft. Ich bin es auch, allerdings mehr der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet. Aber wir beide wissen, dass Zielvereinbarungen das Kernmerkmal der Planwirtschaft waren. An unrealistischen Zielvereinbarungen ist der gesamte Ostblock mit seinem Wirtschaftssystem Pleite gegangen.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau so!)

Zielvereinbarungen bestimmen augenblicklich die tägliche Arbeit in der Finanzverwaltung. Dass diese Pleite geht, das wollen wir doch nun wirklich nicht.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie haben die Zielvereinbarungen im Hochschulbereich eingeführt!)

Ich sage nur: Lassen Sie die Beschäftigten doch einfach arbeiten, und lassen Sie Ihnen auch einmal Zeit zum Luftholen! Treiben Sie doch nicht jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf!

(Gisela Walsken [SPD]: Genau!)

Ich glaube, weniger Workshops, weniger Arbeitskreise und, wenn man sie schon nicht wegkommt, dann doch realistische Zielvereinbarungen würden allen Beschäftigten und wohl auch dem Land Nordrhein-Westfalen gut tun. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Peschkes. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Klein das Wort.

(Gisela Walsken [SPD]: Tja, das wird jetzt schwierig, Herr Kollege!)

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte gestern zu Beginn dieser zweitägigen Haushaltsdebatte vor, mir Notizen über all die Punkte zu machen, bei denen die Opposition – manchmal sogar ganz vehement – fordert, mehr auszugeben, weniger zu sparen, und das dann aufzusummieren.

Das geht ja: Sie können an der einen oder anderen Stelle verlangen – ob bei Personal oder Aufgaben –, dass das Land mehr Geld ausgibt. Es wäre auch schön, wenn Spielräume da wären, all das zu tun, was teilweise durchaus sinnvoll wäre. Aber gleichzeitig beklagen Sie an der einen oder anderen Stelle, dass das Land nach wie vor eine zu hohe Nettokreditaufnahme hat.

(Gisela Walsken [SPD]: Wer beklagt das?)

Das können Sie tun. Das ist auch richtig, denn wir haben mit dem Haushaltsentwurf 2007 die Nettokreditaufnahme in diesem Land zwar erneut ganz drastisch reduziert, aber es sind immer noch 3,23 Milliarden €, die dieses Land an zusätzlichen Krediten aufzunehmen hat.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie haben gar nichts reduziert!)

Manch einer freut sich, dass das endlich einmal wieder weniger ist als die vom Land eigenfinanzierten Investitionen. Das ist schön. Uns reicht das aber nicht; denn eigentlich müssten wir irgendwann ohne neue Kredite für dieses Land auskommen. Nur, erstaunlich ist, dass Sie in der Lage sind, das eine mit dem anderen zu verbinden – an zahllosen Stellen. Wie gesagt: Ich habe den Versuch, da mitzuschreiben, schnell aufgegeben.

(Gisela Walsken [SPD]: Schon ein Fehler, Herr Kollege!)

Denn an zahllosen Stellen wurde von Ihnen in den letzten zwei Tagen verlangt, da müsse mehr Geld ausgegeben werden. Wie Sie das gleichzeitig mit dem Vorwurf verbinden können,

(Gisela Walsken [SPD]: Nur Geduld!)

wir würden immer noch zu viele Schulden machen, das bleibt Ihr Geheimnis.

(Gisela Walsken [SPD]: Nicht mehr lange!)

Das kann nur daran liegen, dass Sie das Erinnerungsvermögen der Zuhörer offensichtlich als so gering einschätzen, dass die das eine nicht mit dem anderen abgleichen. Das lassen wir Ihnen aber nicht durchgehen. Sie müssen sich schon entscheiden.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das hat der Rüttgers sechs Jahre lang gemacht! – Heiterkeit und Beifall von der SPD)

– Der Hinweis ist ja nicht ganz falsch. Eine Opposition tut sich mit einem solchen Verhalten natürlich relativ leicht. Wenn Sie das schon so verinnerlicht haben: Sie werden das für die nächsten Jahrzehnte brauchen.

(Beifall von der CDU)

Das ist auch meine einzige Erklärung dafür, weshalb Sie das straflos machen können.

(Thomas Stotko [SPD]: Hochmut kommt vor dem Fall! – Lothar Hegemann [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen! – Allgemeine Heiterkeit – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist über die deutsche Fußballnationalmannschaft auch mal gesagt worden!)

– Waren das jetzt alles Meldungen für Zwischenfragen?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Also: Der Unterschied ist vor allen Dingen der, dass Sie diese Verbindung eigentlich nicht herstellen können, denn gerade Sie haben dafür gesorgt, dass wir leider nicht in der Lage sind, mehr Geld auszugeben. 4,7 Milliarden € Zinsen stehen in unserem Haushaltsplanentwurf 2007 – notgedrungen! –, Zinsen auf Kredite, die die Vorgängerregierungen aufgenommen haben

(Gisela Walsken [SPD]: Richtig! Dazu stehen wir!)

und die uns heute die Spielräume wegnehmen.

(Gisela Walsken [SPD]: Welche Spielräume?)

Ohne diese Zinsen hätten wir sogar einen Überschuss im Haushalt, bräuchten keine Nettokreditaufnahme. 4,7 Milliarden € Zinsen, 3,2 Milliarden € Kreditaufnahme – wir könnten 1,5 Milliarden € mehr ausgeben. Das ist nämlich der Primärüberschuss, der Überschuss der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben, die im

nächsten Jahr geplant sind. Also sollten gerade Sie sich ein bisschen mehr zurückhalten.

(Gisela Walsken [SPD]: Nein! Im Gegenteil, Herr Kollege! Warten Sie ab!)

Sie haben in der Vergangenheit nicht nur dafür gesorgt, dass diese Zinszahlungen heute weiterhin zu Buche stehen, sondern Sie haben durch permanentes Schönrechnen auch dafür gesorgt, dass es überhaupt zu dieser Situation kommen konnte.

Vor diesem Hintergrund ist es schon erstaunlich, dass Sie genau an dieser Stelle mit Ihren konkreten Haushaltsvorschlägen weitermachen. Sie knüpfen an diese Tradition an. Sie wollen die Steuern für nächstes Jahr erneut einfach mal schnell um 340 Millionen € höher schätzen, damit die Spielräume größer werden. Sie wollen die möglichen Einnahmen aus einem Forderungsverkauf, aus BLB-Darlehensrückflüssen direkt mit verfrühstücken.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich dachte, wir hätten keine!)

Das ist unseriös. Das lehnen wir ab. Es mag sein, dass sich die positive wirtschaftliche Entwicklung aufgrund der guten Landesregierung, aufgrund der guten Bundesregierung

(Dieter Hilser [SPD]: Meine Güte, ist das peinlich!)

im nächsten Jahr fortsetzt oder vielleicht sogar noch verbessert. Wenn das so ist und dadurch noch etwas höhere Steuereinnahmen hereinkommen, ist das wunderbar. Dann würden die Einnahmen an dieser Stelle größer. Kein Mensch in diesem Land würde aber darüber im Unklaren sein, was damit passiert. Die klare Ansage dieser Koalition ist: Wenn es mehr Steuereinnahmen oder Verkaufserlöse gibt, werden diese genutzt, um weniger Schulden aufzunehmen. Das ist generationengerecht. Alles andere ist das nicht.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter Klein, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihrer Kollegin Frau Walsken?

Volkmar Klein (CDU): Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Gisela Walsken (SPD): Herzlichen Dank, Herr Kollege. Jetzt kommen wir doch einmal ins Gespräch.

Seien Sie so freundlich und nennen dem Parlament nur einen Beitrag, mit dem Ihre Regierung dazu beigetragen hat, die wirtschaftliche Entwicklung nach vorne zu bringen.

(Zuruf von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Einundzwanzig, zweiundzwanzig!)

Volkmar Klein (CDU): Liebe Frau Kollegin Walsken, Sie wissen doch, in diesem Land, in dem es keine Rohstoffe gibt,

(Gisela Walsken [SPD]: Kohle ist ein Rohstoff! Kohle!)

muss die Bildung der Jugend und der Menschen insgesamt umso besser werden. Wenn wir etwas tun, um den Unterrichtsausfall zu reduzieren, dann ist das etwas, was sich in der Zukunft nachhaltig auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auswirken wird.

(Carina Gödecke [SPD]: Aber doch nicht jetzt! Das ist doch lächerlich! – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Ich glaube, dass wir genau den richtigen Mittelweg finden. Auf der einen Seite sparen wir. Auf der anderen Seite setzen wir Schwerpunkte, schichten um und eröffnen neue Chancen für Nordrhein-Westfalen. Dafür müssen Mittel umgeschichtet und Ressourcen mobilisiert werden.

Es ist sehr vorteilhaft für dieses Land, im nächsten Jahr erstmals im Haushaltsgesetz stehen zu haben, dass wir das Auslaufen des subventionierten Bergbaus in Nordrhein-Westfalen begleiten. Das gibt uns Spielräume für mehr wirtschaftliche Entwicklung in der Zukunft.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist der einzige Rohstoff!)

Im nächsten Jahr werden wir erstmals die Sollzahl von 3.555 Betriebsprüfern in diesem Land erreichen. Das haben Sie in der Vergangenheit nie erreicht. Das ist ein Erfolg, den die Kollegen von den Grünen direkt wieder durch höhere Steuereinnahmeerwartungen und Ausgabenprojekte flankieren wollen.

Wir werden dafür sorgen, dass die in der Vergangenheit von Ihnen immer nur ausgebrachten kw-Vermerke dann auch schneller mobilisiert werden – und das nicht, wie es an der einen oder anderen Stelle zu hören war und eben auch von Herrn Peschkes gesagt wurde, auf dem Rücken der Beschäftigten.

(Gisela Walsken [SPD]: Natürlich, wo denn sonst?)

Bekam in der Vergangenheit jemand nur den Stempel „kw“ – künftig wegfallend –, war dies viel stigmatisierender als das,

(Zuruf von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

was wir künftig mit dem Personaleinsatzmanagement tun, nämlich der einzelnen Mitarbeiterin, dem einzelnen Mitarbeiter der Landesverwaltung wirklich eine Hilfe zu geben, innerhalb der Landesverwaltung Nachschulungen zu bekommen und mit Begleitung eine andere, eine bessere Stelle zu finden, und dies vielleicht auch außerhalb der Landesverwaltung.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das glauben Sie doch selbst nicht! Sie müssen sich die Leute anhören, was die dazu sagen!)

Dann wird prophylaktisch die Mär verkündet, wonach das künftige Personalvertretungsgesetz ach so schlecht sei. Wir werden uns wohl noch ein paar Wochen oder Monate gedulden müssen, bis dem Parlament ein Entwurf vorgelegt wird. Der Ministerpräsident hat jetzt aber mehrfach darauf hingewiesen, dass das neue Landespersonalvertretungsgesetz im Grunde genommen das Bundespersonalvertretungsgesetz 1:1 wiedergibt.

(Zuruf von der SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Ist das Bundespersonalvertretungsgesetz, das Rot-Grün noch zu verantworten hatte, denn arbeitnehmerfeindlich? Das können Sie doch nicht im Ernst behaupten.

(Zuruf von der SPD)

Wenn es uns jetzt gelingt, unsere Maßnahmen durch die Übernahme des Bundespersonalvertretungsgesetzes zu flankieren und zu beschleunigen, ist es doch fahrlässig von Ihnen, alle möglichen Dinge in die Welt zu setzen. Halten Sie sich da also ein bisschen zurück!

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Steffens?

Volkmar Klein (CDU): Aber selbstverständlich, gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Sie sagten eben, es habe durch eine Personalisierung eine Stigmatisierung stattgefunden. Wo hat es diese in der Vergangenheit gegeben? Soweit ich weiß, sind die kw-Vermerke immer gruppenweise ausge-

bracht worden. Oder haben Sie in Zukunft vor, diese zu personalisieren?

(Gisela Walsken [SPD]: Auch interessant!)

Volkmar Klein (CDU): Ich habe nicht gesagt, dass es in der Vergangenheit eine Stigmatisierung durch Personalisierung gab.

(Gisela Walsken [SPD]: Sicher! – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das haben Sie gerade gesagt!)

Ich habe gesagt: Die Stigmatisierung bestand in der Vergangenheit darin, nur einfach „kw“ – künftig wegfällig – zu sagen und die Beschäftigten damit bis zu ihrer Pensionierung alleine zu lassen. Sie haben ihnen das Gefühl gegeben, sie tun bis zu ihrer Pensionierung sowieso nichts Wichtiges mehr; denn sie sitzen auf einer Stelle, die künftig wegfällt. Das bedeutet für mich eine Stigmatisierung.

Es ist doch wesentlich besser, den Leuten eine persönliche Begleitung, Hilfe und Schulung zu geben, damit sie für den weiteren Verlauf ihrer Beschäftigungsbiografie eine andere, eine bessere und für sich selber erfüllendere Tätigkeit bekommen können. Das ist qualitativ mehr als nur der Stempel „kw“, auf den Sie sich in der Vergangenheit beschränkt haben. Das war schlecht für die Menschen. Das war im Übrigen auch für den Abbau von kw-Vermerken schlecht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Sie haben den Dank vergessen, Herr Klein!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Zunächst einmal wünsche ich unserem Finanzminister gute Besserung. Es ist sehr schade, dass er dieser Debatte heute nicht beiwohnen kann, die ja wie immer eine Streitige Auseinandersetzung ist.

(Gisela Walsken [SPD]: Frau Thoben wird ihm das ausrichten! Bis dahin hat sie ihre Rede fertig!)

Man sollte ihm wirklich wünschen, dass er bald wieder gesund ist, damit er möglichst schnell wieder Debatten mit uns führen kann.

Herr Klein, es war sehr interessant, was Sie von sich gegeben haben. Sie sprachen davon, es gä-

be keine Rohstoffe bei uns und man müsse deswegen die Bildung fördern.

Ich bleibe einmal bei den Rohstoffen, die wir eigentlich nicht haben. In der Vergangenheit ist ehrlich gesagt nicht allzu viel Bemühen bei Ihnen festzustellen gewesen, um Rohstoffe einzusparen und sorgsam damit umzugehen. Die Reduzierung des Rohstoffverbrauchs ist ein wichtiges Thema. Dazu habe ich bei Ihnen in der Vergangenheit so ziemlich alles vermisst.

Sie sprachen davon, dass es diese wunderbaren Steuermehreinnahmen. Zu Recht ist die Frage gestellt worden, an welcher Stelle Sie etwas damit zu tun haben. Ich kann Ihnen sagen: Sie haben damit gar nichts zu tun.

(Christian Lindner [FDP]: Haben Sie denn etwas damit zu tun?)

Selbst in der konservativen „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ ist gesagt worden, dass die technologischen Innovationen, insbesondere, was die Energieeinsparung betrifft, wichtig waren. Dazu habe ich in der Vergangenheit von Ihnen nichts gehört. Ganz andere haben dafür gesorgt, dass wir Rohstoffe einsparen und sorgsam mit den Rohstoffen umgehen. Unsere technologischen Entwicklungen waren so gut, dass sie weltweit exportiert werden. Das ist ein wesentlicher Faktor dafür, dass die deutsche Wirtschaft im Augenblick auf den Weltmärkten so erfolgreich ist und dass wir so hohe Steuereinnahmen haben.

(Christian Lindner [FDP]: Das hängt vor allem mit der Weltwirtschaft zusammen!)

– Es hängt auch mit der Weltwirtschaft zusammen. Aber wir können in der Weltwirtschaft nur erfolgreich sein, wenn wir technologisch etwas anzubieten haben. Die erwähnte konservative Zeitung sagt, dass von uns in großem Maße Umwelttechnologien angeboten werden. Dass Sie, Herr Lindner, sich trauen, das Wort Umwelt in den Mund zu nehmen – die FDP hat in der Vergangenheit mit dem Thema Umwelt überhaupt nichts zu tun gehabt; das muss man einmal so deutlich sagen –,

(Beifall von Barbara Steffens [GRÜNE])

ist schon bemerkenswert.

(Gisela Walsken [SPD]: Totalausfall!)

– Ein Totalausfall, genau, Frau Walsken.

(Christian Lindner [FDP]: Wir haben schon Umweltpolitik gemacht, da gab es die Grünen noch gar nicht! – Gegenruf von Gisela Walsken [SPD]: Sie auch nicht!)

– Interessant. Dass die Grünen so erfolgreich waren, ist schon auf bestimmte Dinge zurückzuführen.

„Versprochen – gebrochen“ wird auch im Haushalt 2007 deutlich. Der Haushalt 2007 ist eine Ansammlung von Pleiten und Pannen. Er ist unsozial; er ist ungerecht. Er ist vor allen Dingen nicht zukunftsfähig, weil unökologisch. Selbst Experten bescheinigen CDU und FDP bei den Anhörungen, dass Sie keine Konzepte haben und sie, die Experten, zum Teil wegen der Kurzfristigkeit noch nicht einmal zu dem, was vorgelegt worden ist, Stellung beziehen können.

Die zweite Ergänzungsvorlage wurde uns vorgelegt.

(Christian Lindner [FDP]: Mir ist schlecht!)

– Was, Ihnen ist schlecht? Gehen Sie doch raus!

(Gisela Walsken [SPD]: Wir können auch Erste Hilfe leisten!)

– Herr Lindner, Ihre Sprüche ... – Beim Justizvollzug haben die Experten festgestellt: kein Konzept. Das gilt auch für die Verwaltungsstrukturreform: kein erkennbares Konzept. Ihre Personalpolitik ist schlichtweg eine Katastrophe.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Das sagt zum Beispiel die Gewerkschaft der Polizei; das kann man heute in den Zeitungen lesen. Das sagen die Personalräte und die Steuergewerkschaft. Sie alle sagen: Ihre Personalpolitik ist schlichtweg katastrophal.

Herr Rüttgers weckt hohe Erwartungen. Allerdings ist er nicht das soziale Gewissen, auch wenn er verspricht, dass Änderungen bei Hartz IV kommen sollen. Nur: Leider passiert da überhaupt nichts. Die Forderungen, die er aufstellt, gehen vor allem zulasten der jungen Leute und der Familien mit Kindern. Das Land ist nicht sozialer, sondern unsozialer geworden. Statt sozialer Wohltaten geht immer mehr die Angst um, als Nächster betroffen zu sein. Die soziale Kälte in diesem Winter trifft alle mehr als die tatsächlichen Temperaturen.

Sie kürzen bei den Armen und Schwächeren, obwohl sie sowieso wenig haben. Auf der anderen Seite finanzieren Sie Vergangenheit, wie etwa bei den Landwirtschaftskammern oder beim Flughafenbau. Das heißt, statt in die Zukunft zu investieren – Herr Klein hat gesagt, man muss in die Köpfe investieren –, tun Sie genau das Gegenteil und investieren rückschrittmäßig in veraltete Dinge. Sie fördern die Ministerialbürokratie bei

der Landwirtschaftskammer oder die Konkurrenz der einzelnen Flughäfen, indem Sie zum Beispiel Millionen in den Flughafen Münster/Osnabrück stecken.

Im Gegensatz dazu ist grüne Politik auf die Zukunft ausgerichtet. Der grüne Entwurf zum Haushalt ist solide, sozial gerecht und vor allem langfristig nachhaltig. Herr Klein, im Übrigen sind wir noch einmal deutlich unter dem geblieben, was Ihr Finanzminister als Konzept vorgeschlagen hat. Jeder der über 70 Vorschläge – im letzten Jahr waren es über 130 – ist gegenfinanziert.

(Christian Lindner [FDP]: Steinkohle!)

– Genau, Steinkohle ist ein wichtiges Thema. – Wir müssen bei den Steinkohlesubventionen einsparen. Denn wir müssen bei den Regenerativen etwas tun und viel investieren. Das ist der entscheidende Punkt, Sie tun das nicht.

Sie fördern auch die Jugendlichen nicht. Sie tun nichts, um ihre Zukunftschancen zu erhöhen. Dazu ist im Gegensatz zu dem, was im Umweltbereich passiert, schon eine Menge gesagt worden. Es gilt also weiterhin: Rinder statt Kinder. Hierzu lauten die Stichworte: Landwirtschaftskammer und Landesjugendplan.

Der folgende Text, den die Kommune Rheine – ich komme aus dem Münsterland – verabschiedet hat, zeigt, wie Sie mit den Kommunen umgehen:

Das Land spart auf Kosten der Städte und Gemeinden. Trotz dieser deutlich verbesserten Finanzsituation, die es auch ermöglicht, den Schuldenanstieg des Landes zu bremsen, will die Landesregierung den Kommunen zusätzliche Konsolidierungsbeiträge auferlegen, die auch in unserer Stadt erhebliche negative Auswirkungen haben.

Genannt wird da zum Beispiel:

Die Beteiligung an der Grunderwerbsteuer mit 162 Millionen € wird gestrichen, die Beteiligung der Kommunen an der Krankenhausfinanzierung mit 110 Millionen € mehr als verdoppelt und die Förderung der Weiterbildungsträger um rund 18 Millionen € gekürzt.

Das ist Ihre Politik. Darüber regen sich, wie ich finde, zu Recht selbst Ihre eigenen Leute in den Kommunen auf.

Ich will noch einige Sachverständige aus den Anhörungen zu Wort kommen lassen. Dr. Rainer Kambeck vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaft hat dargelegt:

Wir hatten uns kritisch positioniert, als es um die Diskussion der Mehrwertsteuer ging, waren gegen die Mehrwertsteuererhöhung und sind es nach wie vor. Wir fühlen uns auch bestätigt durch die Entwicklung, die Herr Gebhardt skizziert hat, was die wirtschaftliche Entwicklung und im Gefolge die Steuereinnahmen betrifft. Man hätte – das war die Argumentation – die Verschuldungsgrenzen, die Maastricht-Kriterien, auch eingehalten, hätte man nicht die Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung zur Verfügung.

Genau das ist aber Ihre Politik. Sie beklagen sich in Berlin, rechnen aber all das mit ein. Ihre Entlastung des Haushalts kommt dadurch zustande, dass Sie die kleinen Leute durch die Mehrwertsteuererhöhung zusätzlich belasten. Das ist die Konsequenz dieser Politik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Frau Dr. Christiane Rühl vom Landkreistag NRW hat Folgendes ausgeführt:

Die Situation der Kommunalfinzen ist nach wie vor prekär. Sie ist Ihnen allen hinlänglich bekannt. Ich verzichte deshalb an dieser Stelle darauf, die Zahlen im Einzelnen zu nennen. Wir haben leider keine Nettoverbesserung im GFG 2007 im Verhältnis zu 2006 zu verzeichnen.

Auch das ist eine ganz klare Positionierung.

Ernst Giesen, Städte- und Gemeindebund NRW, sagt:

Ich will darauf hinweisen, die kommunale Finanzsituation ist nach wie vor desolat. 197 Kommunen sind inzwischen in der Haushaltssicherung. Nur noch 7,5 % der Kommunen, das sind 32 Kommunen, haben einen ausgeglichenen Haushalt. Das spricht eigentlich Bände.

Oder zum Beispiel Michael Szentei-Heise von der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zum Spiel 77:

Bis jetzt war es so, dass die Mittel von der Lotterie-Gesellschaft direkt den Destinatären zugeflossen sind und diese in verschiedenen Kontexten die zufließenden Mittel als Eigenmittel deklarieren und einsetzen konnten. Die Absicht ist jetzt, diese Mittel in den Landeshaushalt aufzunehmen. Dies würde das komplett torpedieren und wegfallen lassen.

Auch das ist eine ganz klare Positionierung.

Als Letzten möchte ich Gerhard Stranz von den Waldorfschulen zitieren:

Zur Frage der Elternbeiträge möchte ich an einer anderen Stelle deutlich machen, dass es eine unsägliche Situation ist. Wenn es passiert, dass durch die Elternbeitragsregelung – wir haben in einem gemeinsamen Gespräch der Landesjugendämter von Fällen gehört, dass mehrere Eltern ihre Kinder abgemeldet haben – Kindern Bildungschancen vorenthalten werden, ist das eine Kindeswohlgefährdung.

Ich glaube, das spricht für sich und macht sehr deutlich, wie die Situation ist.

Ich möchte noch darauf eingehen, welche Mehreinnahmen wir hier erzielen können. Es ist einfach wichtig, dass wir nicht nur auf die Ausgabenseite schauen und dort reduzieren, sondern dass wir uns auch mit der Einnahmenseite beschäftigen. Herr Kaldenhoff, Vertreter der Deutschen Steuerergewerkschaft, hat in der Anhörung sehr deutlich gemacht, dass dort Personal fehlt. Er sagt:

Wir müssen die Zahl der Betriebsprüfer, Umsatzsteuersonderprüfer und Lohnsteuerprüfer dringend aufstocken.

Genau das Gegenteil machen Sie. Sie kürzen in diesem Bereich weiter. Das heißt, genau bei dem Personal, das dafür sorgt, dass das Land mehr Steuereinnahmen hat und dass sich die Situation tatsächlich verbessern wird, kürzen Sie massiv. Das ist ganz deutlich geworden.

Alle Experten, die an der Anhörung teilgenommen haben – auch der Vertreter der Deutschen Steuerergewerkschaft –, haben gesagt, dass sich die Steuereinnahmen durch jeden Prüfer, der zusätzlich eingesetzt wird, um 500.000 bis 1 Million € erhöhen. Es geht um die Steuern von Unternehmen, die dazu verpflichtet sind, sie zu zahlen. Die lassen Sie aber laufen und sorgen auf diese Weise nicht dafür, dass der Landeshaushalt entsprechend ausfinanziert wird. Das ist die reale Situation in diesem Land.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Als Letztes – es ist zwar vorhin schon einiges dazu gesagt worden – möchte ich noch einmal auf die Stiftung Umwelt und Entwicklung zurückkommen. In der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses ist sehr deutlich geworden, dass Sie völlig unvorbereitet waren. Es ist so, dass diese Stiftung im nächsten Jahr bereits zugesagte Fördersummen in Höhe von 3,3 Millionen € ausschütten muss, dass ihr aber aufgrund der Politik, die Sie hier betrieben haben, diese Summen überhaupt nicht zur Verfügung stehen.

(Zuruf von der FDP)

Herr Lindner behauptet stattdessen, in dieser Stiftung arbeiteten nur Grüne und Anarchisten. Das sind Ihre Äußerungen, die man dort hören konnte.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sehr liberaler Umgang mit der Wahrheit! – Zurufe von der FDP)

Das heißt, Sie gehen völlig ideologisch an die Sache heran.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist unseriös!)

– Nein, das ist überhaupt nicht unseriös. – Da ich heute eher andere sprechen lasse, lese ich Ihnen einmal vor, was die „Rheinische Post“, eine bekanntermaßen konservative und eher der CDU zugeneigte Zeitung, geschrieben hat: Die Überschrift lautet „Rüttgers Dilemma“:

„Jürgen Rüttgers hat ein Problem – aber nicht etwa, weil ihn die Opposition bedrängte. Vielmehr sind es die eigenen Leute, die ihn in Schwierigkeiten bringen. Die beiden Fraktionschefs Stahl (CDU) und Papke (FDP) haben sich in einem Kuhhandel darauf verständigt, im kommenden Jahr für Weiterbildung und Wohlfahrtspflege mehr Geld auszugeben, dafür aber die Mittel für die Landesstiftung ‚Umwelt und Entwicklung‘ rigoros zusammenzustreichen, sodass diese Einrichtung existenziell gefährdet ist.“

Das schreibt die „Rheinische Post“.

(Gisela Walsken [SPD]: Das lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig! – Gegenruf von Christian Lindner [FDP]: Lokalzeitung! – Gisela Walsken [SPD]: Nein, keine Lokalzeitung!)

„Genau dies macht Rüttgers derzeit zu schaffen. Denn der Ministerpräsident“

– jetzt hören Sie einmal genau zu –

„ist seit Kurzem Vorsitzender des Stiftungsrates und zusammen mit seinen beiden Stellvertretern Armin Laschet und Eckhard Uhlenberg“

– beides CDU-Minister –

„entschlossen, die Stiftung geordnet weiterzuführen.“

Weiter heißt es:

„Auch das steht jetzt auf dem Spiel. Man wundert sich, mit wie wenig Fingerspitzengefühl die beiden Fraktionschefs vorgegangen sind. Jetzt muss Rüttgers sehen, wie er aus dem Schlammassel herauskommt.“

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist das, was die „Rheinische Post“ schreibt. Ich brauche hier gar nicht selbst zu polemisieren, so, wie Sie das immer tun. Das ist die Realität. Das ist das, was Sie hier machen. Sie trocknen diese Stiftung finanziell aus. Sie wollen sie aus ideologischen Gründen – weil Ihnen der Bereich Umwelt und Entwicklung nicht passt – platt machen. Das ist die Politik, Herr Lindner. Sie neigen zu solchen polemischen Äußerungen, und der Herr Ministerpräsident hat mittlerweile, so schreibt es die „Rheinische Post“, „ein Riesenproblem“.

Das ist Ihre Haushalts- und Finanzpolitik: unsolide, unsozial und ungerecht. Sie geht zulasten der kleinen Leute sowie zulasten von Umwelt und Entwicklung. Ich sage nur Danke schön. Wenn Sie so weitermachen, werden wir sehen, wo Sie in drei Jahren stehen. – Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die FDP-Fraktion erhält Herr Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Es ist wahrlich kein Vergnügen, immer nach Herrn Sagel sprechen zu müssen.

(Gisela Walsken [SPD]: Er hat auch keine Lust, vor Ihnen zu sprechen!)

Herr Sagel, die Zwischenrufe haben es Ihnen vielleicht schon nahe gebracht, aber damit Sie es nicht vergessen und es auch im Protokoll steht – da Sie ja so gerne Protokolle nachlesen und aus ihnen zitieren –, möchte ich Ihnen noch einmal ganz klar und deutlich sagen: Der erste Umweltminister der Bundesrepublik Deutschland war ein Liberaler – lange bevor die Grünen überhaupt gegründet worden sind.

(Gisela Walsken [SPD]: Super! Wahnsinn! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie sich immer hierhin stellen und von den Pleiten und Pannen der Koalition sprechen sowie davon, dass wir mit der Konjunktur so viel Glück hätten, verstehe ich nicht. Auf der einen Seite sagen Sie, alles Gute sei die Folge Ihrer Politik, und auf der anderen Seite sagen Sie, alles Schlechte hätten wir zu verantworten. Das ist falsch. Genau so falsch ist es allerdings, zu meinen, alles Gute käme von uns und alles Schlechte wäre eine Erblast.

Vielmehr müssen wir einen Mittelweg finden und eine seriöse Debatte führen. Wir sollten bei den

einzelnen Punkten sehr wohl überlegen: Wer trägt hier die Verantwortung wofür? Was ist eine Altlast? Ich kann nur sagen, dass Zinsen eine Altlast sind. Wir müssen uns auch fragen, was wir durch die aktuelle Politik zu verantworten haben. Dieser Verantwortung stellen wir uns sehr gerne.

(Beifall von der FDP)

Herr Sagel, dass die Steinkohle noch heute subventioniert wird, ist eindeutig eine der von Ihnen hinterlassenen Altlasten. Hätten Sie als Grüne doch vor zehn Jahren den Mut aufgebracht und die Koalition mit der SPD platzen lassen – das hätten Sie durchaus machen können –,

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE] – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

um die entsprechende Subventionierung abzubauen! Wenn Sie jetzt so tun, als ob man die Kohlesubventionen heute eben mal so einstellen könnte, vergessen Sie ganz bewusst die Vergangenheit. – Aber ich glaube nicht, dass Sie wirklich so vergesslich sind.

(Beifall von der FDP)

Sie bringen hier immer wieder Zitate ohne Ende. Sie haben fast 15 Minuten lang geredet und die Hälfte dieser Zeit für Zitate genutzt. Damit belegen Sie auch für die Zuschauerinnen und Zuschauer oben auf der Tribüne ganz eindeutig, dass Ihnen selbst nichts einfällt.

Sie benutzen nur das, was Ihnen andere geben. Sie haben keine eigene Meinung. Auch bei den Änderungsanträgen, die Sie hier zum Haushalt eingebracht haben, kann ich nur sagen: Das würde das Land nicht weiterbringen. Sie bringen nur Füllstoffe nach vorne. Und das werden wir in den Einzelabstimmungen zurückweisen, meine Damen und Herren.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Dr. Orth, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Steffens?

Dr. Robert Orth (FDP): Nein, das gestatte ich jetzt nicht. Denn ich möchte noch ein weiteres Thema ansprechen.

Herr Sagel, Sie sagten, die Flughafenpolitik sei eine veraltete Politik. Ich weiß nicht, in welchem Jahrtausend Sie leben. Meine Wahrnehmung ist, dass der Flugverkehr weltweit immer mehr zunimmt,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

dass Flugverkehr ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung von internationalen Unternehmen

ist. Diese sind nicht nur auf das Münsterland beschränkt, sondern haben weltweit Produktionsstätten. Wir als Politiker müssen diesem Umstand Rechnung tragen, damit wir nicht nur am Flughafen sichere Arbeitsplätze haben, sondern auch in der modernen Industrie, in der Verwaltung der Unternehmen, damit wir Hochtechnologie behalten und am internationalen Warenaustausch teilnehmen können, meine Damen und Herren. Anscheinend sind Sie an dieser Stelle ziemlich veraltet.

Sie sprechen immer wieder das Thema Glück an. Was hat das denn mit Glück zu tun, dass wir einen soliden Haushalt aufstellen? Was ist daran Glück? Das ist harte Arbeit.

Wir haben einen Nachtragshaushalt nach unserer Regierungsübernahme aufstellen müssen, weil wir festgestellt haben, dass die Zahlen nicht so gut waren, wie Sie sie dargestellt haben. Dann kann man doch nicht einfach sagen, die CDU habe vor der Wahl versprochen, die Arbeitszeiterhöhung zurückzunehmen und die Weihnachtsgeldstreichungen zu relativieren. Man kann Politik und Versprechungen nur auf der Basis eines Erkenntnisstandes machen, den Sie früher vermittelt haben.

Wir mussten feststellen, dass die reale Lage wesentlich schlechter war. Das bestreiten Sie inzwischen auch gar nicht mehr. Werfen Sie uns dann aber bitte nicht vor, dass wir nach dieser wesentlich schlechteren Situation, die wir vorgefunden haben, nicht alles umsetzen konnten, was wir gerne umgesetzt hätten, weil wir weiter die Sanierung des Haushaltes vorantreiben müssen, meine Damen und Herren.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das sind Märchen, die Sie hier erzählen. – Rudolf Henke [CDU]: Dass es so schrecklich war, das haben wir nicht geahnt! – Gisela Walsken [SPD]: Wo sind Sie denn die letzten Jahre gewesen? – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir machen eine konzeptionelle Politik. Das erkennen Sie auch daran, dass wir uns die Neustrukturierung der Finanzverwaltung vornehmen.

Wir haben Überlegungen in die Diskussion eingebracht, wie wir zum Beispiel bei den Finanzämtern zu Zusammenlegungen und damit Synergieeffekten kommen können. Wir sind auch bereit, diese Debatte ergebnisoffen mit Ihnen zu führen,

(Gisela Walsken [SPD]: Das bedarf eines gewissen Niveaus!)

ganz anders, als es die Vorgängerregierung getan hat, die immer erst beschlossen und hinterher das Geschrei zur Kenntnis genommen hat.

Wir werden prüfen, inwieweit wir zum Beispiel in einer Stadt wie Düsseldorf noch so viele Ämter brauchen, ob wir auch in anderen Großstädten Ämter zusammenlegen können, um eine bessere, effektivere Finanzverwaltung zu haben,

(Gisela Walsken [SPD]: Da mache ich mir keine Sorgen!)

mit der wir die Arbeitsanfälle, die Kollege Peschkes aus eigenem Erleben kennt, bewältigen können.

Wir hoffen, dass wir endlich vernünftige Softwareprogramme bekommen; denn die, die Sie uns hinterlassen haben, haben uns wahrlich nicht weitergeholfen, meine Damen und Herren.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Daran sind Sie genauso beteiligt!)

Herr Peschkes, Sie kritisieren, dass die Finanzbeamten im Vergleich mit anderen schlecht wegkommen. Ich kann nur sagen: Finanzbeamte sind Beamte.

(Gisela Walsken [SPD]: Hei, analytischer Verstand! – Weitere Zurufe von der SPD)

Und wir müssen sehen, dass wir Beamte auch gleich behandeln. So, wie Sie klagen, klagen auch andere. Wir würden uns wünschen, dass für alle Berufsgruppen, die wir im öffentlichen Dienst haben, mehr Geld zur Verfügung stünde. Aber noch einmal: Ein Euro ist ein Euro. Wir müssen Schwerpunkte setzen. Dieser politischen Verantwortung stellen wir uns.

Herr Kollege Peschkes, wenn Sie zum Personaleinsatzmanagement behaupten, wir würden hier mehr oder weniger planwirtschaftlich operieren, dann kann ich das nicht verstehen. Eine Zielvereinbarung ist doch etwas ganz anderes als ein planwirtschaftliches System, in dem sie zum Beispiel nur einzelne kw-gestellte Stellen haben. Sie arbeiten die kw-Vermerke im Einzelnen ab und wissen nicht, ob Sie die Leute auf anderen Plätzen effektiv einsetzen können.

Das ist genau das Gegenteil von Planwirtschaft. Es ist ein sinnvoller Einsatz der Ressourcen. Wir als FDP begrüßen deshalb ausdrücklich, dass das Personaleinsatzmanagement kommen wird, meine Damen und Herren.

Sie fordern immer mehr Betriebsprüfer. Sicherlich ist leicht zu berechnen, wie viel ein Betriebsprüfer einnimmt. Haben wir mehr Betriebsprüfer, haben wir mehr Einnahmen. Je mehr Betriebsprüfer wir haben, umso kleiner ist das Dunkelfeld. Meiner Meinung nach sollten wir allerdings, nachdem alle

Stellen besetzt sind, die Sie zwar geschaffen, aber nicht besetzt haben, abwarten, welche Auswirkungen das auf die Einnahmesituation haben wird. Ich bin optimistisch, dass die Auswirkungen positiv sein werden.

Dann wird gesagt, wir würden einen Anschlag auf das Personalvertretungsrecht verüben. Herr Peschkes, allein diese Wortwahl! Wenn Sie in der Verfassungsschutzdebatte gestern das Wort „Anschlag“ in den Mund genommen hätten, dann hätte ich das verstanden. Uns hier aber zu unterstellen, dass wir mit wohl abgewogenen Überlegungen einen „Anschlag“ auf die Rechte der Beschäftigten verüben würden, das ist wirklich starker Tobak und maßlos übertrieben. Diese Wortwahl ist in diesem Zusammenhang einfach unangemessen, meine Damen und Herren.

(Dieter Hilser [SPD]: Das war unqualifiziert!)

Wir werden das Personalvertretungsrecht 1:1 umsetzen, so wie es im Bund war. Wir werden uns aber auch Gedanken darüber machen müssen, ob es landesspezifische Notwendigkeiten für bestimmte Aufgaben gibt – nicht nach dem Motto weniger Rechte für Einzelne, sondern mit Blick auf die Aufgaben von Landesbediensteten. Da gibt es hier und da die Notwendigkeit der Justierung. Und über diese können wir im Einzelnen gerne reden.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf die Umweltstiftung eingehen, Herr Sagel. Sie haben hier eine Fülle von Zitaten gebracht. Bitte, zitieren Sie sauber! Das, was Sie eben vorgebracht haben, war nicht das, was der Kollege Lindner gesagt hat.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist die Wahrheit! Das kann man im Protokoll nachlesen!)

Weil Sie via Presseerklärungen in den vergangenen Tagen angekündigt haben, man müsse das eine oder andere juristisch prüfen, muss ich Ihnen sagen: So, wie Sie in den Wald hineinrufen, so schallt es auch zurück.

(Gisela Walsken [SPD]: Da habe ich aber Angst! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Dann müssen Sie damit rechnen, dass auch andere Ihre Worte genau prüfen und sie in einen anderen Kontext stellen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Brauche ich nicht, das steht im Protokoll!)

Sie werden dann feststellen, dass das eine ziemlich heikle Argumentation ist, die Sie hier liefern. Also, seien Sie bitte so fair und zitieren richtig und sauber.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ich habe alles vorgelesen!)

Setzen Sie sich mit den Inhalten auseinander, die dahinterstehen, und verdrehen Sie nicht.

Keiner von uns hat jemals vorgehabt oder hat vor, die Umweltstiftung platzzumachen, wie Sie argumentieren. Aber wir haben Schwerpunkte gesetzt. Wir sehen die Notwendigkeit, in der Wohlfahrtspflege weiterhin aktiv zu sein und haben in den Regierungsfraktionen eine entsprechende politische Entscheidung getroffen. Ich weiß, dass Ihnen das nicht passt, aber respektieren Sie es einfach.

(Horst Becker [GRÜNE]: So weit respektieren wir es!)

Die Mehrheit dafür, das umzudrehen, haben Sie zum Glück nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Jetzt hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich versuche es auch heute noch einmal mit der Wirklichkeit.

Ich habe wirklich die Sorge, Herr Peschkes, dass Sie und Ihre Fraktion die Desinformation zur Kernkompetenz weiterentwickeln.

(Gisela Walsken [SPD]: Oh!)

Sie behaupten, mit der Übertragung des Bundespersonalvertretungsgesetzes in seiner Wirksamkeit auf Nordrhein-Westfalen verübten wir einen Anschlag auf die Personalvertretung.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, genau das machen Sie! – Beifall von der SPD)

Das machen Sie bitte einmal allen Arbeitnehmern bundesweit klar, die mit dem bestehenden Bundespersonalvertretungsgesetz durchaus gute Erfahrungen machen.

Zweite Anmerkung: Die Steuerverwaltung ist ausdrücklich von der Kürzung 1,5 % ausgenommen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Es fehlt ja auch Personal!)

– Das wird doch durch Schreien nicht besser, Herr Sagel. – Durch die Arbeitszeitverlängerung ist es gelungen, das Arbeitsvolumen insgesamt konstant zu halten. Was ist die Wirklichkeit?

(Gisela Walsken [SPD]: Arbeitsvolumen, Arbeitszeitverkürzung?)

– Arbeitszeitverlängerung, Frau Walsken.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Dann reden Sie mal mit Ihren Leuten! Die erzählen Ihnen was anderes!)

Das ist dann ein konstantes ...

(Gisela Walsken [SPD]: Das Volumen! Gucken Sie mal in die Steuerverwaltung hinein! Aber Sie können es ja nicht wissen!)

– Nein, Frau Walsken, die Steuerverwaltung ist von der Kürzung ausgenommen und die Umrechnung der Arbeitszeitverlängerung auf das Arbeitsvolumen führt dazu, dass man das mit weniger Köpfen darstellt. Das ist der Sachverhalt.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Also, Sie haben Stellen gekürzt!)

– Aber kein Arbeitsvolumen weggenommen.

(Gisela Walsken [SPD]: Arbeitsvolumen haben Sie weggenommen?)

– Nein, Frau Walsken. Pro Kopf wird mehr gearbeitet. Ist das verboten? Wir sprechen es aus und möchten das.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie kann nichts dafür!)

Zweiter Punkt: Abstimmungsgespräche zwischen den Finanzamtsvorständen finden regelmäßig statt. Der Finanzminister besucht außerdem regelmäßig Finanzämter, bei denen über alle wichtigen Fragen ausführlich diskutiert wird.

(Gisela Walsken [SPD]: Wir auch, Frau Kollegin!)

– Aber es kam dieser pauschale Vorwurf, es fände gar nichts statt. Auch das stimmt nicht.

Zu den Deckungsvorschlägen der Grünen und dem Prüfdienst nur wenige Hinweise. Die Grünen sagen, 240,6 Millionen € Steuermehreinnahmen sollen schon 2007 fließen, wenn der Prüfdienst um zunächst 350 Personen verstärkt wird.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Richtig, das sind die kw-Stellen!)

Dazu ist zunächst zu sagen, dass wir die Zusage, die wir in der Vergangenheit gegeben haben, nämlich die Außendienste aufzustocken, Anfang

2007 eingehalten haben werden. In der Betriebsprüfung werden dann 3.555 Prüfer und in der Umsatzsteuersonderprüfung 555 Prüfer tätig sein, und als Steuerfahnder werden 640 Prüfer im Einsatz sein.

(Gisela Walsken [SPD]: Herr Dr. Berg hat die ganze Tasche voller wichtiger Zahlen!)

Das, was Sie als Deckungsvorschlag ausrechnen, stimmt mit Ihren ökologischen Ansprüchen insofern überein, als Sie Luft buchen, nichts anderes.

(Beifall von der CDU)

Herr Sagel, das, was man an bestehenden Verträgen zusätzlich kürzen kann, um es in den Haushalt einzustellen – sprich: Steinkohle –, das hätte ich von Ihnen gerne einmal in einer juristischen und rechtlichen Bewertung gehört. Geschrei allein tut es nicht.

Meine Damen und Herren, dann die Frage von Frau Walsken,

(Gisela Walsken [SPD]: Ach!)

einen Beitrag zu nennen, der dazu beigetragen hat, dass der wirtschaftliche Aufschwung da ist.

(Gisela Walsken [SPD]: Das war meine Frage an den Kollegen Klein! Aber lieb, dass Sie sie beantworten!)

– Darf ich doch.

(Gisela Walsken [SPD]: Klasse!)

Sie, Frau Walsken, wissen: 60 % der Wirtschaftspolitik sind Psychologie. Was glauben Sie, welchen Beitrag zum Aufschwung allein der Regierungswechsel geleistet hat?

(Gisela Walsken [SPD]: Wahnsinn! Die stehen immer noch auf den Tischen!)

– Ja.

(Beifall von der CDU)

Schade, dass Sie das ärgert, Sie könnten sich doch mit uns freuen, dass die Zahlen so gut sind.

(Gisela Walsken [SPD]: Tue ich doch!)

Damit das nicht vor Weihnachten vergessen wird: In den ersten zehn Monaten sind die Auftragseingänge der Industrie um 7 % gegenüber dem Vorjahreswert gestiegen.

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt machen Sie Wirtschaftspolitik! Das ist in Ordnung!)

Bei den Investitionsgütern lag der Zuwachs sogar im zweistelligen Bereich.

(Gisela Walsken [SPD]: Hatten Sie auch Ihre Aktien dabei?)

Im Vergleich zum November 2005 lag der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei 112.000 Menschen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im selben Zeitraum gegenüber dem Vorjahr um 116.000.

(Gisela Walsken [SPD]: Was haben Sie denn dazu beigetragen?)

– Frau Walsken, es mag Sie ja nerven, aber ich trage trotzdem die Sachverhalte vor. – Wir sind bundesweit Spitzenreiter beim Rückgang der Insolvenzen im unternehmerischen Bereich. Die sind von Januar bis September um über 30 % gesunken. Das ist ein Spitzenwert bundesweit.

(Gisela Walsken [SPD]: In allen Bundesländern, richtig!)

Noch ein Hinweis: Im dritten Quartal 2006 stieg die Produktion im wirtschaftlichen Hochbau. Sie wissen, dass das ein Vorläufer für den gewerblichen Bau und für Ausrüstungsinvestitionen ist. Also, ein deutlicher Hinweis auf Betriebserweiterungen. Sie stieg im Vorjahresvergleich um 12 %. Im Oktober nahm sie noch einmal um 8,4 % zu.

(Gisela Walsken [SPD]: Herrlich!)

Noch positiver entwickelten sich die Auftragseingänge. Sie stiegen im dritten Quartal um 39,9 %,

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt kommen wir wieder zur Finanzpolitik!)

im Oktober sogar um 55,5 %.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Dann freuen Sie sich doch mit uns.

Mir ist es völlig egal, ob Sie sagen: „Sie haben nichts dazu beigetragen“, und wir sagen: Einige unserer Maßnahmen tragen dazu bei. – Dem Land und den Menschen bekommt es gut, dass wir zum Beispiel die Konsolidierung

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt wäre Applaus angebracht!)

seriöser vorantreiben, als Sie es uns vorschlagen; denn uns ist die Zukunft der Kinder nicht egal. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Uns auch nicht!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Für die SPD-Fraktion erhält das Wort der Abgeordnete Schartau.

Harald Schartau (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Thoben, ehrlich gesagt: Bei Ihrer Art, sich zu freuen, möchte ich nicht wissen, wie Sie sind, wenn Sie sich ärgern.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Ich hätte gern von Ihnen die ganze Rechnung gehört. Wenn 60 % der Wirtschaft Psychologie sind, dann vermute ich nach Ihren Ausführungen, dass 40 % der Landesregierung anzurechnen sind und für die Wirtschaft und die Bürger selbst nichts übrig bleibt.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Ich glaube auch nach Ihren jetzigen Ausführungen, dass Sie – das leitet mich gleich dann zu meinem eigentlichen Thema über – doch ein bisschen den Hang haben, die Politik für omnipotent zu erklären, wenn man sich selbst ein bisschen beweihräuchern will. Nehmen Sie sich an dieser Stelle lieber etwas zurück.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese vorweihnachtliche Stunde eignet sich nicht so sehr, ins Detail zu gehen, sondern sie eignet sich vielmehr dazu, mehr im großen Rahmen auf die Finanzpolitik der letzten Monate zu schauen.

Dabei kann ich feststellen – wenn ich das einmal auf eine Kette aufreihe –, dass Sie sich zunächst mit Ihren ersten haushaltspolitischen Entscheidungen ziemlich frech über die verfassungsmäßigen Bestimmungen zum Aufstellen eines Haushalts hinweggesetzt haben. Das war Ihre große Leistung. Sie sagten: Wir kriegen eben keinen verfassungsgemäßen Haushalt hin, dann geht es eben nicht. – Das war schon ein sehr guter Einstand.

Dann haben Sie sich vor dem Hintergrund steigender Steuern erst einmal ein Bild von sich selbst gemalt, nämlich: Wir sind vorsichtige Kaufleute.

Als Sie dann schließlich merkten, dass das mit den steigenden Steuern wohl doch länger anhalten wird, sind Sie zu Ihrer zwischenzeitlichen Höchstform aufgelaufen, nämlich: Attacke auf Art. 109 und Art. 115 des Grundgesetzes! Weg mit diesen Verschuldungsprinzipien! Möglichst gar keine Regeln! Nebenbei haben Sie dem Land Berlin noch die Leviten gelesen, was denen denn wohl einfällt.

Dazu spreche ich eine dringende Warnung aus. Es gibt ja immer wieder Leute, die bei lang anhal-

tendem Sonnenschein beschließen, die Winterbekleidung abzuschaffen. Ich rate Ihnen: Halten Sie sich noch einen Mantel im Schrank! Denn der hier gestern von Herrn Orth zum „eisernen Helmut“ ernannte Finanzminister wird seine äußerliche Erscheinungsform bei Regenwetter ziemlich schnell verändern. Rost glitzert dann nicht mehr so.

(Beifall von der SPD)

Aber eigentlich wollte ich doch zu ein paar Punkten etwas sagen, die mir zum Stil der Finanzpolitik aufgefallen sind.

Erstens. Dass Sie bei Ihren Sanierungs- und Sparbemühungen die Kommunen als Steinbruch nutzen, halte ich angesichts der Situation der Kommunen in diesem Land schon für ein tolles Stück.

(Beifall von der SPD)

Zweitens. Sie spielen – das kommt beim Stil hinzu – bei unangenehmen Entscheidungen über Vorbande. Davon haben wir einen leichten Vorgeschmack bekommen, als Sie das Thema Studiengebühren hier gefahren haben. Dafür haben nicht Sie selbst hinterher den Kopf hingehalten, sondern Sie haben das großzügig an die Unis delegiert, damit die den Ärger jetzt aushalten müssen.

(Christian Lindner [FDP]: Nein! – Gisela Walsken [SPD]: Ja, klar!)

Das nenne ich Politik über die Vorbande.

Drittens haben Sie bei der Kürzung der Gelder für die Kindergärten auch wieder nicht selbst den Kopf hingehalten, sondern in jeder einzelnen Kommune muss der Rat jetzt die Entscheidung treffen und den Kopf für das hinhalten, was Sie hier angerichtet haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: So ist es!)

Jetzt komme ich zu einem der tollsten Stücke, und damit komme ich nur einmal auf ein Detail aus dem Einzelplan 20 zurück. Richtig wäre es gewesen, wenn Sie wenigstens bei den Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer dick und fett in den Haushaltsplan hineingeschrieben hätten, dass Sie sie ungern und widerwillig angenommen haben. Nach dem Theater, das Sie hier vorher zur Mehrwertsteuererhöhung abgezogen haben, hätte das mindestens außergewöhnlich einmal in den Haushaltsplan reingemusst. Nein, das wurde wie selbstverständlich vereinnahmt.

Vorher haben Sie den Bürgern und der Wirtschaft ja gesagt, wie schlimm das ist, wenn man diesen

Teil jetzt hier einbezieht. Statt diesen Teil direkt an die Leute wieder zurückzuführen

(Christian Lindner [FDP]: Wie das denn?)

und für Investitionen zu nutzen, für gezielte Investitionen in diesen Bereichen, oder diese Kürzungen im Kindergartenbereich als Erstes wieder zurückzunehmen, wird das natürlich einkassiert.

Jetzt komme ich zu Ihrem schönen Argument: Wir setzen jeden Cent für Entschuldung ein. Wissen Sie, was das ist? – Das ist das kollektive Angebot, sich zu exkulpieren, wenn man in fachlichen Diskussionen nicht mehr weiterkommt.

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Genau so!)

Dann haben Sie ein Band um alle geschlungen, an der Spitze Herr Klein, der es allen immer wieder eintrichtert, nachdem er sich dankend gegenüber Herrn Linssen geäußert hat.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dann kann jeder einzelne Abgeordnete in irgendeinem Fachausschuss irgendwann, wenn er nicht mehr weiter weiß, sagen: Ja, wir müssen sparen. – Sie müssen das Maß finden zwischen Sparen und vernünftiger Sachpolitik,

(Beifall von der SPD)

und das haben Sie bisher nicht gefunden. – Schöne Weihnachten!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schartau. – Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Mittagspausenbrecher! Ich muss sagen, nach dem bisherigen Verlauf der Debatte hat sich eines wieder ganz deutlich gezeigt, was wir eigentlich spätestens seit dem Wahlkampf 2005 wissen: Die SPD ist finanzpolitisch völlig konzeptionslos.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Jetzt kommt Ihr Konzept?)

Sie haben, liebe Frau Kollegin Walsken, hier so etwas wie eine Nullstrategie vorgetragen. Hätten Sie in Ihrer alten Arbeit die Nullnettoneuverschuldung zum Prinzip erhoben, dann hätten wir viele der Schwierigkeiten, die wir jetzt lösen müssen, nicht. Das haben Sie nicht getan, und zwar ganz bewusst nicht.

(Beifall von der CDU)

Wenn ich mir Ihre Deckungsvorschläge ansehe, dann ist das das alte System in Reinkultur. Ich bin da fast versucht, taktisch zu denken und zu fragen: Was passiert eigentlich, wenn wir Ihre Vorschläge bis zum Ende der Legislaturperiode umsetzen würden? Was würde dann passieren? – Dann würden Sie uns im nächsten Landtagswahlkampf vorwerfen, wir hätten finanzpolitisch versagt. Das würde passieren, und das lassen wir nicht mit uns machen.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie 340 Millionen € mehr an Steuereinnahmen etatisieren und die Nettokreditaufnahme nur um 240 Millionen € senken, meine Damen und Herren von der SPD, dann ist das schlicht und ergreifend das alte System.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Thema Wachstum sagen. Das war ja eine ganz interessante Debatte: Die Wirtschaftsministerin in Vertretung des Finanzministers war eigentlich ideal dafür geeignet, etwas zum Thema Wachstum zu sagen. „60 % Psychologie“, das ist natürlich – Kollege Schartau, trotz Ihrer Rechenversuche – völlig richtig. Ich sage Ihnen einmal einen ganz einfachen Satz, der in der Psychologie und auch in der Politik richtig ist: Haushaltskonsolidierung schafft Wachstum.

(Beifall von der CDU)

Haushaltskonsolidierung schafft Vertrauen in verlässliche Politik. Das ist das, was wir in Nordrhein-Westfalen tun. Und Sie machen das Gegenteil.

Unserem Finanzminister werfen Sie immer süffisant vor, es sei falsch, wenn er das Vorsichtsprinzip beim Ansetzen der Steuereinnahmen vertritt, und sagen, man müsse die Steuereinnahmen einfach viel höher schätzen. Sie sind das so gewohnt! Aber, meine Damen und Herren, seit Peer Steinbrück nicht mehr hier sitzt, sondern in Berlin und den Bundeshaushalt aufstellen muss,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ihren Bundeshaushalt! Sie sind mit in der Regierung!)

tut er da schlicht und ergreifend dasselbe. Da ist es richtig, hier ist es falsch – das müssen Sie mir irgendwann noch einmal ernsthaft erklären.

(Beifall von der CDU)

Dann zu den Grünen. Herr Sagel, ich gebe Ihnen ja zu: Das, was Sie an Deckungsvorschlägen geliefert haben, ist nachhaltiger als das, was die SPD vorgeschlagen hat. Trotzdem ist es falsch.

(Beifall von der CDU)

Ich gehe nur einmal auf das Prüfer-Argument ein. Sie sagen, 240 Millionen € an Steuermehreinnahmen sollten durch zusätzliche Prüfer realisiert werden. Das würde – ich will das einmal auf den Haushalt 2007 beziehen, weil wir über den ja reden – schon 2007 aus dem heiteren Himmel 1 Million € pro Prüfer mehr bedeuten. Selbst wenn das gelingen würde – das ist, das wissen Sie, schwierig genug –, dann müssten Sie immer noch den Länderfinanzausgleich und das GFG gegenrechnen. Dann wären Sie immer noch nicht bei Ihren 240 Millionen €. Ich habe das starke Gefühl, dass da Wunschdenken eine Rolle spielt. Vielleicht hat das mit der Weihnachtszeit auf Sie ja schon ein bisschen vorher abgefärbt. Da ist jedenfalls mehr Wunschdenken dabei als Realität.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wie viel meinen Sie denn?)

Lieber Herr Kollege Sagel, das ist schon mehrfach gesagt worden: Wir sind froh, dass die vorgesehene Zahl der Betriebsprüfer von 3.555 noch vor Karneval erreicht werden wird. Das ist vernünftig und richtig, und das haben wir vorher so angekündigt.

Wir sind auch verlässlich, wenn wir Kommissionen einsetzen. Die Hartmann-Kommission beispielsweise hat hervorragende Ergebnisse wie das Projektbüro zur Haushaltskonsolidierung geliefert. Wenn wir die jetzt umsetzen, dann schaffen wir ein Stück Vertrauen. Das ist gut, vernünftig und verlässlich.

Nun sage ich Ihnen noch etwas zum Personaleinsatzmanagement. Ich habe immer das Gefühl, Sie vermuten, wir wollten auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung Personaleinsatzmanagement betreiben.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau so ist es! Besser kann man es nicht formulieren!)

Als würde es uns Spaß machen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu quälen! Soll ich Ihnen sagen, was wirklich falsch war? Wirklich falsch gewesen ist, kw-Vermerke auszubringen, diese kw-Vermerke zwar nicht zu personalisieren, aber nichts dafür zu tun, dass organisiert wird, dass die Menschen, die auf wegfallenden Stellen sitzen, besser qualifiziert und auf vernünftige Stellen, die nötig und für die sie hervorragend geeignet sind, versetzt werden. Das werden wir mit dem Personaleinsatzmanagement hinbekommen.

(Beifall von der CDU)

Wir helfen mit dem Personaleinsatzmanagement den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: Sie werden vernünftige und notwendige Stellen finden und da-

für vorher entsprechend qualifiziert werden, damit sie sie auch ausfüllen können.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Frau Walsken, Sie werden es noch erleben: Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden das, was sie dann tun werden, mit Spaß und Freude und mit Kompetenz tun. Deswegen ist Personaleinsatzmanagement richtig und nicht falsch.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Lienenkämper, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihres Kollegen von der SPD, Herrn Körfges?

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident, das gestatte ich nicht, weil hier eben noch eine Redezeit von 13 Sekunden angezeigt wurde. Ich hatte Luft geholt, den letzten Satz zu sagen, und den sage ich jetzt auch noch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Finanzpolitik ist verlässlich. Das hat diese Debatte gezeigt. Ihr Prinzip – jedenfalls das Prinzip von der SPD – setzt auf Einmaleffekte statt auf Nachhaltigkeit, auf Vertuschen statt auf Transparenz und auf Hoffnung statt auf Vorsicht. Mit uns ist das nicht zu machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Lienenkämper. – Für die Grünen hat noch einmal Herr Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Einige Worte muss ich doch noch sagen. Frau Thoben, Sie haben die Kürzung von 300 Stellen in der Steuerverwaltung vor. Das wollen wir nicht. Es gab bei der Anhörung ganz klare Äußerungen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, wonach das, was hier gemacht wird, perspektivisch völlig falsch ist, denn es wird nicht in der notwendigen Art und Weise Nachwuchs in die Steuerverwaltung geholt.

Ein weiterer Punkt beim Thema Personal. Sie haben als Erstes 92 neue Stellen in der Staatskanzlei und in der Ministerialbürokratie anstatt zum Beispiel im Bereich der Steuerprüfer, die tatsächlich Geld einnehmen, geschaffen. Obwohl Sie genau wussten, welche hohe Verschuldung wir schon haben, haben Sie gerade im Personalbereich die Verschuldung weiter hochgetrieben. Das Personaleinsatzmanagement führt dazu, dass die jungen und leistungsstarken Leute nicht an den richtigen Plätzen sein werden. Vielmehr schaffen Sie

bei denen die größten Ängste und geben denen die Perspektive, dass ihre Stellen abgebaut werden. Das ist völlig falsch.

Meine Zeit ist sehr knapp, aber ein Letztes noch: Herr Lindner, Sie haben im Haushalts- und Finanzausschuss sehr deutlich gesagt, dass sich die Personalkosten der Stiftung Umwelt und Entwicklung in den letzten Jahren vervielfacht haben. Das stimmt nicht. Sie sind größenordnungsmäßig bei 600.000 € geblieben. Das ist ganz klar im Wirtschaftsbericht nachzulesen.

(Christian Lindner [FDP]: Nein, überhaupt nicht!)

Sie haben auch gesagt, dass der einschlägigen Presseberichterstattung zu entnehmen gewesen sei, dass sich die Sprecherin der Stiftung selbst als Anarchistin bezeichnet habe, dass einzelne Parteigänger der Grünen in dieser Stiftung beruflich tätig geworden seien und dass diese Stiftung zumindest in Teilen ein Tendenzbetrieb sei. Das haben Sie gesagt; das ist im Protokoll nachzulesen. Das ist die Stiftung, bei der der Ministerpräsident dem Stiftungsrat vorsteht. Und die FDP sagt, da arbeiteten nur Anarchisten und nur Grüne! Das sind Ihre Aussagen, und deswegen wollen Sie diese Stiftung plattmachen. Wir werden sehen, wie das Ganze weitergeht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Sagel. – Jetzt hat noch einmal Frau Ministerin Thoben für die Landesregierung das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Nur damit eines klar ist: Im Jahr 2007 bekommen die Gemeinden vom Land 904 Millionen € mehr als im Jahr 2006.

(Beifall von der CDU)

Wir sind mit dem Haushaltsentwurf 2007 auf unserem Konsolidierungspfad – sicherlich begünstigt durch die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage – einen weiteren Schritt vorangekommen. Herr Schartau, ich kann dabei auch noch ein bisschen mehr strahlen, wenn ich Ihnen damit einen Gefallen tue. Das heißt aber nicht – und das sage ich noch einmal mit aller Deutlichkeit –, dass damit Geld für neue Begehrlichkeiten vorhanden ist.

(Beifall von der CDU)

Wir stehen vor einem Schuldenberg von 113 Milliarden € und zahlen dafür knapp 4,7 Milliarden € Zinsen im Jahr. Wir sind immer noch weit davon

entfernt, den Landeshaushalt ohne Neuverschuldung ausgleichen zu können geschweige denn mit der Tilgung von Altschulden beginnen zu können. Auch in den nächsten Jahren wird daher die Gesamtverschuldung des Landes noch weiter anwachsen. Es ist fest damit zu rechnen, dass dadurch auch die Zinsausgaben des Landes weiter steigen werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Diesen Kreislauf müssen wir durchbrechen. Deshalb dürfen wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen. Und wir müssen auch in den kommenden Jahren – das wissen Sie genau, Herr Schartau – neue Maßnahmen zur Erzielung struktureller Veränderungen im Haushalt ergreifen. Über zusätzliche Wohltaten brauchen wir uns daher bis auf weiteres keine Gedanken zu machen.

Eine Formulierung von Ihnen habe ich übrigens als Unterstützung unseres Weges aufgefasst. Sie haben geraten, trotz lang anhaltenden Sonnenscheins den Wintermantel dabei zu haben. Der Sonnenschein ist der konjunkturelle Aufschwung und die Verbesserung der Einnahmesituation. Aber der Wintermantel ist die weitere Bewegung auf einem Konsolidierungskurs, weil das für uns der einzig verantwortbare Weg ist. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Wir sind, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, am Ende der Beratung.

Ich komme zunächst zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 12.**

Dazu liegt ein **Änderungsantrag** von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 63 **Drucksache 14/3264** vor. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion enthält sich. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt.**

Ich komme jetzt zur Abstimmung über den **Einzelplan 12** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3012.** Wer ist für diesen Einzelplan? – Die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit sind der Einzelplan 12 und die Beschlussempfehlung **angenommen.**

(Beifall von CDU und FDP)

Gemäß der Vereinbarung kommen wir jetzt zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 20**. Dazu liegen Änderungsanträge von Bündnis 90/Die Grünen mit den laufenden Nummern 64 bis 68a vor.

Ich komme zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 64 **Drucksache 14/3300**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die Fraktion der SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich komme zum **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 65 **Drucksache 14/3301**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Der Antrag ist ohne Enthaltungen **abgelehnt**.

Ich komme zum **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 66 **Drucksache 14/3302**. Wer ist für den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich komme zur laufenden Nummer 67. Wer ist für diesen **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3303**? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die Fraktion der SPD. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Ich komme zum **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 68 **Drucksache 14/3304**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** laufende Nummer 68a von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3340**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Jetzt kommen wir zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 20** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3020**. Wer ist für den Einzelplan 20? – Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der Einzelplan 20 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/3020 mit der Mehrheit im Hause **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen jetzt zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 10**, und zwar zuerst über die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den laufenden Nummern 49 bis 62 gemäß der Übersicht.

Laufende Nummer 49: **Änderungsantrag Drucksache 14/3240** der Grünen. Wer dafür ist, der hebe die Hand. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 50: **Änderungsantrag Drucksache 14/3241** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dafür? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Fraktion der SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 51: **Änderungsantrag Drucksache 14/3242**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 52: **Änderungsantrag Drucksache 14/3243** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag mit der laufenden Nummer 53: **Änderungsantrag Drucksache 14/3244**. Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag ebenfalls **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 54: **Änderungsantrag Drucksache 14/3245**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 55: **Änderungsantrag Drucksache 14/3246**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich komme zur laufenden Nummer 56: **Änderungsantrag Drucksache 14/3247**. Wer ist da-

für? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? –

(Heiterkeit)

Die SPD-Fraktion. – Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Diese Reihenfolge ermöglicht mir, den Kopf einmal anders herumzudrehen. Das ist ganz angenehm. Ich freue mich, wenn Sie so flexibel mitstimmen können.

Wir kommen zur laufenden Nummer 57: **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3248**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die Fraktion der SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 58: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3249**. Wer ist für diesen Antrag? – Wiederum die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 59: **Änderungsantrag Drucksache 14/3250**. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag ist **abgelehnt**. – Herzlichen Dank; das war in etwa so zu erwarten.

Wir kommen zur laufenden Nummer 60: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3251**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 61: **Änderungsantrag Drucksache 14/3252**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diesen Antrag? – Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zum letzten **Änderungsantrag** zum Einzelplan 10 mit der laufenden Nummer 62: **Drucksache 14/3253**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 10** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3010**. Wer ist für diesen

Einzelplan? – Die Koalitionsfraktionen. Wer ist gegen den Einzelplan 10? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. – Damit ist auch dieser Einzelplan mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **beschlossen** worden.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe **Einzelplan 03** auf:

Innenministerium

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3003 sowie die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen laufende Nummern 69 bis 73 der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung über den **Teilbereich „Innen und Verwaltungsstrukturreform“**.

Es hat sich als erster Redner der Kollege Dr. Rudolph aus der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

(Allgemeine Unruhe)

– Ich bitte Sie, den Saal wie immer leise und mit der nötigen Aufmerksamkeit für den Redner zu verlassen bzw. sich hier zu platzieren.

Bitte schön, Herr Rudolph, Sie haben das Wort.

Dr. Karsten Rudolph¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Sie können die Kolleginnen und Kollegen gerne aufordern, hierzubleiben. Dagegen ist nichts einzuwenden.

Offen gesagt: Nach 18 Monaten schwarz-gelber Regierungstätigkeit im Bereich der Innenpolitik stellt diese einen Redner der Opposition vor eine schier unlösbare Aufgabe und zudem noch vor ein großes Rätsel. Das große Rätsel zuerst: Nach Jahren der Opposition und Regenerierung – die einen hatten 39 Jahre Zeit, die anderen nur 25 Jahre – sowie nach Jahren der Begleitung erfolgreicher sozialdemokratischer Innenpolitik mit Forderungen nach mehr Polizei, nach keinen Sonderopfern für Beamte, nach kräftigen Reformen in der Polizeiorganisation sieht man jetzt sei 18 Monate eine Koalition in der Innenpolitik am Werk, die sich vor allen Dingen durch Kraftlosigkeit, durch Konzeptlosigkeit, durch Beliebigkeit, durch Erfolglosigkeit und letzten Endes durch Substanzlosigkeit auszeichnet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn man unterstellt, dass ein Landeshaushalt im Grunde genommen in Zahlen geronnene Politik darstellt, wird man bei Durchsicht des Einzelplans 03 feststellen: Politik findet eigentlich nicht statt. Denn Sie finden in diesem Einzelplan keinen

einzigsten positiven Akzent, den Schwarz-Gelb nach 18 Monaten vortragen kann.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist deshalb so bedauerlich, weil Sie alle wissen, dass die Probleme der inneren Sicherheit auf der Hand liegen, dass sich die Herausforderungen verändert haben, dass wir mit den Sicherheitsbehörden ins Digitalzeitalter gehen, aber den Digitalfunk noch nicht haben, dass sich neue Techniken in Täterhand befinden, dass sich der Polizeialltag verändert hat, dass wir vor der Herausforderung des internationalen Terrorismus stehen, aber auch vor vielen Schwierigkeiten und Problemen bei der üblichen und allgemeinen Verbrechensbekämpfung. Dabei sind die Probleme bei der Feuerwehr, beim Katastrophenschutz und bei den Rettungsdiensten noch gar nicht erwähnt.

Nun die unlösbare Aufgabe: Wenn man sich als Oppositionsredner gründlich mit dem, was die Regierung macht, was sie nicht macht oder falsch macht, auseinandersetzen wollte, bräuchte man 70 Minuten und nicht sieben. In diesen 70 Minuten müsste man einmal zusammen mit der Regierung darüber nachdenken – wir haben das gestern gesehen –: Was ist eigentlich passiert? Wie kann es sein, dass die Polizei in unserem Land inzwischen offensichtlich mehr Demonstrationen macht als begleitet?

(Beifall von der SPD)

Das ist eine interessante Entwicklung, und man müsste darüber reden, wie es dazu kommt.

Bei 70 Minuten müssten wir auch ernsthaft darüber reden, was es heißt, ein Landespersonalvertretungsgesetz zu novellieren, das mit zu den Markenzeichen Nordrhein-Westfalens gehörte und das, was soziales Gewissen war, auch unterstrich, und wie es dazu kommt, dass jetzt ein nordrhein-westfälischer Innenminister sagt: Unser Vorbild bei der Novellierung dieses Gesetzes ist Baden-Württemberg. Es ist schlecht für Nordrhein-Westfalen, wenn es sich als größtes Bundesland, das in seiner 60-jährigen Geschichte viel vorzuweisen hat – wir haben es alle gehört –, nun Baden-Württemberg beim Mitbestimmungsrecht zum Vorbild nehmen will.

Wir müssten uns darüber unterhalten, warum bis heute nicht klar ist, was aus Linnich wird. Der Stadtrat hat uns gestern oder vorgestern noch eine einstimmig verabschiedete Resolution zugesandt. Es wird geprüft bis zum Umfallen – nur die Beschäftigten, die Stadt, die Region bleiben im Unklaren.

Wir müssten darüber reden, ob es eigentlich eine Ente war, die ich in meiner Heimatzeitung, der „Westfälischen Rundschau“ von Meschede, am 20. Dezember gelesen habe, wo sich darüber beklagt wird, dass der NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers den Beamten, also auch den Polizei- und den Feuerwehrbeamten, offenbar ein schlechtes Weihnachtsgeschenk unter den Tannenbaum gelegt hat. Es heißt – so wird in der Presse erklärt – von Vertretern der Personalräte: Die Rechte der Personalvertretungen sollen fast auf das Organisieren der Weihnachtsfeier reduziert werden.

Wir müssten uns auch darüber unterhalten, was in diesen Briefen noch alles steht. Dort wird sich weiter darüber mokiert – ich hoffe, das ist falsch, und Sie können das klarstellen, Herr Innenminister oder Herr Ministerpräsident –, ich zitiere einen Vertreter der Steuergewerkschaft: Von wenig Feingefühl zeugt auch noch der Aufruf zur Organspende, der zusammen mit den Mitteilungen des um weitere 40 % gekürzten Weihnachtsgeldes versandt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist der Stil dieser Landesregierung, den Beamten 40 % abzunehmen und sie gleichzeitig darum zu bitten, Organe zu spenden. Das kommt nicht gut an. Deswegen bräuchte man mehr als sieben Minuten, um darüber zu reden, was das eigentliche Ziel dieser Landesregierung im Umgang mit ihren Beschäftigten ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir könnten auch darüber sprechen, warum der Landespräventionsrat immer noch ohne Geld da steht, warum das Gutachten über die Altersentwicklung bei der Polizei immer noch zurückgehalten wird. – Offensichtlich weil es keine Antworten gibt.

Wir müssten darüber sprechen, warum die Feuerwehr jetzt Überstunden angeordnet bekommt, nur weil die Regierung es versäumt hat, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, damit Überstunden bezahlt werden.

(Beifall von der SPD)

Ich glaube, dieses Versäumnis liegt daran, dass der Ministerpräsident mehr auf CDU-Parteitaggen unterwegs ist und mehr das Hauen und Stechen in seiner Staatskanzlei fördert, als im Land unterwegs zu sein und sich um die Menschen zu kümmern, um die er sich kümmern soll, worauf er seinen Amtseid geleistet hat.

(Beifall von der SPD)

Schließlich – ich komme zum Schluss, meine Redezeit ist abgelaufen – müssten wir gründlich darüber sprechen, warum die Organisation der Polizei im Sande steckt, alle Reformen versandet sind.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, Sie sind damit gescheitert. Sie haben bei den Kreispolizeibehörden angefangen, kommen nicht weiter, und Ihr Prinzip ist: Wenn Sie unten nicht weiterkommen und dort etwas kaputtgemacht haben, dann gehen Sie eine Stufe höher zu den Bezirksregierungen und machen da auch alles kaputt. Das Ergebnis ist ganz seltsam: Sie schaffen zwei neue Landesoberbehörden. Das ist Ihr eigentümlicher Weihnachtsbeitrag, Herr Innenminister, zur Schaffung von Bürokratieabbau.

Ich komme zum Schlusssatz:

(Beifall von der CDU)

Ich glaube, in den letzten 60 Jahren hat es keine Landesregierung geschafft, in so kurzer Zeit so viel Unruhe und Unsicherheit zu verbreiten, zu so viel Verunsicherung beizutragen und

(Beifall von der SPD)

einen derartigen Vertrauensverlust in der inneren Politik herbeizuführen. Ich sage Ihnen: Machen Sie so weiter! Die Opposition freut es nicht, denn uns geht es auch ums Land.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wir müssen feststellen: Sie versinken mit Ihrer Innenpolitik in politischer Kraftlosigkeit. – Schönen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rudolph. – Für die Fraktion der CDU hat jetzt der Kollege Kruse das Wort.

Theo Kruse^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Geschätzter Kollege Rudolph, ich möchte sofort zu Ihren Ausführungen kommen. Die Opposition der vergangenen beiden Perioden war dadurch gekennzeichnet, dass eigene Anträge,

(Zurufe von der SPD)

eigene Konzepte, eigene Initiativen vorgestellt und diskutiert wurden. Was haben Sie als SPD-Fraktion, als innenpolitischer Sprecher heute zu diesem Einzelplan 03 vorgetragen? – Ich erkenne keinen Antrag, keine Idee, keinen neuen Vorschlag. Von Ihnen ist nichts gekommen.

(Zuruf von der CDU: Heiße Luft!)

Ich sage auch in aller Offenheit: Die neue Landesregierung kann die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte nicht in einer Periode korrigieren, sondern es wird voraussichtlich sehr viel länger dauern.

(Beifall von der CDU)

Ich sage ebenfalls mit aller Nachdenklichkeit: Auch mit dem vorliegenden Entwurf für den Landeshaushalt 2007 verdeutlicht die Landesregierung, dass die Konsolidierung des Haushaltes absolute Priorität behält. Zu dieser Grundausrichtung – es zieht sich wie ein roter Faden durch alle Haushaltsplanberatungen – gibt es ernsthaft diskutiert keine Alternative.

Weil die Möglichkeiten unseres Landes zur Generierung zusätzlicher Einnahmen begrenzt sind, muss die Konsolidierung des Landeshaushaltes konsequenterweise über eine Reduzierung der Ausgaben erfolgen. Seit Mitte des vergangenen Jahres haben wir erhebliche Schritte zur Auflösung des hinterlassenen Reformstaus und zur Modernisierung unseres Landes unternommen. Die Zielvorgaben der Koalitionsfraktionen und unserer Landesregierung sind eindeutig: Wir wollen die Verwaltung des Landes verschlanken, bisher unübersichtliche Kompetenzen entflechten sowie Transparenz und Ergebnisverantwortung im Verwaltungshandeln erhöhen.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Die Verwaltungsstrukturreform gehört ohne Zweifel zu den schwierigsten Reformvorhaben. Sie wird viele Jahre in Anspruch nehmen. Sie ist nicht nur deswegen erforderlich, weil wir vor einer dramatischen Finanzsituation der öffentlichen Haushalte stehen und die Sanierung dringend geboten ist, sondern auch deswegen, weil wir den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen stärken müssen und ohne Innovationen des öffentlichen Sektors unser Bundesland nicht fit ist für die internationalen Herausforderungen.

Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Verwaltung trotz der notwendigen Veränderungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erhalten und verbessern. Auf diesem mehrere Jahre andauernden Weg der Veränderungen wird auch den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einiges zusätzlich an persönlichem Einsatz abverlangt. Nicht nur bei den Personalräten oder den Personal- und/oder Interessenvertretungen lösen die von der Landesregierung bis jetzt eingeleiteten Schritte eine mitunter starke und emotionale Betroffenheit aus – bis hin zu Widerständen, Prozes-

sen, Demonstrationen und Mahnwachen bei einer Vielzahl von Beschäftigten. Das wird von uns nicht unterschätzt.

Wir werden uns darum bemühen, die Menschen in diesem notwendigen Prozess mitzunehmen, wohl wissend, dass dies leichter vorgetragen als getan ist. Aber das ist der Unterschied zu Ihnen, Herr Kollege Rudolph: Sie waren ideell Ende der 90er-Jahre so weit wie wir zu Beginn dieser Legislaturperiode. Sie sind aber dem Widerstand erlegen. Sie haben zugesagt vor Protesten kapituliert. Das verdeutlichen alle Protokolle der vergangenen Legislaturperioden. Sie haben davor kapituliert. Wir haben nicht nur den theoretischen Willen, sondern auch die politische Kraft, die notwendigen Reformen durchzusetzen. Denn zu diesem schon im Landtagswahlkampf diskutierten und in der Koalition vereinbarten Weg des Bürokratieabbaus gibt es keine Alternative.

Mit dem vor wenigen Tagen verabschiedeten Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen ist das Land aus unserer Sicht einen wesentlichen Schritt auf dem Weg zu weniger Bürokratie und mehr Bürgerfreundlichkeit gegangen. Die Eingliederung von Sonderbehörden schafft klarere Strukturen und richtet die Verwaltung des Landes auf mehr Leistung und Qualität aus. Dabei leidet die Qualität der ehemaligen Sonderbehörden nicht, sondern sie wird aus unserer Sicht durch neue Bündelungen und Synergieeffekte gestärkt.

CDU und FDP werden auch im kommenden Jahr den eingeschlagenen Kurs der Neuorganisation und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung fortsetzen, weil wir mehr auf die Fähigkeiten der Menschen vertrauen, statt auf die Regulierungen durch Staat und Bürokratie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Koalitionspartner räumen der inneren Sicherheit weiterhin einen hohen Stellenwert ein. Sie bleibt eine Kern- und Zukunfts- und damit auch eine klassische Landesaufgabe.

Im Zeitalter der Globalisierung, der offenen Grenzen für Menschen, Waren und Dienstleistungen und der Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus wächst die Bedeutung an öffentlicher Sicherheit für Lebensqualität und Gemeinschaftsleben, aber auch für die Qualität eines Wirtschaftsstandorts. Wir wissen alle, dass zum Beispiel die Anonymität von Ballungsgebieten, die vielfache Auflösung tradierter Sozialstrukturen, die europäische Entwicklung und viele andere Entwicklungen die Schwellen für kriminelles Handeln herabgesetzt haben. Wir wollen alle, dass Nord-

rhein-Westfalen ein liberales, sicheres und natürlich lebenswertes Land ist. Deswegen darf die Gefährdung von Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verhinderung von Straftaten nie dem Finanzdiktat der desolaten öffentlichen Haushalte zum Opfer fallen.

Ich gestehe uneingeschränkt zu, dass die Stimmungslage bei den Polizeibediensteten zurzeit alles andere als gut ist. Sie ist aus einer Vielzahl wahrscheinlich unterschiedlicher Gründen zum Teil niedergedrückt und emotionsgeladen. Das nehmen wir außerordentlich ernst, wohl wissend, dass wahrscheinlich kein schneller Beitrag zur kurzfristigen Verbesserung beziehungsweise zur Beruhigung geleistet werden kann, zumal die Möglichkeiten in Anbetracht der hohen Personalkostenquote nur in sehr geringem Umfang gegeben sind. Deswegen verfolgen wir konsequent die Linie, Polizeivollzugskräfte im Vollzugsdienst und nicht fachfremd für Verwaltungstätigkeiten einzusetzen.

(Beifall von der FDP)

Dem Bedarf an Verwaltungskräften in den Polizeibehörden möchten wir durch Umsetzungen in der Landesverwaltung entsprechen. Deshalb war es richtig, die Polizeiorganisation zu verändern und Strukturen zu verschlanken. Mit der Herauslösung der Dezernate 25 und 26 aus den Bezirksregierungen lösen wir nicht nur die Polizeiabteilungen auf und verlagern Aufgaben an bestehende Polizeibehörden, sondern bemühen uns auch darum, Effizienzgewinne durch Binnenmodernisierung zu erzielen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich benötigen wir auch im Bereich der Polizei langfristig ausgerichtete Personalentwicklungs- und Einsatzkonzepte. Die Debatte über die Altersstruktur haben wir hier kürzlich geführt. Arbeitsverdichtungen und weitere, sprich zusätzliche Aufgaben der polizeilichen Arbeit gehören genauso in ein Gesamtkonzept wie die Polizeidichte in den sogenannten ländlichen Bereichen unseres Landes. Die Kriminalitätsentwicklung erfordert ebenfalls eine Neuausrichtung der Aus- und Fortbildung. Das sind nur einige Aspekte, die für uns ebenso auf der Tagesordnung stehen wie die Novellierung des Polizeigesetzes. Wie gesagt: Wir können nicht alle Fehlentwicklungen der Vergangenheit in ein bis zwei Jahren, geschweige denn in einer Periode, korrigieren.

Zum Schluss möchte ich ausdrücklich die unendliche Geschichte der Einführung des Digitalfunks ansprechen – Herr Kollege Rudolph hat es, wenn ich es richtig mitbekommen habe, indirekt auch

angesprochen –, die vor mehreren Perioden hier im Landtag begonnen hat, verbunden mit der eindringlichen Bitte an Sie, Herr Minister Wolf, alles in Ihren Kräften Stehende zu tun, damit tatsächlich eine abschließende Entscheidung von Bund und Ländern spätestens bis zum Frühjahr 2007 getroffen werden kann und bis Ende 2010 bundesweit einheitlich die Funkversorgung der BOS auf digitaler Basis eingeführt ist. Alleingänge eines Landes oder der Alleingang Nordrhein-Westfalens machen aus meiner Sicht keinen Sinn.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einzelplan 03 leistet einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und behält die Kernaufgaben im Blick. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu diesem Einzelplan. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kruse. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Abgeordnete Düker das Wort.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Einzelplan 03 reden wir in erster Linie über die Sicherheit in unserem Land, über die Polizei und die Feuerwehr. Ich sage Ihnen: Dieses letzte Jahr war kein gutes Jahr für die Polizei und Feuerwehr in unserem Land.

Schauen wir uns den Bereich der Polizei an. Herr Kruse, Sie haben Ihre Wahlversprechen wieder gebrochen. Wenn Sie den Satz „Wir können in den fünf Jahren nicht sofort alles ändern!“ auf Wahlveranstaltungen, auf denen wir teilweise auch zusammen waren, gesagt hätten, dann wäre das gut gewesen. Aber nein, Sie haben den Beschäftigten der Polizei versprochen: Wir werden die Zahl der Einstellung von Polizistinnen und Polizisten von 500 auf 1.000 verdoppeln, und zwar gleich zu Beginn unserer Regierungszeit. – Sie machen das Gegenteil und setzen es fort.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Als wir sehr schmerzhaft Einschnitte bei der Bezahlung von Beamtinnen und Beamten vorgenommen haben, haben Sie sich vor den Landtag gestellt und das stark kritisiert. Sie haben angekündigt, dass Sie auch das zurücknehmen werden.

(Zuruf von Theo Kruse [CDU])

– Sie haben dagegen gestimmt.

Was machen Sie? – Sie kürzen das Weihnachtsgeld der Beschäftigten weiter. Sie machen das Gegenteil von dem, was Sie versprochen haben. Das ist keine gute Politik für die Beschäftigten gerade bei der Polizei.

Herr Minister, Sie überziehen das Land mit einer unorganisierten, chaotischen Polizeireform, die diesen Namen sowohl hinsichtlich der Binnenstruktur – also des Behördenaufbaus – als auch hinsichtlich des äußeren Aufbaus nicht verdient.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Kruse erklärte, dass Sie verschlanken und Behörden abbauen wollen. Wir haben immer noch 47 Kreispolizeibehörden in diesem Land. Das sind mehr als alle anderen Bundesländer zusammen haben. Warum fangen Sie denn dann nicht bei der Polizei an? Ich sage es Ihnen: Sie machen es nicht, weil dort Landräte sitzen, die das Parteibuch der CDU haben und Herr Palmen darüber wacht, dass denen nichts weggenommen wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist doch die Leitlinie Ihrer Strukturreformpolitik. Sie überziehen das Land mit einem unbefristeten großflächigen Feldversuch: Jede Polizeibehörde darf sich organisieren, wie sie will, und nachher wird überprüft, was dabei herauskommt. Man hat schon den Überblick verloren, wie viele Modellversuche gerade bei der Polizei im Land stattfinden.

Anstatt Reformen aus einem Guss, machen Sie bei der Polizei das Gegenteil. Sie verunsichern die Beschäftigten, brechen Ihre Wahlversprechen und richten solch ein Chaos an, dass ich im letzten Jahr – ich spreche viel mit Polizisten und Polizistinnen – keinen Polizisten mehr getroffen habe, der gesagt hat: Das ist unser Innenminister. Sie haben gesagt: Das ist nicht mehr unser Minister. So viel Verunsicherung gab es noch nie. Ich freue mich, dass diese Polizei noch so gute Arbeit leistet. Aber diese gute Arbeit leistet sie nicht wegen, sondern trotz Ihrer Politik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

So wie Sie mit den Sicherheits- und Rahmenbedingungen in unserem Land umgehen, befürchte ich, dass dies nicht mehr lange der Fall sein wird.

Was passiert bei der Feuerwehr? Die EU beschließt neue Arbeitszeitregelungen, und das ist nicht erst seit gestern bekannt. Über den Zeitraum von einem Jahr gibt es ein Gezerre, wie die neuen Arbeitszeiten für die Feuerwehr in NRW umgesetzt werden sollen.

Im Ergebnis muss die Opposition Ihnen mit einem Eilantrag drei Wochen vor Inkrafttreten der neuen Arbeitszeitregelung vorhalten, dass Sie die Notbremse ziehen müssen. Wenn Sie nämlich jetzt nicht handeln, wird im Lande das Chaos ausbrechen. Denn die Kommunen sind nicht in die Lage versetzt worden, die Mehrarbeit, die sie bei den Feuerwehren brauchen, bezahlen zu können, weil Sie ihnen die gesetzlichen Regelungen verweigern. Auch hier haben Sie ein Chaos angerichtet. Wenn wir Ihnen vonseiten der Opposition nicht noch einmal vor Augen geführt hätten, dass Sie die Notbremse, die Sie schließlich sehr halbherzig gezogen haben, ziehen müssen, und Sie von uns zum Jagen getragen worden wären, dann würde bei der Feuerwehr am 1. Januar ein riesiges Chaos entstehen.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Auch dort richten Sie Unheil an und schaffen Chaos statt Struktur.

Anstatt eine vernünftige gesetzliche Grundlage zu schaffen, die immer noch nicht vorliegt, wird jetzt – Herr Kollege Rudolph hat darauf hingewiesen – halbherzig versucht, diese Arbeitszeitverordnung auf dem Verordnungswege vernünftig zu gestalten.

Neben der Sicherheit liegt mir persönlich ein zweiter großer Bereich sehr am Herzen, nämlich der Minderheitenschutz und die Flüchtlinge, die sich in unserem Land aufhalten. Herr Minister, auch für die Flüchtlinge in unserem Land war es kein gutes Jahr. Eine inhumane Abschiebep Praxis sondergleichen setzt sich in diesem Land fort.

(Beifall von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

Es werden Familien getrennt und in den Flieger gesetzt. Familienväter werden abgeschoben, um den Rest der Familie zur Ausreise zu bewegen. Es werden Kranke abgeschoben. Wir haben nach wie vor die Diskussion über die Abschiebung in den Kosovo, wo nach wie vor keine Strukturen bestehen, sodass Menschen dort keine vernünftige Behandlung finden können.

Bei der Debatte Bleiberecht – dafür muss ich der CDU sehr dankbar sein – haben wir Unterstützung von der CDU bekommen, um Sie, Herr Minister, von einem Irrweg abzubringen, der Gott sei Dank in dem IMK-Beschluss halbwegs in die richtige Richtung zeigt. Wir konnten aber nur zusammen mit der CDU erreichen, dass Sie einen Richtungswechsel vorgenommen haben.

Letzter Punkt: Es war ein schlechtes Jahr für die Bürgerrechte in diesem Land. Wir haben hier ges-

tern in dritter Lesung das Verfassungsschutzgesetz beraten – es wurde mit Mehrheit beschlossen –, das einen immensen Einschnitt in die Bürgerrechte der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen mit sich bringt.

Sosehr Sie sich bei der Polizei aus dem Fenster hängen und sagen: „Bei den Polizisten konsolidieren wir nicht“, was aber nur für den operativen Bereich zutrifft und nicht für den Verwaltungsbereich, so sehr werden Sie Ihrem Versprechen, Sicherheit und Freiheit seien bei Ihnen gleichberechtigt prioritär, beim Datenschutz nicht gerecht. Denn bei der Datenschutzbeauftragten werden Stellen abgebaut. Sie ist nicht vom Stellenabbau ausgenommen, wie man das für den operativen Bereich der Polizei durchaus feststellen kann. Auch da keine Bewegung von Ihnen! – Ich sehe mit Sorge, wie es um die Bürgerrechte in diesem Land bestellt ist.

Meine Damen und Herren, sicherheitspolitisch, bürgerrechtspolitisch, flüchtlingspolitisch keine gute Zeit! Ich hoffe sehr, dass Ihnen bei der ein oder anderen Debatte, die wir hier führen, noch ein Funken an Einsicht kommt und sich Ihre Politik ändert. Das wäre wichtig für die Sicherheit, aber auch für die Minderheiten in unserem Land.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Düker. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Engel das Wort.

Horst Engel^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Rudolph, Frau Düker, zu Beginn einige Bemerkungen zu Ihren Beiträgen!

Herr Dr. Rudolph, Sie haben am Anfang zu Recht versucht, zu erläutern, dass ein Haushalt die – so haben Sie formuliert – in Zahlen geronnene Politik darstelle. Sie hätten im Einzelplan 03, also im Haushalt des Innenministeriums, keine Veränderung festgestellt. – Richtig! Denn als wir die Regierung übernommen hatten, haben wir festgestellt, wie viel Sand wir im Getriebe haben, wie viel Fehlentwicklung im Apparat steckt, wie viele Schätze gehoben werden können, wie viele ausgebildete Polizeibeamte – das ist, der Hauptpunkt, wenn wir über den Innenhaushalt reden – Verwaltungsarbeit leisten. Wir haben uns entschlossen, zunächst diese Schätze zu heben. Erst dann, wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, werden wir sehen, ob wir im Haushalt tatsächlich sichtbar mit neuen Ansätzen zum Beispiel zu mehr Personal kommen. Das bitte ich immer zu berücksichtigen.

Bei dem Hinweis, bei der Feuerwehr sei auch nichts passiert, verschweigen Sie einfach, dass schon die alte Regierung mit Blick den Weltjugendtag 2005 und natürlich auch mit Blick auf die Fußballweltmeisterschaft begonnen hatte, alle Feuerwehren der Kreise zum Beispiele mit Rettungscontainern auszustatten. Es war ein Millionenaufwand, Verbandsplätze für massenhaft Verletzte einzurichten, diese notärztlich zu versorgen, bevor sie dann weitertransportiert wurden. – Auch das ist passiert. Das wird einfach verschwiegen. Ich wiederhole das, weil wir ja auch Zuhörer auf den Tribünen haben.

Frau Düker, Sie sagen zur Polizeiorganisation, wir hätten hier in Nordrhein-Westfalen – wie haben Sie es formuliert? – eine unorganisierte, chaotische Polizeireform. Das ist falsch. Wir haben 21 Polizeipräsiden, demnächst minus zwei, und wir haben Landratsbehörden. Innerhalb der Polizeipräsiden und Landratsbehörden gibt es kleine Veränderungen, und zwar nur entweder die Beibehaltung der Abteilung Gefahrenabwehr/Strafverfolgung oder – reines Direktionsmodell – den Verzicht auf diese Ebene. Etwas anderes gibt es gar nicht, weder unorganisiert noch chaotisch.

Warum machen wir das so? Wir machen das, weil wir tatsächlich festgestellt haben, dass die Behördenleiter vor Ort in der Lage sind, wenn sie eine eigene Organisation im Rahmen dieser Vorgaben – Landratsbehörden, Polizeipräsiden, Direktionsmodell – führen, Kräfte freizumachen. Auch das erleben wir. Das Innenministerium kennt jede einzelne Behörde, jeden einzelnen Genehmigungserlass, weiß ganz genau – ich hoffe, dass wir im ersten Halbjahr 2007 die Zahlen bekommen –, wie viel da an Personal gehoben wurde.

Ich habe an dieser Stelle schon einmal meine eigene Behörde im Rhein-Erft-Kreis genannt: 44 Polizeibeamte mehr, ohne dass das im Landeshaushalt sichtbar wird, ohne dass wir dazu eine Neueinstellung vornehmen. Diese 44 Mann

(Zuruf von der SPD: Keine Frauen?)

haben vorher nämlich etwas anderes gemacht als echten Dienst in Kommissariaten, im Bezirksdienst oder im Streifendienst.

Also: Die Operation, erst den Sand aus dem Getriebe herauszulassen, bevor wir mit frischem Geld den Landeshaushalt belasten – das hieße in Wahrheit ja auch, zusätzlich Schulden zu machen –, ist die richtige.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe vom Geld gesprochen und auch gestern an dieser Stelle gesagt: Die Lasten verteilen wir auf

möglichst viele Schultern. Der Ministerpräsident – ich darf ihn an dieser Stelle zitieren – hat gesagt: Alle werden es merken. – Genau so ist das. Kein Einziger ist ausgeklammert. Das gilt für die Kommunen genauso wie für die landesweiten Einrichtungen, natürlich auch für die Landtagsfraktionen, für dieses Parlament und für die Kabinettsmitglieder.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Wirkung einer Haushaltskonsolidierung am größten ist, wenn sie über die Ausgabenseite erfolgt, wenn sie bei Transferausgaben und im Personalbereich und nicht bei den Investitionen ansetzt, kann dabei auch der öffentliche Dienst nicht außen vor bleiben. Das ist leider so. Gemeinsam müssen wir durch das tiefe Tal hindurch.

Ich wiederhole kurz einige Kennziffern: Wir haben 112 Milliarden € Schulden übernommen, das verlangt jeden Tag fast 14 Millionen € Zins- und Zinsezinszahlungen, Geld, das wir zu den Banken bringen, jeden Tag. Wir haben 413.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 667 Landesbehörden und rund 300 Einrichtungen vorgefunden, also ungefähr 1.000 Einrichtungen, die wir versuchen zu bündeln, zu verschlanken, um am Ende – es wird nicht ein einziger Mitarbeiter entlassen; dass wissen Sie – über eine wirkliche Verwaltungsstrukturreform zu besserer Arbeit zu kommen, damit Nordrhein-Westfalen das Land mit den kürzesten Genehmigungszeiten wird.

Ich wiederhole: mit den kürzesten Genehmigungszeiten, damit internationales Kapital dieses Land entdeckt. So kommen wir dann über Investitionen zu Wachstum und Beschäftigung. Erst dann – das ist die Botschaft auch an den öffentlichen Dienst – gibt es möglicherweise wieder Verteilungsspielräume. Die haben wir jetzt einfach nicht.

Die innere Sicherheit – insofern haben meine Vorredner da den richtigen Schwerpunkt gesetzt; dass ist völlig klar – ist eine Kernaufgabe dieses Staates, ist selbstverständlich eine zentrale Aufgabe dieser neuen Landesregierung. Es gilt der Satz „Mehr Fahrten – weniger verwalten!“. Sie kennen ihn. Wir finden ihn beinahe in jedem Erlass wieder. Das ist richtig und das ist auch vor Ort angekommen.

Zu dem Bereich der Binnenmodernisierung möchte ich noch einmal etwas griffiger formulieren. Die Behördenleiter haben zum Beispiel erkannt, dass allein der Status einer Polizeiinspektion weder direkt noch indirekt etwas mit der Bekämpfung von Kriminalität oder von Hauptunfallursachen zu tun hat.

Schwerpunkte bleiben der Bezirksdienst, die Kommissariate und der Streifendienst. Jeder aus der Polizei- und Führungsbürokratie zurück gewonnene Polizeivollzugsbeamte wird in Zukunft in diesem Bereich eingesetzt. Mehr Bezirksbeamte schaffen mehr Bürgernähe. Mehr Kommissariatsbeamte verbessern die Aufklärungsarbeit. Mehr Streifenbeamte verkürzen die Fahrt zum Einsatzort. Das lohnt sich. Jede Investition und Kreativität auf diesem Gebiet lohnen sich wirklich. Kurz: Das objektive und subjektive Sicherheitsgefühl wird gestärkt.

Die zweigeteilte Laufbahn der Polizei bleibt erhalten. Daran kratzt und rüttelt niemand. Im Jahr 2007 wird die dritte Tranche der Beförderungen eingelöst. Etwa Mitte 2007 sind die Polizeidezernate bei den fünf Bezirksregierungen aufgelöst. Das Landeskriminalamt und die ZPD werden einen neuen Namen bekommen. Das Institut für Aus- und Fortbildung wird die verbleibenden Restaufgaben übernehmen.

Allein diese Operation schaffte etwa 150 Polizeibeamte für operative Aufgaben frei. Dies geschah amtsangemessen. Insofern wird Ihre Befürchtung, Herr Dr. Rudolph, nicht eintreffen.

Mit 500 Neueinstellungen, dem Wegfall von Freistellungen bei aufgelösten Behörden – auch das muss man erwähnen –, dem Wegfall von bestimmten Softwareprogrammen, die Manpower gebunden haben, und mit der Binnenmodernisierung wird der wirkliche Polizeidienst in Bezirken, Kommissariaten und Streifendiensten am Ende nächsten Jahres mit über 2.000 Schutzleuten verstärkt sein, ohne dass wir einen einzigen Beamten neu eingestellt haben. Ausnahme sind die genannten 500 Einstellungen. Den Nachweis dafür werden wir im nächsten Jahr liefern.

Ich gehe davon aus, dass der Innenminister voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 2007 die Zahlen im Innenausschuss vorlegen wird. Ich sagte das bereits, und ich erwarte das auch so.

Lassen Sie mich noch einen Hinweis beziehungsweise einen kleinen Appell an die Polizeigewerkschaften, insbesondere an die verantwortlichen Funktionäre der Gewerkschaft der Polizei, anbringen: Kommen Sie an den Tisch der Argumente und der sachlichen Auseinandersetzung im Wettbewerb

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

um die besseren Konzepte für die innere Sicherheit zurück! – Ich habe ihr jüngstes Flugblatt mitgebracht. Damit machen sie sich unreflektiert ei-

nen Pressebericht über den tragischen Suizid eines Kriminalbeamten zu Eigen. Sie instrumentalisieren ihn quasi für gewerkschaftliche Zwecke. Das ist nur grenzwertig, sondern das geht gar nicht.

Damit Sie alle wissen was gemeint ist:

(Horst Engel [FDP] hält eine Zeitung hoch.)

Das haben Sie in Ihren Postfächern gehabt. Schauen Sie einmal hinein. Das geht wirklich nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe noch zwei Minuten Redezeit. Lassen Sie mich kurz auf die Verwaltungsstrukturreform eingehen.

Seit wir die Regierung übernommen haben, verknüpfen wir mit der Entbürokratisierung ein zentrales politisches Aktionsfeld. Bis zum heutigen Tag haben wir etwa 45 Maßnahmen umgesetzt: Verwaltungsmodernisierung, -verdichtung, Bürokratieabbau. – Diesen Weg werden wir weiter gehen.

Sie kennen die wichtigsten Punkte. Wir haben das Standardbefreiungsgesetz und das Bürokratieabbaugesetz I beschlossen. Und mit dem Behördenstraffungsgesetz haben wir in diesem Jahr erheblich an Dynamik gewonnen. Das vor wenigen Wochen beschlossene Behördenstraffungsgesetz stellt dabei einen echten Meilenstein im laufenden Verwaltungsstrukturprozess dar. Wir setzen diesen Weg unbeirrt fort. Wir werden am Ende des Prozesses eine schlankere, eine kürzer, aber genau so effizient arbeitende Verwaltung haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist zwar klar, aber ich wiederhole es noch einmal: Das größte Haushaltsproblem, das wir haben, ist die riesige Lücke zwischen dem, was das Land bezahlen muss, und dem, was es einnimmt. Wir wollen diese Lücke schließen. Bereits in diesem Jahr ist ein verfassungskonformer Haushalt sichtbar. Das hätten wir uns nicht träumen lassen. Ich hoffe, wir schaffen es.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Die Haushälter haben die Idee entwickelt, dass sich Ausgaben und Einnahmen die Waage halten. Im Jahr 2010 oder etwa später werden wir es sicherstellen.

Herr Innenminister, zum Schluss sage ich noch einmal herzlichen Dank für die geleistete Arbeit.

(Zurufe von der SPD)

Ich bitte, diesen Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte aber auch die vielen Hilfsorganisationen einschließen, die wir nicht nur im Bereich der Feuerwehr, sondern auch im Bereich des Katastrophenschutzes kennen. Sie haben uns in diesem Jahr wie auch im letzten Jahr bei den zu bewältigenden Großlagen wirklich geholfen.

(Zurufe von der SPD)

– Ihre Zwischenrufe werden nichts bewirken.

Wir werden den Weg weitergehen und am Ende erfolgreich sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – In unserer vorweihnachtlichen Großzügigkeit kommen wir mit den 56 Sekunden, um die Sie überzogen haben, auch gut hin.

Das Wort hat jetzt Innenminister Herr Dr. Wolf. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle fest, die Opposition verweigert die Auseinandersetzung mit dem Haushalt. Wir haben kein Wort über Zahlen oder Fakten gehört, sondern nur einen innenpolitischen Voodoo-Zauber,

(Zurufe von der SPD)

bestehend aus Vermengen und Vermischen von Gerüchten, Verdächtigungen und Provokationen. Lassen Sie mich für Herrn Rudolph nur zwei Beispiele nennen:

Erstens: Seit dem 1. Dezember hatten wir drei gewerkschaftliche und 74 andere Demonstrationen. So viel zur Relation.

Zweitens: Herr Rudolph, der Wegfall der Polizei in den Bezirksregierungen bewirkt nicht, dass eine neue Organisationseinheit geschaffen wird. Wir werden dort andocken, wo es schon Institutionen gibt und schon tausend Menschen arbeiten. Verbreiten Sie keine Unwahrheiten. Wir verschlanken den Apparat. Wir machen ihn nicht breiter und größer.

(Zuruf von der SPD: Mit neuen Behörden!)

Meine Damen und Herren, das Jahr 2005 war gerade in Bezug auf die Reformbereitschaft der Innenpolitik eine Zeitenwende für das Land.

(Zuruf von der SPD: Wir haben jetzt 2006!)

Wir huldigen nicht mehr dem Motto von Rot-Grün: Packen wir es an – lassen wir es liegen. – Wir gehen in der Tat mit großen Schritten voran.

(Zurufe von der SPD)

Die Veränderungsbereitschaft in Nordrhein-Westfalen ist dank Ihrer Vorarbeit nicht überall überdurchschnittlich ausgeprägt.

(Zuruf von der SPD: Das liegt an uns?)

Das wollen wir einmal festhalten. Das alte Motto „alles wird gut, wir ändern nichts“ kann nicht funktionieren, wenn wir vor revolutionären Herausforderungen im Umfeld unserer Bundesrepublik stehen. Da bewegt sich alles. Innerhalb der Bundesrepublik reformiert sich eine Reihe von Bundesländern. Nordrhein-Westfalen kann als größtes Bundesland einfach hintanstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Wir bewegen uns zum Nutzen von Nordrhein-Westfalen nach vorne.

Da Sie sich weniger mit dem Haushalt beschäftigt haben, möchte ich wenigstens einigen Punkten des Haushalts meine Aufmerksamkeit widmen. Frau Düker, wenn Sie mir und nicht dem Handy Ihr Ohr schenken würden, würde ich Ihnen gerne sagen: Wir haben die Rückführungspraxis in diesem Land natürlich nicht geändert, sondern arbeiten nach Recht und Gesetz. Im Unterschied zu der Zeit, als Sie die Verantwortung trugen, haben wir eine Bleiberechtsregelung durchbekommen,

(Monika Düker [GRÜNE]: Nicht wegen Ihnen, sondern trotz Ihnen!)

weil sich Nordrhein-Westfalen mit Schwarz-Gelb – nicht die Grünen; denn sie sind in keiner Regierung vertreten – sehr stark dafür eingesetzt hat. Uns ist es gelungen – sicherlich auch durch den Kontakt über die Grenzen hinweg –, auch diejenigen zu bewegen, die innerhalb der anderen Parteien nicht so weit gehen wollten. Deswegen können Sie sich drehen und wenden wie Sie möchten, der Erfolg für die Bleiberechtsregelung ist eindeutig auf unser Agieren zurückzuführen.

Ich bin sehr dankbar, dass beide Koalitionsfraktionen auf ihren Kanälen mitgewirkt haben. Hierbei möchte ich ausdrücklich die innenpolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen benennen, die an einem Umdenken mitgewirkt haben: Wir wollen da, wo es möglich ist, konsequent rückführen, aber auch dort, wo es notwendig ist, die Möglichkeit für Humanität schaffen.

Dass Sie, Frau Abgeordnete Düker, die Diskussion von gestern noch einmal aufarbeiten wollen, kann ich aus Ihrer Sicht nachvollziehen. Aber tun Sie bitte den Menschen nicht den Tottopf an, sie zu verunsichern. Es geht überhaupt nicht darum, dass irgendwo Eingriffe gegen den ganz normalen Bürger vorgenommen werden. Mit dem Verfassungsschutzgesetz wenden wir uns vielmehr gegen die Leute, die die Axt an die Wurzeln unserer Demokratie legen, die Terrortaten verüben wollen.

(Beifall von der CDU)

Jeder wird einsehen, dass wir die Möglichkeiten nutzen müssen, die ein Verfassungsschutz hat, und zwar auf rechtlich sauberer Grundlage mit den Möglichkeiten, die wir geben, damit Information und Dokumentation vorhanden sind.

(Beifall von FDP und CDU)

Im Haushalt selbst finden Sie eine Reihe von Veränderungen, die bisher noch nicht zur Sprache gekommen sind. Sie resultieren in der Hauptsache daraus, dass wir die Verwaltungsstrukturreform vorangetrieben haben. Ich möchte noch einmal deutlich sagen, welche Herkulesaufgabe das ist. Der Parlamentarische Staatssekretär mit seiner Steuerungsgruppe ist sicherlich an der Spitze zu nennen. Wir arbeiten mit allen Ressorts an der Verschlankung, damit es auch in Zukunft wieder Möglichkeiten gibt, sich in diesem Land finanziell zu bewegen. Ohne Verschlankung werden wir das nicht schaffen. Sonst leiden wir noch in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren unter den Hinterlassenschaften von Ihnen.

Verwaltungsstrukturreform will nicht Reform l'art pour l'art, sondern es geht um Ergebnisverantwortung. Es geht darum, die Aufgaben nach unten zu transformieren und insbesondere durch Zugleichaufgaben bei den Kommunen Ressourcen einzusparen. Wir werden deshalb im Haushaltsplan vorsehen, dass per saldo 3.500 Bedienstete in die Bezirksregierungen wechseln. Sie werden aus den Sonderbehörden in die Bezirksregierungen überführt, um dort in einem weiteren Schritt, je nachdem, ob die Aufgabe bleibt oder nicht, dauerhaft integriert zu werden. Das ist der Unterschied zu dem, was Sie getan haben. Wir verbinden Aufgabenkritik mit Verwaltungsstrukturreform, damit es losgeht und nicht wie früher bei Ihnen liegenbleibt.

Ich möchte zur Polizei noch einige Punkte erwähnen, obwohl schon sehr viel vorgetragen worden ist. Es macht einen Unterschied, ob man versucht, im Apparat die Ressourcen zu heben, oder ob man nur kapituliert. Sie haben von 1994 – nach der Änderung der Reform der Gemeindeordnung – bis

2005 Zeit gehabt, im Bereich der Polizei Strukturänderungen vorzunehmen. Es ist Ihnen nichts, aber auch gar nichts gelungen. Sie haben nicht eine Einheit abgeschafft. Wir dagegen haben innerhalb von 18 Monaten drei Präsidien abgeschafft, und

(Beifall von der CDU)

wir werden die fünf Bezirksregierungen von Polizeiarbeit befreien. Das ist ein echter Quantensprung.

Herr Kollege Engel, wir werden Ihnen sehr gerne, wenn sich das quantifizieren lässt, die Zahlen nennen und dabei nicht vergessen, was sich in der Binnenreform getan hat. Wir haben alleine 30 Inspektionen weniger. Das sind Verwaltungskörper, die der Bürger überhaupt nicht spürt. Dort ist Overhead, dort sind Querschnittsaufgaben abgebaut worden, und dort erwirtschaften wir Personal für den operativen Bereich, wie wir es Ihnen durch unser Dreisäulenkonzept, bestehend aus Veränderung der äußeren Struktur, Binnenmodernisierung und Bürokratieabbau, zugesagt haben. Das ist der Dreiklang, den wir ganz systematisch abarbeiten.

Ich bin sehr dankbar, dass, anders als Sie es darstellen, viele Kolleginnen und Kollegen diesen Weg mitgehen. Dass es auch Verweigerungen gibt, ist klar. Das wissen wir. Aber es ist nicht so, dass wir dafür überhaupt kein Verständnis dafür finden. Denn auch die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei sowie die Landesbediensteten haben Kinder und Kindeskindern und tragen Verantwortung dafür, was in 30 Jahren passiert. Deswegen müssen wir an die Dinge ran: mit Augenmaß, aber auch mit Nachdruck. In diesem Sinne haben wir wohl einen verträglichen Weg gewählt.

Jetzt ist nicht die Stunde der Beratung des LPVG. Herr Rudolph, nur so viel: Wenn jemand angesichts dieser Vorschläge – Bundespersonalvertretungsgesetz und Freistellungsregelung Baden-Württemberg – von einem Kahlschlag bei der Mitbestimmung spricht, hat er sie nicht verstanden.

Wir werden das entsprechend kommunizieren. Wir werden das Gesetzgebungsverfahren einleiten, und dann hat jeder im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens die Möglichkeit, seine Bedenken und Anregungen zu äußern. Ich bitte aber, ein bisschen auf dem Teppich zu bleiben.

Für mich ist wichtig, dass wir den Weg auch an dieser Stelle gemeinsam gehen. Deswegen werden wir auch um die Berufsvertretungen. Wir haben in all den Gesetzgebungsverfahren außerhalb des regulären Verfahrens im Vorfeld Gespräche geführt, um Informationen zu geben. Ich halte es

auch nicht für angemessen, wenn uns hinterher vorgeworfen wird, wir hätten nicht miteinander gesprochen. Im Gegenteil, wir sprechen mit allen. Nur: Es ist klar, dass die Ergebnisse nicht jedem gleich gut gefallen.

Ich möchte zum Feuerschutz noch einen Takt sagen, weil Frau Düker hier ihr Spezialgebiet entwickelt hat. Frau Düker, die europäische Rechtsprechung ist für die Kommunen unmittelbar bindend. Das heißt, die Rückführung auf die 48-Stunden-Regelung ist seit Langem für alle erkennbar. Die Frage, ob mehr ausgebildet und eingestellt werden soll, ist also auf kommunaler Ebene angesiedelt.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Die Frage, ob wir alternative Regelungen unterstützen, haben wir vor Kurzem geklärt.

(Zuruf von der SPD: Seit anderthalb Jahren!
– Monika Düker [GRÜNE]: Fünf vor zwölf!)

– Frau Düker, ich darf Ihnen sagen, dass die europäische Regelung schon zu der Zeit in Kraft war, als Sie hier noch in der Regierungsverantwortung waren. Damals ist nichts geregelt worden. Deswegen regeln wir die Dinge für Sie; von mir aus können Sie sich weiter aufregen.

Wir haben Ihnen jedenfalls unter dem Konsolidierungsdruck einen Etat vorgelegt, der sich sehen lassen kann. Wir zeigen, dass Innenpolitik ein Schwerpunkt der neuen Regierung ist. Ich bin sicher: Wir werden die Rendite einfahren, die hier mehrfach beschrieben worden ist. Nur wer nichts tut, kommt nicht voran. Wir haben aus meiner Sicht einen guten Weg beschritten. Wir bewegen uns nach vorne zum Nutzen des Landes Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Innenminister Dr. Wolf. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Körfges das Wort.

Hans-Willi Körfges^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um bei dem in dieser Jahreszeit üblichen Sprachgebrauch zu bleiben: Bezogen auf die Verwaltungsstrukturreform hat diese Landesregierung im wahrsten Sinne des Wortes eine schöne Bescherung angerichtet.

(Beifall von der SPD)

Herr Wolf, ich kann verstehen, dass es Ihnen unangenehm ist, wenn bei dem Thema eine politische Generaldebatte gesucht wird. Lassen Sie sich von uns sagen: Nur weil Sie sich an der Auf-

gabe verhaben haben, muss das, was dort abgeliefert wird, noch lange keine Herkulesarbeit sein.

(Beifall von der SPD)

Etwas zu verbessern ist ungleich schwerer, als etwas zu verändern. Sie haben in der Verwaltung viel geändert, aber leider haben Sie bis jetzt nichts verbessert. Im Gegenteil: Das, was Sie betreiben, ist experimentelle Politik nach der Augen-zu-und-durch-Methode“ mit einem hohen Risikocharakter für die Bürgerinnen und Bürger.

Sie haben es vollbracht, im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform ein Ziel zu proklamieren, nämlich die Schaffung von drei Regionalpräsidien, das – nachlesbar – von allen zu der Anhörung geladenen Sachverständigen abgelehnt wurde. Sie haben es geschafft, die Auflösung der Umweltverwaltung zu einem identitätsstiftenden Punkt zu machen. Das lehnen sowohl die Umweltverbände als auch die Industrie ab. Sie haben vor, die Widerspruchsverfahren zulasten des Haushalts und zulasten der Bürgerinnen und Bürger, denen Sie einen preiswerten Rechtsbehelf nehmen wollen, infrage zu stellen. Gleichzeitig ist es absehbar, dass Sie den Justizhaushalt mit einer solchen Maßnahme belasten. Niedersachsen lässt grüßen.

Herr Innenminister, für das Mobbing in der Staatskanzlei ist wohl der Herr Ministerpräsident persönlich zuständig. In den untergeordneten Behörden, so hat man den Eindruck, machen Sie das mit dem Personaleinsatzmanagement und dem Kollegen Palmen.

(Beifall von der SPD)

Wir haben darüber hinaus kein Verständnis für die Art und Weise – es wäre im Übrigen nett, wenn man zu den Eckpunkten einen Text bekäme –, wie mit dem LPVG, genauer: mit den Beschäftigten, umgegangen wird. Das ist Personalpolitik nach Gutsherrenart, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ein bekannter amerikanischer Spielfilm trägt den deutschen Titel „Denn sie wissen nicht, was sie tun“. Herr Palmen wird trotz eines gewissen schauspielerischen Talentes, das ich ihm nicht absprechen möchte, wohl nicht in James Deans Fußstapfen treten können. Aber eines ist sicher: Herr Palmen weiß in dem Bereich wirklich nicht, was er tut.

Da eben von Zahlen und Fakten die Rede war, fordere ich Sie auf: Führen Sie den Nachweis dafür, dass die Änderungen, die Sie in der Verwaltung vorhaben, den Menschen in unserem Lande

tatsächlich etwas bringen. Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, solange Sie keine konkreten Hintergründe und keine Anhaltspunkte, sondern nur abstruse Ziele vorstellen, ist das ein Experiment auf Kosten der Menschen in unserem Lande. Daran nehmen wir nicht teil. – Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Körfges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Abgeordnete Becker das Wort.

Horst Becker³⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eben mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Innenminister Wolf gesagt hat – wörtliches Zitat –: Wir verbinden Aufgabenkritik mit Verwaltungsstrukturreform. – Jeder, der sich Ihr bisheriges Verfahren angeschaut hat, weiß, dass Sie von Aufgabenkritik, also von einem systematischen Vorgehen bei der Verwaltungsstrukturreform, Lichtjahre entfernt sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie deklinieren hier wieder einmal die gelbe – in Teilen schwarz-gelbe – Ideologie durch. Sie deklinieren nach dem Motto „Privat vor Staat“ durch und kommunalisieren. Sie schauen nicht hin: Was ist sinnvoll? Welche Aufgabe kann an welcher Stelle sowohl für die Beschäftigten als vor allem auch für die Kundinnen und Kunden, also für die Bürgerinnen und Bürger, effizienter und besser erledigt werden? Vielmehr geht es Ihnen darum, ohne Sinn und Verstand mit der Axt durch den Wald zu marschieren. Von Aufgabenkritik – ich sagte es – keine Spur!

Sie handeln ohne jeden erkennbaren Nutzen für das Land, für die Beschäftigten und auch für die Klientel, um die es jeweils geht. Ich will Ihnen das an wenigen Beispielen noch einmal deutlich machen.

Die Versorgungsämter, die Sie verlagern wollen, gehören zu den Behörden, die sich in der Vergangenheit völlig neu aufgestellt haben, die sich einer Aufgabenkritik unterzogen haben und die heute von allen unabhängigen Stellen – bis hin zum Landesrechnungshof – attestiert bekommen, dass sie so, wie sie jetzt aufgestellt sind, eine extrem gute Arbeit leisten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie können bis heute nicht sagen, welche Arbeitsbereiche der Versorgungsverwaltung Sie auf die Kommunen, auf die Landschaftsverbände o-

der wohin auch immer sie nach Ihrer Phantasie gehören übertragen wollen.

Ähnliches gilt für die Kommunalisierung der Kontroll- und Überwachungsaufgaben im Arbeitsschutz. Ich sage Ihnen ähnlich, wie es der Kollege Körfges ausgedrückt hat: Selten sind sich die chemische Industrie und die Umweltverbände über einen Vorschlag des Gesetzgebers einig. Ich persönlich kannte keinen. In diesem Zusammenhang hätte ich mir nur noch gewünscht, dass sie das, was sie jetzt gesagt haben, auch vor der Wahl im Jahr 2005 gesagt hätten, nämlich dass sie sich keine bessere, keine effizientere, keine korrektere, keine in der Sachkompetenz bessere und keine, man höre und staune, zu einem besseren und schnelleren Genehmigungsverfahren führende Aufgabenerfüllung vorstellen können als die jetzige – und nicht etwa das, was Sie wollen.

Dort hat man Angst, dass man in Zukunft international nicht mehr wettbewerbsfähig ist, weil man in diesem Bundesland zu völlig zu unterschiedlichen Genehmigungsarten kommt.

Und das ist Ihre Ideologie, die das zu verantworten hat. Und das ist nicht etwa der Bereich Umwelt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, zur Arbeitsschutzverwaltung: Hier ist es so, dass die kommunalen Spitzenverbände selber jegliche Übernahme dieser Aufgabe ablehnen. Sie haben Ihnen in der Anhörung ins Stammbuch geschrieben, dass sie sich dafür nicht kompetent fühlen und dass sie erst noch neue Kompetenzen aufbauen müssen. – Also das Gegenteil von Verwaltungsvereinfachung: keine bessere Aufgabenerfüllung, keine effizientere Aufgabenerfüllung.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Und diejenigen, denen Sie das übertragen wollen, wollen diese Aufgabe überhaupt nicht übernehmen.

Meine Damen und Herren, zusammengefasst: Es ist ohne Sinn und Verstand. Alles, was wir bis jetzt sehen, ist weit von einer Aufgabenkritik und einer vernünftigen Aufgabenerledigung in der Zukunft entfernt. Und – auch das ist wichtig – Sie handeln erneut kommunalfeindlich, weil Sie schon jetzt eine sogenannte Effizienzrendite vorsehen, das heißt, den Kommunen nicht das Geld geben wollen, das Sie einsparen, wenn Sie Aufgaben verlagern.

Meine Damen und Herren, an dieser Baustelle werden wir uns mit Ihnen, und zwar auf der Seite

der kommunalen Spitzenverbände, wiedertreffen. Wir werden Sie mit dieser Art von Aufgaben- und Kostenverlagerung nicht durchkommen lassen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zum Teilbereich „Innen und Verwaltungsstrukturreform“ des Einzelplans 03.

Wir kommen zum **Teilbereich „Sport“**.

Für die SPD-Fraktion hat sich Abgeordneter Peschkes zu Wort gemeldet.

Hans-Theodor Peschkes^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich den Sporthaushalt für das Jahr 2007 ansieht, kann man nur kurz und knapp feststellen: Für die Regierungsfaktionen und die Regierung selbst findet der Sport nur noch in Sonntagsreden statt. In der Realität kommt er nicht mehr vor. Die Haushaltsansätze werden zurückgefahren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Neue Ideen gibt es nicht.

(Axel Wirtz [CDU]: Falschen Haushalt gelesen!)

Neue Impulse sind Fehlanzeige, Herr Vorsitzender des Sportausschusses. Herr Wirtz, herzlichen Glückwunsch zum Sieg gestern! Diese Koalition beschränkt sich mangels eigener Initiativen ganz einfach auf das Ablehnen der Anträge der Opposition.

Die Großereignisse, die zugegebenermaßen gut abgewickelt wurden, nämlich die Fußball-WM, die Hockey-WM und die Weltreiterspiele, hatten ihren Vorlauf und ihre Planungen noch in der Zuständigkeit der Vorgängerregierung.

So kann ich gut das Kabinettsmitglied verstehen, das im „Kölner Stadt-Anzeiger“ am 20. Dezember über den Sportminister ätzte: Die Fußball-WM hätte auch ohne ihn stattgefunden. – So Recht das Kabinettsmitglied hat, Herr Minister Wolf: Ich wüsste zu gerne von Ihnen, wer dieser charmante Kollege war.

Für 2007 waren für diese Großereignisse überhaupt keine Mittel mehr in den Haushalt einzustellen. Statt wenigstens einen Teil dieser wegfallenden Mittel erneut für die Infrastruktur des Sports zu reklamieren, werden diese Mittel im vorausseilenden Gehorsam an den Finanzminister zurückgegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, von der Koalition – Entschuldigung, das sind die 39 Jahre, Herr Kollege –, Sie haben die Chance, neue sportpolitischen Impulse zu setzen, schlichtweg verpasst. Vor allem haben Sie damit auch für künftige Haushalte Spielräume leichtfertig vergeben. So werden Sie Nordrhein-Westfalen nicht als Sportland Nummer eins an der Spitze halten.

(Beifall von der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, gespannt waren wir alle in der nordrhein-westfälischen Sportszene auf das Superprojekt der Landesregierung, das schon im Koalitionsantrag mit großem Tamtam angekündigt wurde, nämlich die Schaffung von fünf neuen Sportschulen. Mehr als ein Jahr lang haben wir auf dieses Projekt gewartet, haben gedacht: Jetzt kommt der große Wurf.

Und was dann vorgestellt wurde, war eine Lachnummer: unverbindliche Allgemeinplätze in den Rahmenvorgaben, kein schlüssiges Konzept. Es gibt nicht den Hauch einer Struktur, wo und wann diese Schulen angesiedelt werden sollen. Vor allem, meine Damen und Herren, stehen dafür keine Mittel im Haushalt. Das kann ja was werden.

Die Insider der Sportszene schütteln nur mit dem Kopf. So haben die fünf Leiter der schon bestehenden Eliteschulen des Sports in einer Stellungnahme schonungslos die Konzeption der neuen Sportschulen analysiert und kommen zu dem Ergebnis, dass es sich für sie nicht lohnt, sich zu bewerben.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Eine schallendere Ohrfeige für die Schulministerin und für den Sportminister kann es einfach nicht geben.

Das ist ja nicht der einzige Widerspruch im Reden und Handeln dieser Regierung. Wie auch im Vorjahr muss das Ehrenamt mit geringsten Mitteln auskommen. In Sonntagsreden dieses Amt loben, im Alltag es nicht zur Kenntnis nehmen: Das ist das Markenzeichen dieser Regierung. Auch hier ist sie wieder, die Koalition der Täuschung und Enttäuschung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Rund 2 Milliarden € Steuermehreinnahmen als im Vorjahr hat der Haushalt 07. Das sind 2.000 Millionen €. Sie haben nicht eine einzige Million davon für das Ehrenamt eingesetzt, um den Betrag nur halbwegs auf den Stand zu bringen.

gen, auf dem er unter der Vorgängerregierung war. Ich denke, das beschämt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Das große sportpolitische Thema dieses Jahres, nämlich die Dopingproblematik, hat ohne die Koalition stattgefunden. Zwar hat sich der von mir hoch geschätzte Kollege Holger Müller für ein Antidoping-Gesetz ausgesprochen; aber das war es auch schon. Das war die einzige Äußerung.

In Bezug auf unseren Antrag, über den Bundesrat eine entsprechende Initiative zu starten, gab es zwar Signale, sich dem Antrag anschließen zu können; aber auf konkrete Schritte habe ich bis gestern Abend nach Plenarschluss gewartet. Dann kam allerdings ganz spät abends noch eine E-Mail mit einem Antragsentwurf, von dem niemand weiß, ob er ein Antrag der Koalition oder ein Privatantrag des Kollegen Müller ist. Ich weiß es bis heute noch nicht, Herr Kollege.

Wir wissen aber wohl, dass dieser Antragsentwurf Flickschusterei ist, keine Hilfe bietet und schwere handwerkliche Mängel aufweist. Kurzum: Auf dieser Basis ist leider keine einheitliche Willensbildung in diesem Hause zu erreichen. Das ist schade, auch vor dem Hintergrund, dass ich zu gern gewusst hätte, wie sich der Innenminister zur Dopingproblematik äußert. Von ihm selber hat man nämlich noch gar nichts gehört.

Ich habe den Eindruck: Die Koalition will sich in der Frage des Dopings über die Zeit retten, weil in Berlin die Verhandlungen in die letzte Runde gehen. Dann kann man sich vor einer eigenen Meinung drücken, im Sportausschuss den Antrag der SPD zurückweisen und einfach sagen: Mensch, das hat sich alles schon erledigt. Sie kommen viel zu spät. – Ich nehme jede Wette an, dass es so kommen wird. Das ist nämlich der Stil der letzten anderthalb Jahre.

Insgesamt stelle ich für die SPD fest: Die Koalitionsfraktionen haben sich in Sachen Sport ein ruhiges Jahr gemacht. Haushaltmäßig fristet der Sport ein Schattendasein. Besserung ist nicht in Sicht. Ihnen danke ich fürs Zuhören und wünsche Ihnen frohe Weihnachten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Peschkes. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Kollege Müller das Wort.

Holger Müller^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon

erstaunlich, wie unterschiedlich man denselben Sachverhalt werten kann.

Ich spreche heute nur über den Sporthaushalt und nicht über allgemeine Themen, die zugegebenermaßen interessant sind, die wir aber im Sportausschuss noch besprechen werden.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Alles, was weh tut, klammern wir aus!)

– Ich weiß nicht, ob Sie schon mit Ihrem Generaldirektor gesprochen haben, was Sie zum Antidoping sagen dürfen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Mein Generaldirektor sitzt hier vorne in der ersten Reihe!)

Jedenfalls bereitet es mir keine Sorge, als Mitglied der Regierungskoalition hier über den Sporthaushalt zu sprechen.

(Zuruf von der SPD: Erzählen Sie noch ein bisschen!)

Deshalb, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, in Klarheit und Kürze einige Punkte:

Erstens. Übungsleiterpauschale. Ich hatte letztes Jahr versprochen, dass die Übungsleiterpauschale im Jahr 2007 unverändert bleibt. – Gehalten!

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Nachdem in den letzten Jahren Rot-Grün die Übungsleiterpauschale von 11,7 Millionen € auf 7,5 Millionen € gesenkt hatte, mussten auch wir – leider – wegen der übernommenen Finanzsituation unseren Beitrag leisten. Dieses Jahr gelingt es uns aber, nach Jahren des Abbaus endlich wieder Stabilität und damit Planungssicherheit bis 2010 für die Betroffenen herzustellen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist ja super!)

Zweitens. Änderungen der Förderungsrichtlinien bei der Übungsleiterpauschale. – Versprochen! Letztes Jahr hatten wir angekündigt, dass trotz der Kürzung der Übungsleiterpauschale die Förderungsrichtlinien so gestaltet werden, dass Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderung überhaupt nicht betroffen sind. – Auch das schlicht und ergreifend gehalten! Und auch hier Planungssicherheit bis 2010 für alle Betroffenen.

Drittens. Sportpauschale. – Versprochen! Wir hatten angekündigt, dass wir weiterhin 50 Millionen € für die Sportpauschale zur Verfügung stellen werden. Es sind üble Gerüchte in die Welt gesetzt worden – von wem auch immer –, die Sportpauschale werde dramatisch gekürzt. – Auch hier wieder gehalten! Es stehen schon wieder 50 Milli-

onen € zur Verfügung. Und auch hier Planungssicherheit für die Betroffenen!

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das haben Sie den Kommunen auch schon gesagt!)

Viertens. Fünf neue Sportschulen. – Versprochen! Letztes Jahr hatten wir angekündigt, dass 2006 das Konzept erstellt und dann Zug um Zug umgesetzt wird.

(Frank Sichau [SPD]: Welches Konzept?)

– Ich weiß nicht, ob der Kollege es Ihnen gegeben hat. – Gehalten! Konzept liegt vor. Die Ausschreibung ist erfolgt, und es liegen jetzt schon deutlich mehr Bewerbungen vor, als wir realisieren. Nächstes Jahr fangen wir damit an.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, auch eine kurze Bilanz kann gut sein, vor allen Dingen dann, wenn wenig Dinge versteckt werden. Wohlgemerkt, es handelt sich nur um eine Zwischenbilanz nach 1,5 Jahren. Ich habe hier nur kurz die wesentlichen, zentralen und aktuellen Dinge des Haushalts angesprochen.

(Carina Gödecke [SPD]: Wie erklären Sie sich dann die Tatsache, dass Sie kürzen?)

Sie können sicher sein: Wir haben noch viel vor. Aber ich will heute nicht alles verraten, denn es muss spannend bleiben.

Natürlich werden wir uns wichtiger Themen wie flächendeckende Früherfassung von Talenten und Auswirkungen der demografischen Entwicklung annehmen.

Ich bin mir – übrigens auch bei der Kurzbilanz – sicher, dass im Wesentlichen alle, wenn auch manche im Geheimen, mit dieser Bilanz zufrieden sind. Aber wie ich die Diskussionen kenne, wird es sicherlich demnächst wieder erbitterten verbalen Widerstand geben. Das hält uns natürlich nicht vom Weg des Erfolgs ab.

Herr Präsident, ich überlasse das Rednerpult jetzt gerne auch denjenigen, die sich weiterhin an Randfragen, Kleinigkeiten und Themen außerhalb der Haushaltsberatungen abarbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Kollege Müller. – Es bleibt der CDU-Fraktion damit noch eine Minute Redezeit für diesen Teilbereich übrig.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Groth für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Zurufe)

Ewald Groth¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon schaurig, wenn im Saal jeder sagen darf, was er gerade so denkt. Ich finde, es sollte auch ein Stück Qualität in der Diskussion geben; die habe ich gerade vermissen müssen.

(Christof Rasche [FDP]: Dann komme ich ja noch dran!)

Die Sportpolitik der Landesregierung war in diesem Jahr stark von den Großveranstaltungen geprägt. Einverstanden. Fifa-Weltmeisterschaft, Weltreiterspiele, Hockey-WM und Fußball-WM der Menschen mit Behinderungen. Das war Klasse. Das hatte noch der ehemalige Sportminister Michael Vesper eingestielt.

Eigeninitiative des jetzigen Sportministers Ingo Wolf. – Fehlanzeige, Null!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie konnten alle im „Kölner Stadt-Anzeiger“ lesen; es tutete sozusagen aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Die Bilanz ist auch von Glück geprägt.

Ja, kann ich sagen, meine Damen und Herren. Die Bilanz dieser Regierung, insbesondere im Sport, ist auch von Glück geprägt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie ist geprägt vom Glück, einen guten Vorgänger gehabt zu haben. Aber das wird nicht mehr lange anhalten, meine Damen und Herren. Unser Land hätte noch viel mehr Glück verdient – nicht mit diesem Sportminister, so scheint mir.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nun zu den Schatten im Sporthaushalt. Die soziale und integrative Arbeit unserer Sportvereine ist auf die öffentliche Förderung angewiesen. Die weg brechenden Mittel aus Lotto und Sportwetten machen dem Landessportbund und der Sportstiftung zu schaffen. Dazu gibt es von den Koalitionsfraktionen oder von der Landesregierung kein Konzept.

Der jetzt unterschriebene Staatsvertrag wird, falls er überhaupt ratifiziert wird und klaglos in Kraft tritt, das Grundproblem der Sportfinanzierung auch nicht lösen. Ich unterstütze deshalb den Präsidenten unseres Landessportbundes ausdrücklich, wenn er fordert – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Sollte das Monopol langfristig nicht zu halten sein, müsste über mögliche Alternativen nachgedacht werden, wie hier die Finanzierung gesichert werden kann.

Machen Sie sich also Gedanken. Bislang kein Konzept zu erkennen! Sie lassen den Sport im Stich. Sie haben den Sport getäuscht. In diesem Sinne eine Koalition der Enttäuschung, auch im Sport.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es lässt mich nicht kalt, wenn die „Rheinische Post“ gestern die Sportstiftung in Not sieht. Als Kuratoriumsmitglied der Stiftung stehe ich an der Seite des Vorstandsvorsitzenden und fordere die Landesregierung auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Der Umgang mit unseren Stiftungen – nicht nur der Sportstiftung – seit Beginn Ihrer Regierungszeit ist unwürdig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der dort sehr gut geleisteten Arbeit zum Wohle des ganzen Landes wird von Ihnen keine Rechnung getragen. Das ist sehr beschämend.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Oder wollen Sie vielleicht wie Herr Lindner in den Ruf einstimmen: Sind doch alles nur Grüne, und dann arbeiten da auch nur Anarchisten? Soll das etwa auch für die Sportstiftung gelten? Ich glaube, diese diffamierende Art hat keine Stiftung in diesem Land verdient.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben die Übungsleiterpauschale weiter gekürzt. Das wird sich in 2007 noch stärker als in diesem Jahr vor Ort auswirken. Das wird sich auswirken als ein Schlag gegen die in Sonntagsreden hochgehaltene Förderung der Ehrenamtlichkeit. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir bis 2007 effektiver und mit mehr Mitteln ein Instrument entwickeln. Wir wären gern zur Mitarbeit bereit, um das dann auch in den Stiel zu stoßen.

Was ist denn eigentlich mit dem nebulösen Programm „Verein 2015“? Gibt es ein Konzept? – Das ist bislang nicht bekannt. Oder wird es etwa ein „Programm 2025“? Oder wird es vielleicht dann am Ende ein „Programm 20 Sankt-Nimmerleins-Tag“? Ich sehe zumindest von Ihnen hier noch keinen Beitrag in der Sportpolitik.

Geprüft werden müsste auch, wie sich die Kürzungen in der Umorganisation im Schulsport auswirken. Leider ist die Schulministerin nicht mehr da. Aber ich muss auch sagen: Hier sehe ich

Konzeptionslosigkeit auf jeder Ebene und in jedem Teilbereich.

Erstens. Die sogenannten Grundsätze werden durch die Ministerin in Sportschlössern verkündet. In Velen hat sie eine nette Rede gehalten. Die Ankündigungen werden nicht umgesetzt und nicht eingelöst. Solche Reden, Frau Sportministerin – das kann sie dann im Protokoll nachlesen –, bleiben Spukschlösser im Nebel.

Zweitens. Unsere Eliteschulen des Sports wehren sich zu Recht gegen die Verkündung sogenannter NRW-Sportschulen. Auch da gibt es kein vernünftiges Konzept, das man wirklich annehmen könnte, sondern es wehrt sich alles dagegen, weil es nicht in unser Verbundsystem Schule und Leistungssport hineinpasst.

Drittens. Mal wird mit einer Fußballaktion geworben, mal ist es eine andere PR-Aktion. Was dabei herauskommt, Frau Ministerin Sommer, sind ein paar Leibchen für die Schülerinnen und Schüler und ein paar Fußbälle, die eigentlich für Erwachsene geeignet sind, aber nicht für kleine Kinderfüße. Aber ansonsten gibt es auch in der Frage „Fußball an den Schulen Nordrhein-Westfalens“ kein Konzept.

Das wird uns auf Dauer nicht weiterbringen. Ich meine, dass die Schulsportentwicklung analog verlaufen muss zur Schulentwicklung insgesamt. Seit dem vergangenen Jahr, als Sie hier die Regierung übernommen haben, seitdem Sie die Koalitionsfraktionen sind, habe ich den Eindruck, dass der Schulsport nicht mehr zum Kernbereich des Schulalltags gehört. Das ist aber etwas gewesen, was wir unter allen Fraktionen im Jahre 2003 noch gemeinsam beschlossen haben. Ich fordere Sie also auf: Kommen Sie zurück dazu, dass der Schulsport Kernbereich im Schulalltag ist! Machen Sie das auch deutlich in Haushaltsansätzen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich komme zum Ende meiner Rede. – Der Sport in NRW lebt zurzeit immer noch von den Erfolgen der Vergangenheit mit einem Sportminister Michael Vesper. Ich begreife diese Erfolge aber auch als Erfolge der gemeinsamen Sportfraktion.

Allerdings muss ich sagen, wenn man sich Ihre Landtagswahlprogramme zum Thema Sport angesehen hat – da können Sie ja noch einmal nachgucken –, ließ sich feststellen: Die CDU hatte nichts, die FDP hatte nichts. Bei uns können Sie nachlesen, wie man Sport für dieses Land entwickeln könnte. Tun Sie das! Wir sind nicht böse, wenn Sie da einmal abschreiben. Das würde un-

serem Land zumindest nach vorne verhelfen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Groth. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Förderung des Sports ist eine Aufgabe, die Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen betrifft. Der FDP ist die Förderung des Sports – sei es finanziell oder durch Schaffung von angemessenen Rahmenbedingungen – besonders wichtig.

Die finanziellen Rahmenbedingungen sind begrenzt. Landesregierung und Fraktionen haben bereits im Frühjahr beschlossen, alle zusätzlichen Steuereinnahmen zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung zu verwenden. Die Landesregierung hält an ihrem Kurs fest, um die Nettoneuverschuldung weiter zurückzuführen. Trotz der Mehreinnahmen ist die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen: NRW hat 113 Milliarden € Schulden. Das Land zahlt dafür täglich 13 Millionen € an Zinsen. Unser Kurs ist alternativlos, da wir nur so Handlungsspielraum für nachfolgende Generationen zurückerlangen können.

Herr Groth hat gerade von der Vergangenheit gesprochen: Es ist nun wirklich eine schlechte Vergangenheit, die die alte Koalition diesem Land Nordrhein-Westfalen hinterlassen hat.

Meine Damen und Herren, der Landessportplan, also die in den verschiedenen Einzelplänen veranschlagten Haushaltsmittel zur Förderung des Sports, umfasst für das kommende Jahr Ausgaben in einer Höhe von 141 Millionen €. Das sind knapp 10 Millionen € mehr als im vergangenen Jahr. Die Zahlen sind nicht unmittelbar vergleichbar, da zum kommenden Haushalt einige Einmalereignisse zu Buche schlagen oder auch wegfallen.

Dazu gehört die erstmalige Veranschlagung der Konzessionseinnahmen aus dem Spiel 77 im Landeshaushalt, womit ein Petitum des Landesrechnungshofs umgesetzt wird. Herr Groth, wenn Sie ehrlich sind – Sie haben eben mehrfach den früheren Sportminister Herrn Vesper zitiert –: Der hat in einer Kabinetttvorlage vorgeschlagen, genauso zu verfahren. Sie haben das nur aus wahlkampfaktischen Gründen im Kabinett abgelehnt.

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: So ist es!)

Das ist der wahre Grund gewesen, warum das noch nicht eingeführt worden ist. Die Argumentation des Landesrechnungshofs ist die gleiche geblieben. Die Bedenken der Destinatäre bezüglich der Anerkennung von Eigenkapital und bezüglich der Bürokratie sind ausgeräumt. Also auch hier ist die Landesregierung völlig auf dem richtigen Weg.

Dazu gehört auch der naturgemäße Wegfall von Fördermitteln für die verschiedenen erfolgreichen Weltmeisterschaften in diesem Jahr. Diese Fördermittel sind auch weggefallen. Genauso gehören dazu auch Zuweisungen zur Ausfinanzierung von bewilligten Sportstätten, die nach der Umstellung auf die pauschale Förderung nicht mehr erforderlich sind.

Hervorzuheben – das war immer die Diskussion in den vergangenen Jahren, wenn es um Sportpolitik im Land ging – sind zwei Haushaltspositionen, die in den vergangenen Jahren immer wieder Gegenstand der Diskussion waren.

Punkt 1: Die sogenannte Übungsleiterpauschale wird wie in 2006

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

auch im Jahre 2007 in Höhe von gut 6 Millionen € gewährt. Ein Haushaltsentwurf des von Ihnen vielgepriesenen Ministers Vesper hatte vorgeschlagen, diese Übungsleiterpauschale auf null zu fahren. Das war ein Kabinettsbeschluss von Ihnen. Der Landtag hat das zurückgeführt.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Aber Sie wollten sie auf null zurückfahren. Warum Sie dort null veranschlagen wollten, können Sie ja gleich erklären, Frau Gödecke.

Punkt 2: Auch die Sportpauschale wird in unveränderter Höhe von 50 Millionen € an die Kommunen ausgezahlt, sodass für den Sportstättenbau insgesamt über 59 Millionen € zur Verfügung stehen.

Es ist erfreulich, dass die Zuschüsse für überregional bedeutsamen Sportstättenbau um knapp 1,7 Millionen € auf 7,3 Millionen € aufgestockt werden. Es geht also in einem wesentlichen Teil – Übungsleiterpauschale und Sportpauschale – um gleichbleibende Beträge. Für überregional bedeutsame Sportstätten werden sogar 1,7 Millionen € aufgestockt.

Abseits der nüchternen Zahlen – Zahlen sind wirklich nicht alles – noch zwei Aspekte, die zu erwähnen sind: Nordrhein-Westfalen hat ein unglaubliches Sportjahr erlebt. Die vier hochkaräti

gen Weltmeisterschaften haben viele Menschen weit über Nordrhein-Westfalen hinaus begeistert. Wir haben hier eine Vielfalt und Qualität von Sport in Nordrhein-Westfalen erlebt, die wir wahrscheinlich so schnell nicht wieder in dieser Vielfalt erleben werden. Nordrhein-Westfalen war ein herausragender Gastgeber. Dazu hat das Innenministerium mit der Polizei beigetragen, die genau die Balance gefunden haben zwischen Vorgaben und Vorschriften und Freiheiten, wie mit den Fans umzugehen ist.

Aber auch die ehrenamtlich Tätigen in Nordrhein-Westfalen haben unglaublich viel Arbeit geleistet und damit erheblich dazu beigetragen, dass diese vier Weltmeisterschaften in Nordrhein-Westfalen wirklich ein toller Erfolg waren. Zwei Weltmeisterschaften folgen: die Handball-WM mit vielen Spielen und dem Endspiel in Nordrhein-Westfalen und die Kanu-WM in Duisburg.

Als weiterer Aspekt wurden eben die Sportschulen angesprochen. Natürlich macht so ein völlig neues Konzept Arbeit. Es ist gut, dass der Innen- und Sportminister mit Ruhe an diese Arbeit herangeht. Warum gibt es denn trotz aller Kritik, die hier vorgetragen wird – sie ist ja politisch motiviert; das ist halt die Opposition –, reichlich Bewerbungen von namhaften Großstädten aus Nordrhein-Westfalen? Weil die alle das Konzept ablehnen oder weil sie sich gerne daran beteiligen, weil sie das Konzept gut finden und gerne etwas für Jugendsport und Leistungssport in Nordrhein-Westfalen tun wollen? Es ist doch glasklar: Das zweite Argument sticht. Deswegen liegen die Bewerbungen vor.

Wir gehen unseren Weg weiter. Regierung und Koalition sind die Partner des Sports in Nordrhein-Westfalen. Darauf kann sich die Sportwelt in NRW mit Sportlerinnen, Sportlern, Vereinen, Schulen und Kommunen verlassen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem die Koalitionssprecher ja die rot-grünen Oppositionsblasen haben zerplatzen lassen, gibt es kaum noch etwas zu ergänzen. Es ist doch völlig klar, dass wir durch die Entscheidung, das Innenressort mit dem Sportressort zusammenzulegen, gerade auch für Großveranstaltungen eine hervorragende Grundlage gelegt haben.

Es ist auch völlig klar, dass der, der die Verantwortung trägt, hinterher auch derjenige ist, der dafür gelobt wird. Herzlichen Dank also dafür! Es hat gut funktioniert. Viele haben uns gelobt, und ich habe das Lob vielfach an die Kolleginnen und Kollegen vor Ort weitergegeben. Am Ende ist es so: Wenn Sie uns an einer gewissen Stelle für die Probleme haftbar machen, dann werden Sie auch gestatten, dass wir uns nach dem Gelingen auch sagen lassen, dass das gut gewesen ist. Das können Sie von mir aus anders sehen; wir sehen es so.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich habe in der Haushaltsdebatte wieder einmal nichts Nennenswertes gehört, sondern nur eine allgemeinpolitische Auseinandersetzung wahrgenommen. Deswegen will ich einfach sagen: Aus meiner Sicht haben wir den Sportetat im Wesentlichen gehalten. Kollege Müller hat sehr schön dargestellt, dass wir Versprechen gemacht haben, die wir einlösen, und dass wir uns daran gerade im Hinblick auf die Frage der Übungsleiterpauschale und natürlich der Sportpauschale messen lassen.

Wir haben sehr deutlich gemacht, dass es uns wichtig ist, dass die Stiftungen arbeitsfähig bleiben. Über die Einschätzung von Einzelheiten bei Stiftungen, Herr Groth, die jetzt nicht in Rede stehen, brauchen wir jetzt nicht noch einmal zu diskutieren. Die Sportstiftung macht gute Arbeit. Wir wollen, dass sie sie auch weiterhin macht.

(Beifall von Christof Rasche [FDP])

Die Tatsache, dass rechtliche Gründe uns zu einem anderen Mitteldurchfluss bringen, hat doch überhaupt nichts damit zu tun, dass wir die Arbeit der Sportstiftung nicht wertschätzen – im Gegenteil.

Beim Thema Sportschulen hat der Kollege Rasche sehr deutlich darauf hingewiesen, dass wir in einem wettbewerblichen Auswahlverfahren sind. Also kann auch noch keine Entscheidung getroffen sein. Die Nachfrage ist allerdings riesengroß.

Zum Thema „Verein 2015“. Herr Groth, Sie sind ja Fachmann auf dem Sportgebiet und wissen, dass wir das Konzept gemeinsam mit vielen Institutionen entwickeln und dass wir dabei sind, das Konzept zur Kabinettsreife zu bringen. Sie werden rechtzeitig davon Kenntnis erhalten.

Einen letzten Punkt noch, der am Rande angesprochen worden ist: Doping. Herr Körfges, Ihr Beitrag war insofern ja nicht so ganz gelungen. An dieser Stelle haben wir einen engen Schulter-

schluss zwischen der nordrhein-westfälischen Sportpolitik und den großen Sportverbänden festzustellen. Dass es SPD-Bundestagsabgeordnete gibt, die gerne die Besitzstrafbarkeit einführen wollen – wobei die gar nicht wissen, wie das rechtstechnisch überhaupt gehen soll –, hat nichts damit zu tun, dass wir uns gegen das Doping stellen. Wir kämpfen gegen das Doping; wir verabscheuen Doping. Wir wirken gemeinsam mit dem Sport darauf hin, das Doping zurückzuführen. Wir alle wissen, dass strafrechtliche Vorschriften immer nur eingeschränkt geeignet sind, etwas zu verhindern. Sie wissen: Mord ist strafbar, doch leider passieren Morde trotzdem. Wir müssen bei der Dopingbekämpfung versuchen, die Kontrollen zu erhöhen, und vor allen Dingen den Common Sense erreichen, dass nur derjenige ein würdiger Sieger, der nicht gepusht hat.

In diesem Sinne wünsche ich, dass wir diesen E-tat verabschieden und dass wir die Menschen auch im nächsten Jahr mit unseren beeindruckenden Großveranstaltungen erfreuen werden. Denn Sport ist immer noch die schönste Nebensache der Welt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Wolf. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Oder doch! Herr Müller, vielen Dank für Ihre Meldung. Da Sie sich ja noch eine Minute aufgespart hatten, können Sie die natürlich auch noch nutzen.

Holger Müller^{*)} (CDU): Weil ich Herrn Groth nicht kannte und mit allem rechnen musste, habe ich mir die Minute aufgespart.

Herr Groth, dass hier jeder alles sagen darf, das haben Sie am besten genutzt; das muss ich schon sagen.

(Beifall von der CDU)

Erster Punkt. Herr Peschkes, Herr Rasche und ich waren nicht dabei, als Rot-Grün über Jahre sukzessive die Übungsleiterpauschale gekürzt hat, um 4,2 Millionen €

(Beifall von CDU und FDP)

Aber Sie waren dabei. Sie müssen schon ein besonderer Verdrängungsweltrekordler sein!

(Beifall von CDU und FDP)

Zweiter Punkt, die neuen Schulen. Von den Helmholtz-Schulen habe ich selbstverständlich gelesen. Darüber kann man noch diskutieren. Aber Sie wissen genauso gut wie ich: In Deutsch-

land wird alles, was neu ist, erst einmal kritisiert und als etwas Fremdes empfunden. Wir müssen aber nach vorn, und wir müssen etwas Neues tun.

(Ewald Groth [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, ich habe nur eine Minute. Keine Zwischenfrage!

Dritter Punkt, der Schulsport. Da werfen Sie uns den Schulsport vor! Drei Sportstunden soll es pro Woche geben. Jetzt haben wir 2,1 Stunden pro Woche. Das haben wir aus rot-grüner Zeit übernommen; das können wir auch nicht alles in einem Jahr ändern. Wie Sie dazu kommen, uns das vorzuwerfen! Ich verstehe das nicht. Ihre Abwesenheit muss Ihre Wahrnehmung getrübt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Letzter Punkt. Natürlich wissen wir, dass die Mittel aus den Oddset-Wetten zurückgehen. Das haben selbst wir schon bemerkt, Herr Kollege Groth, ob Sie es glauben oder nicht!

(Zuruf von der SPD: Das will was heißen!)

Aber wir sind es doch nicht schuld! Der Oddset-Wetter ist es schuld! Wenn Sie den anklagen, können wir über alles reden. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller.

Wir kommen damit zum Schluss der Beratung und zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 03**. Zunächst einmal stimmen wir entsprechend der Übersicht, die Sie vor sich auf dem Tisch liegen haben, über die Änderungsanträge Nummern 69 bis 73 ab.

Ich rufe damit die laufende Nummer 69 auf. Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3221**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe die laufende Nummer 70 auf: **Änderungsantrag Drucksache 14/3222**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Nun rufe ich die laufende Nummer 71 auf: **Änderungsantrag Drucksache 14/3223**. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen.

Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Und wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** mit der laufenden Nummer 72 **Drucksache 14/3224**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion enthält sich. Auch dieser Antrag ist damit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 73: **Änderungsantrag Drucksache 14/3225**. Wer enthält sich bei diesem Antrag? – Niemand enthält sich. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD sind für diesen letzten Änderungsantrag zum Einzelplan 03. Dennoch ist er **abgelehnt**.

Ich komme damit zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 03** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3003**. Ich bitte um das Handzeichen. Wer ist für diesen Einzelplan, so wie er jetzt vorliegt? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist gegen diesen Einzelplan in der vorgeschlagenen Form? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist diese Beschlussempfehlung **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen in den Haushaltsberatungen zum **Einzelplan 08**:

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Der Einzelplan umfasst die Teilbereiche Wirtschaft und Mittelstand, Energie sowie Landesplanung. Ich weise noch hin auf die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Nummern 74 bis 76 der Tischvorlage.

Ich eröffne hiermit die Beratung über den **Teilbereich „Wirtschaft und Mittelstand“**.

Zu Wort gemeldet hat sich für den ersten Teilbereich für die SPD-Fraktion Herr Kollege Eiskirch. Das Rednerpult steht ihm offen. Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bevor Herr Eiskirch beginnt, möchte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitten, Ihre Gespräche – wenn sie denn nötig sind – draußen fortzusetzen. Noch schöner wäre es natürlich, Sie würden im Saal bleiben und den Ausführungen des Redners der Opposition folgen. – Herr Eiskirch, Sie haben das Wort.

Thomas Eiskirch^{*)} (SPD): Vielen Dank. Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland geht es wirtschaftlich wieder besser. Es gibt wieder mehr Wachstum, ein besseres Investitionsklima und etwas mehr Arbeitsplätze. Es muss zweifelsohne noch mehr geschehen, aber all das gibt es wieder.

(Beifall von einem Abgeordneten der CDU)

– Da klatscht jemand aus der richtigen Richtung. Das ist nämlich vornehmlich ein Verdienst der Wirtschaft und beruht auf den Rahmenbedingungen und Impulsen, die die Große Koalition in Berlin aus SPD und CDU richtigerweise gesetzt und gegeben hat.

(Lachen bei CDU und FDP)

Es ist völlig richtig, dass die Politik kein Wirtschaftswachstum schaffen kann. Sie kann aber Impulse geben und Rahmenbedingungen setzen. Die Große Koalition in Berlin hat genau das getan. Sie hat ein Wachstums- und Marktanzreizprogramm aufgelegt. Dieses umfasst 6 Milliarden € für zukunftssträchtige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, 9,4 Milliarden € für die Mittelstandsförderung – zum Beispiel für das wirklich gut anlaufende Gebäudesanierungsprogramm –, 4,3 Milliarden € für Verkehrsinvestitionen und 2,5 Milliarden € für die steuerliche Berücksichtigung haushaltsnaher Dienstleistungen.

Jeder Euro dient als Impulsgeber. Aus jedem Euro werden weitere Euros, weil Investitionen wiederum Investitionen nach sich ziehen. Das hat die Große Koalition in Berlin aus SPD und CDU gut gemacht.

In Berlin wird gehandelt. In Düsseldorf wird der Mond angeheult und gehofft, dass von den Impulsen aus Berlin möglichst viel in NRW ankommen möge, statt durch eigenes Handeln diese Entwicklung zu unterstützen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, hier in Düsseldorf gibt es auch keine FDP! – Beifall von der SPD)

Sie, Frau Ministerin Thoben, legen für das Jahr 2007 einen absolut impulsarmen Haushalt in Bezug auf die Bereiche Wirtschaft und Mittelstand vor, in dem Sie vornehmlich Landesgeld durch Geld anderer Ebenen ersetzen. Man kann den Eindruck gewinnen, dass jeder Euro ...

(Unruhe – Der Redner wendet sich an den Präsidenten.)

Gilt das, was Sie vorhin zu den Kolleginnen und Kollegen gesagt haben, auch für die Regierungsbank?

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie haben das Wort, Herr Kollege, und die Regierungsbank lehnt sich jetzt schweigend zurück.

Thomas Eiskirch^{*)} (SPD): Frau Ministerin, man kann den Eindruck gewinnen, dass jeder Euro ungefähr dreimal durch einen anderen kofinanziert wird, dass Sie aber leider Gottes das dadurch freiwerdende Landesgeld nicht zusätzlich zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen einsetzen.

Frau Thoben, wenn Sie vom Sparen sprechen, habe ich mittlerweile den Eindruck, dass Sie nicht nur Geld meinen. Ihr Haushaltsentwurf macht deutlich: Sie sparen an Ideen! Ich meine Ideen, wie man die aufkeimende positive wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen unterstützt und stabilisiert.

Ideen sind gefragt, wenn Sie schon kein frisches Geld in die Hand nehmen. Sie sollten aufhören zu hoffen und dafür mehr handeln. Machen Sie sich das zumindest für die nächsten Haushalte zur Maxime.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist ein Prozess und die Bedingungen verändern sich immer wieder. Deshalb sind Ideen gefragt und nicht bloß die Fortführung der zweifelsohne richtigen Programme der Vorgängerregierung. Veränderte Bedingungen brauchen auch neue Antworten. Wir fordern Sie auf, endlich auch mit neuen Antworten zu kommen, und nicht nur – richtigerweise – alte Dinge fortzuführen, ohne sie durch Neues zu ergänzen.

Sie werden mir nun erwidern, dass Sie natürlich gehandelt haben, zum Beispiel 2006 durch die deutliche Erhöhung der Meistergründungsprämie.

(Beifall und Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Aber freuen Sie sich nicht zu früh, Herr Kollege Brockes; das passiert Ihnen ja öfter. Denn Sie haben nicht die Meistergründungsprämie erhöht, Sie haben den Titelansatz für die Meistergründungsprämie erhöht.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Hören Sie mir doch einmal in Ruhe zu. Sie haben den Titelansatz für die Meistergründungsprämie erhöht, die Bedingungen im Jahr 2006 a-

ber gar nicht verändert. So viele Neugründungen konnte es gar nicht geben.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Sie haben unter diesem Haushaltstitel eine Freud- und-Leid-Kasse angelegt, um durch Deckungsvermerke ganz andere Dinge – keinesfalls aber die Gründungen – zu finanzieren!

(Beifall von der SPD)

Hören Sie doch auf!

Wenn das im Jahr 2006 mutlos war – man hätte die Bedingungen verändern können –, muss man sagen: Im Zuge dessen, was Sie jetzt machen, kann man nur von Feigheit sprechen.

Im Jahr 2006 sahen die Bedingungen so aus: 10.000 € gibt es für die Meistergründung in den strukturschwachen Gebieten. Das ist doppelt so viel wie im Rest des Landes, weil die Gründungsvoraussetzungen und die Gründungsintensität schwächer sind und man insofern mehr Geld braucht, um eine Gründung zu stabilisieren, die erste Zeit im Markt zu bestehen. Deswegen war es richtig, 10.000 € Meistergründungsprämie in den strukturschwachen Gebieten vorzusehen und 5.000 € im Rest des Landes.

In Kenntnis der 2006er Zahlen müssen wir für 2007 als allererste Reaktion der Ministerin mitnehmen, dass überall auf 5.000 € gekürzt wird, statt neues Geld in die Hand zu nehmen, um den richtigen Weg weiter zu gehen. Bis jetzt haben Sie das Geld nämlich nicht für die Meistergründung in die Hand genommen, sondern mit Deckungsvermerken für ganz andere Dinge. Es wäre der richtige Weg gewesen, dort etwas zu tun.

Ich bin froh, dass zumindest die Abgeordneten der CDU auf diesen Zug aufgesprungen sind, nachdem wir öffentlich Druck gemacht haben, weil es nicht sein kann, dass auf 5.000 € heruntergekürzt wird, statt ein von allen richtig anerkanntes Programm vernünftig fortzuführen. Ich bin froh, dass Sie über diesen Druck dazu gekommen sind, wenigstens überall im Land auf 7.500 € zu erhöhen, um den Haushaltstitel zumindest für das auszunutzen, was draufsteht. Damit drinsteckt, was oben draufsteht, haben Sie auf unseren Druck hin zumindest auf 7.500 € erhöht. Das ist ein richtiger Weg. Es ist schade, dass Sie nicht gleich selbst darauf gekommen sind.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Schreien hilft nicht, Herr Brockes.

(Beifall von der SPD)

Noch richtiger wäre es gewesen, in den Gebieten, die strukturschwach sind, einen Bonus vorzusehen, damit dort mehr gegründet werden kann. Sie hätten in den alten Ziel-2-Gebieten mindestens bei 10.000 € bleiben müssen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Damit gleich keine Ausflüchte kommen, lassen Sie sich gesagt sein: Sie dürften das auch. Sie dürfen die Meistergründungsprämie aus den Mitteln des alten Programms der Jahre 2000 bis 2006 auch in der Nachlaufzeit in diesen Gebieten weiter fördern. Das nur, damit gleich von dieser Stelle aus keine Ausreden kommen.

7.500 € im Land, 10.000 € in strukturschwachen Gebieten wären das richtige Signal an die Handwerker gewesen, die sich selbstständig machen wollen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Denn nur diese können das als Zuschuss mitnehmen.

Frau Thoben, da wir gerade beim Ruhrgebiet sind – dort gilt das ebenso: Endlich einmal handeln, statt nur reden!

Für die Periode 2007 bis 2013 fange ich nicht zum wiederholten Male mit dem an, was wir hier zum Ziel-2-Thema des Öfteren diskutiert haben. Ich halte es aber nicht für richtig, dass Sie das Ausgleichsziel, sozusagen den Grundtenor des EFRE-Programms, an die oberste Stelle stellen, sondern parallel versuchen, andere Ziele zu erreichen. Das ist deshalb nicht richtig, weil das Programm dazu da ist, diejenigen, die ein Stück hinterherhinken, wieder heranzuholen und dort vernünftige Bedingungen zu schaffen.

(Beifall von der SPD)

Frau Thoben, ich will auch nicht darauf zu sprechen kommen, dass es nicht richtig ist, nur 50 % in die strukturschwachen Gebiete – vor allem ins Ruhrgebiet – zu stecken, sondern ich will eine ganz neue Frage aufmachen, die die FDP freuen wird: Wo bleibt der Wettbewerb? Sie reden seit Wochen und Monaten, fast einem Jahr, davon, dass das in Wettbewerben gemacht wird. Und wir haben noch zehn Tage, bis das neue Jahr mit der Periode 2007 anfängt. Aber keiner kennt die Wettbewerbe, mit denen sich Kommunen und Unternehmen mit guten Projekten der Konkurrenz stellen. Keiner kennt die Bedingungen. Die EU gibt 1,3 Milliarden €, aber diese Landesregierung ist bis heute nicht in der Lage, die Wettbewerbe zu erläutern. Fragen über Fragen bleiben unbeantwortet.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das findet die Ministerin lächerlich! – Dietmar Brockes [FDP]: Das ist auch lächerlich!)

– Das geht ihr öfter so.

Welche Themen? Welche Zeitabläufe? Welche Mittelumfänge? Welche Teilnahmevoraussetzungen? Wie sehen die Startbedingungen aus? Wie wird Transparenz sichergestellt? Welches sind die strukturschwachen Regionen? – Keine Äußerung der Landesregierung zur Verausgabung von 1,3 Milliarden € in diesem Programm. Nichts!

(Beifall von der SPD – Marc Jan Eumann [SPD]: Sie wissen nicht, was Sie tun!)

Aber die Antworten interessieren nicht nur uns, Frau Thoben. Viel interessanter sind diese Antworten für die Unternehmer, für die Kommunen und die Regionen in Nordrhein-Westfalen. Die Antworten sind wichtig für die regionalen und wirtschaftlichen Entwicklungschancen. Aber die Frau Ministerin schweigt. Und sie wissen nicht, was sie tun! In dem Fall gilt das für die Kommunen und Unternehmen, die Regionen, die nicht wissen, was sie tun sollen, um möglichst schnell Fördermittel für gute Projekte zu bekommen.

Wenn es schon keine Antworten zum Wettbewerb gibt, wäre es umso wichtiger gewesen, die Ziel-2-Gelder inklusive der Ko- und der Komplementärfinanzierung zusammengefasst in Ihrem Einzelplan abgebildet zu sehen. Ich weiß, dass Sie das wirklich wollten, Frau Ministerin, und Sie wissen, dass ich Ihnen dabei die Daumen gedrückt habe.

Aber wenn Sie sich gegen Herrn Pinkwart hätten durchsetzen wollen, hätten Sie den Rückhalt des Ministerpräsidenten und/oder des Finanzministers benötigt. Diesen Rückhalt haben Sie leider nicht, Frau Thoben. Ich bedauere dies und hoffe, dass es Ihnen beim Haushalt 2008 gelingen möge.

Wenn Ihnen das dann gelingen sollte, seien Sie doch einmal richtig mutig im Haushalt 2008 und fangen Sie nach zweieinhalb Jahren Regierungsverantwortung auch einmal mit neuen Ideen zur Förderung und Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen an. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eiskirch. – Für die Fraktion der CDU hat jetzt der Abgeordnete Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Eiskirch, ich greife einmal Ihre letzte Bemerkung, Wirtschaftsministerin Thoben habe keinen Rückhalt, auf. Die einzigen Fraktionen, bei denen die Wirtschaftsministerin keinen Rückhalt hat, sind die Oppositionsfraktionen. Sie glauben gar nicht, was in den die Regierung tragenden Fraktionen für ein Rückhalt für diese Wirtschaftsministerin besteht.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie werden aber noch genug Zeit haben, das zu erleben. Denn das, was wir – die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und die sie tragenden Fraktionen – hier gemeinsam machen, wird auch, soweit es um die Wirtschaftspolitik geht, das Land Nordrhein-Westfalen verändern, und zwar deswegen, weil es dringend nötig ist. Sie haben das 39 Jahre lang nicht getan. Wir werden das tun. Darauf freuen wir uns schon.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute über die Perspektiven der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und des Mittelstandes zu einem Zeitpunkt, zu dem die Menschen – das haben Sie zutreffend formuliert, Herr Kollege Eiskirch – in Deutschland im Allgemeinen wie auch in Nordrhein-Westfalen im Besonderen mit wachsendem Optimismus nach vorne blicken. Nach einer Wachstumsprognose für das laufende Jahr in Höhe von 2,3 % prognostiziert das RWI für das kommende Jahr immer noch 1,9 % Wachstum. Dabei ist wichtig, dass die konjunkturellen Antriebskräfte nach wie vor intakt sind.

Diese positive Entwicklung zeigt sich zum einen in den steigenden Auftragseingängen aus dem Ausland, also in der positiven Entwicklung der Exportwirtschaft. Viel wichtiger ist jedoch zum anderen, dass auch in der Binnenkonjunktur eine deutliche Erholung zu verzeichnen ist. Wirtschaftliches Wachstum ist dabei vor allem von den Rahmenbedingungen abhängig, die Politik setzt.

Sie haben diese Rahmenbedingungen bewertet und gesagt, alles komme von der Bundesregierung. Ich lasse das einfach einmal so stehen. Das muss man im Grunde nur zitieren. Das erklärt sich von selber. Der Kollege Brockes ist offenkundig willens, dazu gleich noch ein paar Ausführungen zu machen; ich lasse ihn.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist aber gnädig!)

Wirtschaftliches Wachstum ist Aufgabe der Politik. Die Wirtschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist allerdings der Akteur, der dieses

Wachstum erzeugt. Deswegen sollten wir zu den Werten der freiheitlichen Gesellschaft zurückkehren und auf die Leistungsbereitschaft und Solidarität der Akteure setzen. Das geht nur durch eine Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft und nur dadurch, dass wir die überzogene Regelungspolitik der Vergangenheit hinter uns lassen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das machen Sie beim Thema Energie hervorragend!)

Trotz Einsparungen und einem Rückgang der Gesamtausgaben um 37 Millionen €, also um rund 3,6 %, konnten die Mittel zur Förderung der Wirtschaft und zur Energieverwendung im Jahr 2007 deutlich erhöht werden. Der Grund hierfür liegt in der Rückführung der Kohlehilfen im nächsten Jahr. Somit konnten die Einsparungen insgesamt abgedeckt werden.

Der vorliegende Haushalt des Wirtschaftsministeriums verdeutlicht eindrucksvoll, was es bedeutet, wenn durch eine nicht zukunftsgerichtete Politik der Vergangenheit Handlungsspielräume eingeschränkt werden und keine Luft mehr da ist für eine zukunftsgerichtete Gestaltung. In wohl keinem Einzelplan des vorliegenden Haushalts wird dies so deutlich wie in diesem Einzelplan der Wirtschaftsministerin; denn mehr als 50 % der Etatmittel werden gezwungenermaßen immer noch allein für die Subventionierung der Steinkohle verwendet, also für eine vergangenheitsorientierte Politik – eine astronomisch hohe Summe für die Subventionierung von rund 30.000 Arbeitsplätzen, die vor dem Hintergrund von 1 Million Arbeitslosen in diesem Land aus unserer Sicht dauerhaft in keiner Weise mehr zu vertreten ist.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, arbeiten wir so engagiert daran, dass in Berlin im Kohlekompromiss unter Einschluss aller Beteiligten ein Ausstiegsdatum aus dem Steinkohlebergbau festgeschrieben wird. Die Menschen in diesem Land werden es uns danken, weil dadurch Geld frei wird, das viel besser für Forschung und Entwicklung, für Innovation und für zukunftsgerichtete Projekte investiert werden kann. Die Wirtschaft in unserem Land wird froh darüber sein.

Eine gute Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, bemisst sich keinesfalls an der Höhe von Subventionen und der großzügigen Ausstattung von Förderprogrammen; vielmehr ist eine gute Wirtschaftspolitik eine Politik, die Wahrheit und Klarheit in den Vordergrund des Handelns stellt, klare Linien aufweist, berechenbar ist und langfristiges Vertrauen schafft.

Eine gute Wirtschaftspolitik bemisst sich allein daran, wie man durch verlässliche Strukturen

Menschen und Betriebe dazu bringt, wieder eigenständig unternehmerisch tätig zu werden. Der Staat muss sich zurücknehmen und den Einzelnen wieder zur Selbstbestimmung und Selbstverantwortung ermutigen. Weg von der Regelungspolitik, hin zur Ordnungspolitik – das ist der Kompass des Haushalts, der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

(Beifall von CDU und FDP)

In diesem Zusammenhang begrüßen wir es ganz besonders, dass die Wirtschaftsministerin den Mittelstand in den Fokus ihrer Politik gerückt hat. Durch die Beibehaltung der Erhöhung der Meistergründungsprämie zeigt sich, dass wir alle Möglichkeiten nutzen, um neue Existenzen zu gründen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Insolvenzquote von lediglich 3 % – ich wiederhole noch einmal, was heute Morgen gesagt worden ist: damit liegen wir in Deutschland an der Spitze – in den ersten fünf Jahren verdeutlicht die Wirksamkeit dieses Programms. Auf diese Weise werden dauerhaft Existenzen geschaffen.

Ein weiterer Baustein sind die Beratungsprogramme im Bereich des Mittelstandes und für Existenzgründer, die die Qualität und Bestandsfestigkeit der jungen Unternehmen sichern sollen.

Die Wirtschaftsministerin hat bei ihrem Amtsantritt ein Konglomerat von verschiedenen Beratungsangeboten angetroffen. Dies wird strukturiert, so dass die Betroffenen tatsächlich einen Nutzen davon haben. Auch das ist ausgesprochen sinnvoll.

Die gleiche Handschrift zeigt sich bei der Ausgestaltung zukünftiger Förderprogramme. Es wird keine trennscharfe Abgrenzung bei den Ziel-2-Fördergebieten mehr geben, vielmehr wird es darum gehen, die Fördermittel im Wettbewerb zu vergeben. Die Qualität der Einzelvorhaben wird dabei im Vordergrund stehen. Durch die Vergabe der Mittel im Wettbewerbsverfahren wird ein grundlegender Mentalitätswandel eingeleitet. Nicht ein bestimmter Förderstatus der Region oder ein geografischer Standort, sondern allein das Potenzial der Idee ist somit entscheidend.

Meine Damen und Herren, Motor für den Erfolg unserer Wirtschaft war und ist der Export. Daher ist eine gezielte Außenwirtschaftspolitik wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik. Gerade in unserem Mittelstand gibt es zahlreiche Hidden Champions. Diese unbekanntesten Weltmarktführer sind oft kleine und mittelständische Unternehmen, die unauffälligen Produkten große Marktanteile am Weltmarkt ermöglichen. Sie tragen einen entscheidenden Anteil zur Leistungsbilanz unseres Landes bei, ohne den Facetten und Symptomen

von Großunternehmen zu verfallen. Diese Unternehmen sind Pioniere auf ihrem Gebiet und unverzichtbares Element bei der Entwicklung und Steigerung der Innovationsfähigkeit unseres Landes.

Der bekannte Wirtschaftsfachmann Kerkhoff hat es schon früh gesagt: Die Wirtschaft muss durch kompetente Mitarbeiter selbst innovative und gute Leistungen erbringen. Soweit ich weiß und so, wie wir das sehen, findet das derzeit in hervorragender Weise statt.

Ohne Frage wären noch weitere Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftspolitik wichtig und hilfreich, aber auch die aktuelle Wirtschaftspolitik – darauf hat Frau Thoben vielfach hingewiesen – stößt an die Grenzen einer politischen Hinterlassenschaft der leeren Kassen.

Deshalb gilt umso mehr, dass es zu einem grundlegenden Umdenken kommen muss, damit in Zukunft die heimische Wirtschaft weiter belebt, Arbeitsplätze geschaffen und Geld verdient wird, um wieder Gestaltungsräume zu eröffnen, die die Zukunft sichern.

Diesem Gedanken tragen der Ihnen vorliegende Haushalt des Wirtschaftsministeriums, das bisherige Handeln des Wirtschaftsministeriums und der die Regierung tragenden Fraktionen Rechnung. Wir werden alles daransetzen und alles dafür tun, NRW wieder nach vorne zu bringen. NRW kommt wieder! – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lienenkämper. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Priggen das Wort.

Reiner Priggen^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe wenige Verbliebene auf den Tribünen! Ich möchte in meinem ersten Beitrag zum Haushaltsplan 08 auf vier Punkte und mit ein paar Worten auf die Kohle eingehen.

Es gibt in dem Haushaltsplan 08 neben der Steinkohle sozusagen auch einen Resthaushalt. Dieser Resthaushalt macht ein weiteres strukturelles Problem des Einzelplans 08 deutlich. Von den rund 330 Millionen bis 340 Millionen €, die dem Einzelplan 08 für Wirtschaftsförderung stehen, entfallen ungefähr 270 Millionen € auf die EU-Programme, ca. 50 Millionen € auf die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und lediglich 20 Millionen €

auf titelscharf ausgewiesene, inhaltlich konkret zuzuordnende Förderprogramme wie zum Beispiel das Programm Gründungs- und Wachstumsfinanzierung, Meistergründungsprämie, die mehrfach angesprochen wurde, und Tourismusförderung.

Das heißt, die Wirtschaftsförderung des Landes vollzieht sich im Wesentlichen in den EU-Programmen. Für uns Abgeordnete sind diese EU-Programme aber im Wesentlichen eine Blackbox. Sie sind im Detail nicht nachvollziehbar und nicht kontrollierbar; sie werden als Blackbox verabschiedet. Was mit den Mitteln, die dort eingestellt werden, konkret passieren soll, können wir nicht nachvollziehen und steht auch nicht im Haushalt. Irgendwann bekommen wir dann voraussichtlich einen dicken Band mit dem Titel: „NRW-Ziel-2-Programm EFRE 2007 bis 2013“. Denjenigen, die sich damit befassen, wird sich dann im Jahre 2014 ein Stück weit erschließen, was in den Einzelmaßnahmen gemacht wurde.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Frühestens!)

– Frühestens 2014/2015. – Über dieses Programm wird in Gremien entschieden, in denen dieses Haus schlichtweg nicht präsent ist. Man sollte sich sehr gut überlegen, ob das für Abgeordnete, die den Haushalt verabschieden, auf Dauer akzeptabel und vernünftig ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nach Abzug der Mittel für den Steinkohlebereich stecken 70 bis 80 % des Wirtschaftsetats in diesen Töpfen. Das ist aus meiner Sicht nicht hinnehmbar. Frau Thoben könnte das ändern. Dies hatten wir ja auch zum Ziel unseres Antrags zu den Ziel-2-Programmen gemacht. Frau Thoben will in der neuen Förderperiode das entsprechende Gremium, den Ziel-2-Begleitausschuss, neu besetzen. Sie hat angekündigt, den Ausschuss von 30 auf 40 Plätze zu erweitern, um so im Sinne des neuen horizontalen Programmzuschnitts jede Region einbeziehen zu können. Richtig wäre es auch, zumindest je ein Mitglied der im Haus vertretenen Fraktionen einzubeziehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das wäre ein wichtiger Schritt, um die parlamentarische Steuerungsfunktion, die die Verfassung diesem Haus in Verbindung mit der Haushaltsverabschiedung zuschreibt, die in der Praxis aber immer weiter erodiert, zumindest ein Stück weit herzustellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Thoben, ich appelliere an Sie: Setzen Sie an dieser Stelle den konstruktiven Prozess, den Sie in Verbindung mit der Erarbeitung der Leitlinien und Schwerpunkte des Ziel-2-Programms 2007 bis 2013 initiiert haben – das will ich ausdrücklich anerkennen –, fort. Setzen Sie auch weiterhin auf einen Dialog mit diesem Haus in der Breite aller Fraktionen!

Ich komme zum zweiten Punkt, der Außenwirtschaftsförderung. An der Stelle komme ich nicht umhin, das, was bisher an Neustrukturierung der Außenwirtschaftsförderung betrieben worden ist, anzusprechen, also die Fokussierung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) auf die Aufgaben Standortmarketing und Investorenakquise sowie die Gründung einer neuen Außenwirtschaftsgesellschaft NRW International, in der der Außenbereich gebündelt werden soll.

Es ist zu begrüßen, dass die Neuordnung darauf abzielt, Doppelzuständigkeiten zu beseitigen, Kompetenzen klarer zuzuschneiden. Ich habe jedoch Bauchschmerzen damit, wenn Sie sagen, dass die Außenwirtschaft praktisch völlig aus der Ministeriumsstruktur herausgelöst und an eine ausgelagerte Gesellschaft komplett abgegeben wird. Das kann ich nicht nachvollziehen. Wir haben uns ja angesehen, wie das in anderen Bundesländern gehandhabt wird. Gesellschaften mit ähnlicher Aufgabenrichtung gibt es ganz konkret in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

In diesen Ländern ist das Land als Gesellschafter beteiligt, entweder maßgeblich oder es ist sogar alleiniger Gesellschafter. An Baden-Württemberg International ist Baden-Württemberg mit 51 % und an der Bayern International ist Bayern sogar mit 100 % beteiligt. Das heißt, dort liegt die Steuerungsfunktion bei den Ländern. Hier ist es so, dass Sie alles an die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und an die NRW-Bank abgeben wollen. Das kann eigentlich ein Parlament nicht mit sich machen lassen.

Hinzu kommt, dass Sie in den Haushalt Mittel in einer Gesamthöhe von 4,75 Millionen € eingestellt haben. In der ersten Ergänzungsvorlage ist die Neustrukturierung abgebildet. Jetzt stellt sich heraus, dass von den 4,75 Millionen € allein 2,1 Millionen € für die institutionelle Förderung der neuen Gesellschaft aufgewendet werden sollen. Das geht also von der direkten Förderung weg. Das heißt, es gibt weniger Geld für die Ziele und mehr Geld für den Apparat. Das ist aus unserer Sicht nicht vernünftig. Sie sollten noch einmal überle-

gen, ob die Aussage „Mit weniger Geld mehr fördern“ zu halten ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Redlichkeit halber möchte ich noch einen positiven Punkt erwähnen. Sie haben in dem Haushalt Mittel für Bereiche veranschlagt, die wir im Wirtschaftsausschuss mit Anhörung konsensual diskutiert haben. Bezüglich Microlending, worüber wir mehrfach diskutiert haben, sind im Haushalt in Kapitel 030 in der Titelgruppe 71 für eine Bedarfsanalyse für das Projekt Microlending Mittel eingestellt. Im operationellen Ziel-2-Programm von 2007 bis 2013 gibt es mit der Überschrift „Finanzierungshilfen für Existenzgründung“ einen Maßnahmenbereich Mikrofinanzierung. Insofern haben die Diskussion im Ausschuss und die Anhörung einen positiven Effekt gehabt.

Ich komme zur Meistergründungsprämie. Hierzu hat bereits Herr Eiskirch eine Reihe von Anmerkungen gemacht. Wir sind uns ja darin einig, dass das ein vernünftiges Instrument ist. Ich meine nur, dass man kritisch überprüfen sollte, warum Sie es ausschließlich an die Existenz des Meisterbriefes anbinden. Das leuchtet mir immer noch nicht ein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit dem Ziel, Existenzgründungen hinzubekommen und dies an Kriterien zu binden – man muss in einem bestimmten Zeitraum neue Arbeitsplätze schaffen –, bin ich einverstanden. Aber Sie wissen, dass durch die Reform der Handwerksordnung – ich meine die §§ 7b und 8 der Handwerksordnung – auch Menschen, die längere Zeit als Gesellen in einem bestimmten Bereich tätig waren, die Möglichkeit haben, sich selbstständig zu machen. Warum diejenigen, die das explizit nach der Handwerksordnung dürfen, nicht unter dieses Programm fallen, obwohl es von den sachlichen Kriterien her – also der Pflicht, in einem bestimmten Zeitraum ein oder zwei Leute einzustellen – genauso angewendet werden könnte, verstehe ich nicht. Warum für diese Menschen das nicht gelten soll, warum man deren Weg in die Selbstständigkeit nicht genauso positiv fördert wie bei anderen, leuchtet mir nicht ein. Das ist ein Stück weit eine ideologische Fixierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie versäumen es hier, das gesamte Gründungspotenzial auszuschöpfen.

Ich habe noch drei Minuten Redezeit und möchte auf die aktuell laufende Steinkohledebatte eingehen. Aus meiner Sicht ist es gerade in den letzten vier bis fünf Wochen eine der chaotischsten politischen Debatten, die ich jemals erlebt habe. Es ist

eine chaotische Debatte bei aus meiner Sicht weitestgehender Unkenntnis der Fakten und bei völliger Intransparenz der Kosten. Das ist das Verblüffende. Darüber erfahren wir bislang nur aus den Zeitungen, obwohl wir als Abgeordnete darüber entscheiden müssen.

Ich glaube, dass die Diskussion, so wie sie jetzt läuft – wir haben heute den aktuellen Aufschlag von RWE und Thyssen dazu erhalten –, eine Diskussion ist, die zu keinem vernünftigen Ergebnis führt. Meine Sorge ist, dass das, was einmal als positives Grundmerkmal angedacht war – ein Börsengang des weißen Bereiches der Kohle, der diesem ermöglicht, wirtschaftlich selbstständig zu laufen, und ein Ausstiegsprogramm mit einer vernünftigen Zeitachse für die Kohle selber, das wir unter Verständigung auf Rahmenparameter erarbeiten, damit sich der eine Bereich vernünftig zurückentwickeln und der andere frei seinen Weg gehen kann –, jetzt unter einem ganz hohen Risiko steht.

Wenn man berücksichtigt, dass die RAG selber gerade den Bereich Bergbautechnik für rund 700 Millionen € verkauft hat, dann ist das der erste Schritt zur Auflösung des Konzerns. Wenn diese Diskussion so weiter geht und im Januar nicht zum Abschluss kommt, dann steht der ganze Börsengang in Frage. Da müssen sich diejenigen, die Positionen, über die bereits ein weitestgehender Konsens bestand, jetzt wieder geräumt haben, fragen, ob das ihr Ziel ist und ob es für das Land vernünftig ist.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

Ich meine, das wäre es nicht. Bei aller Involviertheit und Leidenschaft bei dem Thema sollte man schauen, dass man im Januar zu einem Abschluss kommt und allen Beteiligten klaren Wein einschenkt. Der Weg kann nicht das unglaubliche Zick-Zack und der unglaubliche Hin-und-Her-Prozess der letzten Wochen sein.

Wenn man sich das KPMG-Gutachten durchliest, das wir mittlerweile bekommen haben, und im Detail schaut, wie weit man bei den einzelnen Prozessen schon war – bis hin zu detaillierten Aussagen, zum Beispiel, dass die Förderung 2012 auf 12 Millionen t mit Vorziehung von Stilllegung zurückgefahren werden sollte, weil man mit dem Geld nicht hinkommt –, dann kann jetzt nicht wieder eine Diskussion eröffnet werden, als ob man mit dem Geld von 2012 noch 16 Millionen t fahren könnte. Es weiß jeder, dass das überhaupt nicht geht. Insofern sind das eine Reihe von Nebelkerzen.

Ich habe die Bitte, im Januar tatsächlich zum Abschluss zu kommen, damit man das Thema hier vernünftig beschließen kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Priggen. – Für die FDP spricht nun Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Stimmung in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und das Konsumklima sind so gut wie schon lange nicht mehr. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe unseres Landes liegen um 9 % höher als im Vorjahr. Mit einem Zuwachs von 13 % haben sich die Bestellungen aus dem Inland besonders positiv entwickelt. Auch der Exportmotor läuft auf Hochtouren. Die Warenausfuhren liegen gegenwärtig um 15 % höher gegenüber dem Vorjahreswert.

Bei den Unternehmerinsolvenzen ist ein drastischer Rückgang zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 2006 waren es 25,4 %, im dritten Quartal sogar 40,8 % weniger Unternehmensinsolvenzen als im Vorjahr. Dabei war der Rückgang der Firmenpleiten in Nordrhein-Westfalen deutlich größer als im Bundesdurchschnitt.

Besonders erfreulich, meine Damen und Herren, ist, dass dieser Aufwärtstrend endlich auch den Arbeitsmarkt erreicht hat. Im September lagen wir seit Februar 2005 erstmals wieder unter der psychologisch wichtigen Marke von einer Million Arbeitslosen. In den vergangenen zwölf Monaten konnte die Zahl der Arbeitslosen um 112.000 Menschen verringert werden.

Seit Juni wurden 116.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Es ist gerade wichtig, dass es sozialversicherungspflichtige Plätze sind. Davon profitieren zunehmend auch die langzeitarbeitslosen Menschen. 41.130 haben seit November des letzten Jahres endlich wieder einen Job gefunden.

Meine Damen und Herren, während Herr Eiskirch den Bund dafür verantwortlich macht, behauptet niemand, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen allein auf das Konto der schwarz-gelben Koalition zurückzuführen ist. Die stabile Weltkonjunktur, die milden Temperaturen sowie einmalige Nachfrageeffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung haben die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt begünstigt. Tatsache ist aber auch, dass uns nach eineinhalb Jahren Regierungsarbeit mit vielen Reformprojekten der erfolgreiche Einstieg in die marktwirt-

schaftliche Erneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen gelungen ist.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Konkret bitte!)

Das Klima für Existenzgründungen, für Investitionen und für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen hat sich nach Einschätzung der Wirtschaft und ihrer Verbände bereits merklich verbessert. Nordrhein-Westfalen ist auf einem guten Weg, den Rückstand zu den anderen Bundesländern aufzuholen, und das, lieber Kollege Eiskirch, können Sie nun wirklich nicht der Bundesregierung anlasten.

(Beifall von der FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist alles heiße Luft!)

Meine Damen und Herren, eine gute Wirtschafts- und Mittelstandspolitik lässt sich nicht an der Zahl oder der finanziellen Ausstattung von Förderprogrammen erkennen. Das gilt in besonderer Weise für die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen, weil hier die finanziellen Spielräume der Wirtschaftsministerin aus den bekannten Gründen besonders eng sind. Herr Kollege Priggen hat eben nicht zu Unrecht von einem Resthaushalt gesprochen.

Der Haushalt des Landes wird im nächsten Jahr endlich wieder verfassungskonform sein. Das heißt: Es wird mehr investiert als neue Schulden gemacht. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis schmerzhafter Einsparmaßnahmen auch im Bereich der Wirtschaftsförderung.

Die Konsolidierungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung ist jedoch kein Selbstzweck. Eine solide Haushaltspolitik ist zugleich auch eine gute Wirtschaftspolitik. Gesunde Staatsfinanzen sind eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum.

Meine Damen und Herren, so ist es empirisch belegt, dass Bundesländer mit solider Haushaltspolitik im Standortwettbewerb erfolgreicher sind als andere. CDU und FDP richten ihre Regierungsarbeit an den ordnungspolitischen Grundsätzen „Freiheit vor Gleichheit“, „Privat vor Staat“, „Erarbeiten vor Verteilen“, „Verlässlichkeit statt Belieblichkeit“ aus.

(Beifall von der FDP)

Diesen Prinzipien fühlen wir uns vor allem in der Wirtschaftspolitik verpflichtet. Rot-Grün hingegen hat eine Politik gemacht, bei der die Vorzeichen genau andersherum waren.

(Frank Sichau [SPD]: Falsch!)

Wohin dies geführt hat, ist bekannt: Rekordverschuldung, Rückstand beim Wirtschaftswachstum, verschreckte Investoren, Rekordarbeitslosigkeit und ein nicht bewältigter Strukturwandel im Ruhrgebiet. Da, lieber Kollege Eiskirch, frage ich doch, wenn Sie die gute Arbeit der Großen Koalition in Berlin rühmen: Wer war denn vor der Großen Koalition in Berlin an der Regierung, und warum war es da so schlecht?

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind der festen Überzeugung, dass Private die größere Kompetenz zur Lösung wirtschaftlicher Probleme haben. Wir wollen die Kreativität und die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Unternehmen nicht durch Reglementierungen, staatliche Konkurrenz und wettbewerbsfeindliche Steuer- und Abgabenlasten einschränken.

Das heißt auf der anderen Seite nicht, dass sich der Staat seiner sozialen Verantwortung entledigen darf. Deshalb haben wir zum Beispiel beim Ladenöffnungsgesetz den Einzelhändlern nicht nur die wirtschaftliche Freiheit gegeben, die Geschäfte an Werktagen gemäß den Bedürfnissen der Kunden zu öffnen, sondern wir haben ihnen zugleich einen weitgehenden Sonn- und Feiertagsschutz vorgegeben.

Meine Damen und Herren, CDU und FDP haben ein subsidiäres und freiheitliches Verständnis von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und vertrauensvolle Zusammenarbeit haben bei uns Vorfahrt vor staatlicher Reglementierung. Die Handlungsmaxime der schwarz-gelben Koalition, dass der Staat nicht das regeln muss, was auch durch freiwillige Vereinbarungen erreicht werden kann, lässt sich auch am Beispiel des Dialogs „Wirtschaft und Umwelt NRW“ verdeutlichen,

(Beifall von der FDP)

den die Landesregierung mit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft ins Leben gerufen hat.

Meine Damen und Herren, in den zehn Jahren grüner Umweltpolitik wurde die Wirtschaft immer nur als Feind begriffen, den man mit den Instrumenten des Ordnungsrechts an die Kette legen muss. Dies hat zu einem Wust an ineffizienten staatlichen Regulierungen und einer undimensionierten Kontrollbürokratie geführt. Innovationen, kreative Lösungen zur Verbesserung des Umweltschutzes und der wirtschaftlichen Dynamik wurden so im Keim erstickt.

Im Unterschied zu Rot-Grün sehen wir nicht nur den Staat in der Verantwortung für den Schutz

unserer natürlichen Lebensgrundlagen, wir setzen vorrangig auf die ökologische Verantwortung der Wirtschaft.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Umweltrechtliche Auflagen und Standards können überall dort entfallen, wo freiwillige Vereinbarungen die besseren Ergebnisse für die Umwelt hervorbringen.

Meine Damen und Herren, im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik stehen die 723.000 mittelständischen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Sie sind das eigentliche Rückgrat der NRW-Wirtschaft. Sie schaffen die dringend benötigten Arbeitsplätze. Sie schaffen die ebenso notwendigen Ausbildungsplätze in Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist es eines unserer wichtigsten Ziele, die Rahmenbedingungen für den Mittelstand und für die Existenzgründer möglichst optimal zu gestalten. In sogenannten Mittelstandspaketen hat die Landesregierung konkrete Maßnahmen gebündelt, mit denen kleine und mittlere Unternehmen wirksam unterstützt werden.

(Beifall von FDP und CDU)

Dabei geht es um Maßnahmen zur Stärkung der Selbstverwaltung der Wirtschaft, zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten des Mittelstands und um die Abschaffung überflüssiger bürokratischer Vorschriften.

Erst am Dienstag dieser Woche hat das Kabinett das dritte Mittelstandspaket mit neuen Maßnahmen zur Stärkung des Mittelstandes beschlossen. Unter anderem wird der Berufsschulunterricht deutlich flexibler als bisher gestaltet, womit weitere Ausbildungshemmnisse abgebaut werden.

(Frank Sichau [SPD]: Das glauben Sie auch noch?)

Darum möchte ich einen ganz besonderen Dank seitens der Wirtschaftspolitiker an unsere Bildungsministerin Frau Sommer richten. Es ist für uns sehr wichtig, dass die Schulen flexibel auf die Unternehmen zukommen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, im Fokus der Mittelstandspolitik stehen vor allem Unternehmensgründungen. Sie geben der Wirtschaft neue Impulse, etwa indem innovative Produkte und Dienstleistungen entwickelt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier hat Nordrhein-Westfalen allerdings noch erheblichen Nachholbedarf. Mit einer Selbstständigenquote von 10 % liegt NRW

1 % unter dem westdeutschen Durchschnitt. Im Ruhrgebiet liegen wir leider nur bei 9 %.

Um potenzielle Unternehmer zu ermutigen und dabei zu unterstützen, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen, werden landesweit Startercenter eingerichtet, in denen Gründungsberatung und Abwicklung von Gründungsformalitäten aus einer Hand bewerkstelligt werden.

Meine Damen und Herren, ein besonderes Augenmerk der Mittelstandspolitik und hier speziell der Förderung von Gründungen gilt dem nordrhein-westfälischen Handwerk, dem mit rund 165.000 Betrieben und einer Million Beschäftigten größten Arbeitgeber des Landes. Trotz der angespannten Haushaltslage gelingt es uns auch im nächsten Jahr wieder, 6,1 Millionen € für die Meistergründungsprämie zur Verfügung zu stellen,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Zu wenig!)

dem effektivsten Instrument der Qualifizierungs- und Mittelstandsförderung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Zu wenig!)

– Herr Kollege Bollermann, Sie sagen, das sei zu wenig.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist das!)

Sie müssen erst einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir den Berg an Anträgen, den Sie hinterlassen haben,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Was erzählen Sie denn da?)

der nicht gegenfinanziert war, abgebaut haben und dass wir jetzt dafür sorgen, dass jeder Existenzgründer zeitnah seine Mittel erhält.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Jetzt erzählen Sie doch keine Märchen! Märchenerzähler!)

Meine Damen und Herren, ich würde jetzt noch sehr gerne auf die Ziel-2-Förderung eingehen, insbesondere weil der Kollege Priggen das angesprochen hatte. Ich lasse dies aber und komme zum Ende.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen auf einem wirklich guten Weg in der Wirtschaftspolitik. Wir sind aber noch längst nicht dort, wo wir hinwollen. Aber, ich danke Ihnen, Frau Ministerin Thoben, dass Sie mit uns gemeinsam die Rahmenbedin-

gungen so gesetzt haben, dass es in Nordrhein-Westfalen wieder bergauf geht. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Brockes. – Für die Landesregierung spricht nun die Wirtschaftsministerin, Frau Thoben.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf einzelne Beiträge aus dieser Debatte eingehe, einige Anmerkungen zum Einzelplan 08!

Wir haben ein anderes Verständnis von Wirtschaftspolitik, Herr Eiskirch; das wird immer offenkundiger. Sie können sich das nur als Summe von Bewilligungsbescheiden vorstellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Sicht teilen wir nicht. Ganz einfach!

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist eine totale Fehlinterpretation!)

Wir sind mit dem Ziel angetreten, den Haushalt zu sanieren, damit das Land wieder Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft gewinnt. Ich unterstütze diesen Kurs. Damit kein Missverständnis auftritt: Es ist nicht so, dass ich die Auswirkungen, die ein solcher Kurs für meinen Einzelplan mit sich bringt, nur ertrage, nein: ich trage diesen Kurs.

Ich möchte keine Klagelieder darüber anstimmen, dass der Wirtschaftshaushalt zu nahezu 60 % von Kohlesubventionen bestimmt ist. Wir sind auf dem Weg, dies zu ändern. Das wissen Sie. Dagegen wehren Sie sich. Alles, was Sie öffentlich dazu sagen, bedeutet noch mehr Geld.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Ministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Eiskirch?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Nein.

Wir haben uns im Haushalt für das Jahr 2007 darauf konzentriert, das verbleibende Budget – das sind immerhin noch rund 415 Millionen € – zielgerichtet und effizient einzusetzen.

Lassen Sie mich wenige Stichworte nennen: Meistergründungsprämie. – Sie beklagen, dass wir nicht länger eine unterschiedliche Förderung

im Ruhrgebiet und in anderen Teilen des Landes vornehmen.

(Zuruf von der SPD: Nein, dass Sie kürzen!)

– Nein, nein! Sie beantragen weiterhin eine unterschiedliche Förderung. – Wir haben in der Vergangenheit erlebt, dass der erhöhte Förderbetrag für das Ruhrgebiet nicht den gewünschten Effekt hatte. Eine auffallend höhere Gründungsdynamik im Ruhrgebiet war nicht festzustellen. Vielmehr differiert der Zuwachs an Selbstständigen landesweit und innerhalb des Ziel-2-Gebietes sehr stark.

Herr Priggen, natürlich haben wir Ihre Anregung überprüft, ob man das nicht auf andere Gründungen ausweiten kann. Sie kennen die Debatte aus der Beratung im letzten Jahr. Das wäre mit den veranschlagten Haushaltsmitteln vorne und hinten nicht darstellbar. Das muss man wissen. Wenn man es ausweitet, geht es nicht mehr; man bräuchte dafür sehr viel mehr Geld.

Lassen Sie mich noch einen Hinweis zur Außenwirtschaftsförderung geben. Ich glaube, es war überfällig, diese neu zu sortieren. Ich will nicht an Untersuchungsausschüsse erinnern. Was aber in zurückliegenden Jahren über diese undurchsichtige Konstruktion finanziert wurde, möchte ich nicht verantworten müssen. Deshalb kommt es zur Neustrukturierung und zum Neuaufbau: Ausrichtung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung auf das Incoming-Geschäft, also Investorenakquise und Standortmarketing, und Ausrichtung von NRW International auf Abwicklung von Messförderung und solchen Programmen. Auch hier hat die Abwicklung bisher nicht im Ministerium gelegen. Was Sie sagen, stimmt nicht. Wir wollen den rein operativen Teil wirtschaftsnäher organisieren. Die politische Steuerung bleibt im Haus.

(Zuruf von der SPD: Aber Sie haben mehr vor als Messeabwicklung, Frau Ministerin! – Marc Jan Eumann [SPD]: Dürfen Sie denn „Incoming“ noch sagen?)

– Solange der Ministerpräsident nicht da ist, bin ich ganz frei.

(Heiterkeit – Edgar Moron [SPD]: Aber der kann dann sehr böse werden! – Minister Karl-Josef Laumann: Wir haben ein Kabinett der Harmonie und Einigkeit!)

– Über den Rest reden wir, wenn es amtlich und schwierig wird.

Herr Eiskirch, Sie haben eine Frage gestellt, auf die ich besonders gern eingehe. Sie beklagen, dass nicht alle Kofinanzierungsmittel im Etat des

Wirtschaftsministers etatisiert sind. Sie tun so, als ob das in der Vergangenheit der Fall gewesen wäre.

(Widerspruch von der SPD)

– Ach so. Das haben Sie allerdings nicht so vorgetragen.

Wir haben sowohl im Haushaltsausschuss als auch in den beratenden Ausschüssen umfänglich dargelegt, welche Programme aus welchen anderen Ressorts für die Kofinanzierung herangezogen werden sollen. Da gibt es ausreichend Transparenz, sodass wir belegen können, dass die Kofinanzierung klappen wird.

Es ist ein Fortschritt, dass in der neuen Förderperiode eine ziemlich komplette Neuausrichtung gelingen muss, wir Wettbewerbsverfahren verabreden und auf diesem Wege, wie ich glaube, einen effizienteren Einsatz der Mittel erreichen können. Herr Eiskirch, das kam bei Ihnen gar nicht vor. Darüber haben Sie nichts gesagt.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das haben wir doch schon ausgetauscht!)

Sie sagen im Gegenteil, ab dem 1. Januar wüssten die Unternehmen, die Regionen sowie die Oberbürgermeister nicht, was sie tun sollten, weil sie die Bedingungen nicht kennen würden. Ist Ihnen der Beratungsstand und der Stand der Genehmigung wirklich so unbekannt, wie Sie hier tun? Wir haben Ende November mit als erste Region europaweit die Unterlagen in Brüssel abgegeben. Das sind Berge!

(Dietmar Brockes [FDP] [zur SPD-Fraktion gewandt]: Kommen Sie doch einmal zu den Veranstaltungen!)

– Kommen Sie doch einmal zu den Veranstaltungen, in denen Hunderte von Landräten und Oberbürgermeistern sitzen, in denen Unternehmer sitzen und sagen: Gott sei Dank, wir kapierten es.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wir waren dazu nicht eingeladen!)

– Die Abgeordneten sind immer eingeladen. Manchmal erscheinen auch welche, Herr Bollermann. Es ist so. Sie sind immer eingeladen. Es ist sehr interessant, zu beobachten, wer extra nicht kommt, damit er hinterher sagen kann, er habe es nicht mitbekommen. Das ist doch lächerlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben das Verfahren äußerst transparent gestaltet. Wir haben sehr viele Veranstaltungen

im Land durchgeführt – dies geschah übrigens fast immer zusammen mit den Regierungspräsidenten –, zu denen auch die Leute vor Ort eingeladen waren.

Wie ist der Stand? Ich habe gesagt, es ist in Brüssel abgegeben. Herr Eiskirch, auch wenn Sie dreimal brüllen – wir können nicht ab dem 1. Januar irgendetwas bewilligen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Habe ich überhaupt nicht gesagt!)

– So tun Sie aber. Sie sagen, wir hätten etwas versäumt, was schon dringend da sein müsste.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Brüllt er jetzt, oder tut er nur so?)

– Dann tut er eben nur so. Das kann auch sein. Er hat vorhin am Rednerpult Dinge vorgetragen, die in der Sache vorne und hinten nicht stimmen.

Die Veranschlagung der Mittel im Landeshaushalt ist transparent. Die parlamentarischen Beratungen dazu waren sehr offen.

Lassen Sie mich noch einen Hinweis geben. Offenkundig scheinen insbesondere Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet zu wenig mit ihren Oberbürgermeistern zu sprechen. Ich hatte diese alle zu einem ausführlichen Gespräch mit der Fachabteilung im Haus. Sie sind höchst zufrieden nach Hause gegangen und freuen sich auf die Neuausrichtung, weil sie sicher sind, dass ihnen das größere Chancen für gute Ideen eröffnet, als es bisher der Fall war.

(Zuruf von der SPD: Die freuen sich auf Weihnachten!)

Das ist auch deshalb möglich, weil wir keine regionale Abgrenzung mehr haben. Dann kann zum Beispiel eine Stadt wie Bottrop mit einer Universität außerhalb eines klassischen Ziel-2-Gebietes kooperieren und eine gute Idee realisieren. Wir sind sehr interessiert an dem, was sich die Oberbürgermeister aus dem Ruhrgebiet zutrauen.

(Beifall von der CDU)

Diese sagen: Wir brauchen keinen Bedürftigkeitswettbewerb;

(Beifall von CDU und FDP)

wir können belegen, dass wir etwas können; wir werden auch förderfähige Dinge formulieren.

Zu den Wettbewerben: Soweit wir die Wettbewerbe bisher aufgeschrieben haben, können Sie sie sogar im Internet abrufen, wenn Sie mögen, Herr Eiskirch. Das ist total transparent und zugänglich.

Vor Mitte nächsten Jahres werden wir die Genehmigung und die Zustimmung der EU nicht haben, weil diese mehrere hundert Anträge bescheiden muss. Auch dazu sagen die Oberbürgermeister, dass sie bis dahin selbstverständlich imstande sind, sich so aufzustellen, dass sie an den Wettbewerben teilnehmen können.

Herr Priggen, wunderbar, in einem Punkt stimme ich Ihnen sofort zu, und darüber denken wir auch noch einmal nach: Der Begleitausschuss für all diese Verfahren wird komplett neu berufen. Sie wissen – das haben wir auch in verschiedenen Veranstaltungen vorgetragen –, dass wir die Zahl erhöhen müssen. Die jetzige Überlegung ist von 30 auf 40. Ich halte Ihre Anregung für richtig, auch die Fraktionen des Landtags daran zu beteiligen.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN)

Ich bin auf die Mitwirkung des Parlaments und all die guten Ideen sehr gespannt.

Im Rahmen der neuen Förderung können wir auch Clusterbildung und Netzwerkbildung fördern. Da sind einige Teile des Landes schon längst unterwegs, sich aufzustellen. Die wissen sehr gut Bescheid, und sie kommen keineswegs nur aus dem Ruhrgebiet. Aber ist es wirklich vernünftig, wenn Herr Eiskirch sagt, wir betonen das Ziel „Stärken stärken“ zu stark? Das kann er nicht wirklich ernst meinen.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

„Stärken stärken“ kann man auch in einer strukturschwachen Region, Herr Eiskirch. Ich hoffe, das geht mal in Ihren Kopf.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich brauche keine Reservierung von Mitteln. Ich brauche den Wettbewerb um die guten Ideen. Das Ruhrgebiet selber ist Manns und Frau genug, um in diesem Wettbewerb mit sehr guten Projekten zu reüssieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bekomme eher umgekehrt in anderen Teilen des Landes die Rückfrage: Haben Sie nicht eine Reservierung von mehr als 50 % für das Ruhrgebiet und haben die nicht schon so lange geübt, dass wir, selbst wenn wir gute Ideen haben, das Verfahren nicht so gut beherrschen wie die? – Auf diese Debatte können wir wohl verzichten. Wir werden – das sage ich Ihnen gerne zu – auch über den Fortgang mit Ihnen sprechen, selbstverständlich.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Eiskirch hat noch eine Zwischenfrage.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Bitte schön.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte, Herr Eiskirch.

Thomas Eiskirch^{*)} (SPD): Habe ich Sie, Frau Ministerin, gerade richtig verstanden, ich würde „Stärken stärken“ für Quatsch halten?

(Ministerin Christa Thoben: Sie wollten mehr für Schwächenausgleich haben! Das haben Sie gesagt!)

– Oh, dann haben Sie aber „Stärken stärken“ noch nicht ganz verstanden, wenn ich das mal so sagen darf.

Das ist aber eine Zwischenfrage. Ich wollte Sie bitten, meine Rede im Protokoll nachzulesen und mir zu zeigen, dass ich gesagt hätte, „Stärken stärken“ wäre Quatsch. Denn „Stärken stärken“ bedeutet, dass man das, was die Regionen besonders gut können, unterstützt, um sie weiter voranzubringen. Das heißt aber bei weitem noch nicht, dass man nur dort, wo starke Regionen sind, weiter stärkt, sondern dass man es gerade mit einem Programm,

(Ministerin Christa Thoben: Deshalb ist die Förderung aufs ganze Land ausgerichtet!)

das darauf ausgerichtet ist, Ausgleich zu schaffen, hinbekommt, dort, wo Nachholbedarf ist, die Stärken so zu stärken, dass der Nachholbedarf kleiner wird und man aufholen kann.

(Zuruf von der CDU: Die Frage!)

Würden Sie mir darin zustimmen?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Wir werden sogar dafür sorgen, Herr Eiskirch, dass gute Ideen nirgendwo zu kurz kommen.

(Beifall von CDU und FDP – Thomas Eiskirch [SPD]: Wunderbar!)

Sie möchten eine Reservierung von mehr als 50 %,

(Thomas Eiskirch [SPD]: Ja, um dem Sinn des Programms nachzukommen!)

um den Ausgleich von Strukturmitteln zu organisieren. Das haben Sie gesagt. Es tut mir leid.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Mein Zutrauen ins Ruhrgebiet lasse ich mir von Ihnen ungern absprechen! Denn wir kommen beide aus der gleichen Stadt!)

– Dann lassen Sie sich beim nächsten Mal anders ein und betonen nicht wider besseres Wissen, dass wir keine ausreichende Vorkehrung für die Reaktion auf strukturelle Probleme getroffen haben. Wir sagen Ihnen zu, dass wir während der gesamten Förderperiode bereit und imstande sind, auch auf neu auftretende Probleme, wie zum Beispiel am Niederrhein, angemessen zu reagieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Das haben wir übrigens sehr schnell getan. Dazu brauchen wir Ihre Hinweise nicht.

Eine allerletzte Anmerkung – es kann sein, dass sie Sie stört –: Die positivste Nachricht – ich gebe gerne zu, die kam nicht von der Landesregierung – sehen wir darin, dass die Auftragseingänge im gewerblichen Hochbau explodieren. Denn das sind Vorläufer für Erweiterungsinvestitionen. Darauf folgen Auftragseingänge für Maschinenbau, Elektrotechnik und Weiteres. Wollen Sie diese positive Nachricht nicht gerne hören, oder freuen Sie sich mit uns darüber? – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Thoben. – Zum Teilbereich „Wirtschaft und Mittelstand“ liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zum Teilbereich „Energie“.

Für die SPD gebe ich Herrn Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen, Kollegen! Frau Ministerin, weil Sie immer gleich so aufgeregt sind, will ich ein bisschen zu Ihrer Beruhigung beitragen und mich im Bereich Energie vor allen Dingen auf die eine Frage konzentrieren, ob die sich selbst so nennende Koalition der Erneuerung tatsächlich eine solche ist oder ob es sich nicht in Wirklichkeit um eine Koalition der Täuschung und der Enttäuschung handelt.

Ich will die Prüfung an drei Themenbereichen vornehmen: an der Kohlepolitik, an erneuerbaren Energien und an der Atomenergie.

Wenn ich die Prüfung an der Kohlepolitik vornehme, Frau Ministerin, komme ich zu dem Ergebnis: Hier handelt es sich eindeutig um Täuschung. Getäuscht werden zum einen die Bergleute. Minis-

terpräsident Rüttgers, auch Sie reden in diesem Anpassungsprozess tagtäglich von Sozialverträglichkeit,

(Dietmar Brockes [FDP]: Nicht die Tatsachen verdrehen, Herr Römer!)

handeln aber genau dagegen. Bei den Verhandlungen in Berlin tut diese Landesregierung alles, um zu verhindern, dass es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen im Bergbau kommt. Und die sind ja – das ist eindeutig festgestellt – das, was wir Sozialverträglichkeit nennen.

Auf dem Bundesparteitag der CDU wird auf Antrag von NRW die Sozialverträglichkeit neu definiert. Sie haben dort beschließen lassen, „es dürfe nicht zu Belastungen für den Arbeitsmarkt kommen“. Die müssen vermieden werden; Menschen kommen bei Ihnen nicht vor. Das ist Ihr Problem. Sie versuchen immer wieder, sich ein soziales Mäntelchen umzuhängen, aber in Wirklichkeit – Frau Thoben, das ist doch gerade bei Ihnen wieder deutlich geworden – waren Sie noch nie nah bei den Menschen, und Ihre Politik ist den Menschen auch nicht nah.

Herr Uhlenberg hat das vorhin an einem Beispiel verdeutlicht. Wenn Menschen sich zu Wort melden – so hat er gesagt –, nehmen Sie sie überhaupt nicht ernst. Das ist Ihre Politik, und die wird erkannt. Sie versuchen zu täuschen, und Sie werden immer neue Enttäuschungen provozieren.

Frau Ministerin, der zweiten Täuschung sind offensichtlich auch Angehörige der Regierungsfraktion erlegen. Herr Brockes, ich nehme an, Sie glauben das immer noch, was Sie am 28. September hier im Plenum gesagt haben. Sie haben damals zusammen mit der Wirtschaftsministerin festgestellt und versucht, das den Menschen vorzugaukeln, dass die bei den Steinkohlesubventionen eingesparten Mittel anderweitig in die Wirtschaft des Landes investiert werden würden. Aber ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen, die im Übrigen allen Abgeordneten bereits am 16. August dieses Jahres mit der Drucksache 14/2301 zugegangen ist, schafft hier Klarheit. Das Planungsergebnis weist aus, dass die Steinkohlesubventionen von 2006 bis 2010 um ca. 450 Millionen € zurückgefahren werden sollen. Frau Ministerin, vielleicht ist Ihnen das entgangen: Gleichzeitig wird der Gesamthaushalt Ihres Hauses von 1,003 Milliarden € im Jahr 2006 auf 445 Millionen € im Jahr 2010 mehr als halbiert.

Frau Thoben, ich kann nachvollziehen, dass der Ministerpräsident und der Finanzminister kein sehr großes Zutrauen in Ihre politische Gestal-

tungskraft und in die Ihres Hauses haben. Aber dass Sie sich immer noch hinstellen und den Menschen vorzugaukeln versuchen,

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie sind der Gaukler!)

die dort eingesparten Mittel würden in Zukunftsprojekte investiert werden, ist ein billiges Täuschungsmanöver. Dafür werden Sie von uns nicht aus der Verantwortung entlassen.

(Beifall von der SPD)

Im Haushaltsentwurf 2007 wird dies im Übrigen ebenfalls dokumentiert. Die Subventionen für die Steinkohle sinken gleich zweifach: zum einen um 8 Millionen € im Rahmen der vereinbarten Plafonds und zum anderen um zusätzliche 50 Millionen €, da der Bedarf an Absatzhilfen aufgrund der gestiegenen Weltmarktpreise sinkt. Diese knapp 60 Millionen € werden ebenfalls schlicht und einfach gestrichen. Bei den Menschen in den betroffenen Bergbauregionen kommt davon überhaupt nichts an. Frau Ministerin, auch hier gilt wieder: Sie täuschen, sie produzieren damit Enttäuschungen. Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der SPD)

Ich komme zum nächsten Thema: erneuerbare Energien. Das erste Beispiel ist die Windenergie. Die Ziele der Landesregierung hat Minister Wittke klar vorgegeben. Der schwarz-gelben Landesregierung geht es darum, unliebsame Technologie – so Herr Wittke; ich zitiere ihn – „kaputtzumachen“. Das war damals wenigstens klar und ehrlich. Nachdem diese Form von destruktiver Ehrlichkeit in der Öffentlichkeit aber nicht gut angekommen ist, hat sich die schwarz-gelbe Landesregierung wiederum auf Täuschen und Enttäuschen verlegt.

Erstens. Bei der Novelle des Windenergieerlasses geht es der Landesregierung darum, die Windenergie mit neuen bürokratischen Hürden systematisch zu behindern.

Zweitens. Frau Ministerin, Sie haben Anfang November noch einmal nachgelegt, indem Sie nach dem Stromausfall am 4. November die Windkraft völlig grundlos diffamiert und mutwillig einen Zusammenhang mit den europaweiten Stromausfällen konstruiert haben. Als Ministerin hätten Sie dagegen die Pflicht gehabt, die Sachverhalte tatsächlich aufzuklären und mögliche Imageschäden von Firmen zu vermeiden. Stattdessen – ich bleibe dabei – täuschen Sie, offensichtlich politisch motiviert, die Öffentlichkeit mit unhaltbaren Vermutungen über die Ursachen des Stromausfalls.

Drittes Beispiel: REN-Programm. Zu Recht taucht der Hinweis auf die erneuerbaren Energien auf der Internetseite des Energieministeriums unter „Zukunftsenergien“ auf. Frau Ministerin, genau hier müssten sich dann die sogenannten eingesparten Kohlemillionen finden. Auch hier die reine Enttäuschung! Wie bei der Kohle wird auch beim REN-Programm gekürzt. Die Investitionszuschüsse werden von 22 Millionen € auf 13 Millionen € zusammengestrichen.

Viertes Beispiel: Atomenergie. Hier ist plötzlich Landesgeld vorhanden, Frau Ministerin. Das immer knapper werdende Geld sparen Sie – ich habe das eben nachgewiesen – bei den heimischen Energien ein. Im Haushaltsplan für die Atomenergie findet sich allerdings neues Geld in Form von Forschungsmitteln für neue Atomkraftwerke. Vier neue Lehrstühle für Atomenergie werden eingerichtet.

(Demonstrativer Beifall von CDU und FDP)

– Ja, ich weiß, warum Sie klatschen. Das ist die Politik, die Sie betreiben: Sie versuchen, die Menschen zu täuschen, und produzieren am Ende nur Enttäuschungen.

(Zuruf von der FDP: Unsinn!)

Diese Täuschungsversuche – Sie behaupten, dabei gehe es in Wirklichkeit nur um Reaktorsicherheit – glaubt Ihnen kein Mensch. Das Ziel Ihrer Reise ist doch bekannt. Sie wollen in den Bau neuer Atomkraftwerke einsteigen. Wir lassen Ihnen diese Täuschung nicht durchgehen. Wir werden das überall deutlich machen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die schwarz-gelbe Haushaltspolitik ist, was die Energieversorgung betrifft, dadurch gekennzeichnet, dass Sie in die Vergangenheit zurückgehen. Sie sind weit weg von den Menschen.

(Zuruf von der FDP)

Sie wissen doch ganz genau, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen heimische Energie wollen, ob es sich nun um Braunkohle, Steinkohle oder auch um erneuerbare Energien handelt. Vor allem wollen sie, dass wir am Atomausstieg festhalten. Auch wollen die Menschen vernünftige Energiepreise.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Römer, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Papke. Lassen Sie die zu?

Norbert Römer (SPD): Aber bitte schön.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Kollege Römer, als ich Ihrer Philippika gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie zugehört habe, ist mir eingefallen, dass wir in den letzten Monaten klare Aussagen der IG BCE – ich glaube mich zu erinnern, dass Sie mit dieser Gewerkschaft am Rande etwas zu tun haben – zugunsten der friedlichen Nutzung der Kernenergie vernommen haben. Insbesondere der Vorsitzende dieser Gewerkschaft hat sich öffentlich mehrfach dafür ausgesprochen, die Chancen der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht einfach beiseite zu schieben.

(Beifall von der FDP)

Wie bewerten Sie derartige Äußerungen der IG BCE? Das würde mich sehr interessieren.

Norbert Römer (SPD): Ich bin Ihnen dankbar für diese Frage, Herr Kollege Papke. Ich bewerte die Aussagen des Vorsitzenden der IG BCE zur Energiepolitik in der ganzheitlichen Betrachtungsweise, die er an den Tag legt.

(Ralf Witzel [FDP]: Was heißt das denn konkret?)

Dann müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen, dass Herr Schmoldt und die übrigen Mitglieder seiner Gewerkschaft zuallererst dafür eintreten, dass wir die Energievorräte, die wir in unserem Land haben, nämlich die Braunkohle, die Steinkohle und die erneuerbaren Energien, nutzen und vor allem dafür sorgen, dass wir in Deutschland auch weiterhin Steinkohlebergbau betreiben.

(Ralf Witzel [FDP]: Sagen Sie etwas zur Sache! Beantworten Sie die Frage!)

In diesem Zusammenhang müssen Sie Herrn Schmoldt zitieren. Dann sind Sie auf der richtigen Seite. Ich fasse zusammen:

(Zurufe von der FDP)

Die schwarz-gelbe Landesregierung ergreift allenfalls – Frau Thoben, das ist das einzige, was Sie angesichts der Energiepreiserhöhung machen – eine Initiative zur Verlängerung der Strompreisaufsicht. Damit wollen Sie von den realen Aktivitäten zur Zementierung der alten Strukturen, die Sie betreiben, ablenken.

Frau Ministerin, wer die Laufzeit alter Atommeiler verlängern will, der lässt neuen Wettbewerbern in der Wirtschaft keine Chance. Wer über die Gemeindeordnung, wie Sie das anstreben, die

Stadtwerke attackiert, der drängt den einzig aufstrebenden Wettbewerber aus dem Markt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist Ihre Politik. In all diesen energiepolitischen Fragen betreiben Sie eine Politik der Täuschung und der Enttäuschung. Wir werden das überall deutlich machen. Die Menschen werden das nicht durchgehen lassen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Römer. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Weisbrich.

Christian Weisbrich^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Römer, wer so wie Sie im Glashaus sitzt, der sollte wirklich nicht mit Steinen werfen.

(Beifall von CDU und FDP)

Was Sie hier an Täuschungen – ich will es nicht im Einzelnen bewerten – geboten haben, war schon beachtlich. Ich komme darauf noch zurück.

Wenn ich das Kapitel Bergbau und Energie lese, dann erhellt es blitzartig das ganze Elend sozialdemokratischer Misswirtschaft und Klientelpolitik. Hier wird auf wenigen Seiten deutlich: Jahrzehntlang wurden die finanziellen Ressourcen des ganzen Landes vergeudet, nur um Ihr Bergbaumilieu zu gewinnen.

(Frank Sichau [SPD]: Waren Sie denn nicht dabei?)

Das war der zentrale Grund, warum 128 Milliarden € in einem schwarzen Loch verschwunden sind.

Wir brauchen heute neue Perspektiven und neue Spielräume. Um neue Perspektiven zu gewinnen, stellen wir die gesamten Aktivitäten im Bereich der Zukunftsenergien einschließlich der Energieagentur und der Landesinitiative „Zukunftsenergien“ auf den Prüfstand, aber nicht etwa, um der effizienten Energieumwandlung, der sparsamen Energieverwendung oder der Verbesserung der Wettbewerbssituation erneuerbarer Energien weniger Bedeutung beizumessen, nein, ganz im Gegenteil: Wir wollen die Energieagentur und die Landesinitiative „Zukunftsenergien“ im Außenauftritt zusammenführen und das in die Jahre gekommene REN-Programm neu strukturieren. Aber dafür brauchen wir einen gewissen Vorlauf.

Um neue Spielräume zu gewinnen, veranschlagen wir in einem ersten Schritt 50 Millionen €

Rückflüsse aus Kohlesubventionen – Sie sagten es –, weil der Bewilligungsbescheid Rückzahlungen vorsieht, wenn der Weltmarktpreis für Steinkohle auf über 46 € je Tonne gestiegen ist.

Herr Römer, so wie ich die Kohlelobby kenne, wird sie ihre Subventionen mit der gleichen Begeisterung zurückgeben wie ein Hund seinen Markknochen. Um diese Kürzungen, die für die Gestaltung der Zukunft unabdingbar sind, wird die Wirtschaftsministerin noch kämpfen müssen – kämpfen gegen Sprechklauseln und Krokodilstränen, kämpfen gegen die ganze Trickkiste der professionellen Meinungsmanipulatoren, die wir satt-sam kennen.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Römer, wenn wir heute gezwungen sind, 46 % des Energiehaushalts für die Subventionierung von nur 4 % der in Deutschland verbrauchten Primärenergie einzusetzen, dann liegt das an Verträgen, die sozialdemokratisch geführte Vorgängerregierungen als steuerfinanzierte Wahlwerbung abgeschlossen haben.

Zur Rechtfertigung dieses Schwachsinn wurden wir, gelinde gesagt, beschwindelt, dass sich die Balken biegen. Erst haben Sie gesagt: Ein lebens- und leistungsfähiger Bergbau benötige ein jährliches Fördervolumen von mindestens 30 Millionen Tonnen.

Dann ging der Anspruch runter auf 26 Millionen Tonnen, dann auf 20 Millionen Tonnen, dann auf 16 Millionen, dann auf 10 Millionen. Jetzt sollen es nur noch 6 Millionen Tonnen sein.

Erst hieß es, wir brauchen die eigene Steinkohle zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. Dann sagt die RAG plötzlich „Ätsch, ätsch!“ und verkauft ihre profitablen Auslandsgruben, um die Steag zu finanzieren, die sinnigerweise ihre Kraftwerke mit Importkohle betreiben will. Erst hieß es: Wir brauchen wenigstens einen Referenzbergbau, um die Spitzenstellung der deutschen Bergbautechnologie zu erhalten. Dann sagt die RAG wieder „Ätsch, ätsch!“ und verkauft die DBT, ihre Branchenperle, ratzfatz an einen amerikanischen Konkurrenten.

Können Sie mir einmal sagen, was man da noch glauben soll? Sie müssen doch selbst langsam an den Seifenblasen irrewerden, die Sie immer wieder in die Luft gepustet haben.

(Beifall von der CDU)

Man könnte ja meinen, Sie kämen irgendwann zur Vernunft. Aber nein, was machen Sie? Unverdrossen wie Don Quichote fordern Sie Kohlesub-

ventionen für immer – das muss man sich einmal vorstellen. Kommen Sie endlich runter von den Barrikaden, die die RAG und die IG BCE längst geräumt haben, die nur im Landtag von der SPD Nordrhein-Westfalen aufrechterhalten werden.

Hören Sie einmal auf Frau Behler! Wenn Sie den Menschen in unserem Land eine gute Zukunft geben wollen, dann reicht es nicht, gegen eine Steuerreform zu krakelen und einen Kohlesockel zu fordern. Dann müssen Sie schon mehr bieten, modern werden und sich für die Zukunft positionieren, statt in der Vergangenheit zu versacken!

(Beifall von CDU und FDP)

Helfen Sie besser mit, Kohlemilliarden für moderne Infrastruktur freizuschaukeln, für eine leistungsfähige Energieforschung und für nachhaltige Entwicklung, für Hochleistungskraftwerke, die den CO₂-Ausstoß in China und Indien mindern könnten, für die raschere Anwendungsreife der Clean-Coal-Technologie, für einen Durchbruch in der Solar-, Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnik, für die Entwicklung inhärent sicherer Kernkrafttechnik, für Transmutations- oder Fusionsforschung. Das brauchen wir, ob Sie es glauben oder nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diese Technologien liegt die Zukunft des Energielandes Nummer eins und nicht in einer volkseigenen Kohleproduktion. Kohleförderung in Deutschland, meine Damen und Herren, ist genauso sinnlos wie Tomatenzucht in Alaska.

(Beifall von der CDU)

Deshalb ist es gut, dass die Landesregierung den Auslaufprozess des Steinkohlebergbaus auf nationaler Ebene mit allen Beteiligten festlegen will. Das ist Ihre zentrale energiepolitische Aufgabe. Dabei bekennt sie sich klar zur Einhaltung bereits entstandener Rechtspflichten und zu sozialverträglicher Personalanpassung.

Angesichts der desolaten Haushaltslage, Herr Römer, die nicht wir zu vertreten haben, sondern die Sie angerichtet haben, ist das mehr als fair. Ich empfehle Ihnen deshalb, ein entsprechendes Verhandlungsergebnis nicht länger durch unsinnige Querschüsse zu gefährden.

(Beifall von der CDU)

Wir haben heute in der Zeitung gelesen, was die Bosse der Ruhrindustrie zu Ihrer Taktik sagen: Das gefährdet wirklich alles.

Das Unternehmen RAG braucht aus handelsrechtlichen Gründen verbindliche Finanzierungs-

zusagen für die Zeit nach 2008. Sonst gibt es kein Wirtschaftsprüfungstestat mehr.

Die Mitarbeiter der Bergbauparte brauchen für ihre persönliche Lebensplanung Sicherheit über eine Weiterzahlung des Anpassungsgeldes. Beides, Herr Römer, wird es bei einem Sockelbergbau, den zwei Drittel der Mitglieder dieses Hauses ablehnen, nicht geben. Darüber hinaus gefährdet ein Sockelbergbau die Arbeitsplätze von 60.000 Mitarbeitern der Degussa, der Steag und der RAG-Immobilienpartei, weil der Bund bei der Finanzierung eines Sockelbergbaus mit hoher Wahrscheinlichkeit die Verwertung dieser Unternehmensteile als Eigenbeitrag verlangen müsste, so wie es der Haftungsverbund vorsieht.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Weisbrich.

Christian Weisbrich^{*)} (CDU): Selbst eine Fortschreibung des Schröder-Plafonds auf 16 Millionen Tonnen im Jahr 2012, die Sie so vehement fordern, kann es nicht geben, weil das Geld dafür einfach nicht vorhanden ist. Denn – Herr Römer Überraschung, Überraschung! –: Die derzeitigen Plafondsmittel reichen nach Einschätzung der RAG – nicht nach unserer Einschätzung – nicht aus, um den Kapazitätsabbau auf 16 Millionen Tonnen im Jahr 2012 zu finanzieren, wie das mit Herrn Schröder vereinbart war.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Weisbrich, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Christian Weisbrich^{*)} (CDU): Um den Schröder-Plafonds nicht zu überschreiten, sieht die RAG in allen Rechenmodellen, die mir bekannt sind, einen beschleunigten Kapazitätsabbau auf 12 Millionen Tonnen im Jahr 2012 vor. Sie als IG BCE-Funktionär wissen das doch ganz genau. Ich müsste mich wundern, wenn es anders wäre.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Herr Römer, Ihr jüngstes Plädoyer für eine Beibehaltung des Förderziels von 16 Millionen Tonnen im Jahr 2012, ist schon fast unverschämt. Im Klartext heißt das nichts anderes, als dass nach dem Defizit, das die RAG aufgedeckt hat, Bund und Land ihre Subventionen bis 2012 nochmals um Milliarden aufstocken müssten. Das kann doch nicht wahr sein.

Meinen Sie ernsthaft, wir hätten das Sparopfer von Vereinen und Verbänden, von Kommunen, Mitarbeitern und Bürgern im Zuge der Haushaltskonsolidierung nur eingefordert, um damit Berg-

bausubventionen zu erhöhen? Das könnte Ihnen so passen.

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

Dazu wird es nicht kommen. Daraus wird nichts, denn wir wollen neu gewonnene Handlungsspielräume nutzen, um energietechnische Entwicklungen und Demonstrationsprojekte innovativer Energietechniken zu fördern. Wir wollen die Markteinführung entwickelter Techniken unterstützen und Wärmenutzung auf Basis innovativer Technologien vorantreiben. Wir wollen nachhaltige Energiekonzepte branchenweise entwickeln und Energieberatung, Weiterbildung und Wissenstransfer im Energiebereich durch die Energieagentur NRW unterstützen. Wir wollen die fachliche Bewertung und Begleitung von energiewirtschaftlichen Maßnahmen und Projekten verbessern, und wir wollen die Landesinitiative Zukunftsenergien weiter ausbauen.

Die Weichen dafür sind mit diesem Haushalt gestellt. Dafür werden wir kämpfen. Ich bin sicher, diesen Kampf werden wir mit einer Zweidrittelmehrheit in diesem Haus gewinnen. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dintther: Danke schön, Herr Weisbrich. – Für die Grünen spricht nun Herr Kollege Priggen.

Reiner Priggen^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Weisbrich, in Ihnen glüht bei der Debatte gelegentlich wieder das Feuer der niederrheinischen Kohle. Das ist schon begeisternd.

Ich will aber auf die beiden Stichworte eingehen, die Kollege Römer genannt hat: Politik der Täuschung und der Enttäuschung. Ich will es gleichmäßig verteilen.

Täuschung – das sage ich auch persönlich – ist für alle, die damit zu tun haben, in der Kohlefinanzierung ohne Ende enthalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gelogen worden ist bei den Zahlen über die Kosten der Kohle 2003/2004. Was uns erzählt worden ist, was die Förderung kosten sollte und was sie heute kostet, hat nichts miteinander zu tun.

Kämen endlich einmal die Zahlen klar auf den Tisch und würde ehrlich gesagt, was die Kohle wirklich kostet, dann würden wir auch anders damit umgehen. Dann wäre klar, was ein vernünftiger sozialverträglicher Ausstieg ist. Das sollte

man als Erstes machen. Dann – da hat Herr Kollege Weisbrich Recht – reden wir für 2012 höchstens noch über 12 Millionen Tonnen. Wie es aussieht, müssten wir dafür schon das ganze Geld aufwenden, das Kanzler Schröder damals auf dem Steinkohletag versprochen hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann müssten wir über den weiteren Prozess reden. Für mich ist das der entscheidende Punkt, wo immer wieder getäuscht wird, wo die Verantwortung allerdings nicht nur bei der SPD liegt. Das müssen wir ehrlicherweise sagen, Herr Weisbrich. Das ganze Regime bis 2005 ist einstimmig von allen vier Fraktionen gefahren worden.

(Edgar Moron [SPD]: Das weiß aber Herr Weisbrich nicht! Wie soll er das wissen?)

– Ja doch. Herr Moron, auch Sie wissen vieles, was hier anders dargestellt wird, gerade was die Täuschung bei der Kohle angeht.

(Beifall von den GRÜNEN – Edgar Moron [SPD]: Der Kohlekompromiss war doch 1998! – Weitere Zurufe – Glocke)

Das sollte der erste Teil vorweihnachtlicher Begeisterung beim Thema Steinkohle gewesen sein.

Seit anderthalb Jahre haben wir eine neue Landesregierung, und dieser Haushalt, der vorgelegt wird, erstreckt sich über einen Zeitplan von zweieinhalb Jahren, also der Hälfte Ihrer Regierungszeit. Da kann ich dem Kollegen Römer nur folgen. Das, was Sie an Politik außerhalb des Bereichs Steinkohle vorlegen – der ganze Rest – ist eine

(Dietmar Brockes [FDP]: Was ist denn da noch?)

– Vorsicht, hören Sie jetzt zu! – ist eine einzige Enttäuschung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da ist gerade in einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen eine Menge zu tun.

Ich will gerne ein paar Punkte ansprechen. Ich kann jeden Tag die Zeitung aufschlagen, und es gibt eine breite Debatte darüber, was von der EU kommt und was im Bereich Strom- und Gasmarkt und Wettbewerb diskutiert wird. Die Frage des Wettbewerbs im Bereich Strom- und Gasmarkt haben wir im Ausschuss intensiv diskutiert. Herr Brockes, da war es gerade die FDP, die verhindert hat – um es klar zu sagen –, dass sich dieser Landtag intensiv damit befasst, wie wir Wettbe-

werb im Strom- und Gasbereich überhaupt herstellen könnten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist die Frage: Welche Mechanismen in anderen europäischen Ländern eingesetzt worden sind? Wir lesen heute die dpa-Meldung von 12:00 Uhr, dass morgen im „Spiegel“ steht, dass laut EU-Kommission die Netze verkauft werden sollen. Es wird getrennt. Die Grenzübergangsknotenpunkte werden hergestellt. Und die EU heizt den Emissionshandel noch mal an: minus 35 % bis 2030, minus 50 % bis 2050. Das sind Prozesse, die auch auf NRW zukommen.

Wenn ich sehe, was diese neue Regierung – „neu“ kann ich eigentlich nicht mehr sagen; denn Sie sind seit anderthalb Jahre an der Regierung – mit ihrem Haushalt über die halbe Strecke ihrer Regierungszeit in der Frage Wettbewerb im Strom- und Gasbereich und auch in der Frage Klimaschutz und Emissionshandel tatsächlich für dieses Land nach vorne treibt, dann ist diese Bilanz aus meiner Sicht erschreckend.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie bewegen sich ständig mit Begeisterung in aus meiner Sicht randständigen Themen. Die Frage, was Atomwirtschaft und der vierte Reaktor in den nächsten 20 bis 30 Jahren für Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen leisten kann, ist ein sehr abseitiges Thema. Da geben Sie Geld hinein. Aber in dem entscheidenden Punkt, wo im Land an vorhandenes Know-how und an eine breit hergestellte Technik, die verkauft werden kann, angeknüpft werden kann, hört man von Ihnen überhaupt nichts. Wettbewerb ist eine Fehlannonce. Im Gegenteil – da hat Kollege Römer Recht –: Sie drohen ein Stück weit denjenigen, die als einzige im Wettbewerb im Strom- und Gasbereich gegenüber den Großen dagegenhalten. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann gut verstehen und bin mit Ihnen d'accord, wenn Sie sagen, Stadtwerke bräuchten keine Autoreparaturwerkstätten,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Stimmt nicht, wenn Sie ÖPNV machen!)

da sie dann mit dem lokalen Handwerk in Wettbewerb treten würden.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wenn Sie ÖPNV machen müssen, müssen Sie auch eine Werkstatt haben!)

– Aber dass sie in einen Wettbewerb mit einer normalen Autowerkstatt eintreten und

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Machen sie doch gar nicht!)

Kunden von draußen annehmen, das hat es ja in der Vergangenheit auch nicht gegeben. Das ist aber nicht der Punkt.

Der Punkt ist, dass wir genau wissen, dass die vier großen nur danach trachten, das, was wir noch an Wettbewerb im Strommarkt haben, wo Stadtwerke eigene Kraftwerke bauen, kaputtzukriegen. Sie legen den einen Handschellen an und fordern sie trotzdem auf: Dann besteht mal im Wettbewerb gegen Eon und RWE. – Das ist unsere Sorge.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Weisbrich [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Im gesamten Bereich Klimaschutz und Emissionshandel kommt von dieser Landesregierung nichts. Ich kann ja ehrlicherweise zugeben: Unser Klimaschutzbericht, unser Emissionsbericht war nun nicht Gold. Aber er wurde gemacht, und er ist ein Einstieg in die intensive Diskussion gewesen. Für Sie ist das alles nichts mehr. Da kommt überhaupt nichts Neues.

Sie kündigen ein Biomassekonzept an. Der Kollege Uhlenberg hat es mehrfach getan, und die Ministerin auch. Jetzt sind anderthalb Jahre vergangen. Dieses Konzept ist bis heute auch nicht im Ansatz erkennbar.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Vorsichtig, Herr Weisbrich, wenn Sie mir jetzt ankündigen, es käme im Januar/Februar. – Ich sehe auch im Haushalt nicht einen einzigen Ansatzpunkt, wie das, was Sie machen wollten, denn auch wirklich umgesetzt werden könnte.

Herr Weisbrich, ich habe mir eben Ihre Aussage mitgeschrieben, Sie unternähmen einen neuen Anlauf zum REN-Programm. Den machen Sie dann frühestens nach zweieinhalb Jahren Regierungstätigkeit. Herr Weisbrich, das finde ich ehrlich gesagt enttäuschend.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das REN-Programm ist eines der besten Programme gewesen. Sie haben jedes Recht, bestimmte Stellschrauben anders zu setzen. Das ist in Ordnung. Aber das, was früher war, dass es jährlich evaluiert wurde, dass es für das Parlament transparent war, das REN-Programm, die

Holzabsatzförderung, das ist alles weg. Das wird nicht mehr gemacht.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Wir wissen nicht, was Sie da im Detail tun. Die Anforderungen sind erheblich gestiegen. Wir aber hören immer wieder Lippenbekenntnisse, dass Sie auch für Erneuerbare wären. Aber bei der Frage, wo insbesondere die Potenziale aus dem Bereich Biomasse/Landwirtschaft geschöpft werden sollen, da kommt nie etwas Konkretes. Da gäbe es genügend Konsenspunkte, bei denen wir über alle Fraktionen hinweg etwas auf den Weg bringen könnten. Aber Sie entziehen sich dem. Es gibt nichts, wo man Sie tatsächlich packen könnte.

Bei der Energieeffizienz liegen wir weit hinter Bayern, hinter Baden-Württemberg berechnet auf die Einwohnerzahl etc. Bei uns sehen die Zahlen immer groß aus, weil wir in Nordrhein-Westfalen 18 Millionen sind. Das ist aber nicht der Punkt. Entscheidend ist: Was leisten wir hier pro Kopf? Was fließt von den Bundesmitteln rüber? Nehmen wir das als ambitioniertes Programm? Da sind wir defensiver und schlechter als die anderen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Aber nicht seit anderthalb Jahren!)

– Herr Weisbrich, ich wäre ja froh, wenn jetzt irgendwie irgendetwas ersichtlich wäre. Eine Einarbeitungsphase würde ich Ihnen ja auch zugestehen. Wenn Sie an die Regierung kommen, brauchen Sie ein halbes Jahr, brauchen Sie ein ganzes Jahr. Das ist alles in Ordnung. Aber jetzt sind anderthalb Jahre vergangen, und hier steht der Haushalt zur Debatte, der die Strecke bis Ende 2007 beschreibt. Das ist die Hälfte der Legislatur.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Ich weiß, dass Sie wenig Geld haben. Das bestreite ich gar nicht. Dann ist aber die Frage: Setze ich es intelligent ein? Der Kollege Römer hat Sie dazu aufgerufen, dann aber doch ganz ehrlich zu erklären: Unsere Priorität ist nicht Energieeffizienz, sondern die vierte Reaktorlinie in Jülich und der uralte Traum alter Männer, den THTR wieder zu beleben. Das ist die offizielle Aussage. Das wird ja auch deutlich gesagt. Wenn Sie die Taliban von der gelben Partei da nicht stoppen können; die tragen es doch in Jülich sehr offensiv nach vorne!

Sie vernachlässigen Ihre landwirtschaftliche Klientel, deren Chancen Sie in Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu dem, was in anderen Ländern geschieht, nicht richtig fördern. Das ist doch der Punkt.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Wenn der Kollege Baues aus dem Haus von Frau Thoben, den ich ja sehr schätze, sagt: „Wir wollen die Anzahl der Biogasanlagen limitieren, wir überlegen schon, das ist zu viel.“, dann schneiden Sie der Landwirtschaft genau den Weg ab, auf dem wir allmählich in Gang gekommen sind und nachholen, was Bayern, was Niedersachsen und andere schon haben. Genau diesen Weg schneiden Sie wieder ab.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ihrer eigenen Klientel schaden Sie.

Dass Sie im Rahmen der Umgestaltung der Holzabsatzförderrichtlinie keine Pelletheizung mehr fördern, leuchtet mir ein. Das würden wir auch nicht mehr tun. Wenn der Ölpreis bei 60 Cent pro Liter liegt, muss man nicht Geld für Investitionen rausschmeißen, die sowieso gemacht werden.

Aber dass dann geguckt wird, was man noch machen kann, wo man das Geld intelligenter einsetzen kann, das ist die Erwartung. Dass es im Holzbereich Notwendigkeiten gibt, Märkte zu entwickeln, dass man die Mittel nicht den Waldgrundbesitzern als Streugeld hinterherschmeißt, das müssten Sie eigentlich auch wissen. Man kann also, wenn es noch Mittel im Haushalt gibt, durchaus anders verfahren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das, was Sie in der Atompolitik machen, ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Menge an Potenzial durch die Erneuerbaren und auch in der konventionellen Kraftwerkstechnik. Das könnten und müssen wir entwickeln. Wir haben einen unglaublich hohen Forschungsbedarf, was Effizienztechnik angeht. Wenn tatsächlich die CO₂-Emissionen bis Mitte des Jahrhunderts um 50 % gesenkt werden sollen, wenn das EU-Linie wird, dann ist Nordrhein-Westfalen das Land, das am stärksten betroffen wird, gerade wenn wir jetzt Weichenstellungen vornehmen, die hier Kraftwerkstechnik für 50, 60 Jahre zementieren.

Wir beenden an einer Stelle – wir helfen dabei – richtigerweise etwas, das keine Perspektive hat. An der anderen Stelle müssen Sie gucken. Da droht doch das Damoklesschwert, wenn Sie auf die Monokultur der Kohlekraftwerke setzen. Wir sind in 30, 40 Jahren das Bundesland mit der größten Hypothek. Denn die Klimaschutzdebatte wird nicht wieder rückwärts verlaufen. Sie wird sich zuspitzen. Das kann ein bisschen schneller oder langsamer gehen, aber sie verschwindet nicht wieder von der Tagesordnung. Da sehe ich – das ist für

mich enttäuschend – keine Anzeichen, dass Sie sich vernünftig aufstellen, sondern Sie tuten dann auch noch mit in das Horn der Fraktionen, die da nicht hilfreich sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Priggen. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Einzelplan 08 des Landeshaushalts, über den wir heute beraten, eröffnen sich für das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie kaum Gestaltungsspielräume.

Verantwortlich für diese Misere zeigen sich – und dies wissen alle in diesem Haus – die unumstößlichen Zuwendungsbescheide der Jahre 2005 bis 2008, die noch bis 2009 haushaltswirksam sind. Diese Ausgaben sind nicht – wie es die SPD der Öffentlichkeit stets aufs Neue vorgaukelt – investiver, sondern rein konsumtiver Natur. Investitionen sind in die Zukunft gerichtet und schaffen Werte. Im deutschen Steinkohlenbergbau erfolgt jedoch seit Jahrzehnten Wertevernichtung in einem völlig indiskutablen Umfang.

Wir dürfen uns nicht länger an den kommenden Generationen versündigen, meine Damen und Herren, und deren Zukunft durch eine Fortschreibung der Kohlesubventionen verfrühstücken.

Deshalb sind wir im Landtagswahlkampf mit dem Versprechen angetreten, das Geld der Steuerzahler nicht mehr in tiefen Schächten zu versenken, sondern in Bildung zu investieren.

(Beifall von FDP und CDU)

Köpfe statt Steinkohle – dafür sind wir gewählt worden, und das werden wir konsequent umsetzen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, im Januar werden die entscheidenden Gespräche der Berliner Kohlerunde stattfinden. Die Position Nordrhein-Westfalens in diesen Gesprächen haben wir gemeinsam mit der CDU von Beginn an klar formuliert: Schnellstmöglicher Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau und ohne einen Ausstiegsbeschluss kein Börsengang der RAG. Dies hat bis heute Bestand, und daran wird sich auch nichts ändern.

Für die FDP-Landtagsfraktion möchte ich feststellen: Wir hätten uns bereits in diesem Jahr eine

Lösung gewünscht, die der RAG den Weg an die Börse geebnet hätte. Dass der Börsengang und damit mehrere Zehntausend Arbeitsplätze im weißen Bereich der RAG mittlerweile gefährdet sind, ist einzig und allein auf die völlig unrealistische Forderung der SPD nach einem Sockelbergbau zurückzuführen.

(Beifall von Lutz Lienenkämper [CDU])

Was haben wir von den Genossen hier in Nordrhein-Westfalen nicht alles gehört: Die Subventionen des Landes seien gut angelegtes Geld! Mit den Subventionen würden Werte im Bergbau geschaffen! Das Erreichen der Wirtschaftlichkeit sei nur eine Frage der Zeit! Und überhaupt sei alles nur halb so schlimm!

Von Herrn Römer – ich würde mich freuen, wenn Sie zuhören würden, Herr Römer – war am Montag noch zu hören, dass die Finanzierung des Sockelbergbaus allein Sache des Bundes und somit das Problem von Herrn Steinbrück sei. – Ich danke Ihnen, Herr Römer, für diese Aussage. Ich hoffe, dass jetzt auch Ihren sozialdemokratischen Kollegen in Berlin langsam einmal die Augen aufgehen, dass das, womit Sie die ganze Zeit in Berlin hausieren gehen, letzten Endes vom Bund getragen werden muss und dass das, was Sie wie Sauerbier angepriesen haben, auf der Rechnung des Bundes steht.

Seitens der SPD wird ja immer behauptet, wir seien kurz vor dem Erreichen der Wirtschaftlichkeit. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, was der Chef von ThyssenKrupp, Herr Ekkehard Schulz, dazu gesagt hat – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Die deutsche Steinkohle – und das gilt auch für Kokskohle – wird nicht zu international wettbewerbsfähigen Kosten zu gewinnen sein.“

Er sagte weiter:

„Ich kann mir kein zukünftiges Szenario vorstellen, bei dem deutsche Stein- und Kokskohle international wettbewerbsfähig gefördert werden können. Deutschland ist auf eigene Steinkohle nicht angewiesen.“

Hört, hört!

(Beifall von CDU und FDP – Norbert Römer [SPD]: Der hat sich schon einmal geirrt!)

– Herr Römer, das hat nicht irgendjemand gesagt. Das hat ein Vertreter der Altaktionäre der RAG gesagt

(Norbert Römer [SPD]: Ja, und der hat sich schon einmal geirrt!)

und zugleich ein Vertreter eines großen Unternehmens, das über viele Jahre noch auf Steinkohle angewiesen sein wird. Sie sehen, Ihre Mär wird immer weiter widerlegt. Sie sind derjenige, der die Menschen – und gerade die Kumpels – in diesem Land täuscht.

Meine Damen und Herren, Werner Müller höchstpersönlich hat Ihnen mit seiner Aussage, dass ein gesichertes Auslaufen des subventionierten Steinkohlenbergbaus und ein Börsengang Sicherheit für die Bergleute schaffen würde, eine Vorlage geliefert. Geben Sie Ihre destruktive Haltung auf und gestalten Sie mit uns die Zukunft in den Bergbauregionen!

Die Änderungsanträge der Grünen, Herr Kollege Priggen, zur Rückzahlung von Zuschüssen für den Absatz deutscher Steinkohle durch gestiegene Weltmarktpreise entsprechen aus unserer Sicht nicht den Vorstellungen von seriöser Haushaltspolitik. Sie dürfen aber auf der anderen Seite fest davon ausgehen, dass die Landesregierung jeden zu viel gezahlten Euro von der DSK zurückholen und entsprechend in den Landeshaushalt einstellen wird.

Allerdings wird unser Finanzminister gemäß den Grundsätzen eines ehrbaren Kaufmanns nicht – wie dies bei Rot-Grün in der Vergangenheit üblich war – der Versuchung erliegen, mit Geldern zu planen, die wir noch nicht haben und über deren Höhe wir derzeit noch keine seriösen Aussagen treffen können.

Dies liegt einerseits daran, dass für das Jahr 2005 der Abschluss der Abrechnungsverfahren durch das BAFA noch nicht vorliegt. Andererseits hat die in Ihrer, in der rot-grünen Regierungszeit eingeführte Sprechklausel dazu geführt, dass wir momentan noch gar nicht wissen, ob überhaupt mit einem Betrag – und wenn ja, mit welchem – zu rechnen ist.

Sollten wir allerdings eine Rückerstattung von der DSK erhalten, so werden wir dieses Geld nicht, wie Sie es wünschen, gleich wieder verfrühstücken, sondern die Mittel zur Konsolidierung des Landeshaushaltes verwenden.

Um zu verhindern, dass nachträglich am Parlament vorbei Änderungen zulasten des Landes NRW erfolgen – so wie in der Vergangenheit unter SPD und Grünen üblich; wir haben das ja bei der Sprechklausel gesehen –, haben wir Änderungen an § 24 des Haushaltsgesetzes vorgenommen. Finanzielle Verpflichtungen des Landes, die sich aus den Verhandlungen über ein Auslaufen des subventionierten Steinkohlenbergbaus und einer endgültigen Regelung der Altlastenfi-

nanzierung im kommenden Frühjahr ergeben, werden unter Vorbehalt der Zustimmung des Haushalts- und Finanz- sowie des Wirtschaftsausschusses gestellt.

(Beifall von der FDP)

Weiterhin wurde der Zustimmungsvorbehalt auf wesentliche Änderungen dieser Verpflichtung ausgeweitet. Damit haben wir die Rechte der zuständigen Parlamentarier gestärkt und gleichzeitig ein klares Zeichen Richtung Berlin geschickt.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte nun noch die Aufmerksamkeit auf ein für Nordrhein-Westfalen eminent wichtiges energiepolitisches Thema lenken. Sollte sich die EU mit ihren Plänen durchsetzen, die Ausstattung der deutschen Industrie mit CO₂-Zertifikaten von 495 Millionen t auf 453 Millionen t zu senken,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Dann geht das Abendland unter!)

so hätte dies fatale Folgen für den Industriestandort NRW.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Dann geht das Abendland unter!)

– Herr Remmel, ich kann gut verstehen, dass sie das wollen. – Die daraus resultierende Unterversorgung mit Zertifikaten würde allein in Nordrhein-Westfalen 250.000 Arbeitsplätze in der energieintensiven Chemie-, Stahl- und Aluminiumindustrie gefährden.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist doch alles nachgeplappert!)

An dieser Stelle danke ich der SPD und den Gewerkschaften, dass sie gemeinsam mit uns gegen den damit verbundenen Exodus energieintensiver Industrien aus NRW kämpfen. Sie grenzen sich dabei sehr wohltuend von den Grünen ab, die erkennbar daran arbeiten, die energie- und industriepolitischen Interessen Nordrhein-Westfalens zu verraten.

(Beifall von der FDP)

Insofern bin ich froh, dass der EU-Kommissar Piebalgs am vergangenen Donnerstag in diesem Hohen Hause, an dieser Stelle signalisiert hat, dass die EU-Kommission ihre Position noch einmal überdenkt und im Januar einen entsprechenden Bericht vorlegt.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun noch kurz auf die Kernenergie zu sprechen kommen, die ja auch eben ein Thema war. Herr Priggen, Sie – und ebenso die SPD – tun immer so, als

wäre das kein Thema für Nordrhein-Westfalen. Sie scheinen völlig zu vernachlässigen, dass wir zum einen große, wichtige Lieferanten in Nordrhein-Westfalen haben und hier zum anderen immer noch ein Schwerpunkt von Forschung und Entwicklung ist.

In diesem Zusammenhang ist interessant, was sich heute getan hat. Insofern hätte mich ich sehr gefreut, wenn auch der Kollege Horstmann an der heutigen Debatte teilnehmen würde, denn als Abgeordneter ist der Generalbevollmächtigte von EnBW ja mit dem Luxus behaftet, Rederecht in diesem Hause zu haben; leider nutzt er es an dieser Stelle nicht. EnBW hat heute eine Verlängerung der Laufzeiten für Neckarwestheim I beantragt. Dazu hätte ich gern einmal die Position vom Kollegen Horstmann gehört. Denn sein Chef hat dazu gesagt:

„Angesichts der drohenden Klimakatastrophe darf es keine Tabus mehr geben.“

Herr Priggen, wie sollen wir ohne Kernenergie das CO₂-Ziel erreichen? – Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Vizepräsident Edgar Moron: Ja, darum würde ich bitten.

Dietmar Brockes (FDP): Ich habe noch ein weiteres interessantes Zitat:

„Wir brauchen eine Modernisierung des Atomkonsenses, mit der uns durch sicherheitstechnisch flankierte längere Laufzeiten ein Zeitfenster, ein Geldfenster und ein Forschungs- und Entwicklungsfenster geöffnet wird.“

Genau das wäre notwendig. Diese Aussage stammt im Übrigen von Herrn Claassen, dem Chef von Herrn Horstmann.

Ich komme zum Schluss. Ich würde gerne noch auf die erneuerbaren Energien zu sprechen kommen. Dazu hat Herr Kollege Weisbrich schon vieles Richtige für die Koalitionsfraktionen gesagt.

In Sachen Energieeffizienz, Herr Priggen, gibt es gute Programme vom Bund. Da muss das Land nicht alles noch einmal machen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Jetzt hat Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr

geehrten Damen und Herren! Herr Römer, dass Sie sich tatsächlich hier hinstellen und jemand anderem – völlig egal wem – vorwerfen, er würde alte Strukturen zementieren, ist kaum zu glauben. Merken Sie überhaupt nicht, dass da etwas ein bisschen durcheinander ist?

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Norbert Römer [SPD])

– Nein, ich möchte das nur einmal verstehen. Sie verteidigen eine Branche – und zwar, wie ich Ihren neuesten Äußerungen entnehme, dauerhaft – gegen jede wirtschaftliche Vernunft.

Wir können heute die Kohledebatte nicht ersetzen. Aber ich möchte Ihnen noch einmal zurufen, dass wir hier eine ganz zentrale Frage für den Industriestandort Deutschland – und zwar nach mehr als 150 Jahren Industriegeschichte – diskutieren. Alle, die sich jetzt daran machen, Sachverhalte zusammenzutragen, aus denen sich ergibt, in welcher Schrittfolge und mit welchen Konsequenzen dieses geschieht, haben es zum einen wahnsinnig schwer, an die Zahlen zu kommen, und dann jemanden zu finden, der sie veröffentlicht.

Sie sagen in der öffentlichen Debatte immer, wir wären nicht nah bei den Menschen. Sprechen Sie eigentlich im Ruhrgebiet nur mit Bergleuten?

(Dietmar Brockes [FDP]: Nur mit schlechten Bergleuten!)

Haben Sie schon einmal die Frage sozialverträglicher Anpassung mit all den Menschen – einschließlich der bei Deilmann-Haniel beschäftigten, die zwar außerhalb der DSK, aber doch zu 100 % für die DSK arbeiten – besprochen? Finden Sie diese nicht? Kennen Sie die Debatte nicht, die darüber auch innerhalb der IG BCE geführt wird? Wissen Sie nicht, dass sie Haustarifverträge abzuschließen bereit sind, weil sie in einer anderen Situation als die Mitarbeiter der DSK sind?

Wenn wir darüber reden, wie nah oder fern jemand den Menschen ist, dann stellt sich mir die Frage, wie viele der Arbeitnehmer Sie denn in den Blick zu nehmen bereit sind.

(Norbert Römer [SPD]: Alle!)

Sind das nur die ganz wenigen in einer ausgesprochen privilegierten Situation? Diese haben wir gemeinsam gewollt; das bestreite ich nicht.

Aber wir suchen doch jetzt einen Weg. Eine Zeit lang habe ich geglaubt, wir wären da fast schon beieinander. Zunächst gab es ja noch nicht einmal die Bereitschaft, Ausstiegsszenarien überhaupt zu

rechnen, geschweige denn, sie zu vertreten. Damals wollte man uns auch noch diese Zahlen verweigern.

Jetzt gibt es die Szenarien und wir reden über die Schrittfolge und die Begleiterscheinungen, über das, was es kostet, und ob wir da heraus können und wollen.

(Norbert Römer [SPD]: Sie wollen heraus!)

Das ist keine Absage an die Menschen. Das wissen Sie auch genau. Und ich finde es nicht gut, wenn Sie diesen Eindruck erwecken – besonders wenn ich höre, mit welchen Argumenten Sie das tun. Ich zitiere Herrn Müntefering:

„Es wäre ein Treppenwitz, wenn wir aus der Kohle springen, wo es sich fast wieder lohnt.“

Er hat die Zahlen der DSK offenkundig auch nicht gesehen, sondern würde er nicht so reden. Es gibt überhaupt niemanden – auch nicht Institute wie das EWI, das Sie so gerne zitieren –, der eine weltweite Steinkohlepreisentwicklung voraussagt, die das, was Herr Müntefering gern hätte, auch nur annähernd bestätigt. Deshalb lassen Sie uns – ich bin gern dazu bereit, dafür auch noch weiter Geduld aufzubringen – einen ordentlichen Weg finden.

Und unterstellen Sie uns bitte nicht, wir täten alles, um die Sozialverträglichkeit zu verhindern.

(Norbert Römer [SPD]: Das ist aber Ihre Absicht!)

Haben Sie die Antwort auf die Kleine Anfrage, die die alte Landesregierung Herrn Priggen gegeben hat, nicht mehr im Kopf? Es ging dabei darum, wie die Belegschaftsentwicklung war und wo die einzelnen Beschäftigten hingegangen sind. Ist Ihnen das ganz entgangen?

Ich will doch nur wissen, ob Ihnen die Tabelle 2004 – ich stelle Ihnen auch gerne die Kleine Anfrage noch einmal zur Verfügung – nicht mehr präsent ist.

Herr Priggen – und ich glaube, auch Herr Römer – haben gesagt, alles andere, wie zum Beispiel der Windenergieerlass, sei eine Enttäuschung. Haben Sie auch diesbezüglich die Sachverhalte nicht zur Kenntnis genommen? Das Repowering ist möglich. Es kann aber natürlich nur auf Flächen stattfinden, die die Gemeinde dafür ohne Höhenbegrenzung vorgesehen hat. Diese Möglichkeit hatte die Gemeinde doch. Wollen Sie nachträglich einer Gemeinde dieses Recht entziehen? Oder wie sonst darf ich Ihre Hinweise verstehen?

Wir haben nach dem Stromausfall auch keine Messung vorgenommen oder behauptet, dass es sie gäbe. Es war immerhin die Union for the Coordination of Transmission of Electricity in Europa, die nach dem Störfall genau diese Meldung abgesetzt hat. Diese haben wir zitiert.

(Norbert Römer [SPD]: Aber Sie haben sie ungeprüft übernommen!)

– Was zitieren Sie denn alles? Sie zitieren sogar den Gesamtverband der Steinkohle!

Meine Damen und Herren, damit zur Kernenergie!

(Zuruf von der SPD: Das ist ein Übergang!)

– Entschuldigen Sie, dass ich lachen muss. Aber die Debatte führen wir einmal an anderer Stelle.

Sie haben beklagt, dass wir Lehrstühle für Kernenergieforschung an der Universität Aachen zusammen mit Jülich neu einrichten. Sind Ihnen Tausende von Arbeitsplätzen bei Turbinenherstellern völlig gleichgültig?

(Dietmar Brockes [FDP]: Total!)

– Total! Das, was ehemals KWU war und heute MAN Turbo mit völlig anderen Zulieferungen aus Nordrhein-Westfalen ist, betrifft Zigtausende Arbeitsplätze. Die scheren Sie einen Kehrriem!

(Norbert Römer [SPD]: Wann wollen Sie das erste Atomkraftwerk bauen?)

– Herr Römer, es gibt doch überhaupt keinen Antrag. Das wissen Sie so gut wie ich. Die alte Landesregierung hat wenigstens noch die Ehrlichkeit besessen zu sagen, dass sie gerne nach Finnland liefert. Und Sie tun jetzt so, als sei das Teufelszeug, wenn man die technische Entwicklung so weit vorantreibt, dass man international länger im Geschäft bleiben kann. Die meisten Länder um uns herum verhalten sich anders als wir. Das müssen wir wenigstens zur Kenntnis nehmen. Industriepolitisch wird es doch sonst immer so gerne vorgetragen. Zum Beispiel möchten wir doch, dass beispielsweise Windenergie eingesetzt wird. Wir exportieren 60 % und haben einen Weltmarktanteil von 50 %. Wir sagen doch: Es gibt Stellen auf der Erde, wo Windenergie höchst profitabel und vernünftig ist. Dort möchten wir doch gerne mit dabei sein. Was spricht dann bei einer anderen Technologie dagegen?

Dann tragen Sie vor, wir würden beim § 107 der Gemeindeordnung die Stadtwerke killen? Woher wissen Sie das? Die Energiewirtschaft ist ausdrücklich ausgenommen. Was behaupten Sie da? Das stimmt nicht. Deshalb wiederhole ich es: Ich freue mich – das sage ich hier und heute noch

einmal – über Stadtwerke, wenn sie sich zusammenschließen, um ein neues Kraftwerk zu bauen. Das ist ein zusätzlicher Anbieter, der mir sehr entgegenkommt.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich finde es wichtig, dass wir über die CO₂-Frage und wie es damit weitergehen soll, noch einmal intensiv reden.

Herr Priggen, Sie sagen, wir würden in 30, 40 Jahren leiden, wenn wir ehrgeizige Ziele nicht akzeptieren. Ich weiß nicht, was Sie glauben, wie schnell man weltweit aus der Nutzung von fossilen Brennstoffen aussteigen kann. Wenn man dann aber einen Brennstoff hat, den man wirtschaftlich erzeugen kann – ich erwähne die Braunkohle –, müssen wir mit unserem Standortvorteil ein Interesse daran haben, dass auf der Braunkohlebasis die modernste Kohletechnologie hier entwickelt, angewandt und genutzt wird.

Wenn man das will, darf man nach meiner Überzeugung – wie dies Teile der EU tun wollen – nicht schon jetzt ankündigen, dass man sich darauf einstellt, nach 2012 sei schon das CO₂-Abscheiden Realität. Damit weckt man Hoffnungen und treibt Entwicklungen, die wir gerne positiv begleiten wollen, in einem Tempo voran, was uns hier in Nordrhein-Westfalen Kraftwerkskapazitäten kostet. Das ist meine Sorge.

Deshalb müssen wir daran mitwirken, wenigstens Benchmarks zu bekommen, die sich nach Primärenergieträgern unterscheiden. Sonst werden wir nicht klimaschonend investieren, Herr Priggen. Wir könnten doch mit weitaus geringerem Aufwand – Stichwort: Joint Implementation – den Chinesen bei der Anwendung einer auch nur mittleren Steinkohle- und Braunkohletechnik helfen. Das wäre viel preiswerter und mit erheblich größerem positivem Einfluss auf das Weltklima verbunden. Also gäbe es auch dort noch eine Möglichkeit, stärker zuzukaufen, wenn man den Ländern bei der Anwendung dieser Technik hilft.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese Fragen müssen wir miteinander besprechen, statt den Eindruck zu erwecken, es ließe sich alles klein, klein erledigen.

Zum REN-Programm nur wenige Hinweise: Wir fokussieren dieses Programm neu, und es wird jährlich evaluiert. Ich kann Ihnen auch gerne vorlesen, was ab dem Jahr 2007 nicht mehr gefördert wird, zum Beispiel die Breitenförderung bei Photovoltaikanlagen, und zwar einfach deshalb, weil der Markt extrem überhitzt ist und wir nicht weiter zur Preissteigerung beitragen wollen.

Noch nicht sind wir mit dem Teil durch, der Sie besonders interessiert, nämlich dem Programmbaustein der Wärmenutzung. Der steht noch auf dem Prüfstand. Wir wollen uns das Prüfverfahren, das sehr aufwendig ist, noch einmal ansehen. Dazu hat im November ein Workshop stattgefunden. Selbstverständlich werden wir Sie auf dem Laufenden halten.

Wir strukturieren auch die vorhandenen Institutionen neu. Wir führen die Landesinitiative Zukunftsenergie und die Energieagentur zusammen. Wir glauben, dass das Synergieeffekte bringt und die Beratungsleistungen noch kompetenter vollzogen werden können.

Der Mittelansatz im REN-Programm wird sich nicht so schlimm auswirken, wie Sie es befürchten. Die Verpflichtungsermächtigungen sind in alter Höhe da. Wir sind im Rahmen der neuen Ziel-2-Förderung imstande, bestimmte Elemente, die ansonsten über REN gefördert worden sind auch darüber zu fördern.

Meine letzte Anmerkung: Herr Priggen, ich kann es mir nicht verkneifen: Ihre Änderungsanträge zum Haushalt – ich habe es gestern schon einmal gesagt und wiederhole es heute noch einmal – sind ökologisch und nachhaltig nur in dem Sinne, dass sie mit Luft umgehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung zum Teilbereich „Energie“ und eröffne die Debatte über den **Teilbereich „Landesplanung“** des Einzelplans 08.

Als erster Redner erhält Professor Bollermann von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der heutigen kurzen Aussprache zur Landesplanung geht es weniger um Finanzen; denn das Gesamtvolumen des zugehörigen Kapitels im Einzelplan 08 ist mit ca. 1 Million € vergleichsweise gering. Vielmehr möchte ich die vorgegebene Zeit nutzen, um den Fragen nachzugehen: Welche Ankündigung für den Bereich der Landesplanung hat es gegeben, und wo haben Koalition und Landesregierung getäuscht beziehungsweise enttäuscht?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Koalition ist mit zwei zentralen Ankündigungen im Bereich der Landesplanung gestartet, die inzwischen einhalb Jahre alt sind. Die erste Ankündigung war: Das noch im April 2005 vom Landtag beschlossene

ne Landesplanungsgesetz wird entsprechend novelliert. Unter anderem wurden auch noch zwei weitere Gesetze genannt, die aber in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung sind.

Die zweite Ankündigung: Der Dualismus von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan wird aufgehoben. Was ist die Bilanz nach eineinhalb Jahren?

Zunächst zur Novelle des Landesplanungsgesetzes! Da hierzu der Kollege Eiskirch schon in der Plenardebatte am 15. November das Entscheidende gesagt hat, will ich nur noch wenige wichtige Punkte nennen. Das RVR-Gesetz besteht materiell aus zwei Artikeln, die nur wenig miteinander verbindet. Das Landesplanungsgesetz soll erst nach der Kommunalwahl 2009 in Kraft treten, das RVR-Gesetz dagegen bereits in wenigen Monaten.

Meine Damen und Herren, die Landesplanung wird bei dieser Operation schlichtweg missbraucht. Die ab 2009 geänderte Regionalplanung ist der Deckmantel für die Entmachtung der Oberbürgermeister und Landräte im Ruhrgebiet. Mehr Sinn macht diese Operation nicht.

(Beifall von Thomas Eiskirch [SPD])

Das Fazit: ein Schnellschuss, der ab 2009 gelten soll. Ich kann auch feststellen: Es wird getäuscht. Enttäuschend ist, dass bisher nicht die Chance genutzt wurde, eine wirkliche Novelle des Landesplanungsgesetzes vorzunehmen; denn die Landesplanung wird bis heute in der Substanz weder von der Koalition noch von der Regierung thematisiert, obwohl es angekündigt war.

Zum Zweiten, zum Landesentwicklungsprogramm: Angekündigt war, dass der Dualismus von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan aufgehoben wird. Es gäbe sicherlich einige Punkte zu materiellen Regelungen des Landesentwicklungsprogramms, über die wir im Landtag diskutieren könnten, zum Beispiel: Welche Funktionen haben Ober-, Mittel- und Unterebenen? Wie gehen wir mit den Vorrangflächen für flächenintensive Großvorhaben um? Wie gewährleisten wir Freiraumschutz und minimieren den Flächenverbrauch?

Andere Fragen sind: Wie sichern wir landesplanerisch zukünftig die Versorgung mit Kalk, Wasser, Sand und Kies? Welche Regelungen im Landesentwicklungsprogramm sind überholt und entbehrlich? Vor dem Hintergrund, dass die Regelung seit 1989 besteht, sind gewiss einige Bestimmungen überholt, und wir können sie vergessen.

Als Letztes möchte ich noch erwähnen, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, im Rahmen von Entbürokratisierung auch Veränderungen vorzunehmen. Zu diesen Fragen hätten uns nach der Ankündigung der Zusammenfassung von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan die Vorstellungen der schwarz-gelben Landesregierung interessiert.

Aber, meine Damen und Herren, wie weit ist die Regierung nach diesen Ankündigungen eigentlich gekommen? Wir haben bisher lediglich einen Referentenentwurf zur Kenntnis erhalten, dass im Landesentwicklungsprogramm ein neuer § 24 a eingefügt werden soll. Dies ist keine inhaltliche Überraschung. Der Einzelhandelserlass wird damit auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Im Ziel stimmen wir mit Ihnen überein. Den Schutz der Innenstädte sollten und müssen wir sogar verbessern; allerdings müssen wir auch noch über Details reden.

Mein Fazit: Enttäuschung beim Landesentwicklungsprogramm, keine konzeptionelle Arbeit an diesem Programm und nach anderthalb Jahren eine Vorankündigung für ein Minigesetz, das lediglich ein, wenn auch wichtiges Detail lösen soll. Das ist offensichtlich der einzige Punkt, den Sie umsetzen wollen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende.

(Beifall von der CDU)

Ministerin Thoben täuscht mit dem Entwurf des RVR-Gesetzes. Die Landesplanung wird in diesem Deckmantelgesetz dazu missbraucht, vom eigentlichen Ziel abzulenken: Schwarz-Gelb geht es um die Entmachtung der Oberbürgermeister und Landräte. Sie enttäuscht diejenigen, denen die Landesregierung eine wirkliche Novelle des Landesplanungsgesetzes und eine Zusammenlegung von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan angekündigt hat.

Dies alles hat nichts mit moderner Landesentwicklungspolitik zu tun. Eine sachgerechte und moderne Landesplanung ist für unser hoch industrialisiertes und dicht besiedeltes Land von besonderer Bedeutung. Es sind geeignete Verfahren erforderlich, um die vorhandenen Nutzungskonflikte in einen fairen Ausgleich zu bringen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Nichts davon ist bei der bisherigen Landesplanungs- und Landesentwicklungspolitik der schwarz-gelben Regierung zu erkennen. Klarer

Befund: Täuschung und Enttäuschung nach anderthalb Jahren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Prof. Bollermann. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Schulte das Wort. Bitte schön.

Ich habe die herzliche Bitte, dass man sich etwas mehr an die vereinbarten Redezeiten hält.

(Beifall von CDU und FDP)

– Das gilt aber für alle Seiten des Hauses, damit das klar ist.

(Allgemeine Heiterkeit)

Hubert Schulte^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der letzten Beratung über das Landesplanungsgesetz und über die Landesplanung haben wir über alle Fraktionsgrenzen hinweg festgestellt, wie wichtig dieses Gesetz ist. Vom Sprecher der SPD wurde genau wie heute Eile bei der vorgesehenen Novellierung eingefordert. Herr Bollermann drängte genau wie heute auf eine schnelle Vorlage der Änderungsvorschläge. Dies zeigt aus meiner Sicht, wie sehr auch von der SPD Änderungen an diesem Gesetz eingefordert werden. Das heißt aber auch klar und deutlich: 39 Jahre lang ist die dafür erforderliche Entwicklung und Fortschreibung verpennt worden.

(Beifall von der CDU)

Gerade wegen der Wichtigkeit und der Bedeutung des Landesplanungsgesetzes können wir es uns nicht erlauben, irgendwelche Schnellschüsse vorzunehmen und uns damit entsprechende Entwicklungschancen zu verbauen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aber Sie wollen es doch sofort machen, Herr Kollege!)

– Herr Bollermann, noch einmal: Wir können nicht alles das, was ihr verpennt habt, innerhalb von anderthalb Jahren verändern.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Na, na! Landesplanung hat es auch vorher gegeben!)

Stellen Sie sich vor, wir würden die Reservegebiete für die vorhin schon angesprochenen großflächigen industriellen Nutzungen vorschnell aus dem entsprechenden Bereich herausnehmen, ein einmal ausgewiesenes Gebiet aufgeben. Glauben Sie wirklich, dass dann noch einmal die Möglichkeit bestehen würde, zu einem späteren Zeitpunkt ein solches aufgegebenes Gebiet wieder aufzunehmen, neu zu planen? Ich glaube nicht. Daher

gilt es, lieber ordentlich die Notwendigkeit zu überprüfen, abzuwägen und dann zu entscheiden. Das ist der richtige Weg.

Zukunftsfähige Gewerbeflächenpolitik zählt zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine positive Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt. In diesem Bereich gilt es, die kommunale Zusammenarbeit zu stärken. In unserem dicht besiedelten Land müssen bereits in einem frühzeitigen Planungsstadium eventuell entstehende oder bereits vorhandene Konfliktsituationen beachtet und möglichst vermieden oder beseitigt werden.

Meine Damen und Herren, in Ostwestfalen-Lippe wird in einem Modellversuch geprüft, in welchem Umfang der Bürokratieabbau erfolgen kann – ein großangelegter Versuch, der uns neue Erkenntnisse bringen soll. Ein Versuch macht aber nur dann Sinn, wenn auch die entsprechenden Ergebnisse ausgewertet und auf die Tauglichkeit für die Übertragung auf die anderen Landesteile hin überprüft werden. Unsere Wirtschaftsministerin Frau Thoben ist ein Garant dafür, dass dies in verantwortungsvoller Weise geschieht.

(Beifall von der CDU)

Sie können sich darauf verlassen, dass es mit uns keinen Gesetzentwurf geben wird, zu dem auf dem letzten Drücker, praktisch kurz vor der Verabschiedung, noch einmal mehr als 50 Änderungen eingebracht werden.

Der Gesetzentwurf für den Regionalverband Ruhr liegt vor. Es ist ein Schritt, diesem Raum eine größere Selbständigkeit zu geben und gleichzeitig eine Planung aus einem Guss zu ermöglichen. Internationale Vermarktung von Flächen, Gebietsentwicklungsplanung und weitere direkt das Ruhrgebiet betreffende Punkte werden dem RVR übertragen. Diese Aufgaben sind heute nicht mehr kleinräumig zu lösen. Kirchturmdenken passt nicht mehr in die heutige Zeit.

(Beifall von der CDU)

Wir vertrauen auf die Sach- und Ortskenntnis und das Verantwortungsbewusstsein der örtlichen Entscheidungsträger.

Der ländliche Raum wird von uns als eigenständiger Entwicklungsraum gesehen. Dieser Teil unseres Landes kann nicht als Anhängsel von Großstädten betrachtet werden.

(Beifall von der CDU)

Er hat vielfältige eigene Aufgaben und Interessen. Dementsprechend gilt es aber auch, diese zu benennen und bei der Landesplanung zu berücksichtigen.

sichtigen. Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft, Freizeitnutzung und Erholung sind Themenbereiche, die von vielen mit dem ländlichen Raum gleichgesetzt werden.

(Zuruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Im ländlichen Raum sind aber auch eigene Interessen und Entwicklungsmöglichkeiten wie für die Großstädte vorzusehen. Es heißt auch dort, Arbeitsplätze und Wohnungen zu schaffen.

Meine Damen und Herren, wir werden dem Koalitionsvertrag entsprechend die Umsetzung von europäischem Recht in Bundesrecht 1:1 vornehmen. Die noch kurz vor der Wahl im April 2005 in aller Eile beschlossenen Gesetze werden von uns novelliert.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wann?)

Das Landesplanungsgesetz wird im nächsten Jahr geändert. Am Ende des Jahres werden wir ein Landesplanungsgesetz haben, das den Aufgaben der Zukunft gerecht wird.

(Beifall von der CDU)

Wir machen Nordrhein-Westfalen wieder fit für den nationalen und internationalen Wettbewerb. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Schulte. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Priggen.

Reiner Priggen^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ermahnung des Präsidenten eingedenk, möchte ich es schnell machen.

Bezüglich des Flächenverbrauchs wissen wir alle, dass wir in Nordrhein-Westfalen im Moment täglich etwa 15 ha verlieren, also im Jahr rund 5.000 ha. Das ist in etwa die Fläche von Schwerte oder Korschenbroich. Im bundesdeutschen Maßstab liegen wir in Nordrhein-Westfalen mit 22 % Siedlungs- und Verkehrsfläche relativ weit vorne. Wenn das so weitergeht, dann haben wir bald mehr Verkehrs- und Siedlungsfläche als Wald, denn dort liegen wir bei 26 %. Dies wird auch in Sonntagsreden der CDU- und FDP-Regierung gesagt.

Es ist jedoch seit anderthalb Jahren nicht im Ansatz erkennbar, was Sie machen. Auch aus dem, was Herr Schulte gerade ausgeführt hat, ist für mich nicht ersichtlich, wohin die Reise geht. Mit dem, was Sie machen, gehen Sie sogar einige

Schritte zurück. Herr Vesper hatte klare Vorgaben gemacht, nämlich geförderter Eigenheimbau nur bei Grundstücken ab 400 m² und geförderter Mietwohnungsbau nur in der Nähe von Haltepunkten des öffentlichen Nahverkehrs. Das alles hat Herr Wittke wieder abgeräumt, und zwar gegen den Sach- und Fachverstand derjenigen, die damit zu tun haben. Sie eröffnen damit der Zersiedlung Tür und Tor, anstatt das ein Stück weit an ÖPNV und anderes zu binden. Das war keine Kostenfrage, sondern aus unserer Sicht Unfug, wenn man das mit dem Flächenverbrauch ernst nimmt.

Bezüglich des Kiesabbaus wissen Sie, dass wir im Prinzip am Niederrhein unsere Flächen ausplündern. Die Holländer machen eher eine Vorratspolitik. Wir sollten viel stärker überlegen, ob wir nicht in anderen Bereichen mehr Potentiale haben, nämlich dort, wo wir im Tagebau das Material zum Teil ungenutzt wieder in den Abraumschütten, anstatt die Flächen intensiv zu nutzen.

Ich habe mit einer gewissen Freude die Ankündigung der Ministerin zum Gesetzentwurf bezüglich des großflächigen Einzelhandels gelesen. Hierauf bin ich wirklich gespannt. Hier haben Sie unsere Unterstützung, wenn der Wildwuchs eingedämmt wird, denn das geht zulasten der Innenzentren. Was am Rande von Ostwestfalen-Lippe, in Diemelstadt passieren soll, ist aus meiner Sicht der größte Unfug, den man machen kann. Das ruiniert reihenweise die Innenstädte.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

Ich weiß gar nicht, warum die FDP das im Kabinett mitgemacht hat. Ich bin gespannt auf die Debatte, ob das so geht, was wir in der Sache unterstützen würden. Normalerweise dürfte die FDP dem nie zugestimmt haben. Entweder haben die Minister geschlafen, oder die Fraktion haben sie zurückgeholt. Gegen Ihren ordnungspolitischen Kompass muss das doch um Hunderte von Grad verstoßen. Insofern bin ich auf die Debatte gespannt. Da wir noch viel Zeit haben, darüber zu diskutieren und kurz vor Weihnachten sind, möchte ich dem Präsidenten folgen und zwei Minuten Redezeit einsparen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Priggen. Ich bin Ihnen sehr dankbar. – Herr Ellerbrock hat für die FDP das Wort. Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Prof. Bollermann, in einem Punkt gebe ich Ihnen Recht: Landesplanung

hat keinen merkantilen Stellenwert, was den Haushalt selbst angeht, aber die Wirkung kann groß sein.

„Täuschen“ und „Tarnen“ sind keine Vokabeln, die ich verwende. Wenn Sie aber der Landesregierung den Vorwurf machen, zu täuschen, dann sollten Sie bedenken, dass, wenn man mit dem Zeigefinger auf andere zeigt, drei Finger auf einen selbst zurückzeigen. Sie, die SPD, waren es, die 2001 gesagt haben: Wir führen Landesentwicklungsplanung und Landesentwicklungsprogrammgesetz zusammen. Sie haben von 2001 bis 2005, also viereinhalb Jahre, geschlafen, angekündigt und nichts getan. Nun müsste ich in Ihrer Diktion sagen: täuschen und enttäuschen. Null Aussage!

Sie sagen, die Ministerin hat zum Landesplanungsgesetz etwas angekündigt. Dass Sie als SPD die Begriffe „Änderung“ und „Landesplanungsgesetz“, ohne zu stottern, über die Lippen bringen vor dem Hintergrund, dass Sie bei der letzten Änderung des Landesplanungsgesetzes diesem Hause mehr als 50 redaktionelle Änderungen zugemutet haben, ist ein starkes Stück. Hier finde ich es besser, es lieber ein bisschen langsamer, aber dafür vernünftiger zu machen. Aber, Frau Ministerin, eingefordert ist dies; das muss auf den Tisch.

Herr Priggen hat gesagt, wir müssten uns um mehrere hundert Grad drehen. Das wäre ja ein Kreiselkompass, Herr Kollege. Der Kreiselkompass hat aber den Vorteil, dass er – kardanisch aufgehängt – auch bei Schieflagen genauen Kurs angibt. Sie haben völlig Recht: Das machen wir bei der FDP; da haben wir einen völlig klaren Kurs.

(Beifall von der FDP)

Natürlich müssen wir deutlich sagen, Frau Ministerin: Wenn wir die Innenstädte stärken wollen – auch da sind wir sogar bei Ihnen –, müssen wir schauen, ob in der Innenstadt Flächen für den großflächigen Einzelhandel tatsächlich verfügbar sind. Man muss überlegen, ob randstädtische Lagen nicht eventuell einbezogen werden können. Das ist, glaube ich, nicht ganz so einfach. Auch wenn es von der Theorie her sehr einfach wirkt, kann in der Praxis noch einiges dazwischenkommen.

Ich bin nicht derjenige, der der sektoralen Fachplanung das Wort redet. Ich glaube, dass die Landesplanung nur dann eine Berechtigung und wirkliche Steuerungswirkung hat, wenn wir es schaffen, den integrativen Ansatz nicht nur auf ministerieller Ebene zu formulieren, sondern ihn vor Ort in enger Motivation mit den Regionalräten,

die manchmal auch gegen die Landesregierung und die Bezirksregierung agieren, wirklich durchzusetzen. Es kann nicht sein, dass vor Ort gegen die landesplanerischen Zielsetzungen gehandelt wird.

Zum Bereich der Rohstoffwirtschaft. Den Bericht haben Sie vorgelegt. Schönen Dank, das ist eine gute Arbeitsgrundlage. Jetzt kommt die Umsetzung, bei der es um die Planungszeiträume von zweimal 25 Jahren oder 30 Jahren geht. Frau Ministerin, um eines bitte ich Sie eindringlich: Lassen wir die akademische Selbstbefriedigung der Diskussion über Angebots- und Bedarfsplanung usw. Es geht nur um eine Flächensicherung. Was gebraucht wird, wird gebraucht und abgebaggert. Deswegen können wir einen möglichst langfristigen Zeitraum bestimmen, indem wir hochrechnen, was in den letzten fünf bis zehn Jahren wirklich verbraucht wurde, und nicht solche akademischen Diskussionen. Die Niederländer sind da übrigens sehr viel praktischer.

Aber, Herr Kollege Priggen, ich unterstütze Ihre Forderung: Lasst uns die Ressourcen sinnvoll nutzen. Nur: Leider ist es so, dass große Teile des Braunkohlekieses nicht als Betonkies geeignet sind. dort haben wir große Chancen, auch wenn sich da gleichwohl vielleicht noch etwas machen lässt. Da sehe ich wirklich Chancen.

Herr Prof. Bollermann, Sie sprachen die Zukunftsorientierung der Landesplanung an. Das Erste, was Sie gesagt haben, ist: Oberzentren, Mittelzentren und Unterzentren. Herr Prof. Bollermann, diese Einteilung interessiert nicht einmal mehr meine tote Oma. Das war eine Einteilung aus dem Jahre 1975 – Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 –: SPD-Finanzsteuerung zentral vom Land aus für die Kommunen. Dies zeigt, dass Sie noch in einem Feldversuch der Planwirtschaft verhaftet sind.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Eieiei!)

Der planwirtschaftliche Feldversuch ist mit dem Niedergang der DDR beendet. Das interessiert keinen mehr; das wollen wir nicht. Diese Regierung ist dafür angetreten, den Kommunen Chancen zu eröffnen, sich in ein Gesamtes einbinden zu können. Aber wir wollen keine Planungskategorien wie Ober-, Mittel- und Unterzentren. Auch in der Wissenschaftstheorie interessiert das überhaupt keinen mehr. Danke schön, dass ist der Weg nach vorne zurück in die Zukunft. – Nein, nicht in die Zukunft. Der Weg in die Zukunft liegt bei Ihnen mit einer solchen Argumentation in der Vergangenheit.

Meine Damen und Herren, der nächste Punkt, den wir noch einmal ansprechen sollten, ist: Wie geht es eigentlich weiter? – Wichtig war, was der Kollege Schulte eben noch einmal dargestellt hat: Wir haben jetzt mit der Landesplanung die Chance, eine der wesentlichen Zielrichtungen dieser schwarz-gelben Koalition aufzuarbeiten und den ländlichen Raum nicht als Restfläche der Verdichtungsgebiete für Sondermülldeponien, Wasserschutzgebiete, ökologischen Ausgleichsraum usw., sondern als einen eigenständigen Lebens-, Wirtschafts- und Entwicklungsraum zu definieren.

Ihr Haus hat den Begriff Kulturlandschaft geprägt. Dazu können wir Aussagen machen. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Ich jedenfalls bin gespannt darauf, was aus Ihrem Hause kommen wird, und hoffe, dass es Ihnen gelingt, dem Parlament nicht die Zumutung aufzuerlegen, wie es die SPD mehrfach gemacht hat, mehr als 50 redaktionelle Änderungen wie beim Landesplanungsgesetz vornehmen zu müssen, weil geschlampt worden ist. Das sollten wir sein lassen.

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, frohe Weihnachten und einen Ihren Wünschen entsprechenden Jahreswechsel! – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Frau Ministerin Thoben, Sie haben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur wenige Anmerkungen: Wir haben einen Einzelhandelserlass im Kabinett verabschiedet. Das Papier ist mit vielen vorbesprochen worden. Im Moment haben die kommunalen Spitzenverbände die Gelegenheit, den Gesetzentwurf mit Anmerkungen zu versehen. Die Meldefrist läuft morgen ab. Wenn nicht sehr viel kommt, dann sind wir imstande, das im Laufe des Januar vorzulegen, damit die Einbringung in den Landtag und die Plenarberatung erfolgen können. Das zum Einzelhandel.

Bei der Rohstoffplanung sieht es so aus, dass wir einen Bericht – den haben wir auch ins Internet eingestellt – vorgelegt haben. Wir haben einige Ziele formuliert, die wir sehr bald umsetzen müssen, zum Beispiel Flächensicherung in Form von Vorranggebieten oder die Orientierung an einer Bedarfsdeckung. Dabei muss man noch überlegen, ob die Anzahl der Jahre richtig festgelegt ist beziehungsweise ob man es so machen sollte wie früher oder anders; das werden wir alles tun.

Dazu liegen uns Stellungnahmen vor, die wir derzeit auswerten. Auch der Dialog „Wirtschaft und Umwelt NRW“ arbeitet an einer gemeinsamen Position, die den Prozess der Neuordnung unserer Regularien unterstützen soll. Diese finden sich dann im neuen Landesentwicklungsplan wieder.

Was die Zusammenführung von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan angeht, so sind hier einige wichtige Anmerkungen gemacht worden. Wir sind dabei, die Präzisierung der Ziele voranzutreiben. Für den Einzelhandel haben wir es probiert, bei der Rohstoffsicherung sind wir noch dran. Im Fokus der weiteren Präzisierung stehen Gewerbeflächenkonzepte, Standorte für die Energiewirtschaft und die Definition von Kulturlandschaftsgebieten.

Wir wissen, dass viele alte Aussagen allein schon deshalb nicht mehr stimmen können, weil die demografische Entwicklung viele Dinge anders beeinflussen wird, als wir sie bisher geordnet haben. Wir sind sicher, dass wir das hinbekommen werden. Im Frühjahr nächsten Jahres – so die Planung – werden die Eckpunkte im Kabinett zu verabschieden sein, sodass wir dann, wie wir hoffen, im Frühsommer das Plenum erreichen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Wir sind damit am Schluss der Beratung zum Einzelplan 08.

Wir kommen zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 08**, erstens über die Änderungsanträge, die Ihnen in der bekannten Tischvorlage mit den laufenden Nummern 74 bis 76 vorliegen.

Ich beginne mit der laufenden Nummer 74, **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3237**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und SPD. Aha! Dann ist der Antrag mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Laufende Nummer 75, auch ein **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3238**: Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP, SPD. Der Antrag ist mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nummer 76, auch ein **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/3239**: Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Der Rest des Hauses: CDU, FDP und SPD. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den **Einzelplan 08** entsprechend der **Beschlussempfehlung 14/3008**. Wer dieser Beschlussempfehlung und damit dem Einzelplan 08 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Die Oppositionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Damit ist der Einzelplan 08 in zweiter Lesung **beschlossen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Einzelplan aufrufe, gebe ich der Präsidentin des Landtages, Frau van Dinther, das Wort.

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, da so etwas sehr selten vorkommt, möchte ich Ihnen von dieser Stelle aus mitteilen, dass unsere Vizepräsidentin Angela Freimuth gestern ihr Kind zur Welt gebracht hat.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist ein kleiner Junge: 4.100 g, 57 cm. Mutter und Kind sind gesund. Ich habe im Namen des Hauses gratuliert. – Danke schön.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Präsidentin, für diese gute Nachricht.

Wir treten jetzt wieder in das Tagesgeschäft ein und kommen zu **Einzelplan 14:**

Ministerium für Bauen und Verkehr

Hier gibt es den Teilbereich Städtebau und Wohnen sowie den Teilbereich Verkehr. Ich weise darauf hin, dass hierzu die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3014 vorliegt. Zudem gibt es Änderungsanträge von Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben die laufenden Nummern 77 bis einschließlich 87 in der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung zum **Teilbereich „Städtebau und Wohnen“**.

Die Debatte wird von der SPD-Abgeordneten Frau Ruff-Händelkes eröffnet.

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Behandlung des Haushaltsentwurfes 2007 für die Bereiche Stadtentwicklung und Bauen steht am Ende dieser beiden Plenartage. Das entspricht ganz und gar der Bedeutung, die die Landesregierung diesen bei-

den Bereichen zukommen lässt – einer sehr untergeordneten Bedeutung.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin, unterbrechen Sie Ihre Rede bitte kurz. – Ich halte es für ziemlich unhöflich von Ihnen, meine Damen und Herren im Saal, dass Sie, wenn Sie schon an der Debatte nicht teilnehmen wollen, das Ganze dann auch noch mit Ihrem Gerede begleiten.

(Allgemeiner Beifall)

Verlassen Sie doch bitte ruhig und schweigend den Sitzungssaal.

Bitte, Frau Ruff-Händelkes.

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Meine Damen und Herren, hier wird zum wiederholten Male durch die schwarz-gelbe Landesregierung weniger gestaltet, weniger investiert und immer mehr eingespart. Das trifft in allererster Linie das Landeswohnungsbauvermögen, das dazu da ist – jetzt hören Sie bitte gut zu, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen –, die Menschen in diesem Land mit adäquatem Wohnraum zu versorgen und Innovationen voranzutreiben, beispielsweise zur Energieeinsparung. Hier nagt nach jahrzehntelangem Aufbau heute nicht mehr der Zahn der Zeit, sondern die schwarz-gelbe Karies, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

So sind ab dem Jahre 2000 erstmalig die Anteile des Bundes an den Zinsrückflüssen für die Wohnungsbaudarlehen zu zahlen. Dies geschieht nicht etwa aus dem Landeshaushalt, sondern aus dem Landeswohnungsbauvermögen.

Weiter entfallen die bisher üblichen Landeszuschüsse von 25 Millionen € an das Wohnungsbauvermögen.

Die nächste Attacke auf das Landeswohnungsbauvermögen – diesen Begriff werden Sie heute Abend noch öfter hören, meine Damen und Herren – erfolgt durch die vierte Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes. Im kommenden Jahr soll der Grundstücksfonds ebenfalls in einer Höhe von rund 25 Millionen € aus den Überschüssen der Wohnungsbauförderungsanstalt finanziert werden. Diese Überschüsse gingen bisher in einen anderen Topf. Sie dürfen raten, in welchen Topf – in das Landeswohnungsbauvermögen!

Herr Minister Wittke, den Grundstücksfonds haben Sie dem Wirtschaftsministerium überlassen,

anstatt selbst zu gestalten. Wir bedauern dies sehr.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wie kein anderer Bauminister in der Geschichte Nordrhein-Westfalens lässt Minister Wittke wider besseres Wissen und entgegen der Beratung durch Verbände und Bauwirtschaft den Wohnungsbaubereich ausbluten. Wie schon beim von der Landesregierung beabsichtigten LEG-Verkauf hat nicht er, sondern das Finanzministerium das Zepter des Handelns in der Hand.

Um kurzfristige Einspareffekte zu erreichen, wird eine langfristige Politikstrategie verworfen, die Sie uns allen noch Anfang der letzten Legislaturperiode verkündet haben. Wir wissen – das wissen auch Sie, meine Damen und Herren der Regierungsfractionen –, bei Wohnungen handelt es sich um langfristige Investitionen. Die Wohnungsnachfrage schwankt im sogenannten Schweinezyklus, sodass gerade hier antizyklisches Verhalten notwendig wäre.

Die Folgen dieses Tuns sind nicht unmittelbar zu bemerken, sondern um einige Jahre zeitversetzt, sodass Sie diese wahrscheinlich gar nicht mehr in eigener Regie erleben werden, Herr Bauminister. Aber ich denke, das hat man Ihnen bereits in der Vergangenheit gesagt. Ich sage Ihnen das auch gerne: Ihre wohnungswirtschaftliche Politik – dazu werde ich gleich noch Beispiele anführen – ist sehr kurzfristig gedacht. Wir hier in Nordrhein-Westfalen brauchen aber eine langfristige Perspektive für die Menschen und auch für die Bauwirtschaft.

Jetzt aber zu Ihren Gesetzen! Das Vierte Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes ist hierfür ein ganz gutes Beispiel. Innerhalb von eineinhalb Jahren wird ein und dieselbe Rechtsmaterie nun zum vierten Mal von der Landesregierung geändert. Das zeugt von Konzeptionslosigkeit und kurzfristigem Ad-hoc-Agieren. Davon haben wir hier im Land nichts. Herr Minister, bitte nehmen Sie sich unsere Worte zu Herzen.

Jetzt kommt etwas Erfreuliches. Erfreulicher sieht es schon bei der Stadtentwicklung aus, insbesondere bei den städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen und dem Programm „Stadtumbau West“. Bewegungen in diesen Bereichen sind aber ausschließlich auf die Erhöhung der Bundesmittel durch das sozialdemokratisch geführte Fachministerium zurückzuführen. Die Landtagsfraktion der SPD hat sich für diese Erhöhung der Bundesmittel in besonderer Weise ein-

gesetzt. Ich bin froh, dass wir entsprechende Erfolge verzeichnen können.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal zum Grundstücksfonds kommen. Bei landeseigenen Grundstücken, die zurzeit von der LEG verwaltet werden, sind finanzielle Mittel nötig, um Grundstücke aufzubereiten und Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Im Bauetat aber werden keine neuen Investitionen getätigt. Woher werden also die nötigen Mittel zur EU-Kofinanzierung genommen? Sie kommen bestimmt nicht vom Finanzminister, aber sie kommen aus dem Landeswohnungsbauvermögen. Dies war bisher ein zentrales Instrument, um zukunftsweisende Wohnungspolitik in NRW verlässlich und nicht nach aktueller Kassenlage zu fördern.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Herr Minister Wittke, auch wenn Sie gleich verkünden, wie viel Geld Sie für den Wohnungsbereich ausgeben, frage ich Sie: Brauchen Sie das Landeswohnungsbauvermögen nicht? Regelt das jetzt auch der freie Markt? – Dieser Richtungswechsel ist ein entscheidender Grund, weshalb die SPD-Landtagsfraktion den Bereich Bauen und Stadtentwicklung im Haushaltsentwurf 2007 ablehnt.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie mir trotz meiner etwas rauhen Stimme geschenkt haben.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU hat jetzt Herr Kollege Sahnen das Wort.

Heinz Sahnen^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Einzelplan 14 werden Wohnungs- und Städtebau gemeinsam besprochen. Wir können in diesem Bereich sehr deutlich feststellen, dass wir die in 2006 begonnene Politik gerade im Haushalt 2007 in wesentlichen Punkten fortschreiben. Es ist wichtig, ein paar Punkte aus der Bilanz deutlich hervorzuheben.

Der erste Punkt: Wir setzen in der Förderpolitik auf Kontinuität und Verlässlichkeit. Dies geschieht im Gegensatz zu der Mär, die Sie verbreitet haben, Frau Ruff-Händelkes, wonach ein Einbruch käme. Das ist absolut nicht der Fall. Wir werden weiterhin auf einem hohen Niveau fördern. In diesem Jahr sind Darlehen in Höhe von 917 Millionen € für die Wohnungsbauförderung aus dem Wfa-Vermögen geflossen. Das ist richtig und gut so. Diese Politik wird fortgesetzt.

Zweiter Punkt: Wir wollen Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen geben. Stichwort: Demografie. – Es ist notwendig, die Altersversorgung zu ermöglichen. Dazu gehört gerade für junge Familien auch die Eigentumsbildung.

Einen anderen Punkt haben wir in diesem Jahr sehr konsequent durchsetzen können. An vier Beispielen wird deutlich, dass wir Bürokratieabbau betreiben. Das sind die richtigen Antworten. Zum Bürokratieabbau will ich die Stichworte noch einmal kurz in Erinnerung rufen.

Erstens: Wir haben die Fehlbelegungsabgabe dankenswerterweise abschaffen können. Ich denke, an dieser Stelle bekommen wir sogar von vielen Sozialdemokraten Beifall. Das ist gut so; das ist eine richtige Entscheidung.

Zweitens: Wir haben die Zweckentfremdungsverordnung zum 31. Dezember aufgehoben.

Drittens: Wir haben die Kündigungssperrfristverordnung neu geregelt.

Viertens ist in diesem Zusammenhang wichtig: Wir haben die Zahl der Genehmigungsbehörden für Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung von 88 auf 54 reduziert. Dabei legen wir in besonderer Weise jetzt den Schwerpunkt auf Kreise und kreisfreie Städte.

Wohnungsbaupolitik ist vor allem auch im Hinblick auf das zu sehen, was wir in diesem Jahr beschlossen haben. Das ist gerade im Kontext der Entscheidung der Landesregierung und der Bestätigung durch das Parlament im Hinblick auf den Verkauf der LEG der Fall. Das ist eine sicherlich ganz wichtige Maßnahme.

Wir haben richtig daran getan, sehr anspruchsvolle Sozialstandards zu formulieren. Wir sind sehr dankbar, dass Finanzminister Dr. Helmut Linssen und Bauminister Oliver Wittke eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt haben, die diesen Prozess sehr sorgfältig begleitet. Sie achtet darauf, dass die von uns festgelegten und formulierten Standards eingehalten werden. Das ist ein wichtiger Punkt.

Ich komme noch einmal zu Ihrer Mär, wir würden das Wohnungsbauvermögen abschmelzen oder sogar verhökern, wie Sie es ausgedrückt haben. Das ist absolut nicht der Fall. Ich habe schon erwähnt, dass auch in diesem Jahr 917 Millionen € abgeflossen sind. Diese Höhe an Mitteln gab es in den letzten Jahren mehr oder weniger immer. In gleicher Weise ist die Zahl der Fälle auf diesem hohen Niveau geblieben. Dadurch wird die Kontinuität auf diesem Gebiet deutlich.

Lassen Sie mich noch einmal auf den Grundstücksfonds zu sprechen kommen. Wir setzen in den Jahren 2007 und 2008 zwei Maßnahmen aus dem Zinsgewinn des Wohnungsbauvermögens für Mittel des Grundstücksfonds ein, damit eine Komplementärfinanzierung erfolgen kann. Das haben Sie richtig gesagt. Würden wir das nicht tun, müssten wir entweder das Geld aus dem Landeshaushalt nehmen oder die EU-Mittel zurückgeben. Beides wollen wir nicht. Deswegen haben wir uns für die Jahre 2007 und 2008 für diesen Weg entschieden. Wir unterstützen diesen vorgeschlagenen Weg ausdrücklich.

Zum Städtebau: Wohnungsbau und Städtebau hängen eng zusammen. Das wird in besonderer Weise deutlich, wenn wir uns das Stichwort „Soziale Stadt“ ansehen. Da wird eine Menge getan. Die Rahmenbedingungen ändern sich gerade in diesem Bereich erheblich, und es geschieht deutlich etwas. Sie haben darauf hingewiesen, dass das vom Bundesfinanzministerium kommt. Nun gut; wenn das so ist, ist das sicherlich zu begrüßen. Wir steuern aber auch aus dem eigenen Haushalt eine Menge bei. Wir haben als Land ja auch den Auftrag, diese Dinge umzusetzen.

Für uns ist es ganz wichtig, an den Punkten festzuhalten, die wir in einer gemeinsamen Sitzung in Gelsenkirchen beschlossen haben, nämlich im Bereich des Städtebaus in besonderer Weise die Innenstädte zu betonen und uns deutlich das Stichwort „Soziale Stadt“ vorzunehmen. Dazu gehören auch einschneidende Maßnahmen bis hin zum Rückbau. Vornehm heißt es „Stadtumbau West“. Konkreter könnte man von Rückbau sprechen. Etwas platter ausgedrückt handelt es sich um einen Abriss. Das ist eine notwendige Maßnahme. Wir stehen dazu. Wir sind der Auffassung, dass das in diesem Zusammenhang mit erledigt werden muss.

Insgesamt sind wir der Auffassung, dass wir gerade im Bereich des Städtebaus auf einem vernünftigen Weg sind. Ich habe die Punkte, die wir seinerzeit in Gelsenkirchen besprochen haben, schon erwähnt. Ich denke auch, dass wir durch Evaluierung des Programms von Immobilien- und Standortgemeinschaften in 21 ausgewählten Städten die gemeinsame Erkenntnis gewonnen haben, dass wir uns den Innenstädten verstärkt zuwenden müssen. Das tun wir. Ich will einfach einmal das Stichwort Kamen-Süd nennen, das aufgerufen ist. Wir werden das alsbald, wohl im kommenden Jahr, angehen – allerdings in Verbindung mit Einzelhandelserlassen und planungsrechtlichen Fragen. Wir haben uns verständigt, das gemeinsam anzugehen.

Unser ausdrücklicher Wille ist aber – das wiederhole ich an dieser Stelle –, das gemeinsam mit den Einzelhandelsverbänden, aber auch mit den Städten und Gemeinden zu tun. Wenn wir das schaffen, ist das ein richtiger Weg. Dann sind wir tatsächlich dabei, den Städten ein neues Gesicht zu geben und sie zu wirklichen Zentren zu machen, wo Lebensqualität deutlich wird, wo Menschen gut leben können, wo Kultur, Kommunikation, aber auch Handel und Dienstleistung sowie Wohnen möglich ist. Das ist unsere Zielsetzung.

Wenn wir das erreichen, sind wir auf einem guten Wege, im Bereich „Städtebau und Wohnen“ den Anspruch dieser Regierung zu erfüllen, den der Ministerpräsident häufig zitiert: Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb stimmen wir dem Entwurf von Einzelplan 14, Teilbereich „Städtebau und Wohnen“, in zweiter Lesung zu. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sahnen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Becker das Wort.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, Herr Kollege Sahnen, der Einzelplan 14 zeichnet sich eben nicht dadurch aus, dass er auf der einen Seite von wirtschaftlicher Vernunft und auf der anderen Seite von dem Gedanken sozialer Gerechtigkeit geprägt ist. Vielmehr nehme ich an, dass dieser Haushalt von dem ideologischen Grundsatz der Heuschreckenpartei geprägt ist und von einem ideologischen Grundsatz eines Ministers,

(Ralf Witzel [FDP]: Hilfe!)

der das in der Vergangenheit schon öfter bewiesen hat, nämlich dem Grundsatz „Privat vor Staat“, der aus meiner Sicht an dieser Stelle wirtschaftlich nicht vernünftig ist.

„Privat vor Staat“ – mit dieser Ideologie, Herr Minister, haben Sie auch als ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen Ihrer Stadt eine Altlast hinterlassen, die der jetzige Oberbürgermeister abräumen muss. „Gelsenkirchen saniert den Sanierer“ ist die heutige Überschrift in der „taz NRW“, mit dem die misslungene Sanierung des Hans-Sachs-Hauses jetzt mit einem PPP-Modell beendet werden soll. 20 Millionen € muss die Stadt Gelsenkirchen für die Altlasten von Oliver Wittke aufbringen. Damit stellt sich heute die Frage, was das Land zukünftig für die

vom Abbruchminister produzierten Altlasten aufbringen muss.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dieser Haushalt ist für den Bereich „Städtebau und Wohnen“ kein Haushalt für die Zukunft, sondern es ist ein Haushalt des Abbruchs. Es ist ein Haushalt mit gekürzten Investitionen. Es ist ein Haushalt, mit dem zulasten künftiger Generationen verzehrt wird. Es ist ein Haushalt des Stillstands in der Stadtentwicklung. Es ist ein Haushalt mit mehr Flächenverbrauch. Es ist ein Haushalt mit Zersiedlung und Umweltzerstörung, und vor allem ist es ein Haushalt gegen die Mieterinnen und Mieter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe bedeutet Sozialwohnungen für Reiche. Subventionsvorteile werden in diesem Land – in diesem Fall allerdings mit tatkräftiger Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion – nicht mehr abgeschöpft. Im Ergebnis fehlen der Wfa und dem Wohnungsbauvermögen des Landes insgesamt 34 Millionen € jährlich an Einnahmen. Es passt ins Bild, dass der Investitionsrahmen für die Modernisierung und den Neubau von Wohnungen um 40 Millionen € zurückgefahren wird. Die Wohnungswirtschaft braucht allerdings diese Investitionen für die Erneuerung der Wohnungsbestände, und die mittelständischen Unternehmen brauchen diese Investitionen in besonderem Maße.

Auch für die Stadtentwicklung und Stadterneuerung sind die Landesmittel in den Städten und Gemeinden in dieser Zeit zur Spardose geworden. Bereits bei der Übertragung der Städtebauförderungsmittel aus dem kommunalen Steuerverbund für den Haushalt 2006 hat es die Beratung nicht überdauert, dass die ursprüngliche Summe der Zweckzuweisungen bereits um 15 Millionen € gekürzt worden ist. Für das Jahr 2007 haben Sie mit weiteren 5 Millionen € zugeschlagen. Sie haben sich also um insgesamt 20 Millionen € von den ursprünglichen 121 Millionen € entfernt. Die Städtebauförderungsmittel als zentrale Investitionsförderungsprogramme in diesem Land sind eigentlich für diese Kürzung zu schade gewesen. Diese Mittel sind bereits allein aus den Verpflichtungen der Vorjahre verplant. Sie haben wenig Geld für neue Maßnahmen – und das vor dem Hintergrund, dass jeder eingesetzte Euro 8 € Nachfolgeinvestitionen nach sich zieht.

In diesem Zusammenhang will ich auf ein weiteres Ärgernis hinweisen. Wer die zeitlichen Abläufe in diesem Jahr gesehen hat, musste zur Kenntnis

nehmen, dass die entsprechenden Erlasse für die Städtebauförderung erst im Oktober die Bezirksregierungen erreicht haben und damit alle fünf Regionalräte ausgehebelt worden sind, ihr gesetzlich verbrieftes Recht wahrzunehmen, über diese Mittel zu beraten und eine Priorisierung vorzunehmen. Das ist besonders kritikwürdig,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

weil man weiß, dass das für das Jahr 2007 wieder genauso angelegt ist. Die Bezirksregierungen sollten die Mittel bereits bis zum 15. Dezember anmelden, ohne dass die Regionalräte – alle fünf! – darüber beraten konnten.

Das und die Anwendung im nächsten Jahr – sie wird nämlich zwingend sein durch die Zuweisung des Jährlichkeitsprinzips in die Fachetats – wird zu enormen Schwierigkeiten beim Abfluss der Städtebauförderungsmittel führen. Um es ganz deutlich zu sagen, Herr Minister Wittke: Entgegen Ihren lauten Ankündigungen, mit denen Sie den Eindruck zu erwecken versuchen, in diesem Kabinett ein Schwergewicht zu sein, glaube ich, dass Sie in Wahrheit eine der Spardosen von Herrn Linssen darstellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Unter dieser Landesregierung sind in den Städten und Gemeinden dieses Landes in diesem Bereich Investitionsausfälle in Höhe von 160 Millionen € zu verzeichnen.

In diesem Land soll neuerdings Vermögen verzehrt werden. Diesem Parlament liegt zurzeit der Entwurf zur vierten Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes vor. Der Hintergrund ist, dass aus dem Wohnungsbauvermögen des Landes – das wurde hier eben erwähnt – die Finanzierung für die Aufgaben der Projekte des Grundstücksfonds erfolgen soll.

Wer sich ein wenig damit beschäftigt hat, herauszufinden, was der wahre Hintergrund ist, weiß: Dass Sie diese Operation vornehmen müssen, ist letztlich der Tatsache geschuldet, dass Sie die LEG privatisieren wollen. Das heißt, Sie haben hier eine weitere Folgewirkung Ihrer „Privat vor Staat“-Ideologie zu verzeichnen. Sie ziehen nämlich aus dem Wohnungsbauvermögen erneut zig Millionen € heraus, weil Sie in diesem Land im nächsten Jahr die LEG privatisieren wollen.

Sie wissen, dass Sie an dieser Stelle eigentlich ein rechtliches Problem vor sich haben. Ich bin sehr gespannt, wie Sie das in den nächsten Monaten umschiffen wollen. Das werden Sie nicht durch eine einfache Gesetzesänderung hinbekommen. Ich bin mir sehr sicher, dass es noch

rechtliche Überprüfungen geben wird, und ich bin gespannt, ob Sie alle Klippen umschiffen können.

Fest steht auf jeden Fall, dass unter der Vorgängerlandesregierung ein solches Verhalten, nämlich ein solcher Verzehr des Wohnungsbauvermögens, ein Tabu war. Sie brechen dieses Tabu, obwohl die Rahmenbedingungen in diesem Land eigentlich eine aktive Wohnungspolitik des Landes und der öffentlichen Hand notwendig machen.

Meine Damen und Herren, in der Wohnungspolitik folgt diese Landesregierung – dieser Minister – nur einem Ziel: Aus ideologischen Motiven werden den Kommunen sämtliche Instrumente einer aktiven Wohnungspolitik aus der Hand geschlagen. In wenigen Tagen, zum Jahreswechsel, wird die Kündigungssperrfristverordnung abgeschafft und die Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum wird auslaufen.

Der Abbau des Schutzes der Mieterinnen und Mieter vor dem Kündigen der Wohnung dient aber einzig und allein dem Zweck, den Verkaufspreis für die LEG-Wohnungen nach oben zu treiben. Zum Zweck der Haushaltssanierung wird mehr als 300.000 Menschen in den LEG-Wohnungen eine sichere Zukunft genommen. In diesem Sinne werden mehr als 300.000 Menschen in den LEG-Wohnungen den Heuschrecken zum Fraß vorgeworfen.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Die „Heuschrecken-Liberalen“ sorgen für eine höhere Marge in der Immobilienwirtschaft. – Aber dass die CDU-Fraktion, die sich früher als Oppositionsfraktion für die Kommunalisierung der Zweckentfremdungsverordnung eingesetzt hat, jetzt davon nichts mehr wissen will, sondern bei diesem Kurs mitmacht, ist aus meiner Sicht hoch bedauerlich.

Zusammengefasst lässt sich feststellen: Die selbst ernannte Partei eines selbst ernannten Arbeiterführer, die selbst ernannte Partei der sozialen Schutzrechte macht in der Wohnungs- und in der Wohnungspolitik das Gegenteil. Sie zerschlagen jeglichen sozialen Ansatz der Wohnungspolitik in NRW. Das machen Sie mutwillig. Sie wissen, was Sie tun, und Sie setzen das alles auf den Altar der FDP. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Becker, der Staatssekretär Karl-Peter Brendel hat heute um 15 Uhr zum Schlehenspunsch eingeladen. Es waren eine Menge Kollegen, auch von den Grünen, anwesend. Vielleicht hätten auch Sie hingehen sollen. Dann wären Sie ein bisschen sachlicher und weniger angriffslustig gewesen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

– So gut kenne ich ihn nicht, Herr Remmel. Vielleicht kennen Sie ihn besser. – Herr Becker, vor dem Hintergrund Ihrer Schuldenpolitik in den vergangenen zehn Jahren hat es mich gewundert, dass Sie den Begriff „Spardose“ überhaupt kennen. Zehn Jahre lang kannten die Grünen und die SPD den Begriff „Spardose“ in keiner Weise. Ich glaube, für jeden Minister in diesem Kabinett ist es ein Lob, wenn er den Begriff „Spardose“ kennt.

Kommen wir zum eigentlichen Thema! Die Grundlagen für die Städtebau- und Wohnungspolitik haben sich in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren verändert. Der Wohnungsmarkt ist in weiten Teilen entspannt. In vielen Bereichen gibt es eine Überregulierung, und in Altbeständen gibt es zunehmend Leerstände.

Die neue Koalition von FDP und CDU hat sich deshalb auf einen Neuanfang in der Städtebau- und Wohnungspolitik für lebenswerte Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen verständigt.

(Horst Becker [GRÜNE]: Lebensmüde!)

– Herr Becker, vielleicht trinken wir nachher einen Schlehenspunsch zusammen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Seit der Landtagswahl sind bereits einige Schritte erfolgt. Die Beschränkung der Eigentumsförderung auf Grundstücke unter 400 m² wurde abgeschafft. Die Siebenjahresfrist wurde verlängert. Aufgrund des Vorschlags der Enquetekommission „Zukunft der Städte“ wurde die Fehlbelegungsabgabe überprüft und anschließend abgeschafft. Die Wohnraumförderbestimmungen werden durch die Abschaffung der Kündigungssperrfristverordnung und das Auslaufen der Zweckentfremdungsverordnung von bürokratischen Hemmnissen eindeutig befreit. Die Regelung für Gebäudeabstandsflächen haben wir in diesem Jahr per Gesetz wesentlich vereinfacht.

Im Bereich der Förderung des sozialen Wohnraums wurde die Zahl der Beratungs- und Bewilligungsstellen von 88 auf 54 reduziert. Dadurch bleiben die hohe Qualität und die Bürgernähe be-

stehen. Die Wohnungsbauförderung bleibt wie im vergangenen Jahr – und im Vergleich zu den anderen Bundesländern – auf einem äußerst hohen Niveau. Dank der Ergebnisse der Föderalismusreform konnte das Volumen sogar von 890 Millionen € auf 900 Millionen € angehoben werden.

Der Grundstücksfonds ist aus den Jahresüberschüssen der Wfa gesichert. Für die Stadterneuerung werden wir im kommenden Jahr insgesamt 114 Millionen € bereitstellen, 10 Millionen € mehr als im Jahr 2006. Die Pläne zur Veräußerung der LEG haben sich im Laufe des Jahres konkretisiert. Das ist gut für die hochverschuldete LEG und auch – aufgrund der hohen sozialen Standards – für die Mieterinnen und Mieter.

Im Gegensatz zu Rot-Grün haben wir im Haushalt keine Erlöse etatisiert. Das hat nämlich Rot-Grün im Doppelhaushalt 2004/2005 in einer Größenordnung von 108 Millionen € sehr wohl getan. Obwohl die Opposition sogar die Verkaufserlöse veranschlagt hat, versucht sie, ein Horrorszenario aufzubauen – Herr Becker hat es heute wieder versucht –, das es gar nicht gibt.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Ihr Vorgehen war und ist ausschließlich politisch motiviert. Die Verunsicherung der Mieter selbst zu Weihnachten war für Sie absolut nachrangig. Meine Damen und Herren, Sie erkennen es doch: Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen folgen Ihnen nicht.

Im nächsten Jahr liegen weitere Aufgaben vor uns: Baugesetzbuch, Rauchwarnmelder und Bits sind einige Beispiele. Und natürlich – das möchte ich hiermit mit einem Satz erwähnen – sind Bits eine Möglichkeit, um innerstädtische Zentren zu stärken.

Meine Damen und Herren, bei CDU und FDP ist die Städtebau- und Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen gut aufgehoben. Die Bürgerinnen und Bürger können sich auf diese Koalition in Nordrhein-Westfalen verlassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Landesregierung hat jetzt Minister Wittke das Wort.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ja, es ist wahr, auch der Bau- und Verkehrshaushalt trägt zur Haushaltskonsolidierung in Nordrhein-

Westfalen bei. Ich sage ganz deutlich: Ich bedaure das nicht, denn ich glaube, dass die Konsolidierung und das In-Ordnung-Bringen der Finanzen in Nordrhein-Westfalen nicht nur eine Aufgabe des Finanzminister ist, sondern dass jeder Fachbereich seinen Beitrag dazu leisten muss.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Darum nutzen wir auch bei den Erträgen des Landeswohnungsbauvermögens Spielräume, die in der Vergangenheit anders genutzt worden sind. Ja, da setzen wir andere Prioritäten. Das ist wichtig. Aber vor dem Hintergrund eines Fördervolumens auch im nächsten Jahr von über 900 Millionen € hier so zu tun, als wäre der Untergang des Abendlandes nahe, als würde soziale Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen nicht mehr stattfinden, das ist schon eine Unverschämtheit, die ihresgleichen sucht.

(Zuruf von Dieter Hilser [SPD])

Frau Ruff-Händelkes, nehmen Sie zur Kenntnis: Wir in Nordrhein-Westfalen geben im nächsten Jahr mehr für die Wohnraumförderung aus als alle anderen Bundesländer in Deutschland zusammen, als Niedersachsen, Bayern, Schleswig-Holstein, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Hamburg, wen Sie auch immer nehmen wollen! Wir in Nordrhein-Westfalen geben mehr für Wohnungsbauförderung aus. Ich finde, da ist es schon eine Frechheit, hier so zu tun, als würde da ein ganzes System zusammenbrechen.

(Beifall von der CDU)

Wahr ist aber auch: Wir gehen nicht mehr mit der Gießkanne durchs Land. Wir pfeffern das Geld nicht einfach heraus, sondern setzen Schwerpunkte, und zwar ganz bewusst, vor allem im Landeswohnungsbauvermögen. Wir nutzen es nämlich ausschließlich dafür, den demografischen Wandel in unserem Land Nordrhein-Westfalen zu begleiten, indem wir Schwerpunkte beispielsweise gegen die Stadtfucht und gegen die Zersiedlung der offenen Landschaften und des ländlichen Raumes setzen.

Wir setzen einen besonderen Schwerpunkt bei der Barrierefreiheit, weil die Gesellschaft immer älter wird. Wir setzen die Schwerpunkte auch dadurch, dass wir versuchen, insbesondere Wohnungsbaubestände aus der Nachkriegszeit und die großen Bausünden der 70er-Jahre öffentlich flankiert zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, noch eine Bemerkung zur Fehlbelegungsabgabe. Also, Herr Becker, dass das jetzt Sozialwohnungen für Reiche sein sollen: Herr Becker, ich möchte Sie einladen,

meine Heimatstadt Gelsenkirchen zu besuchen. Dann würde ich Ihnen gerne die 7.000 öffentlich geförderten Wohnungen zeigen, die dort frei stehen. Dann möchte ich gemeinsam mit Ihnen auf die Suche gehen, um die Reichen zu finden, die in diese Sozialwohnungen einziehen.

Wissen Sie, was Sie in der Vergangenheit gemacht haben? Diejenigen, die es zu einem kleinen bescheidenen Wohlstand gebracht haben, diejenigen, die wichtig sind, um eine bunte soziale Mischung in schwierigen Stadtquartieren zu erhalten, haben Sie mit der Strafsteuer Fehlbelegungsabgabe genau aus diesen Wohnquartieren herausgetrieben!

(Beifall von der CDU – Frank Sichau [SPD]:
Das stimmt nicht, das wissen Sie doch!)

Darum sage ich: Es war nicht die Abschaffung irgendeiner Abgabe, sondern es war praktizierte Sozialpolitik, was wir mit der Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe getan haben.

Noch eine Bemerkung zum Einwand von Herrn Becker, dass die Städtebauförderung erst so spät im Jahr verteilt würde! Ja, es ist wahr. Das lag daran, dass die Bundesmittel erst so spät kamen, weil der Bundeshaushalt erst im Juni verabschiedet wurde und deshalb die Mittel noch nicht eingeplant werden konnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin froh, dass wir nach wie vor 900 Millionen € für die Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stellen. Genauso froh bin ich darüber, dass insgesamt 114,2 Millionen € für die Städtebauförderung im kommenden Jahr zur Verfügung stehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Becker?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Ja, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Prima. Herr Becker, bitte.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Herr Minister, ich möchte Sie fragen: Ist es richtig, dass die Bundesmittel bereits im August den Ländern zugewiesen wurden und dass die Bezirksregierungen Ihren Erlass erst im Oktober bekommen haben mit der Folge, die ich eben beschrieben habe, dass nämlich die Regionalräte das ihnen gesetzliche zugeschriebene Recht nicht wahrnehmen konnten?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Becker, ich kann Ihnen bestätigen, dass wir Anfang kommenden Jahres, weil sowohl der Bund als auch das Land Nordrhein-Westfalen rechtzeitig ihren Haushaltsplan verabschieden, die Bezirksregierungen in die Lage versetzen werden, Bewilligungsbescheide zu erlassen.

Ich sage Ihnen auch, dass kein einziger Euro aus Städtebauförderungsmitteln im laufenden Jahr verloren gegangen ist, weil die Finanzplanung es in umfangreichem Maße ermöglicht hat, dass diese Mittel noch angewandt werden konnten. Sie wissen, dass es vorher Abschlüsse gab. Sie wissen auch, dass die Mittel von diesem Jahr in das nächste Jahr übertragbar waren, sodass jeder einzelne Euro auch tatsächlich da ankommt, wo er hingehört, nämlich bei den Kommunen. Von daher verstehe ich in der Tat die Aufregung nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, erlauben Sie eine zweite Zwischenfrage des Abgeordneten Becker?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Gerne auch noch eine dritte, wenn Sie die Zeit nicht anrechnen. Ich muss gleich allerdings zu einer Diskussion über den Flughafen nach Ratingen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, Sie können ganz beruhigt sein. Wir stoppen die Zeit jedes Mal, sodass Sie Ihre Redezeit behalten, auch wenn Sie die Frage ausführlich beantworten.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident, mit Verlaub möchte ich Sie immer wieder daran erinnern, weil Sie die Uhr gerade nicht sofort angehalten haben. Aber das spielt sich sicher ein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das haben wir bemerkt. Wir beachten alles, Herr Minister; von hier oben haben wir volle Kontrolle. – Herr Kollege Becker, Ihre Frage bitte.

Horst Becker¹⁾ (GRÜNE): Herr Minister, in Anbetracht Ihrer Antwort, die für sich sprach, möchte ich Ihnen gerne eine weitere Frage stellen. Ist es richtig, dass es möglich gewesen wäre, in der Zeit zwischen März und Mai diesen Jahres eine vorläufige Liste in den jeweiligen Regierungsbezirken mit den dortigen Regionalräten zu beraten, dass aber Ihr Haus den Bezirksregierungen signalisiert hat, dass das nicht gewünscht ist, damit die Regionalräte nicht zu früh beraten können?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Nein, ich kann nicht bestätigen, dass die Regionalräte nicht zu früh beraten sollten. Ich kann Ihnen aber sagen, dass es im Interesse der Regionalräte liegt, zuerst zu wissen, wie viel Geld überhaupt zur Verfügung steht, weil davon auch abhängt, welche Entscheidungen für Förderprojekte tatsächlich getroffen werden. Daher ist es sinnvoll, abzuwarten, bis auch der Bundeshaushalt verabschiedet ist, damit klar ist, welche Bundesmittel zur Verfügung stehen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, noch einmal zum Thema Städtebauförderung! 114,2 Millionen € stehen im nächsten Jahr zur Verfügung. Auch da gilt: nicht Gießkanne, sondern Wasser Schlauch.

Wir wollen insbesondere Schwerpunkte beim Stadtumbau West setzen. Denn es wäre komisch und wahrscheinlich ein Bruch in meiner eigenen Biografie, wenn ich das, was ich als Oberbürgermeister von Gelsenkirchen gefordert hätte, jetzt nicht auch als Städtebauminister in die Tat umsetzen würde. Ja, es ist wahr, es gibt auch Stadtumbaubedürfnisse in den Städten Nordrhein-Westfalens.

Gott sei Dank hat mittlerweile auch der Bund eingesehen, dass es Stadtumbaunotwendigkeiten nicht nur in den neuen Bundesländern gibt, sondern auch im bergischen Städtedreieck, im Siegerland oder im Ruhrgebiet. Darum ist es gut, dass der Bund in diesem Jahr mehr Mittel zur Verfügung stellen wird, als die 33 Millionen €, die im letzten Jahr zur Verfügung gestellt wurden. Wir werden dafür sorgen, dass auch ausreichend Mittel aus Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen, um diese Mittel kofinanzieren. Denn es ist wahr, die Stadtflucht hält in vielen Bereichen an, die Bevölkerung nimmt ab. Auch das ist eine Folge des demografischen Wandels. Darum muss im Bereich des Stadtumbaus West mehr getan werden.

Das Gleiche gilt für das Thema „Soziale Stadt“. Ich bin dankbar dafür, dass der Bund der Verlautbarung nach mehr Mittel im kommenden Jahr zur Verfügung stellen wird, und auch da werden wir dafür sorgen, dass jeder Euro, der aus dem Bund tatsächlich angekündigt wird, hier in Nordrhein-Westfalen verbaut wird, hier in Nordrhein-Westfalen zum Einsatz kommt. Wir werden unsere eigenen Mittel aus Nordrhein-Westfalen dazu verwenden, diese Bundesmittel kofinanzieren.

Ich will auf ein Projekt ganz besonders hinweisen, weil wir dieses Instrument weiter ausbauen wollen und weil es mir ganz besonders gut gefällt. Denn

es enthält ein Element, das unsere Politik in Nordrhein-Westfalen widerspiegelt. Das ist das Programm „Initiative ergreifen“.

Ich glaube, wenn wir allein mit öffentlichen Mitteln versuchen, Stadtumbau oder „Soziale Stadt“ zu verwirklichen, wenn wir allein versuchen, mit kommunalen, mit Landes- und Bundesmitteln Städtebauförderung zu betreiben, dann ist das zu kurz gesprungen. Ich glaube, dass wir viel mehr Private – mit Privaten meine ich jetzt nicht nur Unternehmen, nicht nur Immobilienbesitzer oder Einzelhändler oder andere wirtschaftliche Tätige, sondern damit meine ich auch die Bürgerinnen und Bürger – an solchen Programmen beteiligen müssen.

Wir müssen sie beteiligen an der Erstellung von Konzepten – das ist das eine –, wir müssen sie aber auch beteiligen an den Aufwendungen, die für solche Programme betrieben werden müssen. Das muss nicht immer in Euro und Cent geschehen, sondern das kann wie beispielsweise beim Programm „Initiative ergreifen“ auch durch Muskelhypothek geschehen.

Ich freue mich darüber, dass das Programm „Initiative ergreifen“ großen Zuspruch im Land gefunden hat und dass viele Bürgerinitiativen, viele unterschiedliche Institutionen die Möglichkeit ergriffen haben, nicht nur mit öffentlichem Geld, sondern auch mit eigener Anstrengung einen Beitrag zum Städtebau und zum Wandel in unseren Städten zu betreiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss noch eine Bemerkung zum Grundstücksfonds. Jawohl, der Grundstücksfonds ist wichtig, und er wird auch künftig Aufgaben haben. Das ist auch der Grund, warum bei der Veräußerungsabsicht der Landesentwicklungsgesellschaft der Grundstücksfonds vorher abgetrennt worden ist. Dann ist es auch notwendig und richtig, dass man sagt, wie man die Kofinanzierung der europäischen Mittel sicherstellen will und wie ein Grundstücksfonds ausfinanziert werden soll. Wenn dann beispielsweise Überschüsse aus dem Landeswohnungsbauvermögen dazu genutzt werden, ist das eine vernünftige Verwendung von Wohnungsbauförderungsmitteln, nämlich aus dem Überschuss des Landeswohnungsbauvermögens, weil es ganz entscheidend auf das Wohnumfeld ankommt und weil eine Aufwertungsmaßnahme einer alten Branche natürlich ein Beitrag dazu ist, Wohnqualität in einer Stadt zu verbessern. Darum sehe ich da einen sachlichen Zusammenhang, und darum ist es vernünftig, die Überschüsse dafür zu verwenden.

Noch einmal zu Protokoll gegeben: Tatsächlich wird damit das Landeswohnungsbauvermögen nicht angerührt. Es ist noch nicht einmal von einer solchen Vorgehensweise berührt, sondern der Ertrag des Landeswohnungsbauvermögens wird lediglich anders verwandt, als Sie es in der Vergangenheit gemacht haben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Es liegen zum Teilbereich „Städtebau und Wohnen“ des Einzelplans 14 keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Deshalb komme ich jetzt zum **Teilbereich „Verkehr“**.

Hierzu hat als Erster der Kollege Jung von der Fraktion der SPD das Wort.

Reinhard Jung^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Zu dieser fortgeschrittenen vorweihnachtlichen Stunde sollte eigentlich schon der Weihnachtsfrieden wirken. Das wäre wünschenswert.

Leider steht gerade jetzt der Verkehrsetat 2007 zur Debatte. Die einzige vorweihnachtliche Assoziation zu diesem Verkehrsetat der Landesregierung ist die Vorstellung eines Wunschzettels, Herr Minister Wittke.

Meine Damen und Herren, leider spiegeln sich in diesem Haushaltsentwurf nicht die Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft in unserem Lande wider, sondern vielmehr die Einsparwünsche des Finanzministers. Der Verkehrsbereich hat im Rahmen der Arbeit der Landesregierung erheblich an Bedeutung verloren.

(Beifall von der SPD)

Wie in einem Steinbruch werden im Verkehrsetat Finanzmittel herausgebrochen, und dem immer Weniger an Finanzmitteln steht ein immer Mehr an Ankündigungen des Ministers gegenüber. Auch hier kann man in trefflicher Weise feststellen: eine Regierung der Täuschung und Enttäuschung.

(Beifall von der SPD)

Dafür folgende Beispiele:

Erstens. Die von der CDU/SPD-Regierung im Bund vereinbarten Kürzungen der Regionalisierungsmittel werden nicht wie in anderen auch in CDU-geführten Ländern durch eigene Landesmit-

tel kompensiert – dafür hätte man zum Beispiel die erheblichen Steuermehreinnahmen verwenden können –, sondern gnadenlos an die Verkehrsunternehmen und die Verkehrsverbände weitergegeben. Gleichzeitig wurde vor der Sommerpause 2006 ein intelligentes Sparen durch eine fundamentale Struktur- und Finanzreform des öffentlichen Personennahverkehrs angekündigt. Selbst sieben Monate später liegt außer diesen Ankündigungen dem Parlament nichts vor.

Zweitens. Die Mittel für Sicherheit und Service im öffentlichen Personennahverkehr werden im Verkehrsetat halbiert, also genau in einem Bereich, der mehr anstatt weniger Aufmerksamkeit benötigt.

Zwei Bombenattentatversuchen im nordrhein-westfälischen ÖPNV, Pendlerprotesten und chronischen Verspätungen auf der Schiene begegnet diese Landesregierung mit massiven Mittelkürzungen.

Drittens. Das in der Vergangenheit erfolgreiche Vorgehen, mehr Güter weg von der Straße auf die Schiene zu bringen, wird durch radikale Mittelkürzungen bei den NE-Bahnen und Gleisanschlussprogrammen beendet. Dabei ist es doch gerade die FDP, Herr Rasche, die auf der Schiene stets mehr Wettbewerb angekündigt hat.

Viertens. In dem von Ministerpräsident Rüttgers angekündigten Jahr des Kindes werden die Schülerbeförderungskosten um über 49 Millionen € gekürzt. Gleichzeitig wird ein Schulgesetz verabschiedet, welches durch die Aufhebung von Schulamtsbezirken mehr anstatt weniger Mobilität von Schülerinnen und Schülern erfordert.

(Beifall von der SPD)

Dieser Einschnitt in die Schülerbeförderungskosten betrifft originär eigene Landesmittel, die vor allem im ländlichen Bereich die Grundvoraussetzung für ein öffentliches Verkehrsangebot sind. Bei dem Fingerzeig von Verkehrsminister Wittke auf den Bund im Rahmen der von ihm gern besuchten Protestveranstaltung in der ersten Jahreshälfte zeigen, Herr Minister, immer noch drei eingeknickte Finger auf Sie selbst zurück. Diese drei Finger meinen vor allem die Schüler und das öffentliche Verkehrsangebot, insbesondere im ländlichen Raum, sowie die Verkehrsunternehmen. Alle werden unter diesem Sparvorschlag erheblich zu leiden haben.

Fünftens. Im Landesstraßenbau geht es drunter und drüber. Im CDU-Wahlprogramm – heute noch nachlesbar – wird ein Sonderprogramm Verkehrsinfrastruktur 2010 angekündigt. Die FDP-Fraktion

hat zu ihren Oppositionszeiten für die Jahre 2004 und 2005 Ansatzserhöhungen um über 167 Millionen € für den Landesstraßenbau beantragt. Davon will keine der Koalitionsfraktionen und erst recht nicht diese Landesregierung heute noch irgendetwas wissen.

Vielmehr ist man stolz, den damaligen rot-grünen Straßenbauansatz beibehalten zu können. Und selbst das ist nicht ehrlich. Zum einen werden pressewirksame Sonderprogramme, wie das zur Behebung von Winterschäden im Frühjahr, in diesem Jahr nicht mit neuen Mitteln versehen, sondern aus ein und demselben Topf gefüttert, und zum anderen wird mit der Verkehrsplanung und hier insbesondere mit den Bedarfplänen den Menschen im Land Sand in die Augen gestreut. Immer mehr Maßnahmen finden durch die Fortschreibung der Bedarfspläne dort Berücksichtigung, ohne dass deren Finanzierung auch nur ansatzweise entsprechend fortgeschrieben würde.

Die integrierte Gesamtverkehrsplanung für Nordrhein-Westfalen enthält einen ganzen Maßnahmenkatalog im Bereich Unterhaltung und Instandsetzung, deren Finanzierung völlig ungeklärt ist. Der mit dem vorliegenden Verkehrsetat zu verabschiedende Entwurf des Landesstraßenbauprogramms 2007 enthält 56 Maßnahmen, von denen neun Maßnahmen für das kommende Jahr einen Nullansatz haben, für die also im Jahr 2007 gar keine Mittel vorgesehen sind, und sage und schreibe 29 Maßnahmen einen Mittelansatz von oftmals weit unter 1 Million €. Das heißt, bei über der Hälfte der Maßnahmen im Landesstraßenbauprogramm 2007 wird im Jahr 2007 nichts passieren. Die Aufnahme von Maßnahmen in dieses Bauprogramm ist somit rein symbolischer Natur.

Sechstens. Die Kürzungen im Bereich der Verkehrssicherheit im Haushaltsjahr 2006 werden glücklicherweise im vorliegenden Haushaltsentwurf 2007 wieder rückgängig gemacht, sodass dem SPD-Änderungsantrag vom März diesen Jahres nunmehr in vollem Umfang entsprochen wird, obwohl er damals von den Regierungskoalitionen abgelehnt worden ist.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend lässt sich sagen: Im Verkehrsbereich gibt es auch 2007 nichts Neues, außer vielen Versprechungen. Dort, wo sich im Straßenbau in NRW tatsächlich etwas bewegt – und dies gilt auch für die Bonuszahlungen bei schneller Auftragserledigung im Rahmen des Baustellenmanagements –, handelt es sich um Bundesmittel, die sich seit der SPD-Regierungsverantwortung im Bund für NRW Jahr um Jahr erhöht haben.

Meine Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion lehnt daher den Verkehrsetat mit folgendem Kommentar ab: Wohl dem, der an den Weihnachtsmann glaubt, aber auch er wird an seinen Taten gemessen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Jung. – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Schulte das Wort.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, der Kollege Jung hat sich in der Wiedervorlage vertan. Das war nicht das Jahr 2006. Es war das Jahr 2003, als Sie Forderungen im Rahmen der Verhandlungen des „Düsseldorfer Signals“ gegen Ihren damaligen Koalitionspartner vorgebracht haben. Sie sind damals genauso gescheitert, wie Sie heute mit Ihren Argumenten scheitern werden.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Koalition der Erneuerung hat seit ihrem Amtsantritt im Jahre 2005 nicht nur für eine Weichenstellung hinsichtlich des grundlegenden Wandels in der Verkehrspolitik gesorgt, sondern sie hat auch den ideologisch begründeten Vorrang einzelner Verkehrsträger abgebaut. Sie hat es außerdem geschafft, dass insbesondere Planungsrecht für wichtige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen geschaffen wurde.

Im letzten Jahr Ihrer rot-grünen Regierungsverantwortung 2004 haben Sie es sage und schreibe geschafft – ich betone – einen ganzen Planfeststellungsbeschluss auf den Weg zu bringen. 2005, als wir die Verantwortung schon für ein halbes Jahr übernommen hatten, waren es bereits fünf Planfeststellungsbeschlüsse, und im Jahr 2006 sind es 14. Das bedeutet, dass insbesondere Geld aus dem Bundeshaushalt wieder in Nordrhein-Westfalen verbaut werden kann, also nicht mehr in andere Bundesländer fließt, und dass darüber hinaus sogar Geld aus anderen Bundesländern nach Nordrhein-Westfalen gezogen werden kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist die Aufhebung der rot-grünen Blockade in der Verkehrspolitik und ein Neubeginn für eine Investitionstätigkeit zur Verbesserung und Erneuerung unserer Verkehrsinfrastruktur.

Meine Damen und Herren, wir haben eine ganze Reihe von Vorhaben innerhalb kürzester Zeit auf den Weg gebracht. Wir haben die integrierte Gesamtverkehrsplanung nach Ihren Vorgaben, nach Ihrem Gesetz beschlossen. Und wir haben es – nach intensivem Dialog mit den Regionalräten – geschafft, die integrierte Gesamtverkehrsplanung in einem Gesetzentwurf für ein Landesstraßenbedarfsplan umzusetzen, der rechtzeitig vor der SUP auf europäischer Ebene in die Diskussion eingebracht wurde und der es erreicht, dass es erstmals seit 13 Jahren in Nordrhein-Westfalen wieder einen Landesstraßenbedarfsplan gibt. Sie haben das in 13 Jahren nicht geschafft. Sie wussten genau: Wenn Sie diesen Versuch unternommen hätten, hätte das die rot-grüne Koalition zum Platzen und zum Scheitern gebracht, weil Sie diesen Kompromiss nicht erreichen konnten.

(Beifall von CDU und FDP – Johannes Remmel [GRÜNE]: Dummes Zeug ist das!)

Auch vor dem Hintergrund unserer Finanzlage bleibt der Landesstraßenbau in 2007 von pauschalen Kürzungen ausgeschlossen. Für den Neubau und für die Unterhaltung stehen rund 134 Millionen € zur Verfügung. Neben der Ausfinanzierung bereits begonnener Maßnahmen bedarf es einer besonderen Strategie für die Finanzierung notwendiger Unterhaltungsmaßnahmen. Erstmals werden in 2007 die Unterhaltungsmaßnahmen gegenüber den Maßnahmen für Neubau und Ergänzung von Landesstraßen das Übergewicht haben, weil es darauf ankommen wird, Substanz zu sichern und zu erhalten.

Wir haben des Weiteren Eckpunkte für das Gerüst der künftigen Struktur und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs dargestellt. Wir sind derzeit im intensiven Gespräch mit den kommunalen Aufgabenträgern und werden 2007 so rechtzeitig einen Gesetzentwurf in das parlamentarische Verfahren einbringen, dass auch unter Berücksichtigung kommunaler Vorarbeiten ein Inkrafttreten zum 1. Januar 2008 unproblematisch möglich ist.

Auf die ÖPNV-Aufgabenträger kommen bis 2010 keine weiteren Kürzungen der Landesmittel zu. Das schafft Planungssicherheit. Aber – und das sage ich ganz deutlich – NRW wird keine Haushaltsmittel zur Kompensation von Kürzungen der Regionalisierungsmittel des Bundes für den SPNV aufbringen. Eine solche Kompensation würde dem Ziel weiterer Ausschreibungen von Verkehrsleistungen widersprechen und ordnungspolitisch nicht mit dem grundgesetzlichen Finanzierungssystem des SPNV vereinbar sein, das 1994 von allen Parteien im Deutschen Bundestag einvernehmlich im Grundgesetz festgeschrieben wurde.

Der Rhein-Ruhr-Express hat in dieser Woche für besondere Akzente gesorgt. Die Vereinbarung zwischen Bund, Land und DB konnte unterzeichnet werden. Damit wurde erreicht, dass schon in den nächsten Monaten 20 Millionen € für die Planung des RRX nach Nordrhein-Westfalen fließen werden. Der RRX ist das neue Premiumprodukt des Nahverkehrs in NRW. Wir werden dafür Sorge tragen, dass es behutsam in das Netz des öffentlichen Nahverkehrs in Nordrhein-Westfalen eingegliedert wird. Ich denke, dass wir demnächst im Ausschuss für Bauen und Verkehr die Möglichkeit haben werden, für dieses wichtige Infrastrukturprojekt ein gemeinsames Vorgehen aller Fraktionen in diesem Hause zu finden.

Wir sind froh darüber, dass es uns gelungen ist, die Position NRW in Berlin für das künftige Konzept der Deutschen Bahn AG durchzusetzen. Die Weichen für die Kapitalprivatisierung sind gestellt. Des Weiteren berücksichtigt der Haushaltsplanentwurf 2007 die Veränderungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes. Im Rahmen der Föderalismusreform erhält Nordrhein-Westfalen bis 2013 Kompensationsmittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Kommunen nach dem bisherigen Schlüssel. Bis 2019 werden diese Mittel unter Wegfall der Zweckbindung schrittweise reduziert. Den damit verbundenen Herausforderungen werden wir uns zu stellen haben.

Der Logistikstandort NRW wird nur dann international konkurrenz- und wettbewerbsfähig bleiben, wenn über die Betuwe-Linie und den Eisernen Rhein die Anbindung der großen Häfen in Rotterdam und Antwerpen erfolgen wird. Auch im nächsten Jahr werden wir erste konkrete Ansätze für die Realisierung beider Vorhaben in Angriff nehmen können.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Einzelplan 14 ist eine gelungene Mischung aus Konsolidierung und Erschließung und Eröffnung neuer Chancen. Wir wissen, dass auch der Verkehrsbereich Beiträge zur Konsolidierung der Finanzen in diesem Lande erbringen muss. Dafür haben Sie in den letzten Jahren diesen Verkehrs-etat schon sehr stark heruntergefahren. Wir werden alles tun, um ihn auf das notwendige Maß zurückzuführen. Wir werden die neuen Chancen nutzen, um mit den Mitteln so intelligent arbeiten zu können, dass wir sowohl auf der Straße und in der Luft als auch auf den anderen Verkehrsträgern zu neuen Systemen und Herausforderungen finden. In diesem Sinne stimmen wir dem Haushalt zu und wären froh, wenn Sie auch dabei wären, diese Chance zu nutzen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schulte. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Becker das Wort.

Horst Becker⁷⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was macht ein Verkehrsmi-nister mit kleinen Leistungen, um in die Presse zu kommen? Er macht einen schädlichen und überflüssigen Modellversuch mit Riesen-Lkws.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Pfui!)

Dieses Vorgehen ist Methode: Ankündigungen statt Lösungen, Dauerstau auf den Straßen statt intelligente Mobilität für alle! Mit dieser Landesregierung wird das Bahnland Nr. 1 in die verkehrspolitische Vergangenheit zurückkatapultiert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Mit dem Modell der Straßenvorrangpolitik kehren wir in die Politik der 70er-Jahre zurück. Klimakatastrophe und die Herausforderungen des demografischen Wandels sind bei diesem Verkehrsmi-nister offensichtlich noch nicht angekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Land Nordrhein-Westfalen gibt die Kürzung der Regionalisierungsmittel mit 87,2 Millionen € vollständig an die Zweckverbände, die Verkehrsunternehmen und die kommunalen Aufgabenträger weiter. Eine zumindest teilweise Kompensation aus den Straßenbaumitteln oder den Mehreinnahmen zum Beispiel der Mehrwertsteuer ist nicht vorgesehen.

Herr Kollege Schulte, die CDU-regierten Länder Hessen und Schleswig-Holstein handeln anders. Das zeigt: Es wäre gegangen, die Kürzungen der Regionalisierungsmittel mit eigenen Landesmitteln, insbesondere aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer, auszugleichen.

Die grüne Landtagsfraktion hat im Verlauf der Haushaltsberatungen beantragt, die Kürzungen der Regionalisierungsmittel aus dem Landshaushalt auszugleichen. Wir werden das heute erneut beantragen. Im Ausschuss hat das neben der CDU und der FDP auch die SPD abgelehnt – mit, wie ich meine, etwas fragwürdigen Begründungen, nämlich mit dem Hinweis, die Gegenfinanzierung könne ja eventuell auch aus Einsparungen bei der Steinkohle kommen. Ich bin gespannt. Nach dem, was ich heute gehört habe, kritisieren Sie exakt das Gleiche in diesem Bereich wie wir. Ich würde mich freuen, wenn sie unseren Anträgen zustimmen.

Am stärksten betroffen ist die Infrastrukturförderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die öffentlichen Verkehrsunternehmen in NRW müssen mit 57,3 Millionen € weniger als geplant auskommen. Das bedeutet eine Kürzung von ca. 30 % im Vergleich zu dem ursprünglich vorgesehenen Betrag. Es muss daran erinnert werden, dass Sie, Herr Minister Wittke, bereits im Juni 2006 einen landesweiten Planungsstopp für insgesamt 16 Schienenausbauvorhaben erlassen haben. Dies bedeutet einen Investitionsstillstand für Bahnen und Busse in NRW.

Der Schienenpersonennahverkehr ist bei den Betriebsmitteln von einer Kürzung um 15,8 Millionen € im Jahr 2007 betroffen. Die für den Schienenpersonennahverkehr dann noch verfügbaren Mittel in Höhe von 781 Millionen € entsprechen dem vom Verkehrsausschuss des Landtags bereits beschlossenen SPNV-Finanzierungsplan.

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr zum Beispiel wird im Jahr 2007 1,2 % seiner Leistungen zurückfahren und 519.000 Zugkilometer abbestellen. Das bedeutet weniger Mobilität für die Menschen in NRW.

Auch die Fahrzeugförderung nach dem ÖPNV-Fördergesetz für Busse und Bahnen ist von einer Kürzung um 6,4 Millionen € betroffen. Die Aufgabenträger, die öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen, erhalten demnach knapp 6 % weniger Mittel als ursprünglich vorgesehen. Das bedeutet schlechte und alte Busse und Bahnen für NRW.

2,6 Millionen € werden bei den Ausgleichszahlungen für die verbilligte Beförderung von Schülern, Auszubildenden und Studenten gekürzt. Dabei ist übrigens zu berücksichtigen, dass die Landesregierung in NRW schon vorher beschlossen hatte, die Berechnungsgrundlage für diese Zahlungen so zu ändern, dass im Landeshaushalt 2007 knapp 50 Millionen € eingespart werden. Das bedeutet, dass Familien mit den Mehrkosten belastet werden.

Die restlichen 5 Millionen € werden bei dem Landesprogramm für Qualität, Sicherheit und Service gekürzt. Das bedeutet eine Reduzierung der bisher zur Verfügung gestellten Mittel um 50 %.

Insgesamt kann man feststellen, dass es weniger Service und weniger Sicherheit für Busse und Bahnen geben wird.

Aber eines ist bei dieser Landesregierung klar: Der Straßenbau und die Subventionen für den Luftverkehr brauchen bei Ihnen nichts fürchten. Ein diesbezüglicher Konsolidierungsbeitrag ist bei

Ihnen eine Fehlanzeige. Genau deshalb, Herr Kollege Rasche, stimmt es nicht – wie Sie das im Zweifelsfall gleich in Ihrer Rede wieder behaupten werden –, dass Sie die Verkehrsträger gleichbehandeln.

Diese Regierung und dieser Verkehrsminister zeichnen sich aber auch durch Rechtsbruch und fragwürdiges Vorgehen im Luftverkehr aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich erinnere an die Genehmigung in Düsseldorf, die angeblich unter Vorbehalt gegeben wurde. Ein Gericht hat Ihnen bestätigt, dass die Genehmigung – zumindest so, wie Sie sie in Kraft gesetzt haben – zurzeit nicht rechtmäßig ist. Diesen Vorbehalt können Sie bis heute nicht berücksichtigen und der Flughafen kann nach wie vor mit Bewegungszahlen operieren, die von einem Gericht längst – zumindest vorübergehend – gestoppt worden sind.

Ich erinnere auch an die Vorgänge in Essen und an das Musterbeispiel „kleine Düse“, bei dem Sie mit fragwürdigen Messungen mit dem Flughafen zusammen versuchen, Ihr Vorhaben gegen die Träger des dortigen Flughafens durchzusetzen.

Zu einem anderen Thema will ich Ihnen noch einmal ausdrücklich unsere Zusammenarbeit anbieten. Beim Thema RRX ist es aus nordrhein-westfälischer Sicht notwendig, gegenüber dem Bund eine gemeinsame Position zu definieren. Dazu gehört aber auch, dass Sie die Karten offen auf den Tisch legen und sich zusammen mit uns dagegen wehren, dass Fernverbindungen im Ruhrgebiet und in anderen Knotenpunkten gestrichen werden, und dass Sie vor allen Dingen sagen, wie Sie sich die Finanzierung der jetzt in Rede stehenden 30 Millionen € vorstellen, und zu wessen Lasten diese gehen soll. Es kann nicht sein, dass Kürzungen im ländlichen Raum die Kosten ausgleichen müssen, die der RRX an Landesmitteln kosten soll.

Insgesamt verfehlt dieser Verkehrshaushalt sein Ziel – wenn das denn Ihr Ziel gewesen sein sollte -, mehr und gute Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger in dem Mobilitätsland Nummer eins der Bundesrepublik Deutschland, nämlich in Nordrhein-Westfalen, bereitzustellen. Sie setzen die falschen Schwerpunkte und steuern das Land Nordrhein-Westfalen in der Verkehrspolitik letztlich vor die Wand. So wie Sie vorgehen, werden Sie nicht weniger, sondern mehr Staus im Straßenverkehr ernten.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Das ist die Erneuerung!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Danke, Ihnen auch. Mobilität – also Verkehr und Logistik – auf der einen Seite sowie Arbeitsplätze und Wirtschaft auf der anderen Seite gehören untrennbar zusammen. Das ist ein Grundverständnis, was Rot-Grün in zehn Jahren Regierungsverantwortung völlig ausgeblendet hat. Mobilität ist die Voraussetzung für hohe Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, für die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen, für Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen und für das Wachstum unserer Wirtschaft.

Gerade Nordrhein-Westfalen als eines der größten Ballungsgebiete Europas mit einem extrem wachsenden Transitverkehr benötigt eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, ist das Ziel der nordrhein-westfälischen Verkehrspolitik, die verschiedenen Verkehrsträger bedarfsgerecht auszubauen und besser miteinander zu vernetzen. Die sich bietende Chance, Nordrhein-Westfalen zu einer Logistikkreuzung Europas auszubauen, wollen und müssen wir nach Möglichkeit gemeinsam ergreifen. Wir stehen angesichts der extremen Verkehrsprognosen vor gewaltigen Herausforderungen. Von heute auf morgen lassen sich die verkehrspolitischen Probleme des Landes nicht lösen.

Meine Damen und Herren, die alte Landesregierung hat uns zahlreiche Baustellen hinterlassen. Herr Jung hat eben seine Ausführungen so schön numerisch aufgebaut. Das möchte ich jetzt auch gerne tun:

Erstens. Der NRW-Straßenzustandsbericht zeigt Rot-Grün nachträglich die rote Karte. Der erstmals von der neuen Landesregierung vorgelegte Straßenzustandsbericht hat ergeben, dass 40 % des landesweiten Straßennetzes in einem unbefriedigenden Zustand sind, davon 18 % sogar in einem sehr schlechten Zustand. Im Bereich der Landesstraßen haben wir für Instandhaltung, Instandsetzung und Erneuerung einen finanziellen Nachholbedarf von mindestens 322 Millionen €

Das, meine Damen und Herren, ist das Ergebnis einer Verkehrspolitik, die über viele Jahre die Landesstraßen sträflich vernachlässigt hat.

(Beifall von der FDP)

Zweitens. Die Investitionen wurden von Rot und Rot-Grün kontinuierlich zurückgefahren: Zwischen 1980 und 2005 sind die Investitionsmittel für den Landesstraßenbau von jährlich 280 Millionen € auf rund 130 Millionen € zurückgefahren worden, und zwar bei stetig wachsendem Verkehrsaufkommen.

Für den Bereich Erhaltung, der einigen angeblich so wichtig ist, standen 1980 noch 65 Millionen € zur Verfügung. In den Folgejahren lag dieser Betrag lange Zeit bei etwa 40 Millionen € und erreichte 1998 mit 27 Millionen € einen absoluten Tiefstand.

Drittens. Noch ein Blick auf die Baustellen, die uns Rot-Grün hinterlassen hat: Bundesfernstraßen! Dabei wird Nordrhein-Westfalen klar benachteiligt. Es gab Zeiten, in denen hatte Nordrhein-Westfalen einen Anteil von 26 % an den Bundesverkehrswegeplänen und Straßenbedarfsplänen. Der Anteil, der 2003 letztmalig mit dem Bund verhandelt wurde – in diesem Fall von Rot-Grün –, beträgt aktuell nur noch 16 %. Aufgrund der Einwohnerzahl und der explodierenden Transitverkehre stünden uns sicherlich zwischen 22 und 24 % zu.

Viertens. Unter Rot-Grün gab es zu wenig baureife Projekte. Nordrhein-Westfalen war unter der Vorgängerregierung zum Teil nicht in der Lage, die ohnehin knappen Bundesmittel komplett abzurufen, weil baureife Projekte fehlten. So gab es zum Beispiel im Jahr 2004 nur einen oder zwei Planfeststellungsbeschlüsse.

Die Blockadepolitik beim Straßenbau hat die neue Koalition von CDU und FDP beendet.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr werden mindestens 13 Planfeststellungsbeschlüsse gefasst werden. Sollte es zusätzliches Geld aus Berlin geben, können wir dieses auch verbauen.

Fünftens. Schienenverkehr! Versprochen hatten Sie einen Metrorapid und dann einen Rhein-Ruhr-Express, der bis 2006 fahren beziehungsweise schweben würde. Gehalten haben Sie von diesen Versprechen nichts, absolut nichts. SPD und Grüne pusten sich aktuell als die Schienenlobbyisten auf. Doch auch im Bereich der Schienenverkehrspolitik lagen Anspruch und Wirklichkeit von rot-grüner Verkehrspolitik weit auseinander. Der Rhein-Ruhr-Express, der – wie der Vorgänger Metrorapid – schon zur WM 2006 die Gäste aus aller Welt befördern sollte, fährt nicht. Zwischen Dortmund und Köln werden die Engpässe immer

schlimmer, die Verspätungen immer größer. Das ist eine Folge Ihrer Politik.

Vor diesem Hintergrund freut es mich ganz besonders, dass Verkehrsminister Oliver Wittke am Dienstag dieser Woche die Planungsvereinbarung zwischen Bund und der DB unterzeichnen konnte. Nach unserer Auffassung muss der entscheidende Schritt allerdings noch kommen. Das ist die Finanzierungsvereinbarung. Ich bin gespannt, wie der Bund dann zu seinen Aussagen steht. Ich bin noch viel mehr gespannt, wie die Deutsche Bahn dann zu ihren Aussagen steht. Denn immer dann, meine Damen und Herren, wenn es um Geld geht, tut sich die Deutsche Bahn ganz besonders schwer.

Die Bundesregierung – CDU- und SPD-geführt – mit Bundesfinanzminister Steinbrück und Bundesverkehrsminister Tiefensee hat die Mittel für den Schienenpersonennahverkehr radikal gekürzt, übrigens gegen jede verkehrspolitische Logik.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Warum hat die Bundeskanzlerin nicht eingegriffen?)

Die nordrhein-westfälischen Genossen konnten die Kürzungen der Berliner Parteifreunde übrigens nicht verhindern. Die Landesregierung hat die Kürzungen massiv bekämpft. Ich gebe gerne zu: Verhindern konnten wir sie auch nicht, aber wir haben schließlich im Bundesrat klare Kante gezeigt.

Die Opposition fordert heute, die Landesregierung müsse die Kürzungen kompensieren. Meine Damen und Herren, das ist eine überaus kurzfristige Forderung. Wir haben das Geld überhaupt nicht, um diese Kürzungen aufzufangen. Andere Länder, die vorgeben, sie würden diese Kürzungen teilweise auffangen, handeln doch in Wahrheit – das wissen Sie ganz genau – ganz anders:

Sie haben diese Mittel in der Vergangenheit zweckentfremdet eingesetzt und setzen sie jetzt plötzlich für den Nahverkehr ein. Das heißt: Sie haben diese Mittel irgendwo im Haushalt des Landes geparkt. Von dort nehmen sie diese Mittel jetzt weg und setzen sie dort ein, wo sie eigentlich hingehören, nämlich im Nahverkehr. Von der Mehrwertsteuer – so haben Sie eben argumentiert –, den Einnahmen, die die Länder bekommen, benötigen sie dazu keinen einzigen Euro, keinen einzigen Cent.

(Allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren, außerdem würde Nordrhein-Westfalen dem Bund ein völlig falsches Signal geben. Der Bund würde sich dann möglicherweise auch bei anderen politischen Aufgaben

in Zukunft aus seiner Finanzverantwortung zurückziehen. So würde ich als Finanzminister im Bund auch handeln. Wenn die Länder meinen, sie könnten den Nahverkehr selber bezahlen, weil sie zusätzliche Steuereinnahmen haben, könnten der Bund auch in Zukunft die Mittel für den Nahverkehr kürzen. Meine Damen und Herren, diesen Weg sollten wir auf keinen Fall gehen.

Die Verkehrspolitik von Schwarz-Gelb ist klar aufgestellt:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihre Koalition hört Ihnen nicht zu, das ist das Problem!)

– Die wissen aber, was ich sagen wollte. Für Sie ist das wahrscheinlich interessant und wichtiger.

(Beifall von FDP und CDU)

Bei uns gibt es eine Gleichbehandlung der Verkehrsträger, und zwar aller Verkehrsträger. Eine Vorzugsbehandlung des Verkehrsträgers Schiene gibt es bei uns nicht. Wir müssen alle Verkehrsträger gleichbehandeln, damit wir unsere Verkehrsprobleme lösen.

Der Mitteleinsatz – das als zweiter Punkt – erfolgt bei uns so, dass dabei ein größtmöglicher Nutzen herauskommt. Nur der größte Verkehrswert eines jeden Euro bringt Nordrhein-Westfalen weiter. Einige Träume und ideologische Projekte der Grünen tun dies nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben die integrierte Gesamtverkehrsplanung abgeschlossen und den Landesstraßenplan erstmals seit 1993 fortgeschrieben. Wir haben im Landesstraßenbau im Haushalt 2007 insgesamt 133 Millionen € veranschlagt. Trotz der extrem engen finanziellen Situation haben wir dort keine Mittel gekürzt.

Der Antrag der Grünen, meine Damen und Herren – jetzt spreche ich die Kollegen der SPD an –, den Landesstraßenaus- und -neubau radikal auf nur noch 10 Millionen € zu kürzen, würde zu zahlreichen Bauruinen in Nordrhein-Westfalen führen. Ich bin gespannt, ob sich die SPD bei diesem Antrag erneut enthält wie bei den meisten anderen Anträgen, oder ob sie entsprechend ihrer eigenen Auffassung, die uns bekannt ist, den Mut hat, diesen Antrag der Grünen abzulehnen.

Planungsverfahren werden beschleunigt. Einige Städte in Nordrhein-Westfalen sind ganz besonders vom Feinstaub belastet – im Ruhrgebiet, aber auch im ländlichen Raum. Oft sind dort Umgehungsstraßen die einzige Lösung. FDP und

CDU werden sich insbesondere in diesen Städten für schnelle Lösungen einsetzen.

(Beifall von FDP und CDU)

Betuwelinie, RRX und Eiserner Rhein sind wichtige logistische Projekte und Voraussetzung für eine Logistikkreisläufe Nordrhein-Westfalen, die wir hoffentlich alle gemeinsam erreichen wollen. Das neue ÖPNV-Gesetz stellen wir Ihnen im ersten Quartal vor.

Meine Damen und Herren, unter Rot-Grün war die Verkehrspolitik geprägt durch Streit und Stillstand. CDU und FDP haben diesen Stillstand beendet und mit der Wende in der Verkehrspolitik riesige Chancen für Nordrhein-Westfalen eröffnet. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. Das waren exakt zehn Minuten und zwei Sekunden. – Herr Minister Wittke hat das Wort zum Einzelplan 14, Teilbereich „Verkehr“. Bitte, Herr Wittke.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In aller Kürze erstens zu den Landesstraßen: Wir geben im kommenden Jahr 133,7 Millionen € aus. Das sind 5 Millionen € mehr als im letzten Regierungsjahr von Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Allerwichtigste ist: Das Geld wird auch ausgegeben, weil der Finanzminister nicht am Jahresende mit einer globalen Minderausgabe oder einer Haushaltssperre kommt. Auch das ist ein Unterschied zu Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweiter Punkt: Bundesfernstraßen. Wir haben – darauf bin ich ein Stück weit stolz, darum will ich es heute vortragen – einen neuen Rekord aufgestellt. Wir werden in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen für den Betrieb, den Bau und die Unterhaltung von Bundesfernstraßen 934 Millionen € ausgeben. Das sind 150 Millionen € mehr als 2004 und 250 Millionen € mehr als 2003.

(Beifall von CDU und FDP)

Das, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, war nur möglich, weil sich niemand mehr für einen Planfeststellungsbeschluss in Nordrhein-Westfalen zu entschuldigen braucht.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Stra-

ßen NRW, bei den Bezirksregierungen und in meinem Haus bedanken. Sie haben Schwerstarbeit geleistet, denn zum ersten Mal seit über 20 Jahren geben wir keine Bundesmittel zurück. Ganz im Gegenteil: Wir profitieren von zurücklaufenden Mitteln aus anderen Bundesländern. Das ist ein toller Erfolg für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Drittens zur Schiene: Mit der Unterzeichnung des Vertrags über die Vorplanung kann der RRX auf die Schiene gesetzt werden. Für diese Vorplanung kommen 20 Millionen € Fördermittel vom Bund. Damit sind wir nach anderthalb Jahren CDU-/FDP-Regierungsverantwortung mit dem Rhein-Ruhr-Express weiter als alle anderen Vorgängerregierungen mit Metrorapid, Metroexpress und wie sie alle hießen. So stelle ich mir Schienepolitik für Nordrhein-Westfalen vor.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, letzte Bemerkung zu den Regionalisierungsmittelkürzungen: Jawohl, es ist wahr, der Bund hat die Regionalisierungsmittel gekürzt. Das tut weh. Jawohl, Herr Becker, es ist auch wahr, dass Hessen und Bayern so tun, als würden sie jetzt Landesmittel nehmen und diese Kürzungen teilweise ausgleichen. Tatsächlich tun sie es aber nicht, weil sie schon in der Vergangenheit rechtswidrig Schülerbeförderungskosten aus Regionalisierungsmitteln gezahlt haben, was wir zumindest seit Regierungsübernahme durch Christdemokraten und Liberale in Nordrhein-Westfalen nicht getan haben. Von daher sind Sie einer Mogelpackung aufgesessen, Herr Becker.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist der Zirkus noch so klein, einer muss der Letzte sein. Das durfte ich heute als letzter Redner im Jahr 2006 vor diesem Hohen Hause sein. Darum Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Hat sich noch jemand zu Wort gemeldet? –

(Zurufe: Nein!)

Das ist offenbar nicht der Fall. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit bleibt wahr, was der Minister gerade gesagt hat.

(Zahlreiche Zurufe)

– Mal sehen, ob Sie sich noch ein bisschen beruhigen, wir haben schließlich Adventszeit. Das ist eine Zeit der Stille.

(Heiterkeit)

Herr Minister Wittke bleibt also im Recht, wenn er sagt, er war heute der letzte Redner im Landtag in Sachen Haushaltsberatung.

Damit kommen wir zum Ende der Beratung, wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Im Übrigen war es auch für Sie, Herr Minister, in gewisser Weise ein vorgezogenes Weihnachtsfest, denn der Applaus war wirklich anrührend.

(Beifall von CDU und FDP)

Über so viel Freude kommen wir zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 14**.

Ich darf Ihnen noch eine freudige Überraschung bereiten: Ich freue mich sehr, dass die Fraktionen meinem Vorschlag gefolgt sind und wir in diesem Fall ausnahmsweise die **Änderungsanträge** von Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 14 mit den laufenden Nummern 77 bis 87 – das sind die **Drucksachen 14/3265, 14/3266, 14/3267, 14/3268, 14/3269, 14/3270, 14/3271, 14/3272, 14/3273, 14/3274 und 14/3275** – en bloc abstimmen können. Wer ist für diese Änderungsanträge? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diese Anträge? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich bei diesen Anträgen? – Die Fraktion der SPD. Damit sind die Änderungsanträge **abgelehnt**.

Damit komme ich zur Schlussabstimmung über den **Einzelplan 14** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3014**. Wer ist für die Annahme dieses Einzelplans in der vorliegenden Form? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das sind die beiden Oppositionsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen damit zu den **Abstimmungen zum Haushaltsbegleitgesetz 2007**. Die Diskussion darüber haben wir gestern und heute geführt, so dass wir jetzt zur Abstimmung kommen können, und zwar erstens über den **Änderungsantrag** entsprechend der Übersicht Nr. 91 Tischvorlage. Ich rufe die **Drucksache 14/3309** auf und frage, wer für diesen Änderungsantrag ist. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? – Die SPD-

Fraktion. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über das **Haushaltsbegleitgesetz** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3021**. Wer dafür ist, der hebe die Hand. – Die Koalitionsfraktionen. Wer ist gegen das Haushaltsbegleitgesetz? – Das sind die beiden Oppositionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit sind die Beschlussempfehlung und das Haushaltsbegleitgesetz in zweiter Lesung **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen damit zu den **Abstimmungen zum Haushaltsgesetz 2007**. Die Diskussion dazu haben wir gestern und heute geführt. Wir kommen also entsprechend der Vereinbarung zur Abstimmung, und zwar erstens über die Änderungsvorschläge entsprechend der Übersicht Nummern 88 bis 90 der Tischvorlage.

Ich rufe die laufende Nummer 88, **Änderungsantrag Drucksache 14/3306**, auf. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich der Stimme? – Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Ich rufe auf die laufende Nr. 89, **Änderungsantrag Drucksache 14/3307**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen und die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich komme zur laufenden Nr. 90, **Änderungsantrag Drucksache 14/3308**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Koalitionsfraktionen CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich komme nun zur Abstimmung über den **Gesamthaushalt entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/3000**. Wer ist für die Annahme dieser Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das sind die Oppositionsfraktionen SPD und Grüne. Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3000 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen und der Haushalt **in zweiter Lesung verabschiedet**.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Zur Vorbereitung der dritten Lesung stimmen wir nunmehr über die **Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes 2007** und des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2007 an den **Haushalts- und Fi**

nanzausschuss ab. Wer ist für diese Rücküberweisung? – Das sind alle vier Fraktionen. Damit ist diese Überweisung beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unserer heutigen Beratungen und zugleich der letzten Sitzung in diesem Jahr.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, 24. Januar 2007, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend, eine gute Heimreise, soweit Sie schon heimreisen, eine besinnliche und schöne Weihnachtszeit und hoffe, dass Sie einen guten Übergang ins neue Jahr haben.

Ich bedanke mich und wünsche Ihnen für 2007 alles Gute.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19:19 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.